



Michael Haller

Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien

Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information

Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2017

OBS-Arbeitsheft 93
ISSN-Print: 1863-6934
ISSN-Online: 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Prof. Dr. phil. Michael Haller
Wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für
Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJK)
haller@uni-leipzig.de

Projektmanagement:

Jupp Legrand

Redaktion:

Lilian Emonds, Otto Brenner Stiftung

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.
www.textfeile.de
Hofheim am Taunus

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Titelbild:

Collage von complot-mainz.de
unter Verwendung der Fotos von:
picture alliance/dpa
picture alliance/Wolfgang Moucha
picture alliance/PIXSELL
picture alliance

Druck:

mww.druck und so ... GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:

9. Juni 2017

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Dateien kostenlos herunterzuladen.

Vorwort

Nach der Politik der Westintegration in der Adenauer-Ära, der Ostpolitik Willy Brandts in den 1970er Jahren und der friedlichen Überwindung der staatlichen Teilung in der Regierungszeit von Helmut Kohl stellt die Flüchtlingspolitik Angela Merkels 2015/16 für viele Beobachter eine weitere prägende Weichenstellung in der bundesrepublikanischen Geschichte dar. Die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge hat gesellschaftspolitisch erheblich polarisiert: Soziales Engagement in der Zivilgesellschaft und die spontane Hilfsbereitschaft vieler Menschen beschreiben die eine Seite – massive Distanz und teilweise auch aggressive Ablehnung der Geflüchteten stehen für eine andere, „dunkle“ Seite. Innenpolitisch hat die Flüchtlingspolitik u. a. den rasanten Aufstieg einer rechtspopulistischen Protestpartei begünstigt – außenpolitisch hat das „einseitige“ Vorgehen Angela Merkels eine europäische Verständigung und den weiteren Integrationsprozess einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Manche zeitgenössischen Beobachter sehen in den wenigen entscheidenden Tage im September 2015 gar einen epochalen Einschnitt: Gesprochen und geschrieben wird von einer Zeitenwende – der Zeit vor und der Zeit nach der „Grenzöffnung“.

Schon lange bevor die „Flüchtlingsproblematik“ die innenpolitische Agenda zu bestimmen begann, sahen sich Teile der Medien mit einem Vertrauensverlust seitens des Publikums und einer veritablen Glaubwürdigkeitskrise konfrontiert. „Lügenpresse“ wurde 2015 „Unwort des Jahres“, der öffentlich-rechtliche Rundfunk wie auch etablierte Printmedien standen massiv in der Kritik, und die weit verbreitete Skepsis gegenüber Establishment und Eliten schloss explizit auch Medienmacher und journalistisch Tätige mit ein. In dieser Gemengelage von Politikverdross und Medienfrust geriet die Berichterstattung über die Flüchtlingspolitik schnell ins Visier kritischer Betrachtungen. Später waren auch selbstkritische Töne aus dem Medienbetrieb zu vernehmen und kreisten beispielsweise um die Frage, ob Medien in der sogenannten Flüchtlingskrise von der Rolle des kritischen Beobachters in die des politischen Akteurs gewechselt seien.

Aktuelle medienkritische Studien und medienpolitische Untersuchungen gehören seit Jahren zum publizistischen Profil der Otto Brenner Stiftung. Die Ergebnisse unserer Forschungsförderung stießen dabei immer wieder auf erstaunlich große öffentliche Aufmerksamkeit. Zuweilen war die Anerkennung unserer Arbeit aber nicht mit ungeteilter inhaltlicher Zustimmung verbunden, hin und wieder wurden wir sogar durch „Beifall von der falschen Seite“ überrascht bis irritiert. Dass die „Flüchtlingskrise“ und die Berichterstattung über Angela Merkels Flüchtlingspolitik ein gesellschaftspolitisches Megathema ist, das, wenn es nicht zum Streit einlädt, dann doch sicher für hitzige Diskussionen sorgen würde, war der Stiftung bewusst, als wir

entschieden, uns diesem Thema ausführlicher zu widmen. Wir sind deshalb dankbar, dass wir die Untersuchung gemeinsam mit dem weit über enge Fachgrenzen hinaus renommierten sowie international profilierten Wissenschaftler Professor Dr. Michael Haller auf den Weg bringen konnten.

Die Studie geht erstmals der Berichterstattung zur sogenannten Flüchtlingskrise im Detail nach: Dazu wurden insgesamt weit über 30.000 Medienberichte erfasst – und insbesondere für einen gut zwanzigwöchigen Zeitraum, in dem sich im Jahr 2015 die Ereignisse überschlugen, rund 1.700 Texte analytisch ausgewertet. Im Fokus der innovativen Untersuchung stehen Printleitmedien wie FAZ, SZ, *Welt* und *Bild*, über achtzig verschiedene Lokal- und Regionalzeitungen sowie die reichweitestarken Onlinemedien *focus.de*, *tagesschau.de* und *Spiegel Online*. Michael Haller geht in seiner Pionierarbeit einer Reihe wichtiger Fragen nach: Wurde in den analysierten Medien neutral über die Ereignisse berichtet? Trug die mediale Berichterstattung zu einer gesamtgesellschaftlichen Erörterung und Verständigung über eine allgemein gewollte Form der Willkommenskultur bei? Sind die veröffentlichten meinungs- betonten Formate ein Beispiel für etablierten Meinungspluralismus, oder bilden sie das allgemeine Meinungsbild eher einseitig ab? Wer kam überhaupt in der Berichterstattung zu Wort – vornehmlich regierungsnahen Stimmen oder auch die direkt Betroffenen, also Geflüchtete oder engagierte Freiwillige selbst? Auf diese und weitere Fragen gibt die Untersuchung vielfältige Antworten. Durchaus spannende Antworten, die, im Gegensatz zu vielen öffentlich geäußerten Mutmaßungen oder vorschnellen Urteilen, auf einer intensiven Auseinandersetzung mit Quellen aufbauen und auf der kritischen Analyse breiter Daten fußen. Aber es kristallisieren sich in der Untersuchung auch Befunde heraus, die für weitere Diskussionen sorgen werden.

Angesichts der historischen Relevanz von Angela Merkels Flüchtlingspolitik 2015/16 bleibt aus Sicht der OBS eine genaue Betrachtung von Rolle, Funktion und Selbstverständnis der Medien in dieser Phase unerlässlich. Wir hoffen, dass unsere Studie dazu einen ebenso kritischen wie konstruktiven Beitrag leistet, der zu kontroversen Debatten einlädt und zu weiteren Forschungen motiviert.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

Frankfurt am Main, im Juni 2017

Inhalt

Einführung	4
Teil 1: Das Flüchtlingsthema in den Medien 2015/16.....	16
1. Die Dynamik der Ereignisberichterstattung	16
2. Die prägenden Medienereignisse im Jahr 2015.....	23
3. Die Leitmedien und ihre Vermittlungsleistung.....	24
Teil 2: Die Erfindung der „Willkommenskultur“	53
1. Turbulentes Meinungsklima.....	53
2. Die Politik – Vom Argument zur Kampagne	70
3. Willkommenskultur in der regionalen Tagespresse.....	80
4. Mitmachen – Schweigen – Schimpfen.....	101
Teil 3: Die Dynamik der Großereignisse.....	103
1. Wie die Leitmedien die Vorgänge vermittelt haben	103
2. Was, wer, wann, wie? Die Einzelanalyse der zehn Großereignisse.....	106
3. Die Meinungen über Gründe, Handhabung und Folgen der „Flüchtlingskrise“	120
Teil 4: Fazit – Diskussion – Deutungen	132
1. Zusammenfassung der Studienergebnisse	132
2. Thesen zur Wirkung der Flüchtlingsberichterstattung	141
Anhang	
Zur Methodologie	147
Daten der Analyse der redaktionellen Texte über die zehn Großereignisse	148
Analyse von 30 ausgewählten Kommentaren aus den untersuchten Leitmedien	155
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	166
Literatur	168
Hinweise zum Autor	176

Einführung

Das Wort „Flüchtlinge“ – von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) zum Wort des Jahres 2015 gewählt – wurde für die dramatischen Ereignisse des Jahres 2015 zum Schlüsselbegriff.¹

Man erinnert sich an die erschütternden Berichte aus dem Mittelmeerraum, an Bilder von deutschen Bürgern mit Willkommensfähnchen, an die Hilfeappelle – aber auch an zunehmend kontroverse Debatten, protestierende Demonstranten und hasserfüllte Beschimpfungen (vgl. Bade 2016). Letztere galten neben der Politik vor allem den Medien. Die Journalisten berichteten einseitig, übergingen Andersdenkende und verschwiegen unbequeme Tatsachen. Diese Vorwürfe kamen nicht nur aus dem Umfeld der Bewegung *Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) und der deutschnational ausgerichteten *Alternative für Deutschland* (AfD) mit ihren „Lügenpresse“-Kampagnen.² Sie wurden auch in zahllosen Zuschriften, Blogkommentaren und Diskussionsveranstaltungen aus der Mitte der liberal eingestellten Bevölkerung formuliert.

Das Unbehagen über die Rolle der Medien wurde zwar insbesondere von rassistisch eingestellten Protestgruppen instrumentalisiert

(vgl. Arlt/Wolling 2016); dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Fortgang des Jahres 2015 ein wachsender Teil der Bevölkerung auf die Flüchtlingsberichterstattung der sogenannten Mainstreammedien mit Skepsis und Misstrauen reagierte. „Den Medien wird von vielen nicht mehr zugetraut, die Bürger wahrheitsgetreu zu informieren. Sie stehen in Verdacht, heikle Informationen, z. B. über Moslems und Flüchtlinge, zu unterschlagen“, resümierten die Medienwissenschaftler Volker Lilienthal und Irene Neverla.³

Ist diese Medienkritik gerechtfertigt? Hat Frank-Walter Steinmeier, damals Außenminister, recht, wenn er vom hohen „Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten“ spricht?⁴ Und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich in einer Rede tief besorgt zeigt, dass die Mehrheit der Bürger – übereinstimmenden Umfragen von Anfang 2016 zufolge – kaum noch Vertrauen in die Medien habe (dpa-Bericht 02.06.2016)?

Diese Fragen greifen thematisch über die Flüchtlingsberichterstattung hinaus und sind seit mehreren Jahren Gegenstand verschiedener politik- und medienwissenschaftlicher Untersuchungen, die ihrerseits kontrovers disku-

1 Die in den einschlägigen Forschungsdisziplinen gängige Bezeichnung „Migranten“ erfasst auch diejenigen, die mit sogenanntem Migrationshintergrund in Deutschland leben. Die in manchen Studien ersatzweise gewählte Bezeichnung „Einwanderer“ soll die objektiven Gründe, die zur Zuwanderung führten, ausklammern und das Phänomen auf die binäre Unterscheidung „die hier Lebenden“ und „Fremde, die hier bleiben wollen“ verkürzen (etwa Goedeke Tort u. a. 2016: 498 ff.). Demgegenüber fokussiert unsere Studie genau solche Zuwanderer, deren physische Existenz durch Krieg, Katastrophen, Hunger in ihrem Ursprungsland akut bedroht ist. Stichproben zeigen, dass die journalistischen Medien in der Regel die Worte „Flüchtling“ und „Asylsuchende“, nicht aber „Migranten“ u. Ä. in dieser Bedeutung verwendet haben (zur strittigen Semantik vgl. <http://www.sprachlog.de/2015/12/12/fluechtlinge-zu-gefluechteten/>).

2 Zur Genese des Schlagworts „Lügenpresse“ vgl. Katzenberger (2015).

3 Öffentliche Vortragsreihe Wintersemester 2016/17, vgl. <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/20641>.

4 Rede vom 15.11.2014, unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/141115_Rede_BM_anl%C3%A4sslich_Verleihung_Lead_Awards.html (abgerufen Januar 2017).

tiert werden.⁵ Wir wollen diese Diskussion hier nicht aufarbeiten, zumal der Forschungsstand zum Thema Flüchtlingsberichterstattung karg ausfällt und keine für unseren Ansatz verwertbaren Anschlussfragen ermöglicht (Goedeke Tort u. a., 2016).

Für unsere Untersuchung leiten wir aus der seit dem Frühherbst 2015 öffentlich geäußerten breiten Medienkritik folgende Fragen ab:

- Stimmt es, dass die Journalisten der Informationsmedien über die Flüchtlingsthematik des Jahres 2015 parteiergreifend, vielleicht auch nur einseitig berichtet haben?
- Trifft es zu, dass sich die sogenannten Leitmedien mit der politischen und wirtschaftlichen Elite verbündet und Andersdenkende, auch die Unzufriedenen und Oppositionellen, missachtet haben?

Die Mediengesellschaft als Kontext

Diese Forschungsfragen ergeben sich aus unserem Aufklärungsinteresse, das von einem normativen Verständnis⁶ der Funktionen der Informationsmedien in der Mediengesellschaft ausgeht. Um den Preis, vorübergehend ins Abstrakte abzuheben, möchte ich zunächst den unsere Forschung begründenden Rahmen kurz erläutern.

Die analogen Informationsmedien – allen voran die Tageszeitungen – wurden in der digitalen Welt des Web 2.0 um die partizipatorischen und interaktiven Kanäle erweitert, zum

Teil auch durch diese ersetzt. Diese neuen, stark ausdifferenzierten Medienwelten erzeugen eigensinnige Orientierungsräume, in denen unterschiedliche Zielgruppen mit ihren Kommunikationsmustern interagieren und dadurch den gesellschaftlichen Diskurs zunehmend erschweren (Wimmer 2007: 153 ff.).

Immerhin: Soweit es um Glaubwürdigkeit, vielleicht auch um Vertrauen in die Informationsangebote geht, dominiert weiterhin die von den journalistischen Informationsmedien gesetzte Agenda (vgl. ARD/ZDF-Online-Studie 2015). In Zeiten, in denen Schlagworte wie „postfaktisch“ und „Fake News“ die Angst vor Desinformation zum Ausdruck bringen, kommt gerade den journalistischen Medien die Aufgabe zu, das relevante politische Geschehen nachrichtlich so zu bearbeiten und zu publizieren, dass die verschiedenen Gruppen erreicht werden und sich die Diskurse inhaltlich überlappen und interferieren. In den Medienwissenschaften ist die Rede von kommunikativen Kopplungen, die gesellschaftliche Verständigung auch im digitalen Zeitalter ermöglichen.

Sind dies weltfremde Wünsche? Tatsächlich zeigt sich ja die aktuelle Krise in der Entkopplung der Orientierungsräume: Die politische Öffentlichkeit scheint in Öffentlichkeitsinseln auseinanderzufallen, deren Kommunikationsmodus eher auf Abgrenzung ausgerichtet ist. Die Tendenzen in der Welt der Social-Media-Plattformen – vor allem die Personalisierung

*Ausgangsfragen
der Untersuchung*

*Es geht um
gesellschaftliche
Verständigung*

⁵ Beispielhaft sind hier die Debatten rund um Journalismuskritische Polemiken (beispielsweise Ulfkotte 2001; 2014) wie auch wissenschaftlich fundierte Studien (Krüger 2013; Meyer 2015).

⁶ Unter Normen verstehen wir existierende, rational begründete Vorstellungen von anzustrebenden Zuständen oder Handlungsweisen in der Gesellschaft. Normativität drückt den Forderungscharakter dieser Vorstellungen aus.

(Filterblasen) und Selbstreferenz (Echoräume) der Foren und Blogs – führen zumal bei akuten politischen Themen zu Kommunikationsabbrüchen (Neumann/Arendt 2016). Gesellschaftliche Verständigung verflüchtigt sich zur Idee.

Gegen diese Tendenzen könnte sich gerade der Informationsjournalismus stark machen und Geltung zurückgewinnen – vorausgesetzt, er lässt seine Vorstellung fallen, Öffentlichkeit sei etwas (nur) von ihm Hergestelltes. Stattdessen müsste er sich an die veränderten Kommunikationsverhältnisse anpassen und die verschiedenen Teilöffentlichkeiten interessiert wahrnehmen und über kommunikative Kopplungen beleben.

Die von der Journalistik erarbeitete Funktionszuschreibung an den Journalismus – er habe „Informationen zur öffentlichen Kommunikation aktuell zu vermitteln“ (Jarren/Donges 2002: 200) und dabei die „Selbstbeobachtung der Gesellschaft“ (Weischenberg 1995: 97) sicherzustellen – passt zu diesen veränderten Erfordernissen: In diesen Zeiten sollte Journalismus nicht als Verlautbarer, auch nicht als Geschichtenerzähler und Meinungsverkünder, vielmehr als informierender Aufklärer, als Kurator und Moderator des gesellschaftlichen Diskurses auftreten (Leif 2016). Damit verbindet sich die uns leitende These, dass der Informationsjournalismus, wenn er die Kommunikationsräume thematisch durchdringt, auch die abgekoppelten Gruppen erreichen und übergreifende Diskurse in Gang setzen bzw. halten kann, was den sozialen Zusammenhalt – trotz Segmentierung und Stratifizierung – wieder stärken könnte (Haller 2016: 179 ff.).

*Journalismus als
informierender
Aufklärer*

Der theoretische Rahmen

Diese normativen Thesen lassen sich mit der *deliberativen Demokratietheorie* begründen. Sie stellt die Teilhabe der Bürger an der öffentlichen Kommunikation in den Mittelpunkt (deliberieren = beratschlagen). Ihr Kerngedanke besteht darin, dass durch Austausch von Wissen (Informationen) und Argumenten (Beurteilungen, Meinungen) ein auf Problemlösungen gerichtetes öffentliches Gespräch (medialer Diskurs) in Gang kommt, vorausgesetzt, die Kommunikatoren sind an Aufklärung interessiert und verfolgen keine verdeckten Dritttinteressen. Indem der Informationsjournalismus diese Aufgabe übernimmt, verknüpft er politische Entscheidungsprozesse mit dieser diskursiv organisierten, Verständigung und Klärung anstrebenden Öffentlichkeit.

Diese Theorie geht auf den US-Politologen Joseph M. Bessette (1980) zurück und wurde insbesondere von Jürgen Habermas (1992 ff.) und Bernhard Peters (2001; 2002) weiter ausgebaut. In unserer komplexen Gesellschaft, so Habermas, lasse sich Öffentlichkeit „am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ beschreiben (Habermas 1992: 436). In den vernetzten Kommunikationsräumen könnten die Medien den Diskurs mit Informationen, Beschreibungen und Deutungsvorschlägen füttern und „Verständigungsprozesse“ zwischen den Gruppen und Lagern anstoßen. Auch Entscheidungen des politischen Systems sollten auf diesen öffentlichen Diskurs bezogen sein, damit sie *demokratische Legitimität* beanspruchen können. In diesem medialen Diskurs ist aus der

Sicht von Peters die „wichtigste spezialisierte Teilnehmerrolle [...] natürlich die der Journalisten, die ja weit mehr Funktionen ausüben als die des Türhüters und des Nachrichtenproduzenten oder -bearbeiters oder des Reporters“ (Peters 2001: 671). Der Journalismusforscher Carsten Brosda, heute Kultursenator der Stadt Hamburg, entwickelte daraus ein Konzept des „diskursiven Journalismus“. Eine zentrale Dimension der Diskurstheorie der Öffentlichkeit, so Brosda, liege in der „Kommunikativität journalistischen Handelns“. Unter diesem Leitbild agierten die Medien nicht ziel- und zwecklos, sondern gemäß ihrer normativen Orientierung stets im Interesse des offenen Diskurses und so auch der gesellschaftlichen Verständigung (Brosda 2008: 324).

Zwei Einschränkungen sollten allerdings mit bedacht werden: Zum einen ist Journalismus nicht nur Diskursveranstalter; die ihm u. a. vom Bundesverfassungsgericht zugeschriebene Aufgabe, Kritik und Kontrolle des politischen Entscheidungshandelns wahrzunehmen, steht in der Tradition der repräsentativen Demokratie. Zum anderen steckt in der Habermasschen Idee, dass „demokratische Legitimität [...] die Kombination vernünftiger Kommunikation mit der Teilnahme aller potentiell Betroffenen am Entscheidungsprozess [erfordert]“ (2007: 431), ein sehr emphatisches Verständnis dessen, was „Teilnahme“ ausmacht. So bleibt offen, was es bedeutet, wenn auch überzeugte Demokraten nicht teilnehmen wollen. Dass umgekehrt diejenigen nicht beteiligt werden, die unsere Grundordnung missachten oder gar bekämpfen, steht hier außer Frage.

Für unseren Forschungsansatz sind folgende Überlegungen relevant: Im Internetzeitalter behandelt das deliberative Öffentlichkeitskonzept vor allem die (möglichst) diskursiv zu verknüpfenden digitalen Kommunikationsräume und -inseln. Von daher gehört es zur anspruchsvollen Aufgabe des Journalismus, dass er die aktuellen Problemthemen nicht nur als Nachrichten und Meinungen transportiert, sie vielmehr verständigungsorientiert aufbereitet (Peters u. a. 2007: 212). Wenn ihm dies gelingt, erreichen seine Berichte nicht nur das angestammte Publikum, sondern auch die Welten, in denen die Skeptiker, die Verängstigten und Verärgerten interagieren. Und wenn er es im normativen Sinne richtig gut macht, werden viele Individuen und Gruppen – nun als informierte Bürger – für den öffentlichen Diskurs (wieder) aufgeschlossen sein. Der gleiche Gedanke in der abstrakten Formulierung von Habermas: „Die mediengestützte politische Kommunikation kann den Legitimationsprozess in der Öffentlichkeit hochkomplexer Gesellschaften nur in dem Maße fördern, wie erstens ein selbstgeregeltes Mediensystem Unabhängigkeit von seinen sozialen Umgebungen erlangt, und zweitens das diffuse Massenpublikum, also die Leser, Hörer und Zuschauer der Massenmedien, eine Rückkoppelung zwischen den informierten Elitediskursen und einer aufnahme- und reaktionsbereiten Zivilgesellschaft herstellen“ (2007: 139).

Carsten Brosda zog daraus Folgerungen, die wir in die Operationalisierung unserer Forschungsfragen einbezogen haben: „[Der Journalismus] fungiert als Anwalt gesellschaftlicher Diskurse und mithin als ein Korrektiv in

*Das Konzept
des „diskursiven
Journalismus“*

*Die Bürger
einbeziehen*

*Unparteiisch
beobachten*

Fällen ungleicher Verteilung kommunikativer Artikulationschancen in der Öffentlichkeit. [...] Das bedeutet, dass alle relevanten Positionen gleichermaßen zu beachten sind – nicht in erster Linie gemäß der Häufigkeit oder Lautstärke ihrer Artikulation, sondern vor allem auch hinsichtlich der Qualität ihrer Begründungen“ (2008: 327). Damit verbindet sich die Forderung an den politischen Journalismus, „unparteiisch vorzugehen“ und die „Geltungs- und Legitimationsansprüche“ des Outputs der Politik kritisch zu prüfen (vgl. Habermas 1992: 457).

*Politik
kritisch prüfen*

Ist gesellschaftliche Verständigung (noch) möglich?

Mit diesem normativen Konzept sind Annahmen verknüpft, die zu diskutieren sind. Ein Einwand lautet, dass die Beschleunigung der Transaktionsprozesse und, damit verbunden, der Aktualitätsdruck der Informationsmedien öffentliche Diskurse abbremsten. Ein anderer besagt, dass verständigungsorientierte Diskurse auf bereits informierte, zudem neugierige Teilnehmer angewiesen seien; die nichtinformierte Mehrheit des Publikums verweigere sich solchen Diskursen und bevorzuge, wenn überhaupt, vorurteilsbestätigende Medienaussagen. Ein dritter Einwand stellt das Diskursmodell an sich in Frage.⁷ Er verweist auf das Konzept der Mehrheitsbildung durch Wahlen und Abstimmungen, weil in Demokratien die politische Exekutive auf die Bildung von Mehrheiten angewiesen sei, zu denen es un-

terlegene Minderheiten gibt, die ihre distinkte Position erhalten und stärken (wollen) mit dem Ziel, eines Tages selbst Mehrheit zu werden.

Gegen diese Einwände lassen sich drei Argumente aufführen.

- Das erste besagt, dass der Hinweis, der Aktualitätsdruck verhindere Diskurse, nicht gegen das Diskursmodell gerichtet ist. Es nennt ein derzeit wohl triftiges Hemmnis, das aber kein allgemeines Gesetz, vielmehr durch den Medienwettbewerb und insofern von Menschen gemacht und darum veränderbar ist.
- Der zweite Einwand besagt, dass die gesellschaftliche Realität solche Diskurse nur in begrenztem Rahmen ermögliche; deshalb sei das Modell unrealistisch. Dies ist kein Einwand, sondern der richtige Hinweis, dass unser deliberatives Konzept normativ zu denken ist, darin nicht anders als die Grundrechte. Dies heißt: Wir wollen dies, wissend, dass es nur begrenzt und nur mit Mühen – zum Beispiel durch die Vermittlung von journalistischer Professionalität hier und Medienkompetenz dort – der Realität nähergebracht werden kann.⁸
- Der dritte Einwand übersieht die Differenz zwischen der funktionsdefinierten Organisation des politischen Systems und dem intermediären Flow der Kommunikationsräume, wie sie dem Zivilgesellschaftlichen eigen sind und aus den oben genannten Gründen weiter an Bedeutung gewinnen.

*Drei Einwände und
die Gegenargumente*

⁷ Vgl. John R. Searles Polemik gegen Jürgen Habermas, in: Hoheluft 3/2012.

⁸ Vgl. die von der Bundeszentrale für politische Bildung eingerichtete Datenbank zur Förderung der „Medienkompetenz als Kernkompetenz“.

Anforderungen an den Journalismus – Das Forschungsdesign

Unser deliberativ begründetes Konzept von Öffentlichkeit geht demzufolge von der These aus, dass gerade der Informationsjournalismus im Zeitalter der digitalen Medien (auch) eine diskursive und insofern integrativ funktionierende Kommunikationsleistung zu erbringen habe. Unter diesem Leitbild können wir die (im ersten Abschnitt formulierten) Forschungsfragen nun mit den folgenden, als Merkmale von (normativ: als Anforderungen an) Diskursivität geltenden Kriterien konkretisieren.⁹

Das erste Kriterium (Ereignisebene) bezieht sich auf die Komplexität des Großthemas „Flüchtlinge“. Ereignisthemen sind dann komplex, wenn sie zugleich auf verschiedenen Ebenen spielen, darunter die institutionelle Ebene wie auch die Alltagswelt der Menschen. Journalisten müssen, wenn sie über das relevante Geschehen informieren und verständigungsorientiert kommunizieren wollen, Komplexität reduzieren (siehe Synopse am Ende der Einführung). Dabei sollte diese Reduktion nicht zur Ausklammerung bzw. Unterdrückung relevanter Aspekte, vielmehr zu einer „angemessenen“ Verdichtung führen. Die Kontroversen über die Flüchtlingsberichterstattung lassen vermuten, dass Komplexität je nach Standort unterschiedlich reduziert („eingedampft“) wird. Und dass diese Reduktion je nach Position verschiedene Wahrheitsausschnitte (Versionen) generiert. Der klassische Journalismus, der seinen engen Ausschnitt als „die ganze

Wahrheit“ verkauft und darin Recht haben will (Rudolf Augstein: „Schreiben, was ist“), spürt den Gegenwind des Misstrauens oder sieht sich mit dem (irreführenden) Schimpfwort „Lügenpresse“ konfrontiert. Daraus ergeben sich für unseren Forschungsansatz die Fragen:

- Wie haben die Informationsmedien als „Gatekeeper“ das komplexe Geschehen reduziert?
- Wurden Ereignisse, Perspektiven und Positionen ausgeklammert, die aus der Sicht von Beteiligten oder Betroffenen bedeutsam gewesen wären?

Hier stößt die Operationalisierung auf methodenbedingte Grenzen, weil die quantitative Inhaltsanalyse ja nur untersucht, was in den Medien berichtet wird, und nicht, worüber nicht berichtet wird. Deshalb werden wir die quantitativen Befunde (Umfänge und Frequenz der Berichte) vor dem Hintergrund des jeweiligen Ereignisthemas interpretieren.

Das zweite Kriterium (Akteure) liegt auf der medialen Ebene und gilt den berichtenden Informationsjournalisten (in Abgrenzung zu Hybridformen, etwa Textmanagern und Kuratoren, Bürger- und Leserjournalisten). Ihrem überkommenen Berufsverständnis zufolge sehen sie sich als Berichterstatter, die auf der Einbahnstraße unterwegs sind vom Urheber/Akteur zum Publikum. Dem oben beschriebenen deliberativen Öffentlichkeitskonzept zufolge sollten sie sich, wenn es um Vermittlung geht, als Interakteure, auch als Moderatoren des öffentlichen Diskur-

Die Forschungsfragen

⁹ Als Referenz dient hier die empirische Studie von Peters u. a. (2007: 203-247).

ses begreifen (Brosdas Formulierung „Anwalt“ des Diskurses kann hier zu Missverständnissen führen). Die Operationalisierung erfasst die *Rollen und Funktionen der Akteure und Sprecher* in den Berichten: Dem normativen Ansatz zufolge sollten die Journalisten die Perspektive (auch) derjenigen einnehmen, für die sie Vorgänge recherchieren, Aussagen produzieren und publizieren: ihres Publikums. Dazu gehört, dass sie ihre Sicht der Dinge in Beziehung setzen zu anderen Sichtweisen und Perspektiven. Für unseren Forschungsansatz ergeben sich daraus Fragen wie diese:

- Wer kommt in der Berichterstattung zum Themenkomplex „Flüchtlinge“ zur Sprache?
- Werden Vorgänge und Themen auch aus der Sicht der direkt Beteiligten und Betroffenen aufgegriffen und behandelt?

Praktischer Journalismus als Maßstab

Für die Interpretation der Befunde in Teil 4 der Studie wird (auch) die „Indexing-Hypothese“ herangezogen, der zufolge die journalistische Elite (entgegen dem Konzept des diskursiven Journalismus) dazu neigt, den politischen Meinungsführern nicht nur in der Themenagenda, sondern auch in deren Sichtweisen und Bewertungen zu folgen. Es wird zu klären sein, ob die Hypothese in Bezug auf das Thema Flüchtlinge und Asylbewerber zutrifft.

Das dritte Kriterium (Darstellungsformen) orientiert sich an der klassischen Professionsnorm des Informationsjournalismus, der zufolge sich die Breite des Geschehens erstens in der Vielfalt der Darstellungsformen und zweitens

in der Angemessenheit der jeweils gewählten Form zeigt. Die Wahl der Darstellungsform ist keine Geschmacksfrage, sondern beeinflusst die Kommunikationsleistung und damit auch – transaktional gedacht¹⁰ – die Rezeption seitens des Publikums. Beispielsweise erfordern augenscheinlich erfasste bzw. recherchierte Vorgänge authentische Formen (Erzählmodus, etwa Reportage oder Feature); die Befragung von Akteuren oder Experten hingegen bedarf dialogischer Formen (insbesondere Interview); redaktionelle Bewertungen erfordern Kommentarformen. Umgekehrt gesagt: Wenn eine Redaktion zu wenig authentisches Material beschafft oder nur selten mit Experten oder direkt Beteiligten gesprochen hat, spiegelt sich dies in der Art und Verwendungshäufigkeit entsprechender Darstellungsformen. Unsere Definition und so auch Operationalisierung der verschiedenen Darstellungsformen bzw. Genres orientiert sich an den im praktischen Journalismus gültigen Merkmalen. Nach Maßgabe dieses Kriteriums wurden die redaktionellen Texte der drei Leitmedien *Die Welt*, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine* inhaltsanalytisch untersucht.

Das vierte Kriterium (Vermittlungsmodus) zielt auf das Rollenverständnis vor allem des politischen Journalismus. Unstrittig gilt, dass er das aktuelle Geschehen aus einer „unabhängigen Position“ heraus recherchieren, aufbereiten und publizieren soll. Aus historischen Gründen denken viele Journalisten dabei (nur) an die Risiken, die mit der Abhängigkeit ihres

¹⁰ Das „dynamisch transaktionale Modell“ versucht Wirkungsprozesse der Massenmedien im Kontext ihrer Nutzung plausibel zu modellieren (vgl. Früh 1991).

Hauses vom Eigentümer und von Wirtschaftsinteressen (insbesondere Werbekunden) verbunden sind. Es gibt aber auch die psychologisch zu deutende Bereitschaft, sich von vorherrschenden Überzeugungen wie auch von machtvollen Akteuren vereinnahmen zu lassen. Viele Journalisten, die im Dunstkreis einflussreicher Politiker agieren, fassen ihre räumliche und mentale Nähe zur politischen Machtelite indessen nicht als Abhängigkeit auf, sondern vielmehr als Vorteil (Krüger 2007: 54 ff.; 2013: 153 ff.). Sie begründen dies damit, dass diese Nähe nicht durch Dritte erzwungen, sondern quasi freiwillig erarbeitet worden sei. Nach Maßgabe unseres theoretischen Konzepts kollidiert dieses Selbstverständnis mit den oben genannten Funktionszuschreibungen an den Informationsjournalismus. Der durch Umfragen bestätigte Glaube, Chefredakteure würden von Regierungsvertretern instruiert, zeugt davon, dass ein beachtlicher Teil des Publikums den Eindruck hat, diese Medien gehörten zu jener abgehobenen Sphäre, wo die politischen Eliten wirkmächtig sind.¹¹ In unseren Forschungsansatz übertragen, lautet die Frage:

- Folgt die Berichterstattung dem Neutralitätsprinzip? Operationalisiert gefragt: Entspricht die Auswahl der Quellen und Sprecher eher den realen Ereignissen oder folgt sie eher der Themenagenda der Regierung

bzw. Politikern der Regierungsparteien und insofern der politischen Elite?

Das zweite und vierte Kriterium zusammengekommen führen zu der Frage, ob die Flüchtlingskrise in ein mentales Klima passt, das die Akteure (Politik), die Medienmacher und die Rezipienten verbunden und beeinflusst haben könnte. Vorsichtig formuliert, geht es um den thematischen Kontext, der dem öffentlichen Diskurs seine Richtung und Prägung gibt. In der Medienforschung werden solch prägende Kontexte als „Frames“ beschrieben,¹² quasi als Brille, durch die die Akteure, die berichtenden Journalisten und ihr Publikum, auf das Großthema blicken oder blicken sollen¹³ (in analogen Zeiten wurde hierfür das Kunstwort „öffentliche Meinung“ benutzt). Eine qualitativ angelegte Durchsicht der Medienberichte zeigte uns, dass bis zum Sommer 2015 tatsächlich ein Stimmungsmachender Kontext entstanden war, der mit dem Schlagwort „Willkommenskultur“ verbunden ist. Deshalb haben wir eine zusätzliche Forschungsfrage formuliert. Sie lautet:

- Mit welchen Sinngehalten wurde das Narrativ Willkommenskultur im medialen Diskurs aufgeladen?

Die Antworten sollen uns helfen, den Zusammenhang zwischen den Medieninhalten und der Meinungsbildung auf Seiten der Publika besser

Was bedeutet „Willkommenskultur“?

¹¹ Vgl. IfD-Allensbach, IfD-Umfrage 11049 vom Oktober 2016.

¹² Im Sinne der funktionalen Definitionen von Entman (1993: 52 f.) und Reese (2001: 11). Wichtigstes Merkmal des Framings: Die Medienberichterstattung hebt (nur) bestimmte Aspekte des Themenkomplexes heraus; sie vermittelt eine bestimmte Sicht sowie auch spezifische Ursachen eines Problems und bewertet diese meist implizit. Disparate Aspekte bleiben ausgeblendet.

¹³ Frame verstehen wir hier nicht als abhängige Variable der Medienberichterstattung, sondern als thematischen Kontext, der (auch) die Medienberichte einbezieht.

zu verstehen. Für die Interpretation werden die Theoriekonzepte der Schweigespirale und der Reaktanz herangezogen (Näheres siehe Teil 4).

Das fünfte Kriterium (Textaussagen) greift ein konkretes, für die Diskursivität der Berichterstattung ebenfalls bedeutsames Prinzip des Informationsjournalismus auf: die Trennung zwischen tatsachenbetonten und meinungsbetonten Vermittlungsformen. Dieses Prinzip wurde nach dem Zweiten Weltkrieg beim Neuaufbau der deutschen Informationsmedien vom angelsächsischen Journalismus übernommen und standardisiert. Damit sollte die früher im deutschen Journalismus verbreitete manipulative Mischung aus Nachricht und Bewertung („Gesinnungsjournalismus“) unterbunden werden¹⁴ – eine Qualitätsnorm, die derzeit zur Abwehr der Lügenpresse- und Fake-News-Vorwürfe eine hohe Geltung besitzt. Studien zur Handhabung dieser Trennungsregel machten allerdings deutlich, dass es nicht nur um die formale Trennung (Kennzeichnung der Textsorte) geht, sondern auch um die *Art der Präsentation* der Nachrichten (Wertungen im Titelkomplex) sowie die *Tonalität* der Berichterstattung (etwa durch wertende Attribuierungen). Um zu prüfen, ob solche subtilen, in die Berichterstattung inkludierten Modi der Meinungsmache verwendet wurden, haben wir sowohl die Stilistik wie auch die Tonalität der Berichte der genannten drei Leitmedien unter die Lupe genommen.

Wenn wir diese Kriterien bzw. Anforderungen auf der medialen Ebene zusammenfassen,

dann lautet unsere operative Untersuchungsfrage so: Mit welcher Intensität (Frequenz und Umfänge) haben die Informationsmedien das Großthema „Flüchtlinge in Deutschland“ in welcher Weise (Kontexte und Darstellungsformen), über welche Akteure (in Texten auftretende Personen und Einrichtungen), aus welcher Sicht vermittelt (Berichte) und beurteilt (Kommentare)? Die Beantwortung dieser Frage anhand der einzelnen Kriterien versetzt uns in die Lage zu bewerten, ob die Medien ihre Aufgabe – für einen offenen, integrativ wirkenden Diskurs zu sorgen – erfüllt haben.

Die synoptische Übersicht auf S. 14 zeigt das vollständige Forschungsdesign.

Die Durchführung der Studie

Mit dieser Studie haben wir die Berichterstattung tagesaktueller Informationsmedien (Schwerpunkte: Leitmedien und Lokal-/Regionalzeitungen) im Verlauf der 13 Monate von Februar 2015 bis März 2016 untersucht. Dies ist der Zeitraum, der mit den erschütternden Berichten über viele Tausend im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge beginnt und mit der Diskussion der brutalen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 endet. Die von den Medien kolportierten und damit auch angeheizten Stimmungen während des Sommers 2015 (wir sprachen weiter oben vom thematischen Kontext als „Frame“) gehen auf ein spezifisches, in den vergangenen Jahren entstandenes Meinungsklima zurück. Für diesen wichtigen Aspekt – es geht um die oben erwähnte Willkom-

Die Trennungsregel

Zusammengefasste Untersuchungsfragen

¹⁴ Zur Geschichte und Bedeutung dieser Trennungsregel vgl. Haller 2003: 105 ff.

menskultur – haben wir den Analysezeitraum zurück bis ins Jahr 2005 ausgedehnt.

Unsere Untersuchung durchlief nun folgende, hier knapp umrissene Methodenschritte:

- Im ersten Schritt wurden die sehr zahlreichen Ereignisverläufe des Jahres 2015 rekonstruiert und in eine Übersicht gebracht (als Materialbasis für den zweiten Schritt). Hierfür wurden drei der beim Publikum als besonders glaubwürdig und reichweitestark geltenden Medien gewählt: die *Tageschau* sowie *Spiegel Online* und *tageschau.de*. Die Rekonstruktion zeigt uns die – medial vermittelte – Flüchtlingsthematik im Durchgang des Jahres 2015 als eine Art nachrichtliches Grundrauschen. Dies wird zu Beginn von Teil 1 dargestellt.
- Im zweiten Schritt wurden für die Meinungsbildung markante (d. h. konfliktreiche und dissonant bewertete) Großereignisse identifiziert und anhand der Medienberichte (unter Hinzunahme der ebenfalls reichweitestarken Online-Medien *welt.de* und *focus.de*) rekonstruiert. Die so identifizierten insgesamt zehn Ereignisthemen erstrecken sich über zwanzig Wochen. Durch sie sind die Zeiträume definiert, aus denen alle Texte erfasst wurden, die in den drei Leitmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* zum Thema Flüchtlinge und/oder Asylsuchende publiziert wurden. Als eine zusätzliche Perspektive wurde für diese Phase die Berichterstattung und Kommentierung des Themas in der *Bild-Zeitung* als Boulevardmedium

erfasst. Für die zwanzig Wochen wurden 480 Zeitungsausgaben durchsucht und 2.240 Zeitungsseiten ermittelt, die Texte zu unseren Ereignisthemen enthielten.

- Der dritte Schritt bestand in der Inhaltsanalyse der redaktionellen Beiträge, die von den drei Leitmedien im Verlauf der zwanzig Wochen über die zehn Großereignisse publiziert wurden. Dies sind 1.687 Texte. Diese wurden in einer sehr differenzierten Textanalyse von zwei geschulten Codierern anhand eines ausgetesteten Codebuchs durchgeführt. Die Auswertung und Interpretation der Befunde liegen Teil 1 (Abschnitt 1.2) sowie Teil 3 zugrunde.
- Im vierten Schritt sollte exemplarisch die Themenkarriere des Frames mit dem Schlüsselbegriff „Willkommenskultur“ rekonstruiert werden. Hierfür haben wir die (als Gattung auf Lesernähe konzipierte) Lokal- und Regionalpresse herangezogen. Vermittels der von Genios betreuten WISO-Datenbank wurden für den Zeitraum von 2005 bis Frühjahr 2016 in 85 Regionalzeitungen mehr als 26.000 Texte identifiziert, in denen dieses Wort vorkommt. Über einen mehrstufigen Weg der Quellenlisten- und der Textbereinigung haben wir einen Offline-Analysekorpus von rund 17.000 redaktionellen Beiträgen erstellt. In Kooperation mit dem Informatik-Institut der Universität Leipzig wurden diese Texte mit Instrumenten des Textmining morphologisch analysiert. Ein auf unsere Fragestellung zugeschnittener Auszug aus dieser Untersuchung liegt Teil 2 über „Die Erfindung der ‚Willkommenskul-

Die Methodenschritte

Der Interpretationsrahmen

Umfang der Erhebungen

Synopse: Das Untersuchungsdesign

Normativ begründete Erwartungen an die Medien

Der Informationsjournalismus berichtet über komplexe Ereignisthemen; er ordnet sie ein und bringt die an den Vorgängen Beteiligten zur Sprache. Damit sorgt er für einen offenen gesellschaftlichen Diskurs

(Deliberative Demokratietheorie und Anforderungen an den Journalismus)

Operationalisierung:	Kernthema: Die Flüchtlingsberichterstattung der Informationsmedien im Jahr 2015 und ersten Quartal 2016					
Die Ebenen	Ereignisebene	Mediale Inhaltsebene				Leitfragen der Analysen
		Akteure	Darstellungsform	Informationsleistung	Vermittlungsmodus	
operative Anforderungen (=Kriterien)	Reduktion von Komplexität	Die direkt und indirekt Beteiligten kommen zur Sprache	Themengerechte Wahl der Darstellungsform	Neutralität der Berichterstattung	Trennung von Nachricht und Meinung	Merkmale für Diskursivität
Die Indikatoren	Gatekeeping: Umfänge und Häufigkeiten (Frequenzen)	Rollen und Funktionen der Akteure/ Sprecher in den Berichten	Neben berichtenden Formen auch dialogische und authentische	Attribute und Tonalität in den Berichten	Attribute und Tonalität der Berichte und Kommentare	Umgang mit abweichenden Positionen & Wertemuster
Die Messmethoden	Quantitative Ermittlung der Frequenzen	Inhaltsanalysen (Kategorien: die Funktionsrollen der Handlungsträger)	Inhaltsanalysen (Kategorien: die im J. praktizierten Darstellungsformen)	Quantitative und morphologische Textanalysen	Semantische und stilistische Textanalysen	Themenkontexte und politische Positionen der Akteure
Untersuchungsgegenstand	Nachrichten reichweitestarker Newsmedien*	3 Leitmedien & Lokal-/Regionalpresse	3 Leitmedien	3 Leitmedien	3 Leitmedien & Lokal-/Regionalpresse	3 Leitmedien, Newsmedien & Lokal-/Regionalpresse
Theoriegestützte Modelle der Interpretation	Agenda Setting & Überforderung („Themenverdrossenheit“)	„Indexing“, Schweigespirale & Reaktanz	Transaktionale Kommunikation & Meinungsbildung	Journalistische Qualitätsnormen	Journalistische Qualitätsnormen	Normativ begründete Journalismusfunktionen
In der Studie näher erläutert	S. 18 f., 23, 104 f.	S. 10 f., 23, 143 ff.	S. 10 ff., 27, 105	S. 11 f., 30, 45 ff.	S. 10 ff., 45 ff., 58, 120	S. 6 ff., 10 ff., 141-145

*ARD-Tagesschau, tagesschau.de, spiegel.de; fallbezogen zusätzlich focus.de, bild.de
Quelle: Eigene Darstellung

tur“ zugrunde. Dort wird das Analyseverfahren näher erläutert.

- Als fünfter und letzter Schritt wurden die inhaltsanalytisch gewonnenen Befunde unter Berücksichtigung der oben beschriebenen fünf Erfordernisse analysiert und unter dem Dach der vorgestellten deliberativen Demokratietheorie und nach Maßgabe der mit den Forschungsfragen verbundenen Modelle interpretiert.

Die Frage nach den Medienwirkungen

Die gewählten Methoden (Text- und Inhaltsanalysen) erlauben keine direkte Antwort auf die Frage nach der Wirkung der Medienberichte auf die Einstellungen in der Bevölkerung. Und doch sind der in einem wachsenden Teil der Gesellschaft demoskopisch ermittelte

Meinungsumschwung, auch das Misstrauen gegenüber der Flüchtlingsberichterstattung nicht vom Himmel gefallen, sondern vermutlich auch darauf zurückzuführen, wie die Medien dieses Großthema verhandelt haben. Für diese These sind Daten über den Einstellungswandel in der Bevölkerung und ein Wirkungsmodell als Brückenschlag zwischen Medieninhalt und Mediennutzer erforderlich. Im Sinne eines Interpretationsvorschlags haben wir ein empirisch bewährtes Modell herangezogen: die sogenannte Schweigespirale in Verbindung mit der Theorie der Reaktanz. Dieses Konzept wird in Teil 4 der Studie erläutert. Es dient dazu, vermeintliche Widersprüche im Verhalten großer Teile des Publikums zu deuten und Denkanstöße für zukünftige Forschungen zu geben.

Diese Studie basiert auf einem Forschungsvorschlag meinerseits. Ihre Ausarbeitung wurde in keiner Weise vom Auftraggeber, der Otto Brenner Stiftung, beeinflusst. Für den Inhalt (einschließlich allfälliger Fehler) bin ich verantwortlich.

Das Forschungsprogramm wurde überwiegend im zweiten Halbjahr 2016 realisiert. Ein Großteil der empirischen Arbeiten (komplexe Datenrecherchen und codebuchgestützte Inhaltsanalysen) führte ich mit meinem Forscherteam an der Hamburg Media School (HMS) durch, an der ich bis Ende 2016 die Forschung leitete. Mitgearbeitet haben Johannes Truß (Leitung der Inhaltsanalyse und Datenauswertung der drei Leitmedien), Philipp Weiß (Internet- und Datenrecherchen für die Rekonstruktion der Medienereignisse) sowie Anika Lohse und Ribana Wollermann (Projektmanagement). Rechercheaufgaben übernahmen Ann-Christin Busch, Juliane Kumst und Jan-Philipp Friese (Projektassistenten).

Die Big-Data-Analyse der Berichterstattung der Lokal- und Regionalpresse wurde im Rahmen einer Kooperation durch Andreas Niekler und Christian Kahmann am Informatik-Institut der Universität Leipzig durchgeführt.

Ihnen allen danke ich für die stets konstruktive und anregende Zusammenarbeit.

Michael Haller

Hamburg, im März 2017

Teil 1: Das Flüchtlingsthema in den Medien 2015/16

1. Die Dynamik der Ereignisberichterstattung

Die Informationsüberflutung

Wer weiß noch, was im Jahr 2015 im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise alles passiert ist? Was wurde von wem getan, was beschlossen, was durchgeführt – und was nicht? Fragt man gut gebildete Bürger, die sich tagtäglich über Nachrichtenmedien informieren, was ihnen rückblickend in den Sinn komme, dann sind es wenige als „krass“ empfundene Bilder vom September, besonders die Fähnchen schwingenden Münchner am Hauptbahnhof, die sich ins Gedächtnis gleichsam eingebrannt haben.¹⁵ Sie dienen quasi als Ausweis für einen „Gesamteindruck“, den die Befragten in Form eines Urteils oder einer Meinung zur Sprache bringen. Viele nennen auch die verstörten Gesichter nach der Kölner Silvesternacht und äußern Widersprüchliches: Einerseits hätten „wir“ diese Herausforderungen ganz gut bewältigt; andererseits seien „wir“ auch sehr naiv gewesen. Und derzeit seien wir Deutsche politisch „irgendwie“ gespalten.

Diese konfliktthaltige Stimmungslage erklärt sich nicht allein aus der Dynamik der Ereignisse und der komplexen Situation, in der sich beim Flüchtlingsthema lokale, regionale, nationale und internationale Problemfelder überlagern. Sie könnte – so unsere Vermutung – auch mit der Informationsarbeit der Me-

dien zusammenhängen, sofern sie ihrerseits die Komplexität des Großthemas „Flüchtlinge“ nicht bewältigen konnten.

Hier einige Zahlen: Allein das Informationsangebot der Tageszeitung *Die Welt* (inklusive *Welt kompakt*) umfasste in unserem Untersuchungszeitraum (Februar 2015 bis 31. März 2016) laut Datenarchiv¹⁶ 5.456 redaktionelle Beiträge und Leserzuschriften zum Thema. Die *Nürnberger Nachrichten* etwa publizierten 5.289 Texte, der in Berlin als Regionalzeitung erscheinende *Tagesspiegel* 6.051; *Welt Online* präsentierte zum Thema 6.484, *Spiegel Online* 5.097 Texte. Statistisch ausgedrückt: Jedes dieser als zuverlässig und professionell geltenden Informationsmedien veröffentlichte im Laufe jener 15 Monate bzw. 64 Kalenderwochen – unserer Datenbank- und Archivrecherche zufolge – im Mittel 5.675 Beiträge, in denen die Themen Flüchtlinge oder Asyl vorkommen. Umgerechnet auf Zeitungsausgaben waren dies 17,5 Beiträge pro Ausgabe (beim *Tagesspiegel* mit 7 Ausgaben wöchentlich 15,7 pro Ausgabe).

Diese Zahlen lassen das Volumen erahnen, das dem lesenden Publikum entgegenschwoll. Doch sie sagen noch nichts über die Dynamik der Ereignisse selbst und deren mediale Verarbeitung. Deshalb wollen wir uns zuerst eine Übersicht über das mediale Informationsgeschehen des Jahres 2015 verschaffen. Das erste Quartal 2016 haben wir, wie oben erwähnt,

¹⁵ Befragung (Meinungsbild) von 65 Teilnehmern zu unserem Thema im Rahmen einer Veranstaltung im Oktober 2016 in Hamburg durch den Verfasser.

¹⁶ Eine Beschreibung der Datenbank und der Verfahren kann online eingesehen werden; siehe Hinweis „Zur Methodologie“ auf S. 147. Der Suchstring hier: „Flücht* OR Asyl*“.

zum Betrachtungszeitraum hinzugenommen, weil wir die mit „Silvester 2015/16“ apostrophierten Ereignisse in unsere Studie einbeziehen wollten.

Die Fieberkurve der Berichterstattung

Wann und wie viel haben die Informationsmedien über die einzelnen Ereignisse und Vorgänge rund um das Thema „Flüchtlinge in Deutschland“ im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums vermittelt?

Um eine Übersicht zu gewinnen, haben wir zunächst die *Tagesschau* sowie die reichweitestarken und als handwerklich zuverlässig geltenden Newsmedien *Spiegel Online* und *tagesschau.de* nach Berichten abgesucht, die das Suchwort „Flücht*“¹⁷ bzw. visuelle Aussagen zum Thema „Flüchtlinge“ enthielten.¹⁸

Bereits die Verteilung der Häufigkeiten (siehe Abb. 1) zeigt ein unerwartetes Bild: Im ersten Halbjahr berichtete die *Tagesschau* im Durchschnitt nur etwa an jedem dritten Tag (10 bis 12 Mal pro Monat). Per Web zeigte *tagesschau.de* zunächst eine sporadische Berichterstattung, die sich im 2. Quartal intensivierte; im Durchschnitt brachte sie im Ablauf von 24 Stunden 1,5 Nachrichten. Auch *Spiegel Online* war bis März zurückhaltend und ab April mit einer dichteren Berichterstattung (2,5 Nachrichten) relativ nah an den Themen.

Ab Mitte Juli – über Ungarn und Österreich gelangen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland – springt die Intensität rasant nach oben; Mitte August überschlagen sich die Nachrichten geradezu (bei *Spiegel Online* 4 bis 5 Nachrichten pro Tag); sie ebbten im Verlauf des Herbstes allmählich ab und bewegen sich im Dezember wieder auf dem Niveau des vorigen Aprils.

Diese Kurve bildet erstens den zunächst geringen Stellenwert des Themas und dann die Dramatik der sich überstürzenden Ereignisse und der damit verbundenen Konflikte ab. Auffallend ist, dass die Kurve der Nachrichtenfrequenz zwischen den beiden Webmedien überraschend synchron verläuft, wobei *tagesschau.de* in der Hochphase den Output von *Spiegel Online* kurzfristig überholt.

Dieser parallele Verlauf lässt sich mit der Wettbewerbssituation (beide wollen möglichst aktuell möglichst viele News bringen) und mit den für Newsseiten spezifischen Verarbeitungsroutinen (derselbe Input und Newsmanagement) erklären. Eine Rolle spielt vermutlich auch das ähnliche, die Handhabung der Nachrichtenfaktoren prägende Rollen- und Funktionsverständnis des professionellen Newsjournalismus. Stichproben (*welt.de* und *focus.de*; siehe auch Teil 3) zeigen, dass Unterschiede im politischen Selbstverständnis der Redaktionen offenbar keinen Einfluss haben.

*Informatorisches
Grundrauschen*

*Dieselben
Verarbeitungs-
routinen*

¹⁷ Ein Asterisk (*) steht in der Suchfunktion als Platzhalter dafür, dass auch nach Worterweiterungen, wie z. B. „Flüchtlinge“, „Flüchtlingsheim“ etc. gesucht wird.

¹⁸ Für die ereignisbezogenen Studien konnte mit der Rekonstruktion ab März 2015 begonnen werden, da die in der Mediathek archivierten *Tagesschau*-Sendungen nur 12 Monate zugänglich sind; auf ältere Sendungen konnte nicht zugegriffen werden. Weiterführende Materialien zum methodischen Vorgehen können auf der Website der Otto Brenner Stiftung abgerufen werden (siehe Hinweis S. 147).

Kognitive Überforderung?

Überforderte Medienmacher?

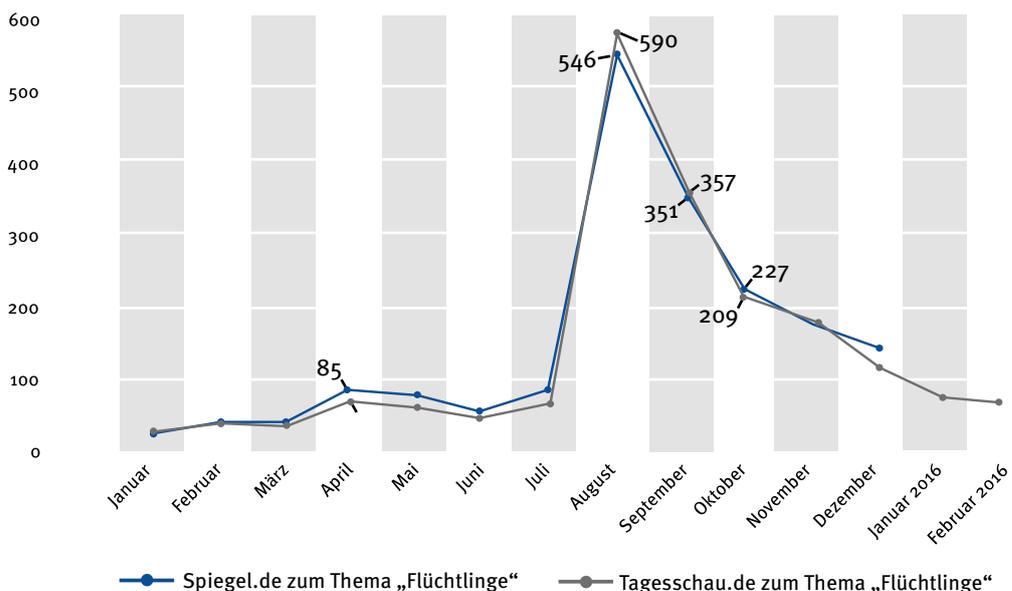
Auf der Suche nach einer plausiblen Erklärung für diesen an eine Fieberkurve erinnernden Verlauf haben wir die gesamte Flüchtlingsberichterstattung von *Tagesschau*, *tagesschau.de* und *Spiegel Online* im Jahr 2015 registriert und die Themenkarrieren inhaltlich nachvollzogen. Im Rückblick fast schon verwirrend erscheint neben der Frequenz auch die Vielschichtigkeit der Ereigniszusammenhänge sowie die Mehrdimensionalität der Ereignisebenen: Die Handlungsorte der Berichte springen innerhalb weniger Tage zwischen Nordafrika, Nahost, europäischen Staaten und Regionen, den deutschen Bundesländern und Städten, Berlin und Brüssel, dem Pazifik und dem Mittelmeer hin und

her. Sie überlagern und durchdringen sich wie ein kaum zu entwirrendes Knäuel. Hinzu kommt die ungewöhnlich große Vielfalt der Akteure in den Berichten: Flüchtende, Kriegstreiber, Hungernde, Rettende, Geschäftemacher, Militärs, Politiker, Regierungssprecher, Behörden, Gesetzgeber, Protestierer, Terroristen, Strafverfolger, Gerichte, Passanten und Bürger.

Nimmt man die Perspektive der Mediennutzer ein, so hat man im Rückblick den Eindruck der kognitiven Überforderung durch die Informationsüberflutung mit meist kontextlosen Nachrichten. Diese Deutung lässt sich durch eine Reihe von Untersuchungen stützen, die sich mit dem Phänomen der Informationsverweigerung (Theorem der „Themenverdrossen-

Abbildung 1:

Gesamtjahresübersicht 2015 aller Beiträge auf Tagesschau.de und Spiegel Online



Quellen: Google+ sowie ARD-Mediathek und Spiegel-Online-Archiv

heit“) bei einem beachtlichen Teil der Erwachsenenbevölkerung befassen.¹⁹ Insbesondere die Faktoren Informationsüberlastung, unzureichende Berichterstattungsqualität sowie die emotionale Nähe zum Thema selbst („Involvement“) bewirken oder verstärken solche Verweigerungshaltungen (Metag/Arlt 2016: 553 ff.). Die damit verbundenen Effekte – Filterung der Informationen und visuellen Reize nach Maßgabe eigener Überzeugungen – werden in der Kognitionsforschung nach dem Muster der „kognitiven Dissonanz“ (Festinger 1957) als selektive Wahrnehmung beschrieben: Um der Dissonanz von widersprüchlichen Wahrnehmungen zu entgehen, neigen Menschen dazu, aus der sie überfordernden Informationsüberfülle die ihre Denkmuster und Vorurteile bestätigenden Nachrichten zu nutzen und die zuwiderlaufenden auszublenden.

Wenn wir dieses Deutungsmodell auf die Flüchtlingsberichterstattung im ersten Halbjahr 2015 übertragen, dann ist die Vermutung naheliegend, dass die Mediennutzer das unüberschaubar große Nachrichtenknäuel des Komplexes „Flüchtlinge“ nach Maßgabe ihrer jeweiligen Präferenzen, Denkmuster und Vorurteile entwirrt haben. Andersherum gesagt: Die Unübersichtlichkeit, Überfülle und Dynamik der Ereignisse und Ereignisorte könnte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die selektive Wahrnehmung bei einem Teil der Bevölkerung bereits im Sommer 2015 zuvor noch disponible

(„weiche“) Ansichten mehr und mehr zu „standfesten“ Überzeugungen verhärtet hat.²⁰

Tagesschau: Bundespolitik und Rechtsradikale

Zurück zur Dynamik jener Medienberichterstattung: Unsere um Strukturierung bemühte Durchsicht des ersten Halbjahres 2015 zeigt, dass bei der *Tagesschau* drei Faktoren die Berichtsintensität (hier definiert als Umfang und Frequenz der Berichte) markant steigerten:

- (1) Die Kaskade symbolischer Handlungen von Politikern (Akteuren, Regierungen, Parteien), wie: Vorschläge, Gegenvorschläge, Forderungen, Ankündigungen, Deklamationen (Motto: „Politiker fordern“);
- (2) von der Politik als „deutsch“ deklarierte Positionen im Kontext der EU und ihrer politischen Sprecher, Akteure und Staatschefs (Beispiele: Dublin-Abkommen, Königsteiner Verteilungsschlüssel);
- (3) Gewalttätiges Verhalten von Gruppen und Personen aus dem rechten und rechtsextremen Umfeld, insbesondere gegen Asylunterkünfte, wie auch deren konfrontatives Auftreten gegenüber Politikern und Magistraten (Polarisierungseffekte).

Umgekehrt sind im ersten Halbjahr 2015 in der *Tagesschau* auch viele Unterlassungen zu registrieren. Nach Maßgabe der Nachrichtenwerte (Faktoren: Prominenz; räumliche, politische und wirtschaftliche Nähe; Konflikt; Nutzen/

Gefahr der Vorurteilsbestätigung

Tagesschau sorgte für Polarisierung

¹⁹ Dieser Ansatz geht davon aus, dass Selektionsentscheidungen nicht nur der „kognitiven Dissonanz“ des Rezipienten geschuldet sind, sondern auch mit Merkmalen der Medienangebote zusammenhängen (vgl. Matthes/Kohring 2003; Kuhlmann u. a. 2014).

²⁰ Die Hypothese müsste noch überprüft werden (etwa durch eine Längsschnittanalyse von User-Kommentaren auf den Websites der reichweitestärksten Newsites).

*Rivalität der
Großthemen*

Schaden) wurde das Flüchtlingsthema in der *Tagesschau* im ersten Halbjahr oft abgedrängt von dem seinerzeit die Fernsehnachrichten beherrschenden Großthema „Griechenland“ (die EU und das Verhalten der deutschen Regierung bzw. deutscher Politiker).²¹ Wenn dann doch das Flüchtlingsthema zur Sprache bzw. ins Bild kam, fehlten oft die für das Verständnis notwendigen Ereigniszusammenhänge. Einerseits wurden Bilder rhetorisch agierender Politiker, Minister und Behörden, andererseits Bilder gewalttätiger Gruppen vor allem im Osten Deutschlands gezeigt (z. B. *Tagesschau* vom 5. April 2015, einen Tag nach dem Brandanschlag in Tröglitz: „Politiker fordern mehr Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit“). Die Bildbeiträge verstärkten die bipolare Botschaft: hier (Standpunkt der Kamera) die große Mehrheit der Gutmeinenden und Wohlwollenden, dort die brutal-militante Minorität der Verweigerer und Gegner – und zwischen den Fronten die Ordnungskräfte.

*Spiegel.de
mit großer
Vielfalt*

**Differenziertes Nachrichtenbild der
Online-Newssites**

Im Unterschied zu den Fernsehnachrichten boten die beiden Onlinemedien *tagesschau.de* und *Spiegel Online* ihren Lesern ein wesentlich breiter gefächertes Nachrichtenbild (*Spiegel Online* z. B. auch zur Not der Flüchtlinge in Fernost). In zahlreichen Meldungen, Berichten, Reportagen, Videodokus und Interviews zeigt *Spiegel Online* von Mitte März bis Ende Juni

2015 immer neue Flüchtlingstragödien aus dem Mittelmeerraum (Probleme und Nöte in den Auffanglagern im Libanon, der Türkei; die dramatische Situation auf den griechischen Inseln; die Geschäfte der Schlepperbanden). Die schwierige Arbeit der italienischen Küstenwache und der aufopfernde Einsatz der Helfer und Betreuer in den Auffanglagern wird bilderreich thematisiert. Mehr als zehn Gastbeiträge und Kommentare diskutieren die Frage nach der Verantwortung des Westens für die verheerende Kriegslage im Nahen Osten. Entsprechend kritisch, oft mit ironischem, auch zynischem Unterton fallen die Berichte über den Aktionismus der Politiker in EU-Europa aus (Muster: „Gescheiterte EU-Flüchtlingsquote: Triumph der Egoisten“; *Spiegel Online* 25.06.2015).

Intensiver noch als *tagesschau.de* berichtet *Spiegel Online* auch über die fremdenfeindlichen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Pegida und AfD sowie über Gewalttätigkeiten rechtsradikaler Gruppen gegen Asylbewerberheime und liberale Mitbürger (Bericht aus Freital/Sachsen: „Kriminelle Ausländer – raus, raus, raus! So wurden am Mittwoch 50 Flüchtlinge in Freital begrüßt [...] Der Streit um die Bewohner des blassgelben DDR-Baus mit dem irreführenden Namen ‚Hotel Leonardo‘ veranschaulicht, wie die deutsche Flüchtlingspolitik derzeit das Land spaltet – und vor allem eines mit sich bringt: Hass“; *Spiegel Online* 25.06.2015).

²¹ Basis: Auszählung der Themen-Items der *Tagesschau*-Sendungen zum Flüchtlingsthema und Abgleich mit der Griechenlandberichterstattung (Otto u. a. 2016). Beispiel Februar 2015: Insgesamt sieben Items zum Flüchtlingsthema, davon zwei an erster Position. Im selben Zeitraum 31 Items zu Griechenland, davon 16 an erster Position (Otto u. a. 2016: 41-44).

Tabelle 1:

Die für die Meinungsbildung als relevant identifizierten Großereignisse 2015 und ihre Codierung

Nr. des Ereignisses	Dauer der Codierung von/bis		Hauptereignis	Nachrichtenwert (Konflikt)	Begründung für Auswahl	Suchstrings für die Archivrecherche
-	16.01.2015	19.01.2015	Tod eines Flüchtlings in Dresden	Sozialer Konflikt/ Kriminalität	Beginn der emotionalen Polarisierung in der Bevölkerung; Proteste auf der Straße; Demo-Verbot u. a.	Nicht berücksichtigt
E1	06.02.2015	20.02.2015	Drei Länderchefs fordern besseres Bleiberecht	Politik/ Länderebene/ Kritik	Vollzugsebene: Exekutive suchen konstruktive Problemlösung	Bouffier OR Kretschmann OR Dreyer OR Länderchef OR Flüchtling* OR Bleiberecht OR Einwanderung*
E2	10.02.2015	18.02.2015	Bundesstatistik: 630.000 Flüchtlinge leben in Deutschland	Faktizierende Nachrichten	Daten gegen Spekulationen, ein Beitrag zur Versachlichung	zahl* AND flüchtling* OR *statistik* OR asyl*
E3	10.03.2015	15.04.2015	Rücktritt des Bürgermeisters von Tröglitz	Politik/sozialer Konflikt	Radikalisierung des Protests und Defensive der Politik	rücktritt AND bürgermeister AND tröglitz/tröglitz* OR flüchtlingsheim* OR flüchtlingsunterkunft OR asyl*/tröglitz* OR flüchtlingsheim* OR flüchtlingsunterkunft OR asyl*
Ausnahmesituation (Teil von E3)	05.04.2015		Brand des geplanten Flüchtlingsheims in Tröglitz	Kriminalität/ sozialer Konflikt	Beginn verschiedener Brandstiftungen; Ambivalenz in der Politik; Zulauf für die AfD	
E4	19.04.2015	04.05.2015	Tote im Mittelmeer – Deutschland fordert europäische Flüchtlingspolitik – 10-Punkte-Plan	Politik/Konflikt EU-Staaten	Dublin-Abkommen scheidet de facto; Probleme (Grenzen, Schengen) werden zerredet	10-Punkte-Plan OR 10 Punkte Plan OR Zehn-Punkte-Plan OR Zehn Punkte Plan OR europäische Flüchtlingspolitik OR Merkel OR Atalanta OR Mittelmeer OR Mare Nostrum OR Flüchtlingsgipfel OR Triton
E5a	10.08.2015	23.08.2015	Beginn der sog. „Flüchtlingsflut“ mit vielen Unglücksfällen, Übergriffen usw.	Politik/Sozialverhalten/Moral/ Wertekonflikte	Beginn der politischen Wertedebatte um Menschenrechte einerseits und Lösungskapazitäten andererseits; Bundesländer: Zumutbarkeitsdebatte	Flücht* OR Asyl*
E5b	24.08.2015	30.08.2015	Krawalle in Heidenau	Sozialer Konflikt/ Kriminalität	„Neuer“ Rassismus in Deutschland; Pegida Nutznießer; Politiker verschärfen Polarisierung	Flücht* OR Asyl*

E5c	31.08.2015	04.09.2015	Merkels Aussage „Wir schaffen das“	Politik/appellatives Handeln	Der Satz wird in den Medien zum Motto und verschärft die Polarisierung	Flücht* OR Asyl*
Ausnahmesituation (Teil von E5c)	03.09.2015		Bild von totem Jungen am Strand Bodrum	Symbol für Hilflosigkeit	Sinnbild für Flucht-elend; indirekt das schmutzige Geschäft der Schleuserbanden	Flücht* OR Asyl*
E6	05.09.2015	18.09.2015	Grenzöffnungen und neue Grenzkontrollen	Politik/Differenzen mit EU-Nachbarstaaten	Aufnahme neuer Flüchtlinge; Verteilung auf Bundesländer (Königsteiner Schlüsse); Probleme an der Grenze Deutschland/Dänemark	Flücht* OR Asyl* AND grenz*
E7	05.10.2015	28.10.2015	Debatte Transit-zonen und „Obergrenze“ für Flüchtlinge in der Union	Politik/Parteienkonflikt	„Asylpaket“ – öffentliche Reaktionen und Kontroversen; neuer Koalitions-Flüchtlings-gipfel	Obergrenze* OR Transit-zone*
E8	03.01.2016	16.01.2016	Silvesterereignisse in Köln und anderen Städten (Übergriffe auf junge Frauen)	Sozialer Konflikt/Normverstöße	Verzögerte Infos durch Behörden und Leitmedien; öffentliche Debatte über Glaubwürdigkeit von Politik und Medien; Verschärfung der Polarisierung	(Silvester* OR Köln OR Hamburg) AND (Flücht* OR Asyl*)
Datenbasis: ARD-Mediathek (Tagesschau) sowie Online-Archive Tagesschau und Spiegel Online. Quelle: Eigene Darstellung						

Insgesamt zeichneten die beiden reichweitestarken Onlinemedien im Unterschied zur *Tagesschau* ein informationsreiches, stark ausdifferenziertes Bild des Geschehens. Dabei vermittelten die Berichte im Laufe des ersten Halbjahres 2015 drei sich widerstreitende Botschaften:

- Erstens schauen die User gleichsam von den Zinnen der „Festung Europa“ zu, wie in Nordafrika, im Nahen Osten und in Fernost viele Millionen Menschen auf der Flucht sind; sie schauen zu, wie Flüchtlinge die rettenden Küsten und Grenzen erreichen, viele aber auch, alleingelassen, auf grausame Weise umkommen.
- Zweitens erfahren sie, dass es am Rande unserer Wohlstandsgesellschaft politisch radikalisierte Außenseiter gibt, Krawallmacher, die ihren Fremdenhass lauthals auf die Straße tragen, und dass manche von ihnen zu Brandstiftern werden.
- Die dritte Botschaft entspricht jener der *Tagesschau*: Die anscheinend ziellos agierende, intern uneinige, auch zerstrittene Politik vermag die zunehmenden Herausforderungen durch Flüchtlinge und Asylsuchende wohl rhetorisch, nicht aber praktisch befriedigend zu lösen. Ihr „Palaver“ erzeugt ein handlungspolitisches Vakuum, in das die recht-nationalen Fremdenhasser mit ihren Parolen und Aktionen auf der Straße hineinstoßen.

2. Die prägenden Medienereignisse im Jahr 2015

Im Folgenden sollen mit einer textinhaltlichen Analyse die zuvor berichteten Eindrücke quantitativ ausdifferenziert werden. Allerdings ist eine Vollerhebung sämtlicher Medienberichte zu diesem Großthema vom Aufwand her nicht zu leisten. Angesichts der Dynamik des Geschehens und der Vielfalt der Akteure und Ereignisse hätte auch eine auf Repräsentativität angelegte Stichprobe in die Irre geführt. Dasselbe gilt für Clusteranalysen (Verfahren zur Entdeckung von Ähnlichkeitsstrukturen), die mögliche Bewertungen (Attribuierungen) in der Berichterstattung herauszufiltern suchen.²² Wir haben uns daher von Forschungen über mutmaßliche Medienwirkungen leiten lassen und uns am Theorem der *Agenda-Setting-Funktion* der Medien orientiert.²³ Davon ausgehend haben wir die Frage gestellt: Welche unter den vielen medialen Großereignissen waren im chronologischen Verlauf mutmaßlich für Einstellungsänderungen, für die Meinungs- und vielleicht auch Willensbildung einflussstark? Jede identifizierte Phase sollte nach dem Muster einer Einzelfallstudie untersucht und mit den anderen Phasen im chronologischen Nacheinander verglichen werden.

Für dieses Verfahren haben wir das Kriterium „Relevanz“ der Nachrichtenwerte Nähe

(Handlungsort Inland oder „Brüssel“) und Konflikt (konfligierende Interessen und interagierende Akteure – siehe Tab. 1) mit der Wahrnehmung aus Sicht der Rezipienten verknüpft. Dies geschah mittels einer begründeten Ereignisbewertung durch jede und jeden der fünf am Projekt tätigen Mitarbeiter*innen (keine Journalisten). Anschließend wurden die Ergebnisse in einer moderierten Gesprächsrunde überprüft und bereinigt. Übrig blieben zehn relevante Ereignisthemen (siehe Tab. 1).

Diese Ereignisthemen definieren unsere Untersuchungsphasen. Wir werden sie in Teil 3 in der Art von Fallstudien detailliert beschreiben und ihre mediale Vermittlung bzw. Thematisierungsweise durch die drei ausgewählten Zeitungen unter die Lupe nehmen.

In diesem ersten Teil über das nachrichtliche „Grundrauschen“ binden wir die zehn Untersuchungsphasen zu einem Analysekorpus zusammen. Er umfasst insgesamt zwanzig Wochen (wobei die Stichproben der Hochphase den Zeitraum vom 10. August bis 18. September umfassen) und soll auf der Strukturebene Aufschluss darüber geben, wie die *meinungsführenden Informationsmedien* den Themenkomplex „Flüchtlinge“ während der Ereignisphasen zwischen Februar 2015 und Mitte Januar 2016 behandelt und bewertet haben.

Zehn Einzelfallstudien

Zwanzig Untersuchungswochen

²² Vgl. hierzu die Studie von Goedeke Tort u. a. (2016), deren Framing-Ansatz (nach Entman 1993) zu nicht wirklich belastbaren Ergebnissen kommt, weil sie für den gesamten Untersuchungszeitraum – das Jahr 2014 – die intervenierende Variable „Ereignisse“ unberücksichtigt lässt (Näheres Goedeke Tort 2016: 500 ff.).

²³ Dieses von McCombs (1972) und Weaver (1977; 1980) entwickelte, in der empirischen Forschung seit Jahrzehnten gut etablierte Wirkungsmodell unterstellt, dass die Medien mit ihrer Art der „Thematisierung“ dann wirksam sind, wenn die Menschen das fragliche Ereignisthema für relevant halten, aber in der Kenntnis und Einschätzung unsicher sind. Hohe Relevanz und hohe Unsicherheit steigern das Orientierungsbedürfnis und in der Folge auch die Wirkung des Medieninhalts (i. S. der Einstellungsänderung) (vgl. Schenk 2007: 465 ff.; Bonfadelli/Marr 2008: 131 ff.).

3. Die Leitmedien und ihre Vermittlungsleistung

Zunächst gilt es zu klären, was eigentlich Meinungsführer sind. Wenn es zutrifft, dass die ausgemachten zehn Großereignisse das Potenzial besaßen, drängende Orientierungswünsche zu bedienen und auf die Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, dann ist dies der Vermittlungsleistung solcher Medien zuzuschreiben, die auf die anderen in die Breite wirkenden Medien prägenden Einfluss nehmen und so die öffentliche Meinung (im Sinne von Noelle-Neumann 1980) beeinflussen. Was diese sogenannten Leit- oder Elitemedien auszeichnet und wie sie wirken, ist seit vielen Jahren eine in den Medienwissenschaften intensiv bearbeitete Fragestellung.

Leit- und Folgemedien

Exkurs: „Eine besondere Rolle bei der Orientierung von Journalisten an anderen Journalisten spielen die sogenannten Leitmedien“, schrieben drei Medienwissenschaftler vor zehn Jahren in ihrer damals viel beachteten Journalismus-Enquete „Die Souffleure der Mediengesellschaft“. Das wichtigste Merkmal eines Leitmediums war für sie, dass es „häufig oder regelmäßig von besonders vielen Journalisten genutzt wird – als Informationsquelle und zur Orientierung für die eigene Berichterstattung“ (Weischenberg u. a. 2006: 133 f.). Die Forscher ließen nach Maßgabe dieser Definition („Welche Medienangebote nutzen Sie beruflich häufig bzw. regelmäßig?“) 1993 und erneut 2005 eine Repräsentativbefragung unter

Deutschlands Journalisten durchführen. Unter den Printmedien wurden diese Titel am häufigsten genannt: *Süddeutsche Zeitung*, *Der Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine*. Unter den Fernsehnachrichten war es mit großem Vorsprung die *ARD-Tagesschau*. Seither ist der Begriff des Leitmediums zwar differenziert worden (Qualitäts-, Prestige- und/oder Elitemedien). Auch führte der Medienwandel zu Verschiebungen im Ranking, weil inzwischen die Onlineangebote vieler Medienhäuser an Reichweite und Reputation gewonnen haben (vgl. u. a. Neuberger 2012; ARD/ZDF-Onlinestudie 2015). Doch die mit dem Begriff Leitmedium verbundene These, dass sich die Medienöffentlichkeit (auch) daran orientiert, was und wie diese medialen Meinungsführer die großen Ereignisthemen aufbereiten, hat sich nicht verändert, sie wurde mehrfach bestätigt (Krüger 2013: 101 ff.).

Gut belegt sind Funktionsmodelle, die „Leit- und Folgemedien“ unterscheiden (Mathes/Czaplicki 1993; Jarren/Donges 2002) und den Leitmedien quasi eine Pilot-, den Folgemedien eine Schwarmfunktion zuschreiben. Leitmedien werden durch eine Reihe sie auszeichnender Kriterien gekennzeichnet, die auch mit dem Label „Qualitätsjournalismus“ etikettiert werden (vgl. Weischenberg u. a. 2006: 133 f.; Wilke 2009: 42 ff.).

Dieses Label gilt unstrittig für die überregional verbreiteten Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine*; we-

niger eindeutig scheint die Reputation der dritten überregionalen Zeitung *Die Welt* zu sein.²⁴ Allerdings findet das reichweitestarke *Welt-Ensemble* aus zwei Tages- und einer Sonntagszeitung auch bei den elitären Zielgruppen hohe Beachtung (vgl. LAE 2015²⁵). Zudem zeigt diese Zeitung eine gegenüber den beiden anderen Titeln abweichende politische Ausrichtung. Von daher vermitteln diese drei Blätter drei eigenständige Sichtweisen auf die Ereigniswelt und bilden – so möchte man glauben – ein breites Themen- und Meinungsspektrum ab.²⁶

Aufgrund dieser Überlegungen wurden die genannten drei Tageszeitungen für die Feinanalyse herangezogen. Dabei verfolgten wir zwei Ziele: Zum einen sollte die zunächst cursorisch gewonnene Übersicht auf die zehn Ereignisthemen heruntergebrochen und die jeweilige Informationsleistung der Medien beschrieben werden. Das zweite Ziel steht unter der leitenden Forschungsfrage: Wie entwickelte sich die medienvermittelte Dynamik des Themas „Flüchtlinge in Deutschland“? In Unterfragen gegliedert: Wer alles kam mit welchen Aussagen (Inhalten) in den Leitmedien wann zu Wort – und wer nicht? Welche Wertemuster sind wann in den Berichtskontexten und Kommentaren erkennbar?

Der Untersuchungsgegenstand

Um mit Hilfe der Inhaltsanalyse Antworten zu finden, wurden zunächst über Google+ und (zur Kontrolle) über die jeweiligen Zeitungsarchive mit den in Tabelle 1 genannten Suchstrings alle redaktionell verantworteten Beiträge ermittelt, in denen das Ereignisthema im Kontext „Flüchtling“ vorkommt (nicht berücksichtigt wurden also Leserbriefe, fiktionale Texte, Advertorials und dergleichen). Diese Texte wurden durchgesehen, ob sie tatsächlich im Zusammenhang mit dem aktuellen Geschehen stehen und gemäß Erscheinungsdatum dem entsprechenden Großereignis zuzuordnen sind. Über diese Arbeitsschritte wurden 1.687 Beiträge der werktäglich erscheinenden Zeitungen *Welt*, *SZ* und *FAZ* identifiziert und als Volltexte in einer eigenen Datenbank abgelegt.²⁷ Da wir vermutlich sämtliche Beiträge zu den Ereignisthemen rund um „Flüchtlinge“ in den Zeitintervallen (siehe Tab. 1) erfasst haben, handelt es sich (bezogen auf die jeweilige Ereignisphase und den Gegenstand) um eine *Vollerhebung*. Sie stellt für die Inhaltsanalyse die Grundgesamtheit dar. Als Analyseeinheit gilt der in sich geschlossene Text mit Überschrift (d.h. keine redundanten Elemente wie Inhaltsverzeichnisse, Verweise, Anrisse u. Ä.).

*Mikroanalyse
der Leitmedien*

*Vollerhebung
zum Thema
„Flüchtlinge“*

²⁴ Die *Tageszeitung (taz)* und die *Frankfurter Rundschau* würden das politische Meinungsspektrum sinnvoll erweitern und abrunden. Allerdings besitzen sie keine hinreichend große Reichweite in den genannten Zielgruppen. Die *Bild-Zeitung* besitzt Reichweite; trotz mangelnder reputativer Glaubwürdigkeit hat sie großen Einfluss auf die Themenagenda der Medien; deshalb haben wir auch sie in unsere Studie einbezogen.

²⁵ Unter den Entscheidungsträgern mit einer Reichweite von rund 10 Prozent ähnlich wie die *FAZ* (<http://www.m-cloud.de/lae2015/welt1.html>; abgerufen Januar 2017). Einer von der *FAZ* in Auftrag gegebenen Eliten-Studie zufolge sprechen die Eliten weiterhin diesen Zeitungen die größte Glaubwürdigkeit zu. Vgl. <http://meedia.de/2015/06/24/lae-2015-diese-print-und-online-medien-lesen-entscheider/> (abgerufen Juni 2017).

²⁶ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Rollenzuschreibung mit der Ausbreitung des Internets und der sich ausfächernden Palette an Webmedien und -plattformen zumal bei den jüngeren Zielgruppen an Kontur verliert.

²⁷ Durchsucht wurden die in den zwanzig Wochen erschienenen 360 Zeitungsausgaben. Weitere Informationen zum Datenbank-Korpus können online eingesehen werden (siehe Hinweis S. 147).

Tabelle 2:
Anzahl der Beiträge je Zeitung zu den Ereignisthemen betreffend Flüchtlinge 2015/16

	Zahl der Beiträge	Anteil
Frankfurter Allgemeine Zeitung	615	36,5 %
Süddeutsche Zeitung	578	34,3 %
Die Welt	494	29,3 %
Gesamt	1.687	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, n=1.687.
 Quelle: Eigene Darstellung

Intensität der Berichterstattung

Der Häufigkeitszählung zufolge hat die FAZ die zehn Ereignisse am intensivsten behandelt, *Die Welt* dagegen relativ am knappsten (siehe Tab. 2). Nimmt man jedoch die Textumfänge (Zeichenanzahl) als Maßstab (siehe Tab. 3), dann haben die FAZ und *Die Welt* grosso modo etwa die gleichen Textmengen produziert, die SZ geringfügig (10 Prozent) weniger. Die relativ hohen Standardabweichungen²⁸ erklären sich durch die Mischung von kurzen Meldungen und langen Berichten. Setzt man beide Dimensionen in Beziehung, dann hat *Die Welt* weniger, im Durchschnitt aber die längsten Beiträge publiziert: Sie sind im Mittel gut 600 Zeichen länger als die der FAZ und 800 Zeichen länger als die der SZ. Andersherum: Die *Süddeutsche* brachte zwar 66 Beiträge mehr, insgesamt aber ca. 170.000 Zeichen weniger als *Die Welt*. Diese großen Unterschiede stehen für unterschiedliche publizistische Konzepte.

Die „Welt“ bringt am meisten Text

Bezogen auf alle Ereignisse, das heißt aufs ganze Jahr, sind die Volumenunterschiede indessen marginal. Mit anderen Worten: Obwohl es sich – im Rahmen des Gesamthemas Flüchtlinge – um unterschiedliche Arten von Ereignissen an unterschiedlichen Austragungsorten mit jeweils sehr verschiedenen Akteuren handelt, geben die drei Leitmedien dem gesamten Themenkomplex in etwa denselben Stellenwert. Dies kann als Beleg dafür genommen werden, dass die Redaktionen der drei Qualitätszeitungen ihren Nachrichtenstoff in quantitativer Hinsicht nach ähnlichen Relevanzkriterien und etwa denselben Professionsroutinen aus dem tagtäglichen Informationsinput auswählen, aufbereiten und mit Eigenleistungen erweitern. Es wird sich noch zeigen, ob dies auch für die inhaltlichen Dimensionen – die Textaussagen – gilt.

Wenn wir das Informationsangebot (nach Umfängen) den zehn Ereignisphasen zuord-

²⁸ Die empirische Standardabweichung gibt an, wie weit die Stichprobe im Schnitt um das *arithmetische Mittel* (hier: Mittelwert) streut.

Tabelle 3:

Umfang der Beiträge je Zeitung (Anzahl Zeichen) zu den Ereignisthemen

	Mittelwert	Anzahl Texte (n=)	Standardabweichung	Summe Gesamtumfang
Frankfurter Allgemeine Zeitung	3.460	494	470	1.705.988
Süddeutsche Zeitung	3.211	483	376	1.551.131
Die Welt	4.122	414	1.445	1.706.556

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, n=1.687.
Quelle: Eigene Darstellung

nen, zeigen sich bereits einige Besonderheiten (siehe Tab. 4): Dem abstrakten, politisch zentrierten Thema der EU-Flüchtlingspolitik (E4) gibt die FAZ doppelt so viel Raum wie die beiden anderen Blätter. Auch der Slogan der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ (E5c) findet in der FAZ die relativ größte Beachtung. Über die aggressiven fremdenfeindlichen Vorgänge in Tröglitz (E3) äußert sich die *Süddeutsche* im Vergleich zu den anderen Blättern eher beiläufig (hier immer im Kontext „Flüchtlinge“). Den inhaltlich vergleichbaren Ereignissen in Heidenau hingegen gibt sie sehr viel mehr Raum (das könnte mit Zufällen, etwa der Präsenz eines Reporters am Ort, zu tun haben). Vorgängen, die räumlich nahe sind (Themen Grenzöffnung, Transitzone), schenkt die *Süddeutsche* mehr Aufmerksamkeit. Dies ist naheliegend, da die SZ ihrer Verbreitung zufolge in erster Linie als Regionalzeitung fungiert. Ereignissen, die

spektakulär und emotionalisierend wirken, gibt *Die Welt* relativ viel Raum (hier: E5a und E8).

Mehr als ein Viertel Meinungsbeiträge

Wie wurden die Ereignisse aufbereitet und vermittelt? Mit dieser Frage kommen wir zur inhaltlichen Textanalyse. Sie wurde durchgeführt mit einem auf unsere Forschungsfragen ausgerichteten Kategoriensystem anhand eines sorgfältig getesteten Codebuchs.²⁹

In der Variablen „Darstellungsformen“ haben wir alle Kategorien so definiert, wie sie im Journalistenberuf gehandhabt und in der Journalistenausbildung gelehrt werden.

Demnach (siehe Tab. 5) brachten die drei Tageszeitungen neben den dominant nachrichtlich-informierenden Texten (rund 60 Prozent) erstaunlich selten dialogische Formen (4,4 Prozent Interviews), eher selten

*Große
Meinungsfreude*

²⁹ Das Codebuch kann online eingesehen werden (siehe Hinweis auf S. 147).

Tabelle 4:

Anzahl der Beiträge je Ereignisphase in den drei Zeitungen zu den Ereignisthemen

		Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Gesamt
E1: Drei Länderchefs	Anzahl	10	7	6	23
	prozentual	43,5 %	30,4 %	26,1 %	100,0 %
E2: Statistik	Anzahl	15	12	12	39
	prozentual	38,5 %	30,8 %	30,8 %	100,0 %
E3: Tröglitz	Anzahl	23	8	21	52
	prozentual	44,2 %	15,4 %	40,4 %	100,0 %
E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	Anzahl	43	21	21	85
	prozentual	50,6 %	24,7 %	24,7 %	100,0 %
E5a: Rapide Zunahme der Flüchtlingszahlen	Anzahl	102	97	106	305
	prozentual	33,4 %	31,8 %	34,8 %	100,0 %
E5b: Heidenau	Anzahl	95	104	78	277
	prozentual	34,3 %	37,5 %	28,2 %	100,0 %
E5c: „Wir schaffen das“	Anzahl	110	85	76	271
	prozentual	40,6 %	31,4 %	28,0 %	100,0 %
E6: Grenzöffnung/Grenzkon- trollen	Anzahl	29	46	27	102
	prozentual	28,4 %	45,1 %	26,5 %	100,0 %
E7: Obergrenzen und Transit- zonen	Anzahl	109	107	69	285
	prozentual	38,2 %	37,5 %	24,2 %	100,0 %
E8: Silvesterereignisse	Anzahl	79	91	78	248
	prozentual	31,9 %	36,7 %	31,5 %	100,0 %
Gesamt	Anzahl	615	578	494	1.687
	prozentual	36,5 %	34,3 %	29,3 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, n=1.687.
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 5:

Die Darstellungsformen aller redaktionellen Beiträge zu den Ereignisthemen

	Häufigkeit	Anteil
Bericht	820	48,6 %
Kommentar/Glosse	296	17,5 %
Meldung	117	6,9 %
Reportage/Porträt	108	6,4 %
Interview	74	4,4 %
Bildnachricht	7	0,4 %
Schlagzeile, Anreißer	32	1,9 %
Serienteil	26	1,5 %
Sonstiges	48	2,8 %
Fremdbeitrag	159	9,4 %
Gesamt	1.687	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, n=1.687.
Quelle: Eigene Darstellung

augenscheinlich recherchierte Erzählstücke (6,4 Prozent) – und im Vergleich dazu sehr häufig meinungsbetonte Beiträge: Kommentare, Analysen, Leitartikel. Wenn man die meinungsbetonten Beiträge der Gastautoren (Kategorie Fremdbeiträge) hinzurechnet, zählt jeder vierte Beitrag zu dieser Kategorie. Pointiert gesagt: Die Akteure, die Beteiligten und Betroffenen kamen in den drei Leitmedien vergleichsweise selten im O-Ton zu Wort. Die Journalisten waren offenbar – neben dem tagesaktuellen Nachrichtengeschäft – mit der Bewertung, Beurteilung und Deutung der Ereigniszusammenhänge beschäftigt. Das

heißt: Ihr Bezugssystem ist in erster Linie die Politik, ihr Interesse gilt den Handlungsoptionen der politischen Akteure. Wir werden im Fortgang der Inhaltsanalyse sehen, ob sich dieses Zwischenfazit bestätigen wird.

Akteure/Sprecher: Monolog, Diskurs oder „Palaver“?

Wer alles kommt im Laufe des Großthemas „Flüchtlinge“ zu Wort – und wer nicht? Diese Frage bezieht sich auf die Akteure und Sprecher, die in den Berichten als Wissende und Beobachtende, als Handelnde und Betroffene namentlich genannt werden.

Auf die Politiker fixiert

Diese Kategorie fasst ein zentrales Merkmal der *Informationsvermittlung*. Würden wir nun alle erfassten Texte inklusive der Kommentare und Glossen – also der interpretierenden Beiträge der Journalisten – einbeziehen, würden die Ergebnisse verfälscht. Wir haben deshalb für die folgende, die *Informationsleistung* analysierende Untersuchung die als Meinungsbeitrag (wie: Leitartikel, Kommentar) oder Essay kenntlichen und entsprechend codierten 296 redaktionellen Texte ausgenommen. Diese werden wir gesondert unter dem Gesichtspunkt

der in der Kommentierung zutage tretenden Wertauffassung in Teil 3 untersuchen. Allerdings verbleibt eine gewisse Unschärfe, da die Gastautoren in ihren Beiträgen meist nicht berichten, sondern einordnen und interpretieren.

In diesem reduzierten Textcorpus (siehe Tab. 6) gehören rund vier von fünf Texten zu den sogenannten tatsachenbetonten Darstellungsformen, deren Hauptfunktion die Informationsvermittlung ist.

Wir haben alle natürlichen und juristischen Personen, die in den Beiträgen genannt

Tabelle 6:
Akteure/Sprecher (A/S) in den Texten nach Darstellungsformen* zu den Ereignisthemen: Häufigkeiten und Anteile

Darstellungsform	Anzahl Texte	Prozentualer Anteil an allen Texten	Anzahl Akteure/Sprecher	Prozentualer Anteil an allen A/S
Bericht	820	59,0 %	7.029	76,3 %
Meldung	117	8,4 %	281	3,0 %
Reportage/Porträt	108	7,8 %	1.209	13,2 %
Interview	74	5,3 %	74	0,8 %
Bildnachricht	7	0,5 %	9	0,1 %
Schlagzeile, Anreißer	32	2,3 %	13	0,1 %
Serienteil	26	1,9 %	175	1,9 %
Sonstiges	48	3,5 %	270	2,9 %
Fremdbeitrag	159	11,4 %	156	1,7 %
Gesamt	1.391	100 %	9.216	100 %

* ohne redaktionelle Meinungsbeiträge
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16; reduziertes Textkorpus n=1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

wurden, als Akteure/Sprecher ermittelt.³⁰ Insgesamt wurden 9.216 Akteure/Sprecher identifiziert, je Text rund sieben Personen (siehe Tab. 6 und 7). Nur jeder zehnte Text – meist Kurzmeldungen, Faktenberichte, Anrisse – kommt ohne Personennennung aus; in der FAZ sind es erstaunlich viele derartige, in der *Welt* fast keine. Umgekehrt nennen die Berichte der *Welt* relativ viele Akteure/Sprecher, was vermutlich mit dem größeren Textumfang der Beiträge zu tun hat. Journalistisch argumentiert, nutzen die *Welt*-Redakteure mehr Akteurskontakte, um unterschiedliche Positionen zu zeigen, was auf eine breitere Recherche schließen lässt.

Wer ist wichtig – und wer nicht?

Die Rollen der in den Texten genannten Akteure/Sprecher sind natürlich sehr unterschied-

lich. Da sich unsere Akteursanalyse auf die als *bedeutsam präsentierten Personen* fokussieren soll, haben wir Akteure/Sprecher dann genauer untersucht, wenn sie in einem Bericht (a) als erste und (b) relativ am häufigsten genannt werden – eine Gewichtung, die mit den Relevanzkriterien des Nachrichtenjournalismus und dem Nachrichtenfaktor „Prominenz“ gut übereinstimmt (vgl. Weischenberg 2001: 81ff.). Über eine Stichprobe aus Texten der drei Zeitungen haben wir die Validität dieses Kriteriums getestet. In den 1.391 erfassten Berichten entsprachen 3.308 Akteure/Sprecher diesem Relevanzkriterium. Dabei fällt als Erstes auf, dass unser Großthema in den drei Leitmedien offenbar von Männern dominiert wird, und zwar im Verhältnis: 3:1 (siehe Tab. 8). Überraschend ist auch die Präsenz der

Relevante Akteure im Fokus

Tabelle 7:
Anzahl der Akteure/Sprecher (n=9.216) in den Berichten zu den Ereignisthemen je Zeitung

	Gesamtzahl A/S (n=)	A/S prozentual	Durchschnittliche Anzahl A/S pro Beitrag	Beiträge ohne A/S (n=)	Prozentualer Anteil Beiträge ohne A/S
Frankfurter Allgemeine Zeitung	2.988	32,4 %	7,00	67 (von 494)	13,6 %
Süddeutsche Zeitung	3.138	34,0 %	7,16	45 (von 483)	9,3 %
Die Welt	3.090	33,6 %	7,56	5 (von 414)	1,2 %
Gesamt (n=)	9.216	100 %	7,23	117 (von 1.391)	8,4 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

30 Definitionen können im Codebuch online eingesehen werden (siehe Anhang, „Zur Methodologie“, Hinweis S. 147).

Institutionen und Einrichtungen: Rund jede dritte Akteursnennung gehört zur institutionellen und insofern abstrakten Kategorie. Beide Ausprägungen finden wir deshalb erstaunlich, weil davon auszugehen ist, dass die mit dem Thema „Flüchtlinge“ befassten Akteure (jedenfalls auf der regionalen Vollzugsebene) genderneutral zusammengesetzt und von bürgergesellschaftlichen Impulsen getragen sind.

Wen oder was (Zuständigkeitsbereiche) vertreten diese *relevanten* Akteure bzw. Sprecher in den Zeitungsberichten? Nach den Zuständigkeiten (siehe Tab. 9) dominiert der politisch-institutionelle Bereich (Regierungen, Parteien, Ministerien mit den zugehörigen Behörden) die gesamte Berichterstattung. Ähnliche Häufigkeiten kennt man aus Analysen des Politikteils von überregionalen Zeitungen im Hinblick auf bundespolitische Vorgänge und

Themen (vgl. Eilders u. a. 2004; Berkel 2006). Für ein Themenfeld jedoch, in dessen Mittelpunkt die vor Ort zu leistende Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Begleitung von vielen Hunderttausend Individuen steht, war dies nicht zu erwarten. Doch den drei Leitmedien zufolge fand diese Ereigniskette in den Konferenzräumen der Politik statt und nur ausnahmsweise draußen bei den Beteiligten und Betroffenen in den Ländern und Städten (häufiger in den Berichten der *Welt*, ganz selten in der FAZ).

Unterhalb der Landesebene, in den Städten vor allem, kümmern sich zahlreiche Ad-hoc-Initiativen, Helfergruppen, NGOs und kirchliche Einrichtungen um die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge – einerseits. Andererseits, so weiß man inzwischen, kam es gerade auf dieser subregionalen Ebene zu einem Zu-

Sprecher der Institutionen dominieren

Tabelle 8:
Gender der Akteure/Sprecher (n=3.308*) in den Berichten zu den Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil am Mittel der drei Zeitungen
Männlich	49,6 %	50,4 %	47,7 %	49,2 %
Weiblich	14,1 %	15,9 %	17,2 %	15,7 %
Institutionen, Gruppen	36,3 %	33,8 %	35,1 %	35,0 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

*Ab Tab. 8 sind nur die als relevant identifizierten Akteure/Sprecher berücksichtigt (3.308 von n=9.216).
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 9:

Zuständigkeit der Akteure/Sprecher (n=3.308) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil*
Politik Ebene allgemein, institutionell, personenbezogen	68,0%	64,0%	55,3%	62,5%
Verwaltung auf Bundes- und Landesebene	1,8%	1,7%	3,4%	2,3%
Wirtschaft	0,9%	1,8%	2,0%	1,5%
Kirche , Religion	0,9%	1,7%	1,4%	1,3%
Einrichtungen aus dem Bereich Kultur und Bildung	0,6%	1,5%	0,7%	0,9%
Soziale Einrichtungen, Medizin, Gesundheit, Rettungsdienst	0,7%	1,1%	2,3%	1,4%
Medien	3,3%	4,7%	3,9%	4,0%
Judikative	8,3%	9,0%	9,0%	8,8%
Militär	0,1%	0,8%	0,3%	0,4%
Interessenverbände	3,8%	1,6%	3,7%	3,0%
Internat. Nichtregierungsorganisationen (NGOs)	0,6%	0,5%	0,4%	0,5%
Fachleute, Experten, Gutachter	0,5%	0,4%	0,9%	0,6%
Personen (keine Institutionen, keine Funktionsträger)	6,0%	8,3%	12,8%	9,0%
Unpersönliche Quellen	3,6%	2,6%	2,7%	3,0%
Sonstiges	0,9%	0,3%	1,2%	0,8%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 10:
Akteure/Sprecher des Bereichs „Medien“ (n=132) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil*
Rundfunk: Fernsehen und Radio	13,9%**	5,6%	2,4%	6,8%
Zeitung; Zeitschrift (online wie offline); Agentur; Bildagentur	38,9%	22,2%	40,5%	32,6%
Internet: Newsfeed, Blogs, Social Media u. Ä.	19,4%	22,2%	9,5%	17,4%
Journalist allgemein; Autor allgemein; sonstige Medienakteure und -institutionen	22,2%	40,7%	38,1%	34,8%
Sonstiges (z. B. Film: Schauspieler; Regisseure; Agenturen; Bildagenturen)	5,6%	9,3%	9,5%	8,3%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 ** Die Prozentwerte in den ersten drei Spalten in dieser und den folgenden Tabellen beziehen sich auf alle in der jeweiligen Zeitung genannten Akteure/Sprecher.
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

ständigkeitschaos und zu Missmanagement; viele Profiteure und Glücksritter ergriffen hier die Gelegenheit.³¹ Über diese Vorgänge erfahren die Leser der Leitmedien im Laufe des Jahres 2015 überraschend wenig. Praktisch unerwähnt bleiben auch die im Zusammenhang

der sogenannten Balkan-Route bedeutsamen internationalen NGOs. Kaum Erwähnung finden die zahlreichen kirchlichen Aktivitäten mit ihren Leistungen und Problemen. Nur eine marginale Rolle spielen Akteure aus der Wirtschaft (Betriebe und Unternehmen), obwohl

³¹ Erst im zweiten Halbjahr 2016 machten verschiedene Medien Behördenversagen und Missbräuche publik (z. B. „Integration von Flüchtlingen: Das System funktioniert immer noch nicht“, in: SPON vom 03.07.2016; „Über Gelderpressung“, in: SPON/Panorama 04.08.2016 sowie recherchierte Berichte in Lokalzeitungen).

auf der wirtschaftspolitischen Ebene immer wieder die erwünschte Integration der Asylbewerber in die Arbeitswelt gefordert wird. Wohlgermerkt, hier geht um die als relevant definierten Akteure und Sprecher, nicht um das Insgesamt aller erwähnten Personen.

Flüchtlingsthema ohne Flüchtlinge

Wenn die drei Leitmedien die anderen Medien zitieren, dann kommen Journalisten, Medienakteure und Blogger dreimal häufiger zu Wort als etwa Vertreter des aktiv handelnden Religions- und Kirchenpersonals. Überraschend häufig zitieren die Journalisten sich gegenseitig – fast zehnmals so häufig, wie Fachleute und Experten genannt werden (siehe Tab. 9). Es ist in der Tat erstaunlich: In der laufenden Berichterstattung über diesen vielschichtigen, heiklen Themenkomplex bleiben die Fachleute weitgehend ausgespart – und dies, obwohl in Deutschland schon seit Jahren eine intensive Islam- und Migrationsforschung betrieben wird. So mancher kompetente Wissenschaftler hätte Sachdienliches, auch Lösungshilfen zu den akuten Problemen auf der Vollzugsebene in den Diskurs prominent einbringen können – ein Manko, auf das ich in Teil 2 zurückkommen werde.

Allerdings gibt es zwischen den drei Leitmedien ein paar auffällige Unterschiede: In der FAZ kommen die Akteure der Institutionenebene am häufigsten, in der *Welt* deutlich weniger oft zu Wort; dafür treten Einzelpersonen (konkret Beteiligte) in der *Welt* etwa doppelt so häufig auf. Unerwartet auch, dass Vertreter der Wirtschaft in der *Welt* mehr (bzw. häufiger etwas) zu sagen haben als in der FAZ.

Die mit dem Flüchtlingsthema befassten Verwaltungsbehörden kommen in der *Welt* häufiger zu Wort als in der *Süddeutschen*, obwohl Letztere einen umfänglicheren Regionalteil bewirtschaftet. Einen hohen Stellenwert genießen Sprecher und Akteure der Strafverfolgungsbehörden (Polizei) und der Rechtsprechung – ein Indiz, dass Normabweichungen von den Journalisten als besonders relevant erachtet werden.

Nur jeder elfte der relevanten Akteure ist kein Funktionsträger und insofern ein Individuum. Wer zählt alles dazu? Am relativ häufigsten sind es Flüchtlinge bzw. Asylbewerber; in den Berichten der *Welt* haben sie den stärksten Auftritt (siehe Tab. 11). Bezogen auf das Insgesamt aller Akteure/Sprecher in allen drei Zeitungen sind es indessen nur 4,5 Prozent. Zugespitzt formuliert: Das Flüchtlingsthema fand in der medialen Öffentlichkeit der Leitmedien (weitgehend) ohne Flüchtlinge statt. Dies gilt noch ausgeprägter für die Menschen, die es als Anwohner, Nachbarn, Helfer, Widersacher usw. unmittelbar mit den Vorgängen rund um die Flüchtlinge zu tun bekamen: In dem von den drei Leitmedien gesteuerten Diskurs kommen sie ähnlich selten zur Sprache wie die Flüchtlinge. Praktisch keine Beachtung fanden Privatpersonen, die sich als Geldgeber, Spender u. Ä. engagierten.

Die Feinanalyse der Akteure und Sprecher auf der politisch-institutionellen Ebene (gemäß Tab. 9 rund zwei Drittel aller als relevant/prominent identifizierten Akteure/Sprecher) unterstreicht die Dominanz der bundespolitischen Systemebene deutlich (siehe Tab. 12).

Andere Journalisten werden oft zitiert

Fachleute spielen keine Rolle

Die Helfer hatten keine Presse

Tabelle 11:

„Einzelpersonen“ (n=298) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil*
Flüchtling, Asyl- bewerber	37,9 %	38,9 %	45,3 %	41,6 %
Privatperson, Bürger, Anwohner u.a.m.	28,8 %	21,1 %	23,4 %	23,8 %
Verursacher; Täter; Kämpfer	13,6 %	13,7 %	12,4 %	13,1 %
Prominenter – Sportler, Schauspieler etc. (in der Rolle als Privat- person)	4,5 %	5,3 %	5,1 %	5,0 %
Sonstige	3,0 %	5,3 %	4,4 %	4,4 %
Betroffener, Opfer	1,5 %	7,4 %	2,2 %	3,7 %
ehrenamtlich Tätiger – z. B. Organisator, Kandidat für Wahlen –, parteilos	4,5 %	1,1 %	4,4 %	3,4 %
Teilnehmer – Ver- anstaltung, Kursus, Versammlung, Wett- bewerb u. Ä.	4,5 %	3,2 %	1,5 %	2,7 %
Augenzeuge – nicht judikativ	1,5 %	4,2 %	1,5 %	2,3 %
Spender; Sponsor (nur Einzelpersonen, keine Unternehmen)	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
Quelle: Eigene Darstellung

Auch hier gibt es zwischen den drei Zeitungen keine signifikanten Unterschiede. Deutliche Abweichungen zeigen sich, wenn es um die Akteure auf der internationalen Bühne inklusive der EU (Brüssel) geht: Hier bringt die FAZ sehr viel mehr prominente Stimmen als jedes der anderen Blätter. Anders ist es im Inland. Dem Ranking zufolge vertritt nur jeder vierte Akteur die (für den Vollzug entscheidende) Länderebene, nur jeder zwölfte die kommunale Ebene. Allein die FAZ räumt dem – die Flüchtlingspolitik determinierenden – internationalen Konfliktfeld mit knapp 30 Prozent aller Politikakteure einen gewissen Stellenwert ein.

Übrigens ergab die zusätzliche Feinauswertung des ohnehin marginalen Bereichs „Verwaltung“ (81 von 3.308 Personen), dass zwei Drittel der Akteure/Sprecher im Namen von Bundesbehörden sprechen. Nur in den Berichten der *Welt* wurden relevante Sprecher ausländischer Behörden entdeckt: insgesamt drei Personen. Die Feinauswertung des Sprecherbereichs „Interessenverbände“, mit 100 Nennungen ebenfalls marginal, macht einen Unterschied zwischen den Blättern deutlich: Zivilgesellschaftliche Akteure kamen, wenn schon, dann meist in der *Süddeutschen Zeitung* und fast nie in der FAZ angemessen zu Wort (siehe Tab. 13).

Regierungsparteien dominieren den Diskurs

Diese Dominanz der Politiker unter den Akteuren und Sprechern führt zur Frage nach deren Parteizugehörigkeit. Befund: Rund ein Drittel aller in den Berichten namhaft gemachten re-

levanten Akteure treten im Namen einer Partei in Erscheinung. Da die Nennung der Parteizugehörigkeit zu den Standards journalistischer Berichterstattung gehört, dürfte diese Auszählung für die Kategorie „relevante Akteure/Sprecher“ vollständig sein. Demnach gehört jeder vierte Akteur (27,4 Prozent) zu einer der drei Parteien der Regierungskoalition. In den FAZ-Berichten dominieren die Akteure der CDU, in der *Süddeutschen Zeitung* haben jene der SPD die Nase vorn. Bei beiden Zeitungen mag auch das politische Lokalkolorit eine Rolle spielen. Dass die *Süddeutsche Zeitung* in Bayern erscheint, ist auch daran zu erkennen, dass Akteure und Sprecher der CSU in dieser Zeitung doppelt so häufig genannt werden wie in der FAZ oder der *Welt* (siehe Tab. 14).

Für die Oppositionsparteien im Bundestag (Die Linke, Grüne) sprachen nur knapp 12 Prozent aller Parteizugehörigen. Die rechtsnationalen – auf Bundesebene außerparlamentarischen, in Länderparlamenten aber gut vertretenen – Akteure der AfD waren für die Berichtersteller offenbar irrelevant. Dies gilt auch für die in verschiedenen Bundesländern und Kommunen aktiven parteilosen Gruppierungen und Wählergemeinschaften.

Politiker links- und rechtsaußen kamen nicht zu Wort

Im Verlauf der für die Meinungsbildung in der Bevölkerung vermutlich prägenden Großereignisse des Jahres 2015 wurde die politische Debatte in den drei Leitmedien also massiv von den Regierungsparteien dominiert: Akteure und Sprecher der drei Koalitionäre kamen rund

„Berlin“ beherrscht die Nachrichten

Opposition hat keine Presse

Tabelle 12:
Akteure/Sprecher des Zuständigkeitsbereichs „Politik“ (n=2.068) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil*
Bundesebene – Regierung, Parlament, Ministerien, Kommissionen, Bundesrat	40,8 %	44,0 %	43,2 %	42,6 %
Landesebene – Regierung, Parlament, Ausschüsse, unabhängige Kommissionen	22,4 %	23,6 %	29,2 %	24,8 %
Ausland – nichtdeutsche Regierungen, Parlamente, Ministerien etc.	21,7 %	14,4 %	13,7 %	16,9 %
Regionale und kommunale Ebene – Landkreistag und Kreistag, Landrat, Stadtrat	8,1 %	10,4 %	8,0 %	8,9 %
EU-Ebene	5,7 %	6,0 %	4,1 %	5,4 %
Internationale Staatenbünde und Organisationen – UNO etc.	1,2 %	1,5 %	1,9 %	1,5 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

sechsmal häufiger zu Wort als jene der parlamentarischen Oppositionsparteien. Akteure der Parteien und Gruppen am rechten politischen Rand – die in mehreren Bundesländern in den Parlamenten sitzen – hatten in der medialen Öffentlichkeit zu diesem Thema offenbar nichts Relevantes zu sagen. Wenn sie erwähnt wurden, dann nur beiläufig.

Bei der Bewertung dieses Befundes sollte allerdings bedacht werden, dass die drei Regierungsparteien zu aktuellen Kontroversen (wie: Aufnahme und Registrierung, Obergrenze, Asylrechtsreform, Intervention auf EU-

Ebene, Umgang mit Nachbarstaaten, insbesondere Österreich und Ungarn, Finanzierung) unterschiedliche Positionen und Lösungsideen in die öffentliche Debatte einbrachten. Hinzu kommt, dass deren Statements für das Entscheidungshandeln der Regierung gewiss bedeutsamer und insofern relevanter sind als jene der Opposition – einerseits. Andererseits wird insbesondere den Leitmedien für den gesellschaftlichen Diskurs eine verständigungsorientierte Funktion zugeschrieben (siehe Einführung). Damit verbindet sich die normativ begründete Vorstellung, die Leitme-

Fixiert auf die Machträger

Tabelle 13:
Akteure/Sprecher von Interessenverbänden (n=100) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Anteil am Mittel der drei Zeitungen
Bürgerinitiative, Bürgerbewegung, Bürgerallianz	9,5 %	44,4 %	30,0 %	24,0 %
Gewerkschaft, Betriebsrat	31,0 %	22,2 %	15,0 %	23,0 %
Stiftung	11,9 %	5,6 %	2,5 %	7,0 %
Wirtschafts- und Bauernverbände	7,1 %	5,6 %	10,0 %	8,0 %
Sonstige(r) Interessenverband; Interessengemeinschaft	40,5 %	22,2 %	42,5 %	38,0 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

Gespaltener Diskursraum

dien hätten die öffentliche politische Debatte so zu orchestrieren, dass möglichst *alle gesellschaftlich relevanten Gruppen* – soweit sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen – daran teilnehmen (sollten). Werden Parteien und Gruppen, von denen sich

größere Bevölkerungsteile vertreten fühlen, aus dem Diskurs ausgeschlossen, spaltet sich der öffentliche Diskursraum und der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert.

Unter diesem Blickwinkel verlief der von den drei Zeitungen veranstaltete Diskurs nicht

Tabelle 14:
Parteizugehörigkeit der Akteure/Sprecher (n=3.308) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung

	Frankfurter Allgemeine Zeitung	Süd-deutsche Zeitung	Die Welt	Anteil an allen A/S (Mittel der drei Zeitungen)	Anteil der einzelnen Parteien am Mittel aller Parteien (n=1.088)
SPD	8,6 %	10,4 %	10,4 %	9,8 %	29,9 %
CDU	15,3 %	9,0 %	11,6 %	11,9 %	36,4 %
CSU	4,6 %	8,0 %	4,0 %	5,6 %	17,0 %
Die Grünen	2 %	3,1 %	3,4 %	2,9 %	8,7 %
FDP	0,4 %	0,1 %	0,8 %	0,4 %	1,3 %
Die Linke	0,5 %	1,1 %	1,5 %	1,0 %	3,1 %
AfD	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %
NPD	0,6 %	0,1 %	0,2 %	0,3 %	0,9 %
Parteilos, andere Partei, Wählergemeinschaft	0,5 %	0,9 %	1,1 %	0,8 %	2,6 %
Keine Partei	67,2 %	67,3 %	67,0 %	67,2 %	—
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

integrierend, sondern segmentierend. Ausgeschlossen wurden nicht nur Radikale, sondern auch politische Akteure, die keinen fremdenfeindlichen Parolen folgten. Insofern repräsentieren die drei Leitmedien jenen geschlossenen Kommunikationsraum, den viele Ausgegrenzte in ihren Kommentaren mit „Mainstream“ und „Systempresse“ etikettierten (zum Topos „Gesellschaftliches Vertrauen“ vgl. Delhy/Verbaal 2016: 99 f.).

Viel Raum für Konfliktthemen

Mit dem politischen Diskurs verbunden ist die Frage, ob in der Berichterstattung der drei Zeitungen die andauernde Konflikthaltigkeit des Großthemas aufgezeigt wird: Werden überwiegend Ereignisnachrichten und Einquellenberichte publiziert – oder dominieren Berichte, in denen Akteure mit unterschiedlichen Positionen (bzw. deren Argumente) referiert und also Kontroversen bzw. Meinungsverschiedenheiten thematisiert werden? Unser Befund: Die drei Medien zusammengenommen brachten 2015 (mit rund 53 Prozent) tatsächlich häufiger solche Texte, die über kontroverse Positionen berichteten (siehe Tab. 15). Konfliktfreie Nachrichten (im Sinne unserer Definition) brachte die *Süddeutsche* (mit rund 51 Prozent) relativ am häufigsten.

Fanden die Redaktionen den Konfliktstoff so brisant, dass die Leser schon in der Überschrift darauf gestoßen wurden? Hier ist die FAZ zurückhaltend: Nur jeder fünfte Bericht machte den Konfliktgehalt bereits im Titelkomplex deutlich (Überschrift, Unterzeile etc. – weiterführende Informationen siehe

Anhang, „Zur Methodologie“, S. 147). Die Berichterstattung in der *Welt* und der *Süddeutschen* brachte den Dissens der Akteure häufiger bereits im Titel zur Sprache. Die demgegenüber unaufgeregte, sachlichere Vermittlungsweise der FAZ zeigt sich auch darin, dass die Zeitung die Kontroversen und Meinungsunterschiede zwischen Akteuren und Positionen keineswegs verschwieg, jedoch eher in den Texten ausbreitete.

Wir wollten wissen, welche Akteure/Sprecher in den Berichten dominieren, die Konflikte, Kontroversen und Meinungsverschiedenheiten thematisieren (siehe Tab. 16; n=738 Texte). Diese Berichte nannten insgesamt 1.932 relevante Akteure/Sprecher. Von diesen sind mehr als zwei Drittel (69,4 Prozent) der institutionellen Politik zuzuordnen: Parteien, Politiker, Regierungen, Parlamente. Die Einrichtungen und Behörden, die mit dem Management der eintreffenden Flüchtlinge direkt zu tun hatten, operierten offenbar frei von Konflikten und Problemen, jedenfalls fanden wir im Laufe sämtlicher Untersuchungsphasen (inklusive der „heißen“ Phase August/September/Oktober) nur 37 Erwähnungen (1,9 Prozent). Dasselbe gilt für die freiwilligen Helfer, die Initiativen, freien Träger und sozialen Einrichtungen. Über deren Probleme etwa mit Ämtern und Behörden wurde so selten authentisch informiert, dass wir alle diese Bereiche in die Sammelkategorie „Sonstiges“ gepackt haben (4,6 Prozent). Ganz anders die Konflikte mit der Rechtsordnung und die darin involvierten Personen (Verdächtige, mutmaßliche Täter und Opfer): Diese kamen deutlich öfter zur Sprache (jeweils rund

*Leitmedien
in der Filterblase*

*Viel Platz für
streitende Politiker*

Andere EU-Staaten
waren selten Thema

7 Prozent). Dabei wurde auf Sensationalisierung weitgehend verzichtet, was sich daran ablesen lässt, dass solche Konflikte häufiger nur im Berichtstext, nicht aber im Titelkomplex formuliert wurden.

Wegen der starken Dominanz der Politikthemen und -akteure haben wir untersucht, welchen Bereichen die 1.340 Politik-Nennungen in den 738 „konflikthaltigen“ Berichten zuzuordnen sind. Die Zuordnung (siehe Tab. 17) zeigt, dass die Zeitungsberichte in erster Linie Kontroversen zwischen Politikern auf der bundespolitischen Ebene groß herausstellen;

deutlich seltener sind es Konflikte auf der Ebene der Bundesländer, die aber dank CSU/Seehofer häufiger schon im Titelkomplex angekündigt werden. Die zahlreichen und für das Schicksal von Hunderttausenden Flüchtlingen verheerenden Konflikte auf der Ebene internationaler Organisationen (EU, Uno, Unicef u. Ä.) waren nur ausnahmsweise relevant (6,1 Prozent). Mit 15,5 Prozent galten als deutlich skandalträchtiger Konflikte unter den ausländischen Regierungen und Ministerien.

Bei knapp 800 der auftretenden prominenten Akteure/Sprecher wurde die Zugehörigkeit

Tabelle 15:
Anzahl Beiträge, die über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten (MV) zu den Ereignisthemen berichten (n=1.386)

		Konflikt/MV kommt im Titelkomplex vor	Konflikt/MV wird im Bericht beschrieben	Konflikt/MV wird nicht thematisiert	Gesamt
Frankfurter Allgemeine Zeitung	Anzahl	97	171	224	492
	prozentual	19,7%	34,8%	45,5%	100,0%
Süddeutsche Zeitung	Anzahl	120	115	247	482
	prozentual	24,9%	23,9%	51,2%	100,0%
Die Welt	Anzahl	116	119	177	412
	prozentual	28,2%	28,9%	43,0%	100,0%
Gesamt	Anzahl	333	405	648	1.386
	prozentual	24,0%	29,2%	46,8%	100,0%

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
Quelle: Eigene Darstellung

zu einer der politischen Parteien genannt. Der Befund: In die Kontroversen waren Politiker der CDU am häufigsten eingebunden, was deren „Sandwich“-Position zwischen den Koalitionspartnern CSU und SPD wohl korrekt abbildet (siehe Tab. 18). In den zahlreichen und mitunter heftigen politischen Disputen (etwa über Grenzschießungen, Obergrenzen, Registrie-

rung, Finanzierung) galten Politiker der Linken offenbar als irrelevant (während der analysierten zwanzig Wochen kamen sie unter den erfassten 1.932 Akteuren/Sprechern nur 31 Mal vor).

Sprecher der AfD – die Partei war damals schon in mehreren Bundesländer- und Kreisparlamenten stark präsent – finden sich hier

CDU im
Konflikt-
Zentrum

Tabelle 16:

Akteure/Sprecher in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten zu den Ereignisthemen (n=1.932 Akteure)

	Konflikt/MV kommt im Titelkomplex vor	Konflikt/MV wird im Bericht beschrieben	Anteil*
Politik-Ebene allgemein, institutionell, personenbezogen	72,1 %	66,9 %	69,4 %
Verwaltung auf Bundes- und Landesebene	1,9 %	2,0 %	1,9 %
Wirtschaft	1,2 %	1,0 %	1,1 %
Medien	3,6 %	2,6 %	3,1 %
Judikative	4,6 %	10,0 %	7,5 %
Interessenverbände	3,1 %	3,1 %	3,1 %
Personen (keine Funktionsträger)	5,4 %	8,5 %	7,0 %
Unpersönliche Quellen	2,8 %	2,0 %	2,3 %
Sonstiges**	5,3 %	4,0 %	4,6 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)

** Sammelkategorie Sonstiges: Kommunale u. stadtnahe Einrichtungen; Kirche, Religion; Einrichtungen des Bereichs Kultur und Bildung; Soziale Einrichtungen, Medizin, Gesundheit, Rettungsdienst; Militär; Internationale Nichtregierungsorganisationen/NGOs; Fachmann, Experte, Gutachter.

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.

Quelle: Eigene Darstellung

*Stimmungsmache
in den Berichten*

keine. Indessen kamen, wenn es um Kontroversen mit rechts Außen ging, NPD-Positionen genau sieben Mal als relevant zur Sprache.

Wie neutral und sachlich wurde berichtet?

Aus welcher sprachlich-stilistischen Perspektive haben die drei Leitmedien über die mit dem Flüchtlingsthema befassten und als relevant eingestuften Akteure und Sprecher berichtet? Journalisten können ja – ohne zu kommentieren – durch die Verwendung bestimmter Verben

und/oder bestimmter Attribute (Adjektive, Adverbien, Partizipien u. a.) ihren Berichten eine spezifische Tonalität und damit ihren Lesern im Subtext zu verstehen geben, was „man“ von der Person oder ihrem Auftritt oder ihrer Argumentation halten soll. Ob der Akteur mit starrem Blick, mit nervöser Stimme, mit spitz gestreckten Fingern, von einem Bein auf das andere tretend, mit feuchter Stirn, mit herabhängenden Mundwinkeln und eingezogenem Bauch, hüstelnd oder säuselnd das Wort er-

Tabelle 17:
Akteure/Sprecher des Bereichs „Politik“ in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten (MV) (n=1.340 Akteure)

	Konflikt/MV kommt im Titelkomplex vor	Konflikt/MV wird im Bericht beschrieben	Anteil*
EU-Ebene	4,4 %	5,8 %	5,1 %
Bundesebene – Regierung, Parlament, Ministerien, Kommissionen, Bundesrat	39,1 %	42,4 %	40,8 %
Landesebene – Regierung, Parlament Ausschüsse, unabhängige Kommissionen	29,7 %	26,1 %	27,8 %
Regionale und kommunale Ebene – Landkreistag und Kreistag, Landrat, Stadtrat	11,5 %	8,0 %	9,7 %
Internationale Staatenbünde und Organisationen – UNO etc.	1,1 %	0,9 %	1,0 %
Ausland – nichtdeutsche Regierung, Parlament, Ministerien etc.	14,2 %	16,8 %	15,5 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
Quelle: Eigene Darstellung

griff – oder ob er nur XYZ sagte, nur referierte, nur wiedergab, nur fragte usw.: Diese Unterschiede wirken sich auf den Tenor des Berichts und somit auch auf die Meinungsbildung bei den Lesern aus. Von daher geht es um die im Forschungsdesign in der Einleitung erläuterte Qualitätsfrage: Wie neutral beschreiben die Berichterstatter das auf viele Menschen emotionalisierend wirkende Großthema „Flüchtlinge in Deutschland“?

Hinzu kommt eine weitere sprachlich-stilistische Eigenart, die hier ebenfalls eine Rolle spielt: die Attitüde, als könne man gleichsam in die Köpfe derjenigen schauen, über die man berichtet. Es sind Formulierungen (hier aus Zeitungsberichten über die Bundeskanzlerin gefiltert) wie: *Sie schaut glücklich, sie begeistert sich, sie glaubt, sie fürchtet, sie wünschte sich, sie misstraute, sie träumte*. Solche Formulierungen gehören eigentlich in die Welt

Tendenziöse Formulierungen

Tabelle 18:
Akteure/Sprecher des Bereichs „Politik“ in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten nach Parteizugehörigkeit (n=795 Akteure)

	Konflikt/MV kommt im Titelkomplex vor	Konflikt/MV wird im Bericht beschrieben	Anteil*
SPD	27,0 %	31,1 %	28,9 %
CDU	34,3 %	35,2 %	34,7 %
CSU	21,0 %	13,9 %	17,7 %
Die Grünen	8,2 %	11,2 %	9,6 %
FDP	1,2 %	1,6 %	1,4 %
Die Linke	4,4 %	3,3 %	3,9 %
AfD	0,0 %	0,0 %	0,0 %
NPD	0,9 %	0,8 %	0,9 %
Parteilos, andere Partei, Wählergemeinschaft	3,0 %	2,7 %	2,9 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 2:

Berichterstattung über Vorgänge zum Thema Flüchtlinge/Asylsuchende: Tonalität der Berichte

Beobachtend-neutraler Stil	Textbeispiel: Pistorius sagte, die an den deutschen Grenzen vorübergehend wieder eingeführten Kontrollen seien sinnvoll. Der Schritt sei nötig geworden, weil das Tempo der Zuwanderung die Aufnahmekapazitäten überschritten habe. „In Niedersachsen erleben wir jeden Tag eine gelebte Willkommenskultur, fast täglich werden neue Flüchtlingsunterkünfte eröffnet“, sagte der Minister [...]. (Welt.de 15.09.2015)
Beobachtend-nichtneutraler Stil	Textbeispiel: Junks erste Antworten, keine Frage, fallen ernüchternd aus. Sie werfen einen kühlen Schatten auf die vielen wärmenden Meldungen der vergangenen Tage: auf den Jubel über unsere Willkommenskultur, auf Merkels gelobte Wir-schaffen-das-Rede, auf das viele zusätzliche Geld, das Bund und Länder gerade beginnen lockerzumachen für die Menschen in Not; auf den Ruck, der durch das Land zu gehen scheint [...]. (Welt.de 10.09.2015)
Auktorial-neutraler Stil	Textbeispiel: Die Möglichkeiten Bayerns, Flüchtlinge aufzunehmen, seien erschöpft: „Mehr geht nicht.“ Die Politik dürfe nicht vor der Lebenswirklichkeit kapitulieren, sonst drohe ein Kollaps, prophezeite Seehofer düster. Dramaturgischer Mut kann Seehofer schon deshalb nicht abgesprochen werden, weil er im gleichen Atemzug nicht verhehlte, wie begrenzt seine eigenen Handlungsmöglichkeiten sind [...]. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.10.2015)
Auktorial-nichtneutraler Stil	Textbeispiel: Lucke hört ihnen zu, angespannt zwar wie ein Vater, der fürchtet, sein Sohn könnte beim Gedichtaufsagen den Text vergessen. Aber er hört zu. „Eine pauschale und unreflektierte Willkommenskultur, wie sie derzeit von der Bundesregierung vertreten wird, ist Ausdruck naiven und illusionären Denkens“, sagt Kölmel und fordert stattdessen eine „Hilfskultur“. (Welt.de 22.09.2015)

der Schriftstellerei, denn dort ist der Autor der Herrgott seiner Romangeschöpfe; er weiß, wie es seinen Kreaturen psychisch gerade geht. In der Literaturwissenschaft spricht man vom *auktorialen Schreibstil*. Auch Reporter des Magazinjournalismus (Storytelling) neigen zu dieser Attitüde, wiewohl die damit verbundene Selbstüberhöhung des Autors mitunter arrogant wirkt. Inwieweit (und wie oft) schlüpfen nun die dem nachrichtlichen Geschehen verpflichteten Be-

richterstatter der drei Tageszeitungen in diese auf viele Leser vermutlich anmaßend wirkende Rolle des Allwissenden und schreiben im auktorialen Stil über „ihre“ Protagonisten?

Wir haben von jeder der drei Zeitungen aus jedem Quartal zehn Berichte nach dem Zufallsprinzip als Stichprobe gezogen und eine Liste mit Attributen und färbenden Verben angelegt. Mit dieser Liste wurden alle 820 nachrichtlichen Berichtstexte – das heißt keine Reporta-

Tabelle 19:

Attribuierung bzw. Tonalität der Berichte je Zeitung (n=820)

		Beobachtend – neutral	Beobachtend – nicht neutral	Auktorial – neutral	Auktorial – nicht neutral	Gesamt
Frankfurter Allgemeine Zeitung	Anzahl	161	28	24	65	278
	prozentual	57,9%	10,1%	8,6%	23,4%	100,0%
Süd- deutsche Zeitung	Anzahl	131	49	27	84	291
	prozentual	45,0%	16,8%	9,3%	28,9%	100,0%
Die Welt	Anzahl	111	70	24	46	251
	prozentual	44,2%	27,9%	9,6%	18,3%	100,0%
Gesamt	Anzahl	403	147	75	195	820
	prozentual	49,1%	17,9%	9,1%	23,8%	100,0%

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
Quelle: Eigene Darstellung

gen, Interviews, Essays etc. – abgesucht (siehe Tab. 19; das Codebuch kann online eingesehen, siehe Hinweis im Anhang, S. 147).

Neutralität: Die Auszählungen ergaben, dass rund die Hälfte aller Berichtstexte die Tonalität des neutralen Beobachters durchhält, dass also deren Verfasser auf Euphemismen, Pejorative und dergleichen weitgehend verzichten. Mit rund 58 Prozent (= 161 Texte) ihrer tatsachenbetonten Texte berichtete die FAZ relativ am neutralsten. Den größten Anteil an nichtneutralen Berichten publizierte Die *Welt* mit 70 Texten – rund 2,5 Mal mehr als die FAZ.

Allwissenheit: Die Neigung, aus einer in-
trojektiven und insofern allwissend wirkenden
Position heraus auktorial zu berichten, ist den
Journalisten der Leitmedien nicht fremd: Rund
ein Drittel der Nachrichtentexte zeigt diese
Attitüde. Unter den Journalisten der *Süddeut-
schen Zeitung* ist dieser Hang stärker, in der
Redaktion der *Welt* relativ am schwächsten
ausgeprägt – die FAZ-Journalisten bewegen
sich zwischen diesen beiden Polen.

Tonalität je Partei: Wurden manche Partei-
en bzw. deren Akteure neutraler, auch distan-
ziert-sachlicher beschrieben als andere? Auch

*Allwissende
Journalisten*

Tabelle 20:
Attribuierung bzw. Tonalität in Berichten nach politischen Parteien (Akteure/Sprecher, n=880). Jede Kategorie=100 %

	Beobachtend – neutral	Beobachtend – nicht neutral	Auktorial – neutral	Auktorial – nicht neutral	Anteil*
SPD	29,1%	33,7%	25,7%	30,1%	30,1%
CDU	41,0%	34,2%	48,6%	29,7%	37,2%
CSU	15,2%	16,6%	14,3%	23,6%	17,6%
Die Grünen	8,5%	8,8%	5,7%	8,7%	8,4%
FDP	1,3%	1,0%	0,0%	1,0%	1,1%
Die Linke	3,9%	2,1%	1,4%	3,1%	3,1%
AfD	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
NPD	0,0%	1,0%	1,4%	0,1%	0,3%
Parteilos, andere Partei, Wählerge- meinschaft	1,0%	2,6%	2,9%	3,5%	2,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100%

* Anteil der jeweiligen Kategorie am Insgesamt (n)
 Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16. Anzahl Texte: 1.391.
 Quelle: Eigene Darstellung

in Bezug auf dieses in der Einführung genann- te Qualitätskriterium haben wir die Akteure/ Sprecher in den berichtenden Texten genauer angeschaut (siehe Tab. 20 und 21). Insgesamt, so der erste Befund, hatten die CDU-Politiker die relativ beste Presse: Sie traten am häufigsten auf, wurden neutraler beschrieben als die

Sprecher der beiden anderen Regierungsparteien – und wenn auktorial, dann meist ohne negative Tonalität. Der weitere Befund überrascht: Unter den 880 identifizierten Akteuren wurde nur eine – wenn auch große – Minderheit (44,1 Prozent) quasi wertfrei, das heißt sachlich-neutral wiedergegeben. Mit rund

Kaum wertfreie Beschreibungen

Tabelle 21:

Attribuierung bzw. Tonalität in Berichten nach politischen Parteien (Akteure/Sprecher, n=880). Jede Partei=100 %

	Beobachtend – neutral	Beobachtend – nicht neutral	Auktorial – neutral	Auktorial – nicht neutral	Summe
SPD	42,6 %	24,5 %	6,8 %	26,0 %	100,0 %
CDU	48,6 %	20,2 %	10,4 %	20,8 %	100,0 %
CSU	38,1 %	20,6 %	6,5 %	34,8 %	100,0 %
Die Grünen	44,6 %	23,0 %	5,4 %	27,0 %	100,0 %
FDP	50,0 %	20,0 %	0,0 %	30,0 %	100,0 %
Die Linke	55,6 %	14,8 %	3,7 %	25,9 %	100,0 %
AfD	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	100,0 %
NPD	0,0 %	66,7 %	33,3 %	0,0 %	100,0 %
Parteilos, andere Partei, Wählerge- meinschaft	21,1 %	26,3 %	10,5 %	42,1 %	100,0 %
Anteile am Gesamt	44,1 %	21,9 %	8,0 %	26,0 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16, Anzahl Texte: 1.391.
Quelle: Eigene Darstellung

jedem vierten Akteur gingen die Journalisten auktorial und zugleich wertend um, vor allem mit Politikern der CSU und der SPD. Diese auktoriale Attitüde simuliert – wenn es um Berichterstattung geht – eine intime Kenntnis bzw. Vertrautheit mit den Protagonisten, die (nach Maßgabe unseres normativen Medienkon-

zepts) aufgrund dieser Intimität dysfunktional wirkt. Ganz anders der Umgang mit den Akteuren der Linkspartei: So selten sie überhaupt Erwähnung fanden, wurden sie überwiegend beobachtend-neutral – und das bedeutet auch: so emotionslos wie ein Sachgegenstand – behandelt und beschrieben.

*Simulation
von Intimität*

*Viele schreiben
von oben herab*

Diese Befunde der quantitativen Inhaltsanalyse könnten zu dem Schluss führen, die Journalisten der Leitmedien seien nur mit dem Thema „Die Politik und die Flüchtlinge“ derart herablassend umgegangen. Dies wäre indessen ein Fehlschluss. Zum einen lässt sich die beschriebene Attitüde auch in Berichten zu anderen Themen beobachten, sofern darin Bundespolitiker als Akteure auftreten. In anderen Fällen zeigen sich Abstufungen. Den deutlichsten Unterschied entdeckten wir zwischen der Beschreibung von Politikern auf Bundesebene (Parteichefs und Minister) und Akteuren auf der lokalen und regionalen Ebene. Letztere werden eher neutral beschrieben. Zum anderen ist diese Attitüde variabel. So wurde im Fortgang des Jahres 2015 die auktorial-wertende Beschreibung der Berliner Politiker deutlich stärker. Sie transportierte zwei widersprüchliche Botschaften: Zum einen wird den Lesern signalisiert, der Berichterstatter sei ein vertrauter, auch intimer Kenner der Spitzenpolitiker, vielleicht weil er sich selbst zur Berliner Elite zählt. Die andere Botschaft lautet, dass ihn das verbale Lavieren der Politiker missmutig mache, weil drängende Probleme zerredet oder verschoben, aber nicht gelöst würden. Deshalb schildere er nun, was in den Köpfen der Politiker vor sich gehe.

*„Heute ist alles
entspannter“*

Stimmung und Stimmungsmache

In der Berichterstattung der drei Leitmedien kam zwar insgesamt selten, im Laufe des Jahres 2015 indessen etwas häufiger auch die Vollzugsebene der Behörden und Regionen zur Sprache (siehe Tab. 16 und 17). In diesen

Berichten – dies zeigt eine qualitative Auswertung – wurden indirekt (vermittels der zitierten Akteure) Probleme, auch dissonante Stimmungslagen in der Beziehung zwischen der Politikebene und der Vollzugsebene thematisiert. Beispielhaft zeigt sich diese Dissonanz in der Präsentation von Manfred Schmidt, dem damaligen Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der häufig interviewt wurde. Die *Süddeutsche Zeitung* befragte ihn Ende April 2015 zu Problemen bei der Bewältigung der Asylanträge. Diese wurden an die zuständigen Ministerien delegiert. Als Schmidt bei einer entsprechenden Frage darauf bestand, dass Deutschland „schon immer“ ein Einwanderungsland gewesen sei, kam die Nachfrage: „Auch im Bewusstsein der Deutschen?“ Schmidts Antwort: „Da hat sich sowieso viel geändert. Wie viel Hilfsbereitschaft und Engagement heute Flüchtlingen entgegengebracht wird – das hatten wir vor zwanzig, dreißig Jahren nicht. Heute ist alles entspannter“ (*Süddeutsche Zeitung*, 27.04.2015). Auch die FAZ brachte den BAMF-Chef ihren Lesern näher. Mitte Juli forderte Schmidt in einem FAZ-Interview von der Regierung, dass man Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsländern, die keine Chance auf Bewilligung des Asylantrags hätten, das Taschengeld (140 Euro) streichen solle, um den Anreiz, nach Deutschland zu kommen, zu senken. Vier Wochen später wiederholt die FAZ in einem lobenden Porträt-Beitrag über Schmidt dessen Forderung (FAZ, 10.08.2015). Kurz darauf wurde er seiner Funktionen enthoben.

Die damit verbundene implizite Botschaft der Leitmedien lautete: Die Politiker in Berlin

haben keine Strategie – und die Kommunen müssen es ausbaden. So zeigte die *Süddeutsche Zeitung* im Mai 2015 die Probleme der Kommunen musterhaft am Beispiel der Stadt Duisburg auf – wenige Tage vor einer angekündigten Konferenz der Bundesregierung mit sieben Ministerpräsidenten. Hier Auszüge aus einem Interview mit dem Duisburger Oberbürgermeister, das die SZ ihrem Report beistellte:

„SZ: Herr Oberbürgermeister, ärgert es Sie, dass die Kommunen nicht mitreden dürfen, wenn es um Flüchtlinge geht?

Sören Link: Es ist bezeichnend und hochgradig ärgerlich, dass diejenigen, die die eigentliche Integrationsarbeit leisten, nicht mit am Tisch sitzen. Es wird wieder nicht mit uns, sondern über uns gesprochen.

Was erwarten Sie denn?

Dass sich Bund und Länder endlich zur gesamtstaatlichen Verantwortung beim Thema Asyl bekennen. Und dem auch Taten folgen lassen. Es kann nicht sein, dass die Koalition verspricht, Asylverfahren auf drei Monate zu verkürzen, und dann mehr als sieben Monate Zeit dafür braucht.

Was kommt da auf Duisburg zu?

Schwer zu prognostizieren. Nach den derzeitigen Zahlen des Bundes gerechnet, erwarten wir dieses Jahr 1500 neue Flüchtlinge in Duisburg. Und wir sind jetzt schon am Rande unserer Kapazitäten. Wir beschlagnahmen Wohnungen, wir bauen

Unterkünfte. Das bindet enorme Summen und Personal. Man kann es aber selbst dem Gutwilligsten kaum noch erklären, dass wir mit dem Kita-Ausbau kaum hinterherkommen, Schulen und Straßen nicht sanieren können, weil wir gezwungen sind, die Lasten zu tragen, die entstehen, wenn wir Menschen, die aus Krieg, Not und Unterdrückung zu uns gekommen sind, menschenwürdiges Wohnen ermöglichen wollen. [...]

Wir sind darauf angewiesen, dass die menschenwürdige Aufnahme gelingt. Denn sogar in einer weltoffenen Stadt wie Duisburg stößt man an Grenzen bei der Bevölkerung.“ (Süddeutsche Zeitung, 08.05.2015)

Die sich mit den Aufgaben alleingelassen fühlenden Kommunen waren ein Thema, das im Frühsommer 2015 hin und wieder aufbrach, aber nicht weiter vertieft oder recherchiert wurde. Dies mag mit einem anderen Thema zusammenhängen, das im Sommer 2015 erstaunlich oft zur Sprache kam: die angeblich gute Stimmung in der Bevölkerung. Diese wurde so beschrieben, dass sich die (west-)deutsche Bevölkerung zu einer liberalen, fremdenfreundlichen und äußerst hilfsbereiten Bürgergesellschaft gewandelt habe. Zwei Dinge machten es diesen Wohlgesonnenen allerdings schwer: Das Eine sei die intern uneinige Bundesregierung. Und das Andere – im fernen Sachsen vor allem – seien fremdenfeindlich und gewalttätig vagabundierende Gruppen, die wie ein Schatten die (in

*Problemsicht
im Lokalen*

Das Arbeitsklima leidet

den westdeutschen Kommunen) erstrahlende Willkommenskultur verdunkelten.

„Willkommenskultur“: Was war damit gemeint? Im Politikteil der *Frankfurter Allgemeinen* wurden Politiker zitiert, die sich, als Flüchtlingsheime brannten, mit der erbaulichen „Willkommenskultur in unserem Lande“ beruhigten (FAZ, 07.05.2015). Im Wirtschaftsteil der FAZ wurde mit „Willkommenskultur“ wiederum ein freundliches Arbeitsklima beschworen, um Fachkräfte nach Deutschland zu holen (z. B. FAZ, 24.06.2015). In der *Süddeutschen Zeitung* finden sich aus derselben Zeit Berichte, in denen Akteure über dringende Verbesserungen in dieser Hinsicht sprechen, zum Beispiel in

der Berliner Ausländerbehörde, deren Chef eingestand, dass dort „derzeit alles andere als eine Willkommenskultur“ geboten werde (SZ, 09.06.2015).

Den Medienberichten zufolge gewann das Schlagwort „Willkommenskultur“ im Frühsommer 2015 eine für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik geradezu magische Bedeutung und soll daher genauer in den Blick genommen werden. Im nun folgenden zweiten Teil wird in der Art eines Exkurses dieses Medienthema untersucht. Mit dem dritten Teil kehren wir dann zu den ausgewählten Großereignissen zurück, die wir per Inhaltsanalyse der Leitmedien unter die Lupe nehmen werden.

Teil 2: Die Erfindung der „Willkommenskultur“

1. Turbulentes Meinungsklima

Die überraschende Fremdenfreundlichkeit

Zu Beginn des Jahres 2015 erschien der überwiegende Teil der Deutschen im Licht der Aufgeschlossenheit, der Fremdenfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft: Dieses Bild vermittelten die Daten, die TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung über das Meinungsbild zum Thema „Einwanderung“ erhoben hatte. Ende 2012 und erneut Anfang 2015 war die Erwachsenenbevölkerung repräsentativ befragt worden. Den Ergebnissen zufolge wurde „die Willkommenskultur in Deutschland heute deutlich positiver bewertet als noch vor wenigen Jahren“ (TNS Emnid 2015: 6). Auch in Bezug auf die Erwartungen an die Migranten war das Meinungsbild voller Optimismus: „97 Prozent der Befragten [sagen], dass Einwanderer sich um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen“; 2012 waren es 88 Prozent (siehe Abb. 3). Und um den Integrationsprozess zu stärken, „befürworten 62 Prozent, dass dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden sollte (2012: 55 %). 56 Prozent meinen, Deutschland sollte die Einbürgerung erleichtern (2012: 44 %), und 54 Prozent meinen, die Benachteiligung von Zuwanderern solle durch Gesetze bekämpft werden (2012: 47 %)“. Allerdings war „eine deutliche Ost-West-Differenz zu konstatieren. Während in Westdeutschland lediglich ein Drittel der Befragten glaubt, Einwanderer

seien seitens der Bevölkerung in Deutschland nicht willkommen, glaubt das im Osten fast jeder Zweite (47 %)“ (ebd.: 6 f.).

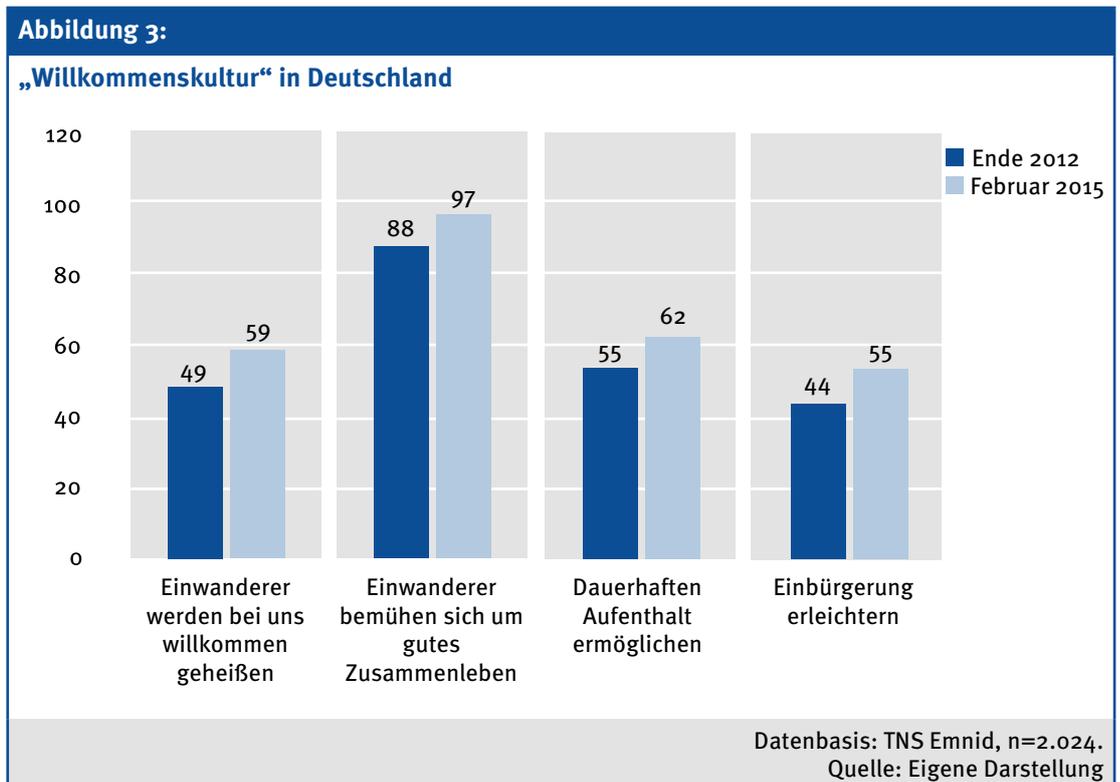
Vor allem unter den jungen Erwachsenen, so die Emnid-Befragung, gäbe es praktisch keine Fremdenfeindlichkeit. Nur eine kleine Minderheit sei der Meinung, „dass Einwanderer sich der deutschen Kultur anpassen“ und „mehr soziale Kontakte zu Deutschen haben“ sollten. Woraus die Verfasser der Studie ableiteten, dass der „Umgang mit Vielfalt“ unter jungen Deutschen eine „Selbstverständlichkeit“ sei. Ausgeprägt sei „auch das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass gelingende Integration und erfolgreiche Teilhabe spezielle Vorleistungen und Hilfestellungen von Seiten der Aufnahmegesellschaft“ erforderten. Deshalb sähen die Befragten „primär Handlungsbedarf darin, die Willkommenskultur auszubauen“. Beispielsweise hätten sich „82 Prozent für spezielle Hilfen beim Arbeitsamt“ ausgesprochen, während es im Herbst 2012 erst 68 Prozent waren (ebd.: 9).

Diese ausgeprägte, zudem markant gestiegene Fremdenfreundlichkeit überrascht auch deshalb, weil die Migrationsforschung in Deutschland mit Beginn der 1990er Jahre – unter dem Eindruck der Ausschreitungen in Rostock im August 1992 (vgl. Schmidt 2002: 61 ff., 200, 205; Brosius/Esler 1995: 19 f.) und ihren Folgen – mit der Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen auch deren Merkmale zu untersuchen begonnen hatte.³² Mehrere Studien stütz-

*Fremdenfreundliche
Deutsche*

*Fremdenfeindliche
Deutsche*

³² „Die ‚Asylantenschwemme‘ war Topos einer menschenfeindlichen Propaganda, die im Zuge der neuen Zuwanderung von Asylbewerbern aus Nordafrika wieder auftaucht. Die aggressive Abwertung, der Hass und die Gewalt gegen Asylbewerber verbanden sich übergangslos mit einer Fremdenfeindlichkeit und einem Rassismus, die sich auch gegen andere Gruppen von sogenannten Fremden richteten“ (Heitmeyer über die frühen 1990er Jahre, in: ders., 2012: 66).



Die Mehrheit machte sich Sorgen

ten sich auf die im Zweijahresrhythmus durchgeführte Repräsentativerhebung der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (ALLBUS), deren Stichproben, zwischen Ost und West proportional verteilt, mehr als 3.000 Personen umfasst.³³ Während noch für die 1980er Jahre ein leichter Rückgang der Ausländerfeindlichkeit ermittelt wurde (u. a. Wiegand 1992: 623), kehrte sich der Trend in der Zeit nach der Wiedervereinigung um. Ungeachtet der Tatsache, dass die Zahl der Asylbewerber infolge der Asylgesetzänderung von 1993³⁴ kontinuierlich

zurückging, „wählte die Hälfte der Befragten die ‚sorgenvollste‘ Antwortvorgabe: 55 Prozent im Westen und 47 Prozent im Osten machen sich über die Zahl der Zuwanderer ‚große Sorgen‘, und Befragte, für die das Thema kein Problem darstellt, bilden im Westen (11 Prozent) wie im Osten (13 Prozent) nur eine kleine Minderheit“ (Ahlheim/Heger 2000: 23). Dabei fällt auf, dass Ende der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern in der Zuwandererfrage anscheinend eine gegenüber den Westdeutschen liberalere Einstellung ermittelt wurde.

33 Näheres zum ALLBUS-Stichprobenverfahren findet sich im GESIS-Technical Report 4/2010: 44 ff., online unter http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/gesis_methodenberichte/2010/TechnicalReport_10-4.pdf (abgerufen Januar 2017).

34 Der sogenannte Asylkompromiss von 1993, mit dem das deutsche Asylrecht rigider gefasst und zu Teilen an das EU-Recht angepasst wurde.

Prekärer „gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Über die ALLBUS-Sekundäranalysen fanden die Sozialforscher heraus, dass ein ganzes Bündel von Faktoren mit dem Merkmal Fremdenfeindlichkeit zusammengeht.³⁵ Dies sind: die persönliche wirtschaftliche Lage (niedriges Haushaltsnettoeinkommen), ausgeprägter „Standortpessimismus“ („Unsere wirtschaftliche Lage verschlechtert sich“), das Gefühl der persönlichen Benachteiligung sowie niedrige Schulbildung und autoritäre Erziehung. Aber auch das Gefühl, politisch nicht gut informiert zu sein, spielte eine prägende Rolle (Ahlheim/Heger 2000: 59-95). Reale Erlebnisse mit Ausländern haben de facto keinen Einfluss: Sie kommen im Faktorensatz gar nicht vor. Die Verfasser schreiben über diese Einflussgrößen: „Sie spiegeln auch das öffentliche, gesellschaftlich-kulturelle Klima, das seinerseits durch politische Programme und Ideologien, durch öffentliche Reden und veröffentlichte Meinung stark bestimmt wird“ (ebd.: 74). Diese Deutung war wohl seinerzeit plausibel, aber indem sie Fremdenfeindlichkeit mit Faktoren erklärt, die keinen theoretischen Hintergrund besitzen, vereinfacht sie vermutlich zu stark.

Andere, in den folgenden Jahren durchgeführte Erhebungen bestätigten zwar die zuvor referierten Tendenzen, beobachteten aber eine Verschiebung der Fremdenfeindlichkeit in Richtung Ostdeutschland. Die Gruppe um Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer beispielsweise er-

mittelte im Rahmen einer Langzeitstudie über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ 2004 (GMF) in der ostdeutschen Bevölkerung bei 56,1 Prozent der Befragten einen Hang zur Fremdenfeindlichkeit, unter Westdeutschen bei 36,3 Prozent (GMF-Survey 2005: 13-34). Zur Erklärung ihrer Befunde bezogen sich die GMF-Forscher auf das weit gefasste Leitbild des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“, dem auch unser deliberatives Konzept gesellschaftlicher Verständigung zugrunde liegt.³⁶ In der Alltagswelt zeige sich die Erosion des Zusammenhalts vor allem darin, dass Teile der Bevölkerung andere Gruppen als minderwertig, störend, fremd, gar bedrohlich empfinden. Von daher der Titel der Langzeitstudie: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Sieben Jahre nach dem Start beschrieben die Sozialforscher, wie Fremdenfeindlichkeit mit der Abwertung sozial schwacher Gruppen einhergeht. Diese sei bei jenen ausgeprägt, die „eine homogene Gesellschaft für erstrebenswert halten“ (Zick/Küpper 2012: 171). Einerseits habe die Akzeptanz soziokultureller Vielfalt eher zugenommen. Andererseits äußerten mehr als die Hälfte der Befragten „Überfremdungsängste“; rund 37 Prozent hielten „kulturelle Unterschiede“ gar für schädlich. Die Befragten wünschten von Einwanderern „Anpassung“ an die deutsche „Leitkultur [...], um ‚wie wir‘ zu werden“. Dabei gäbe es gar keinen Konsens über das, was „Leitkultur“ inhaltlich ausmache; das Kon-

Die ALLBUS-Analysen

Merkmale der Feindlichkeit

³⁵ Korrelation: Die erwähnten Regressionsanalysen weisen für die unabhängigen Variablen einen „hochsignifikanten Einfluss“ auf Fremdenfeindlichkeit (als abhängiger Variable) nach.

³⁶ Zur deliberativen Demokratietheorie als Theorie des verständigungsorientierten öffentlichen Diskurses siehe Einführung, S. 6-8.

*Forderung nach
homogener Kultur*

strukt funktioniere wie eine Ideologie, mit der man die anderen als Fremde stigmatisieren könne. „Die Forderung nach einer homogenen Kultur richtet sich nach außen, und genau dadurch kann sie ausgrenzend sein“ (ebd.: 172 f.). Zu dieser Beschreibung passt auch der Befund, dass jeder vierte Befragte meinte, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, und jeder zweite der Ansicht zustimmte: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ (GMF-Survey 2010, in: Heitmeyer 2012: 38).

*Einstellungen
sind Konstrukte*

Aus beiden Langzeitstudien hätten die Medien also schon im Jahr 2012 folgern (und dies auch thematisieren) können, dass die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen bzw. willkommen zu heißen, vor allem dort gering ist, wo das Gefühl der eigenen Benachteiligung, der Perspektivlosigkeit und des Missachtetwerdens ausgeprägt ist. Man hätte erkennen können, dass diese prekäre *Gefühlslage* mit dem Wunsch zusammenging, in einer möglichst sicheren, homogenen Welt (das heißt unter seinesgleichen) leben zu wollen. Und auch, dass sich diese aversiven Gefühle gegen jene richteten, die den Sicherheitswunsch anscheinend nicht ernst (genug) nahmen: in erster Linie die Eliten (Politiker, Wirtschaftsgrößen, Intellektuelle) inklusive des Journalismus der überregionalen Medien. Die Publizisten hätten damals erkennen können, dass das von den Eliten verfochtene Vielfaltsparadigma diejenigen ausgrenzte, die sich als die Zukurzgekommenen und Missachteten fühlten.³⁷

**Das Meinungsklima in der
lokalen Lebenswelt**

Demoskopisch erfasste Stimmungslagen sind Konstrukte. Sie zeichnen „weiche“ Bilder und differieren infolge externer Einflussgrößen (Wirtschaftslage; aktuelle politische Slogans u. a.) wie auch aufgrund verfahrensmethodischer Unterschiede (Frageformulierung und Fragebogenkontext, Erhebungszeitraum, Modus der Befragung u. a.). Doch diese Schwankungen verbleiben im niedrigen einstelligen Bereich. Langzeitstudien wie die oben zitierten sind zudem zuverlässiger, weil sie mit demselben Instrumentarium arbeiten (und insofern systembedingte Fehler neutralisieren). Sie machen deutlich, dass Auffassungen und Einstellungen gegenüber anderen Menschengruppen, Gesellschaften und Staaten relativ langlebig sind. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, wie sich der von Emnid (und anderen Marktforschungsinstituten) nach 2012 gemessene Wandel zur fremdenfreundlichen Einstellung in der Erwachsenenbevölkerung erklären lässt.

Im ersten Teil haben wir das medienwissenschaftlich gut etablierte Modell der Leit- und Folgemedien erwähnt. Während wir dort zunächst die Berichterstattung dreier Leitmedien untersucht hatten, geht es uns in Teil 2 um die Lokal- und Regionalmedien, die sich – was das Überregionale betrifft – grosso modo an den Leitmedien orientieren. Angenommen, die Art und Weise, wie die Medien über Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende berichten, hat einen Einfluss auf die Meinungsbildung der Erwachsenenbe-

³⁷ Zum kulturellen Dissens zwischen Diversität und Identität vgl. Reckwitz 2016.

völkerung, dann trifft dies in besonderem Maße auf die lokalen Informationsmedien zu. Trotz sinkender Auflagen erreichen die Lokal- und Regionalzeitungen in ihren Verbreitungsgebieten bis zu zwei Drittel der Deutsch sprechenden Erwachsenenbevölkerung.³⁸ Im Unterschied zu den überregionalen Medien „übersetzen“ sie die thematische Großwetterlage ins Lokale und bringen nicht nur eher abstrakt wirkende Nachrichten aus den Hauptstädten der Welt, sondern auch Nachrichten, Berichte und Geschichten aus der nahen Alltagswelt ihrer Leser. Sie vermitteln zudem die von den lokalen Meinungsführern vertretenen Auffassungen und beeinflussen die lokale Themenagenda.

Diesen spezifischen Leistungen der Lokalpresse – wir nannten sie in der Einführung die „Orientierungsfunktion“ – kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil die Lokalzeitung ebenso wie die Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine hohe Glaubwürdigkeit besitzt.³⁹ So gesehen, gestalten bzw. prägen die Lokal- und Regionalzeitungen auch im Zeitalter des Web 2.0 mit seinen digitalen Plattformmedien das lokale Meinungsklima wie auch die Einstellung zum sozialen Zusammenleben wesentlich mit.

Man kann also vermuten, dass die spezifische Orientierungsfunktion bei solchen Themen einflussstark ist, die politisch folgenreich

sind und zugleich das Zusammenleben der Menschen in der lokalen Alltagswelt direkt betreffen. Beim emotional aufgeladenen Thema „Flüchtlinge in Deutschland“ ist dies gewiss der Fall. Um das von den Zeitungsberichten vermittelte Stimmungsbild zu verstehen, das der Flüchtlingsberichterstattung eine spezifische Prägung gab (in der Einführung sprachen wir vom Frame, der Akteure, Medien und Publikum gleichsam zusammenbindet), haben wir aus der WISO/Genios-Datenbank „Presse Deutschland“ von 50 bundesweit gestreuten Regionalzeitungen (aus den Jahren 2010, 2011 und 2015) eine Zufallsstichprobe von 250 Berichten gezogen, die das Wort „Willkommenskultur“ enthielten. Bei der Lektüre der Texte fiel uns auf, dass die meisten Zeitungen ungeachtet ihres Erscheinungsortes über Äußerungen zur „Willkommenskultur“ nicht nur positiv, sondern geradezu werbend berichteten. Der Subtext vieler Berichte enthielt die Botschaft, dass die Stärkung dessen, wofür das Wort Willkommenskultur steht, wirtschaftlich notwendig und gesellschaftlich erwünscht sei. Kritische Äußerungen betrafen unzureichende Gegebenheiten, weshalb die Willkommenskultur dringend verbessert werden müsse (siehe die Zufallsauswahl von Auszügen aus Lokal- und Regionalzeitungen des Zeitraums 2005 bis 2016 (S. 62-69).

*Das lokale
Meinungsklima*

*Suche nach der
„Willkommens-
kultur“*

³⁸ Laut Media-Analyse 2016 erreichen die lokalen und regionalen Abonnementszeitungen mit werktäglich 33,4 Millionen Erwachsenen (48,0 % der Erwachsenenbevölkerung) mehr als jedes andere Informationsmedium (Quelle: BDZV 2016: 15). Dies gilt auch für die Internetnutzer, die sich für Lokales interessieren. Einer Erhebung von Bitcom im August 2016 zufolge nutzt mehr als ein Viertel der lokal Interessierten den Webauftritt der Lokalzeitung („Regionalzeitung wichtigste Quelle für lokale News im Web“), online unter <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Regionalzeitungen-wichtigste-Quelle-fuer-lokale-News-im-Web.html>; abgerufen Januar 2017).

³⁹ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: „Vertrauenskrise der Medien?“ November 2016, Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049.

*Positiv
aufgeladenes
Schlagwort*

Die Annahme, dass mit dem Thema „Willkommenskultur“ ein vermutlich einflussstarkes mentales Klima erzeugt wurde, ist also nicht aus der Luft gegriffen. Deshalb soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, seit wann, durch wen (Akteure/Sprecher) und in welchen Kontexten das Thema „Willkommenskultur“ in den Lokal- und Regionalzeitungen quasi auf Augenhöhe der Einheimischen verhandelt wurde.⁴⁰ Dabei interessiert uns, wie die Zeitungen den politischen Diskurs zum Komplex Willkommenskultur verarbeitet haben: Funktionierten sie in Hinsicht auf die politisch-wirtschaftlichen Meinungsführer eher als deren Verstärker, eher als neutraler Vermittler oder eher als kritisch nachfragende Instanz? Um die Befunde der Inhaltsanalyse entsprechend interpretieren zu können, müssen wir zuerst in Erfahrung bringen, welche Bedeutung (bzw. welchen Bedeutungswandel) das Wort Willkommenskultur im Diskurs der politisch-wirtschaftlichen Meinungsführer auszeichnete.

Gastfreundschaft und Willkommen

Ganz augenscheinlich durchlief das Wort Willkommenskultur (als Raffer des Ausdrucks

„Kultur des Willkommens“) im Verlauf der vergangenen rund zehn Jahre in den Printmedien eine beeindruckende Karriere.⁴¹ Der hohe mentale Nutzwert des Wortes lässt sich damit erklären, dass die Wortbedeutung einerseits abstrakt-allgemein und insofern unbestimmt und auslegungsoffen, andererseits positiv aufgeladen, also ein Euphemismus, ist. Seine alltagssprachliche Bedeutung lautet: Fremden Menschen respektvoll begegnen und gegenüber Bedürftigen als der Gebende auftreten. Dieser Modus gilt als eine den Zivilisationsprozess begleitende Tugend und gehört in (fast) allen Kulturen zum normativ begründeten Set des reziproken Sozialverhaltens.⁴² Während dieses Verhalten in nomadisch strukturierten Armutsgesellschaften mittels strenger Rituale gelernt und internalisiert wird, kennen die soziokulturell ausdifferenzierten Wohlstandsgesellschaften derart verbindliche Sitten und Gebräuche nicht (mehr). In unserer Gesellschaft wird das mit Willkommenskultur etikettierte Sozialverhalten den verschiedenen Milieus und dort der Privatsphäre zugerechnet: Manche Gruppen und Individuen verhalten sich aus vielerlei Gründen fremdenfreundlich, an-

⁴⁰ Zeitgleich lief dieses Thema natürlich auch über die Leitmedien, insbesondere die Fernsehnachrichten. Die damit verbundenen Interferenzen wie auch Verstärkereffekte müssen als Einflussgröße mit bedacht werden, wenn von Medienwirkungen die Rede ist. Im Rahmen dieser Inhaltsanalyse werden Wirkungen nur hypostasiert, nicht belegt.

⁴¹ Der Bedeutungszuwachs des Stichworts „Willkommens- und Anerkennungskultur“ kann in der Rubrik „Diskussion“ bei Wikipedia nachvollzogen werden. Die Begriffserklärung selbst hat sich dort inzwischen zu einem Volumen von 10.000 Wörtern bzw. 79.000 Zeichen aufgebläht (Stand Februar 2017).

⁴² Beispielhaft das Alte Testament: „Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mose 19, 33 f.). Der gleiche Gedanke in der heutigen Politikersprache: „Menschen (haben sich) darum gekümmert, dass diejenigen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen hierhergekommen sind, bei uns auch aufgenommen werden. Das bezeichnen wir als Willkommenskultur. Es ist die Bringschuld der Menschen, die hier sind, Menschen mit offenen Armen zu empfangen und ihnen einen Weg zu ebnen in unsere Gesellschaft“ (Rede von Klaus Wowereit auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag, 26.09.2010).

dere eher abgrenzend oder unfreundlich, manche auch feindselig. Vor allem in sozial schwachen Milieus mit hoher Fluktuation neigen Menschen offenbar dazu, ein fremdes Umfeld (das betrifft etwa schon andere Stadtgebiete) mit Stereotypen und Vorurteilen zu belegen; in diesen Milieus beschränkt sich das mit Willkommenskultur benennbare Sozialverhalten meist auf den engen Kreis der Verwandten und Freunde.⁴³

Der tradierte Sinn des Wortes wurde im Laufe der vergangenen zehn Jahre im politischen Diskurs grundlegend verändert.⁴⁴ Ausgangspunkt war der von der Industrie reklamierte Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Die von der rot-grünen Regierung (Gerhard Schröder) geförderte Anwerbung ausländischer Fach- und Spitzenkräfte blieb ohne nachhaltige Effekte; die Angeworbenen verließen Deutschland nach kurzer Zeit wieder. Zudem entwickelte sich die Wanderungsbilanz deutscher Hochschulabsolventen, die zu Weiterbildungszwecken ins Ausland gingen, eher negativ. Seit 2005 berichteten Wirtschaftsmedien über Hochrechnungen und Prognosen, denen zufolge Deutschland „ab 2010“ ein Fachkräftemangel drohe, der auch das Wirtschaftswachstum massiv gefährden und den „unaufhaltsamen Niedergang des Westens“ nach sich ziehen werde.⁴⁵ Dieser Trend könne

wohl nur durch deutlich erleichterte Aufnahme und bessere Integration qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland abgemildert werden. Dazu ein Auszug aus einem Bericht des *Manager Magazins* im Mai 2009 über eine Tagung des Wirtschaftsrates in Berlin:

„Die Firma Deutschland hat Personalprobleme“, resümierte Ratsvorsitzender Klaus J. Bade am Dienstag in Berlin. ‚Wir haben keine Willkommenskultur.‘ Und das habe verheerende Folgen: Wenn es jetzt nicht gelinge, die negative Wanderungsbilanz zu verbessern, werde der ohnehin harte Weg aus der Krise weiter erschwert, sagte Bade.“ (Manager Magazin 2009)⁴⁶

Argumente der Arbeitsmarktpolitik

Aus Sicht der Wirtschaft sollten nun der Staat und seine politischen Behörden dafür sorgen, dass die in Deutschland lebenden Migranten wie auch qualifizierte Zuwanderer einfacher, rascher und nachhaltiger in die Arbeitswelt eingegliedert werden. Dies könne durch wirksame Hilfestellungen (wie kostenlose Sprachvermittlung, Einführungen in das deutsche Rechtssystem, Bereitstellung von Betreuern oder Paten für Behördengänge u.Ä.) geschehen – Forderungen, die nun mit dem der Sozialkultur

*Radikaler
Sinnwandel*

*„Die Firma
Deutschland“*

43 Die Sozialpsychologie bietet hierzu eine reich entfaltete Theoriwelt anhand der Begriffe „Einstellung“ und „Vorurteil“ (nach Davis 1964: 78). Aus unserer Sicht hat das Dual-Concern-Modell von Pruitt/Rubin (1986) viel Plausibilität (Näheres: Van Lange u. a. 2002: 387-403).

44 Vgl. die Systematisierung des Begriffs „in verschiedenen Ebenen“ bei Heckmann (2012) und, darauf aufbauend, bei Stehr/Jakob (2015).

45 Ulrich Berger/Christoph Stein, unter: <https://www.heise.de/tp/features/Der-unaufhaltsame-Niedergang-des-Westens-3402046.html>; 12.08.2005 (abgerufen Januar 2017).

46 Vgl. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-627122.html> (abgerufen Januar 2017).

*Die neuen
Paradigmen*

entlehnten Euphemismus „Willkommenskultur“ verbrämt wurden. Die daran anschließende Eingliederung in den Arbeitsprozess sollte durch Änderung der Bewilligungsverfahren (etwa Abschaffung der sogenannten Vorrangprüfung) sowie Erleichterungen (etwa bei der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse) verbessert werden, Maßnahmen, für die man seit Anfang des Jahrzehnts den in der Soziologie beheimateten Begriff *Integration* adaptierte, simplifizierte und mit der Schaffung von Integrationsbeauftragten u. Ä. behördlich organisierte.⁴⁷

*Fremden-
feindlichkeit
war tabu*

Exkurs: Paradigmatisch für den Bedeutungswandel des Begriffs *Integration* wirkte die Anfang 2002 als eine Art Pilotkampagne im Bundesland NRW parteiübergreifend beschlossene „Integrationsoffensive“. Deren „Leitidee“ sei gewesen, „dass Migration nicht in erster Linie ein Problem, ein Defizit darstellt, sondern dass Zugewanderte unerahnte (sic!) Potentiale für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind. Die Landesregierung suchte den Schulterschluss mit den Medien, um eine Sensibilisierungskampagne zu starten.“ Der Westdeutsche Rundfunk „erkannte die Zeichen der Zeit“ und sorgte mit seiner hausinternen „Offensive“ dafür, dass Medienschaffenden mit Migrationshintergrund dieselben beruflichen

Entfaltungsmöglichkeiten offenstünden wie den Einheimischen. Gleichzeitig wurden neue Programmrichtlinien beschlossen, denen zufolge das „Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in allen Programmen des Senders als selbstverständliche Alltagswirklichkeit darzustellen und zu thematisieren“ sei (aus dem Tätigkeitsbericht Zambonini 2007).

Auch der Politik gefiel die vieldeutige Beschwörung einer neuen Sozialkultur. In zahlreichen Länderparlamenten überboten sich Abgeordnete aller Parteien mit Kritik an der in Deutschland offenbar unzureichenden Willkommenskultur. In der von uns durchgesehenen Parlamentsberichterstattung blieb das von der Migrationsforschung gut durchleuchtete Problem verbreiteter Fremdenfeindlichkeit tabu. Die Volksvertreter sprachen nicht über die Ursachen von Ressentiments und Feindseligkeit in der deutschen Gesellschaft, sondern über Maßnahmen, die auf die Bleibebereitschaft der Zuwanderer in der Arbeitswelt fokussiert waren. Mit dieser Perspektive traten die Integrationsbeauftragten mit unterschiedlichsten Vorschlägen und Forderungen in der Öffentlichkeit auf. Hier zwei Berichte pars pro toto:

„Ihre 2008 begonnene Einbürgerungskampagne in Rheinland-Pfalz will die SPD-Landesregierung [...] fortführen.

⁴⁷ Dabei wurde der in der soziologischen Theorie auf die Binnengesellschaft (und nicht auf Zuwanderung) festgelegte Begriff umfunktioniert und instrumentalisiert. „Integration ist heute ein verdächtig positiv besetzter Begriff. Alle politischen Lager, alle Religionsgemeinschaften, alle Vereine, ja selbst die zuständigen Innenminister, sprechen von der Notwendigkeit von mehr und besserer Integration. Niemand diskutiert jedoch darüber, wann es genug – oder auch zu viel – Integration gibt“ (Perchinig 2010: 19).

Die Integrationsbeauftragte des Landes, Maria Weber (FDP), ergänzte: ‚Wir sind ein Einbürgerungsland. Wir brauchen Zuwanderung aus demografischen und wirtschaftspolitischen Gründen. Dafür brauchen wir eine Willkommenskultur.‘ [...] Nach Meinung der sozialpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Hedi Thelen, [...] gibt es bei der frühkindlichen Sprachförderung als einem ‚der wichtigsten Bausteine erfolgreicher Integrationspolitik‘ im Gegensatz zu anderen Bundesländern deutliche Unzulänglichkeiten“ (Rhein-Zeitung 14.01.2010).

„Wir haben jahrzehntelang Integration nicht betrieben“, sagte der Kelheimer Landtags-

abgeordnete [und Integrationsbeauftragte; M. H.] Martin Neumayer zu Beginn seines Vortrags [...] Einen Schwachpunkt sieht der Integrationspolitiker auch darin, dass die Kriterien für die Integration nicht genau definiert sind. Die Gesellschaft brauche jedoch klare Richtlinien, an die sich jeder Zuwanderer unabhängig von Herkunft, Religion, Rasse und Geschlecht zu halten habe. Neumeyer [...] wertet auch die Einrichtung des islamischen Religionsunterrichts als weiteres Beispiel für Willkommenskultur. Denn dieser zeige, dass der Islam Teil unserer Gesellschaft sei, ‚Religionserziehung aber nur auf Grundlage unserer Werte und Rechtsgrundsätze erfolgen kann“ (Passauer Neue Presse 20.02.2010).

„Zuwanderung aus wirtschaftspolitischen Gründen“

Die mediale Willkommenskultur 2005-2008

Auszüge aus Berichten zum Thema Migration, Flüchtlinge und Willkommenskultur
(Zufallsauswahl aus Lokal- und Regionalzeitungen)

„Im In- und Ausland kann man zunehmend auf die Marke Berlin und das gute Image der ‚Stadt bauen‘, sagt der Chef der Wirtschaftsförderung Berlin International (WFBI), Roland Engels. Man müsse aber auch eine ‚Willkommenskultur‘ schaffen. Die Wirtschaftsförderung habe mit dem ‚Business Welcome Package‘ sowie dem neuen, bundesweit einzigartigen ‚Business Recruiting Package‘ zwei Instrumente, die Investoren den Schritt nach Berlin leichter machen“ (*Berliner Morgenpost* 02.04.2005).

„Mit Hilfe von zehn Integrationsleitlinien will die Landeshauptstadt eine Willkommenskultur aufbauen. Teil des Integrationskonzepts ist die Plakat-Aktion, mit der ältere Zuwanderer angesprochen werden. [...] Die Aktion, die noch bis 30. November in Bussen und Bahnen laufen soll, ist ein Beitrag zu jener ‚Willkommenskultur‘, die die Landeshauptstadt mit Hilfe von zehn Integrationsleitlinien aufbauen und pflegen möchte“ (*Saarbrücker Zeitung* 26.11.2007).

„Speziell die Kultur ist überhaupt ständig in aller Munde. Alles wird mit dem Wort Kultur verziert, sie treibt komische Blüten. So reden unsere Politiker neuerdings öfter von der ‚Willkommenskultur‘ für Investoren und Zuwanderer oder gar von der ‚Welcome-Kultur‘, das macht noch mehr her. Felicitas Kubala (Grüne) wünschte sich in der Haushaltsdebatte eine ‚parlamentarische Diskussionskultur‘“ (*Der Tagesspiegel* 30.12.2007).

„Die liberale Grundmelodie verliert sich‘ [Titel] Für den FDP-Bundestagsabgeordneten Hartfrid Wolff ist Schwarz-Gelb im Bund nach wie vor die Wunschkonstellation für 2009. In der Einwanderungspolitik dagegen vermisst er bei beiden ‚Staatsparteien‘, wie er CDU und SPD nennt, klare Bekenntnisse zum Einwanderungsland Deutschland. Dabei brauche die Gesellschaft Zuwanderung – vor allem die Qualifizierten. Hier fordert er ein Punktesystem angelehnt an Modelle der USA oder Großbritanniens und eine ‚Willkommenskultur‘“ (*Badische Zeitung* 03.04.2008).

„Je mehr kulturelle Vielfalt in einer Region integriert ist, desto besser ist ihre messbare Wirtschaftsleistung“, betonte Hans Dietrich von Loeffelholz, Chefvolkswirt und Leiter der ökonomischen Migrations- und Integrationsforschung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die positiven Auswirkungen einer ausgeprägten ‚Willkommenskultur‘, die allerdings in Deutschland noch fehle“ (*Trierischer Volksfreund*, Ausgabe Trierer Zeitung 25.08.2008).

„Die Integrationsminister der Länder wollen den Rückgang der Einbürgerungen in Deutschland stoppen. Sie wollten bei Ausländern künftig stärker für die deutsche Staatsbürgerschaft werben, kündigten sie in Hannover nach ihrer ersten gemeinsamen Konferenz an. ‚Wir wollen eine Willkommenskultur ausstrahlen‘, sagte Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet. Eine Arbeitsgruppe werde Vorschläge erarbeiten, damit sich mehr Menschen für die Einbürgerung entscheiden“ (dpa – hier: *Gießener Anzeiger* 01.10.2008).

„Der 37-Jährige, der für den Stadt- und Kreisjugendring im Integrationsbeirat sitzt, als Marketingdirektor arbeitet und mehrere Sprachen spricht, ärgert sich über den ruppigen Ton, den Behördenmitarbeiter ihm gegenüber bisweilen an den Tag legen: ‚So würde man jemandem nicht begegnen, wenn er Karlheinz Müller heißt.‘ Integration, wünscht er sich, ‚muss gekoppelt sein an gelebte Willkommenskultur‘: Wenn Zuwanderer der vierten Generation sich in dem Land, in dem sie leben, nicht willkommen fühlen, ist etwas schief gelaufen“ (*Heilbronner Stimme* 05.11.2008).

Die mediale Willkommenskultur 2009

Auszüge aus Berichten zum Thema Migration, Flüchtlinge und Willkommenskultur
(Zufallsauswahl aus Lokal- und Regionalzeitungen)

„Arbeiten wir entschlossen und ausdauernd genug daran, in diesem Land (wie in Deutschland überhaupt) eine Art ‚Willkommenskultur‘ zu schaffen, die Menschen – zu unser aller Vorteil übrigens – gern zuwandern lässt? Viele offene Fragen, gewiss. Sollten wir diese Fragen nicht mit einem entschlossenen ‚Ja!‘ beantworten können, dann tun wir offenbar nicht genug dafür, unser Land bzw. unser unmittelbares Umfeld zu einem solchen weltoffenen Ort zu machen. Das wäre enttäuschend genug [...]“ (*Mitteldeutsche Zeitung/Dessau* 03.03.2009).

„Ihre Integration passiert vor Ort. In Aachen. In Bonn. In Essen. In Düsseldorf. Zwischen den Bürgern und den Neubürgern. ‚NRW hat den Weg für die schutzbedürftigen Irakerinnen und Iraker bis zu ihrer Ankunft geebnet‘, sagte Laschet. ‚Nun muss er beschriftet werden.‘ Der Minister will eine neue Willkommenskultur schaffen: eine, in der die Menschen Flüchtlinge als Bereicherung empfinden, und nicht als Belastung. Er ist sicher, dass die Menschen helfen. Aus Mitgefühl. Weil die angekommenen Flüchtlinge aufgrund ihres christlichen Glaubens im Irak verfolgt werden“ (*Aachener Zeitung* 06.04.2009).

„Fast alle einbürgerungswilligen Ausländer im Südwesten bestehen den seit einem Jahr vorgeschriebenen Test. Von September 2008 bis Ende Juli 2009 haben 8365 Menschen den Einbürgerungstest absolviert – davon 8256 mit Erfolg (98,7 Prozent). Nach Ansicht des Integrationsexperten Kerim Arpad hält der Fragebogen aber viele Ausländer davon ab, Deutsche zu werden: ‚Der Test ist keine schöne Willkommenskultur.‘ Der Städtetag Baden-Württemberg spricht dagegen von einem notwendigen Prüfstein für die Berechtigung zur Einbürgerung“ (dpa – hier: *Badische Zeitung* 26.09.2009).

„Die Grünen-Integrationsexpertin Mürvet Öztürk mahnte deshalb die Landesregierung, in der Zwischenzeit ‚das Handeln nicht zu vergessen‘. Es gebe schon viele Erkenntnisse auf kommunaler Ebene, hier müsse konkretes Handeln auch ansetzen. Auch die Kommission selbst sollte sich ‚mutige Ziele‘ zu konkreten Verbesserungen etwa im Bildungsbereich setzen, forderte sie. Vor allem aber müsse sie einen gemeinsamen Konsens schaffen, eine ‚Willkommenskultur‘ etablieren helfen und Ängste in den Köpfen abbauen“ (*Frankfurter Neue Presse* 07.10.2009).

„Seit 2003 gibt es in Saarbrücken ein Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB). Die Vorsitzende, Veronika Kabis, erklärt im Interview: Was ist die Aufgabe der Integrationspolitik? Sie muss die Migranten an die Institutionen hinführen, an Beratungs- und Bildungsangebote. Das ist Aufgabe der Kommune und der Einrichtungen in den Stadtteilen. Wir müssen eine Willkommenskultur schaffen, die die Menschen motiviert, sich einzubringen“ (*Saarbrücker Zeitung* 09.10.2009).

„Sachsens Ausländerbeauftragte De Haas (65) ist seit 2004 im Amt und leitet es noch bis zur Neuwahl eines neuen Beauftragten geschäftsführend. ‚Zu einer Kultur des Willkommens zählt auch, dass sie verlässliche und kompetente Ansprechpartner haben‘“ (*Leipziger Volkszeitung* 19.10.2009).

„Podiumsdiskussion zur Integration von Flüchtlingen im CPH – ‚Bayern braucht eine Willkommenskultur‘ [Titel] Elke Leo, die seit 2008 für die Grünen im Stadtrat sitzt, antwortet ganz klar: ‚Wenn wir die entsprechenden Mehrheiten bekommen, wird sich eine Willkommenskultur entwickeln.‘ Noch herrsche in Bayern zu sehr das Problem Denken, statt des Bewusstseins, dass Vielfalt bereichernd sein kann. Leo plädiert unter anderem für die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften, für mehr Investitionen in Integrationsprojekte“ (*Nürnberger Zeitung* 16.07.2009).

Die mediale Willkommenskultur 2010

Auszüge aus Berichten zum Thema Flüchtlinge und Willkommenskultur
(Zufallsauswahl aus Lokal- und Regionalzeitungen)

„Rheinland-Pfalz registriert immer weniger Einwanderer. 2007 wurden 6.667 Ausländer eingebürgert, 2008 nur noch 5.159, sagte Sozialministerin Malu Dreyer (SPD). [...] Die Integrationsbeauftragte des Landes, Maria Weber (FDP), ergänzte: ‚Wir sind ein Einbürgerungsland. Wir brauchen Zuwanderung aus demografischen und wirtschaftspolitischen Gründen. Dafür brauchen wir eine Willkommenskultur‘“ (*Rhein-Zeitung* 14.01.2010).

„Berlin – ‚Wir müssen Kriterien festlegen, die unserem Staat wirklich nützen‘, sagte der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, Peter Trapp, der ‚Bild‘-Zeitung. Maßstab müsse deswegen neben einer guten Berufsausbildung und fachlichen Qualifikation ‚auch die Intelligenz sein‘. ‚Ich bin für Intelligenztests bei Einwanderern‘, betonte Trapp“ (*Berliner Morgenpost* 29.06.2010).

„Nach den Vorstößen aus der Union für Intelligenztests bei Zuwanderern haben aktuelle Statistiken über eine anhaltend niedrige Einbürgerungszahl die Debatte über eine sogenannte Willkommenskultur in Deutschland angefacht. Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) plädierte am Dienstag für ‚eine Willkommenskultur, die Migranten mit ihren Potenzialen offen empfängt‘“ (*Badische Zeitung* 30.06.2010).

„‚Wir brauchen eine Willkommenskultur, die Migranten mit ihren Potenzialen offen empfängt. In den Einbürgerungsbehörden sollte verstärkt die Hand ausgestreckt werden‘, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU)“ (*Heilbronner Stimme* 09.07.2010).

„‚Die Zuwanderung kann den Arbeitskräftemangel dämpfen, aber nicht beheben‘, sagte von der Leyen. De Maizière betonte, für Ingenieure aus Nicht-EU-Ländern gelte schon jetzt ein erleichtertes Verfahren. Ohnehin sei das Zuwanderungsrecht schon jetzt flexibel genug. Viele Ausländer wollten aber nicht nach Deutschland kommen, weil es hier zu Lande häufig an einer ‚Willkommenskultur‘ mangle. Die Angebote an Hochqualifizierte seien im Vergleich zu denen in anderen Ländern zudem oft nicht attraktiv genug“ (*Rheinische Post* 25.08.2010).

„‚Es müssen uns auch Menschen mit fremdländisch klingenden Namen willkommen sein‘, sagte Grünen-Landtagsfraktionschef Winfried Kretschmann gestern in einer Debatte im Landtag. [...] Das Land brauche keine Leitkultur, sondern eine Willkommenskultur. [...] Der Integrations-

beauftragte und Justizminister Ulrich Goll (FDP) verwies dagegen auf Erfolge: ‚Wir haben die höchste Erwerbsquote bei Migranten und die geringste bei den Sozialleistungsempfängern‘ (Heilbronner Stimme 28.10.2010).

„Ein neues ‚Wir-Gefühl‘, das Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einschließt, als Fundament der Integration, fordert auch FDP-Stadtverordneter Stefan von Wangenheim. Integration bedeute nicht Assimilation. Er plädiert für eine ‚Willkommenskultur‘, zumal Deutschland Zuwanderung brauche und ein Einwanderungsland sei. Dafür ertete er Widerspruch von einem Zuhörer, der für sich in Anspruch nahm, für die Mehrheit der Deutschen und der FDP-Wähler zu sprechen. Er kritisierte, in der Diskussion werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen“ (Frankfurter Neue Presse 05.11.2010).

„Selbst im Krisenjahr 2009 hätten fehlende Spezialisten die Wertschöpfung um 15 Milliarden gedrückt, warnte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). [...] Das Handlungsgebot sei offenkundig, Deutschland brauche ein modernes Zuwanderungsrecht und eine ‚Willkommenskultur‘. Denn tatsächlich gäbe es seit zwei Jahren mehr Ab- als Zuwanderer, 2009 per Saldo 13.000. Gerade gut qualifizierte und leistungsbereite Mitbürger verabschiedeten sich“ (Fränkischer Tag 19.10.2010).

Die mediale Willkommenskultur 2015

Auszüge aus Berichten zum Thema Flüchtlinge und Willkommenskultur
(Zufallsauswahl aus Lokal- und Regionalzeitungen im 1. Quartal 2015)

„Das Forum für Willkommenskultur berät Willkommensinitiativen und qualifiziert deren Mitglieder, damit sie den Flüchtlingen sinnvolle Hilfestellungen bieten können“ (Kölner Stadtanzeiger 13.01.2015).

„Augustinum unterstützt Flüchtlingshilfe [Titel] ‚Unser größtes Pfand ist die derzeit großartige Willkommenskultur in Überlingen‘, sagt Pursche. Auch wenn es noch viel zu tun gebe. Der Landkreis müsse die alten Unterkünfte gründlich sanieren, dies sei überfällig“ (Südkurier 13.01.2015).

„Auch Landrat Ralf Reinhardt (parteilos) sprach sich für eine Willkommenskultur aus. ‚Niemand verlässt gerne seine Heimat in dem Wissen, vielleicht niemals mehr zurückkehren zu können.‘ Flüchtlinge seien eine Bereicherung für Deutschland. ‚Statt Abwanderung haben wir Zuwanderung. Endlich‘“ (Märkische Allgemeine 14.01.2015).

„Gemeinsam mit Vereinen, Kirchengemeinden und engagierten Bürgern will der Magistrat in den nächsten Wochen ein Programm erarbeiten, welche Hilfen den in Rüsselsheim untergebrachten Flüchtlingen über die grundlegenden Dinge hinaus noch angeboten werden können [...]. ‚Entwurf eines Konzeptes zur Stärkung der Anerkennungs- und Willkommenskultur in Rüsselsheim‘, heißt das Schriftstück, das Bürgermeister Dennis Grieser (Grüne) am Donnerstag der Presse vorstellte“ (*Main-Spitze* 23.01.2015).

„Willibrord Haas, erster Beigeordneter der Stadt Kleve, sagt: ‚Die Stadt legt großen Wert auf eine Willkommenskultur. Das Ziel ist es, allen Flüchtlingen eine Privatwohnung zu ermöglichen‘“ (*Rheinische Post* 24.01.2015).

„Von einer Bürgerinitiative ausgehend, will die Stadt Jarmen eine Art Willkommenskultur für die demnächst erwarteten Flüchtlinge auf die Beine stellen. Und auch im benachbarten Tutow laufen bereits Bemühungen zur Integration der Menschen“ (*Nordkurier* 25.02.2015).

„Den Flüchtlingen muss geholfen werden‘ [Titel] Am WZ-Mobil zeigten sich die meisten Wuppertaler hilfsbereit. Kritische Stimmen gab es nur wenige [...]. Für Bezirksbürgermeister Heiner Fragemann bleibt es auch angesichts des neuen Übergangsheims in der Grundschule bei der Solidarität für Flüchtlinge: ‚Eine Willkommenskultur hat nichts mit der Zahl zu tun‘“ (*Westdeutsche Zeitung/Wuppertal* 28.02.2015).

„Flüchtlinge: Hilfe setzt auf vielen Ebenen ein [Titel] Willkommenskultur: Private und kommunale Initiativen zeitigen erste Erfolge – 185 Neuankömmlinge in der VG Zell im Vorjahr“ (*Rhein-Zeitung* 16.03.2015).

„Über 1000 Flüchtlinge leben derzeit im Landkreis Passau. Und man stellt sich auf weitere ein: Die Regierung sucht nach wie vor dezentrale Unterkünfte, der Landkreis wirbt für eine Kultur des Willkommens, Schulen richten Asylbewerber-Klassen ein, Gemeinden sind stolz auf ihre Helferkreise“ (*Passauer Neue Presse* 07.03.2015).

„Wir haben uns in Idstein dafür entschieden – Politik und Arbeitskreise –, dass die Menschen dezentral in kleinen Gruppen untergebracht werden – und zwar mitten unter uns, in unserer Bürgergesellschaft. Das ist für uns die richtige Lösung, weil in unserer Stadt eine positive Stimmung herrscht. Daraus resultiert eine hervorragende Willkommenskultur‘, sieht es Herfurth“ (*Wiesbadener Tagblatt* 18.03.2015).

Die mediale Willkommenskultur 2016

Auszüge aus Berichten zum Thema Migration, Flüchtlinge und Willkommenskultur (Zufallsauswahl aus Lokal- und Regionalzeitungen im 1. Quartal 2016)

„Jetzt erst scheinen die Politiker aufzuwachen. Innenminister de Maizière kündigte schon mal an, Straffälligkeiten strenger in die Asylverfahren einzubringen. Das ist sicher gut und richtig, aber es löst nicht das Problem, das seit Jahren wahlweise mit dem Mythos der ‚Willkommenskultur‘ oder der ‚Multi-Kulti-Gesellschaft‘ verschleiert wird. Dieses Problem ist, dass sich breite Schichten der Zuwanderer der Integration widersetzen“ (*Taunus Zeitung* 07.01.2016).

„Nur wenige Monate liegen zwischen den Bildern: Münchner begrüßen klatschend Flüchtlinge am Bahnhof und skandieren ‚Refugees welcome‘ – Flüchtlinge willkommen. In Köln schreit wenige Tage nach den sexuellen Übergriffen von Ausländern auf deutsche Frauen ein wütender Mob Hassparolen in die Kameras. Die Stimmung ist gekippt. Mitgefühl und Verständnis für die Menschen, die Krieg, Folter und Bomben entfliehen, in mickrigen Schlauchbooten bei der Fahrt übers Mittelmeer erneut ihr Leben riskieren, um sich und ihren Kindern ein sicheres Leben zu bieten, verwandeln sich in Ablehnung“ (*Passauer Neue Presse* 16.01.2016).

„Und pünktlich zum großen Finale der wochenlangen Spendensammlung setzte der Handballsport ein weiteres Zeichen für eine offene Willkommenskultur in Worms. Kurz vor dem Anpfiff des letzten Handballspiels des Jahres 2015 übergaben die Oberligamannschaft der HSG Worms und deren Gäste vom HV Vallendar weitere 40 Happy-Boxen an die Initiatoren“ (*Wormser Zeitung* 18.01.2016).

„Die kritischen Stimmen werden lauter. Wo immer Flüchtlinge auf die hiesige Gesellschaft treffen, mehren sich Zweifel und Skepsis. Auf der einen Seite dominiert die Willkommenskultur, auf der anderen Seite macht sich Abneigung breit. Ist das gesunder Menschenverstand, Pessimismus oder schon Rassismus? Dieser Frage ging ein Vortrag im Borchener Mallinckrothof nach“ (*Neue Westfälische/Paderborner Kreiszeitung* 23.01.2016).

„Die Grünen-Vorsitzende Simone Peter sagte, Merkel gebe neue Töne von sich, die ‚ein trauriges Abrücken von der Willkommenskultur‘ markierten. Seit fast fünf Jahren herrscht Bürgerkrieg in Syrien, ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht. Friedensgespräche in Genf sollen den Weg für eine politische Lösung bahnen“ (*Nürnberger Zeitung* 01.02.2016).

„Dass die Aktion in Torgelow stattfinden konnte, ist in erster Linie [...] ehrenamtlichen Helfern aus der Flüchtlings-Gemeinschaftsunterkunft in Torgelow und aus dem Verein Willkommenskultur zu verdanken. Sie kennen den an Blutkrebs erkrankten Muslim. ‚Wir können nichts gegen die Krankheit tun, aber mit dieser Aktion können wir die Hoffnung stärken, dass ein lebensrettender Stammzellenspender gefunden wird‘“ (*Nordkurier/Haff-Zeitung* 22.02.2016).

„Hannover war gut zu uns‘, sagt die heute 38-jährige Düzen Tekkal, ‚durch die Politik der SPD war unsere Integration, waren unsere Karrieren möglich. Aber dann hat sie uns nicht mitgenommen. Wir brauchen jetzt Ankommenskultur statt Willkommenskultur‘“ (*Leipziger Volkszeitung/Dresdner Neueste Nachrichten* 10.03.2016).

„Die Landkreise Wunsiedel, Tirschenreuth, Hof und die Stadt Hof sind vier der bundesweit 218 Kommunen, die seit 2015 bis 2019 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Geld für Demokratieförderung und zur Extremismusprävention bekommen. [...] Gefördert werden Projekte, die die politische Bildung, die Vernetzung und das gegenseitige Kennenlernen von Einheimischen und Asylsuchenden ermöglichen und verbessern. Gefragt sind Vorhaben, die Positionen gegen Menschenfeindlichkeit stärken, beispielsweise mit Aktionen gegen Antisemitismus, Homophobie oder Islam-Feindlichkeit sowie auch aktuelle Projekte zur Willkommenskultur“ (*Frankenpost/Marktredwitz* 30.03.2016).

2. Die Politik – Vom Argument zur Kampagne

„Da liegt manches im Argen“

Im August 2010 übernahm Innenminister Thomas de Maizière das Stichwort Willkommenskultur, als er den Forderungen der Industrievertreter nach Bewilligungserleichterungen Folgendes entgegenhielt: „Wir haben in Deutschland leider keine ‚Willkommenskultur‘. Entscheidend ist doch auch, wie die Menschen behandelt werden, die zu uns kommen. Da liegt manches im Argen“ (Handelsblatt 10.08.2010). Diese Reklamation einer „notwendigen“ Willkommenskultur signalisierte einen Paradigmenwechsel (vgl. Buscher u. a. 2013: 3). Von nun an befassten sich zahllose Gesprächskreise, Ausschüsse und Treffen von Beauftragten im Umfeld von Politik und Wirtschaft mit der Implementierung dessen, was unter Willkommenskultur verstanden wurde. Die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) verteilte im Juni 2012 eine Broschüre namens „Willkommenskultur – ein Leitfaden für Unternehmen“. Darin wurde den Geschäftsleitungen klargemacht, dass ausländische Mitarbeiter ihr Unternehmen „bereichern“ könnten, sofern ihnen dort „Sprachkenntnisse, Kulturkompetenz, Mobilität, Belastbarkeit, Mut und Risikobereitschaft“ vermittelt würden.⁴⁸ Zusammengefasst: „Der Begriff Willkommenskultur – ebenso wie die Forderung nach selbiger – entstand aus ei-

„Zugehen auf Fachkräfte“

ner primär ökonomischen Motivation heraus“ (Stehr/Jakob 2015).

Nach Maßgabe dieser Zwecksetzung wurde das neue Schlagwort in der Wirtschaft und von der Politik instrumentell durchbuchstabiert und entsprechend operationalisiert. Eine dieses Verständnis repräsentierende Umschreibung lautete:

„Der Begriff ‚Willkommenskultur‘ signalisiert ein *aktives Zugehen auf ausländische Fachkräfte* und verdeutlicht darüber, dass erkannte gesellschaftliche Defizite behoben werden sollen. Es handelt sich damit um einen politisch-programmatischen *Begriff der Arbeitsmarktpolitik*. Willkommenskultur wird definiert als alle zwischen den beteiligten Institutionen des Anwerbelandes abgestimmten Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die mit einer Einwanderung nach Deutschland tatsächlich oder vermeintlich verbundenen Hürden (‚Transaktionskosten‘) für Migranten und ihre Angehörigen zu senken, wobei dieser Aufwand allein aus Sicht der Einwanderer bestimmt wird. Denn an sie richten sich diese willkommen heißenden Maßnahmen.“ (Siegert/Buscher 2013: 69 f.)

Das Dreiphasenmodell

Die Bundesregierung blieb nicht untätig.⁴⁹ Davon ausgehend, dass die regionalen Amts- und

⁴⁸ Zit. nach *Die Welt* 26.07.2012. Unter der Überschrift „Deutschland unattraktiv für qualifizierte Ausländer“ wurde auch Michael Stahl von Gesamtmetall zitiert: „Eines unserer größten Probleme ist die Willkommenskultur, Deutschland werde im Ausland immer noch als bürokratisch und intolerant wahrgenommen.“

⁴⁹ Beschlossen wurden Gesetzesänderungen und neue Verordnungen zur Verbesserung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen vor allem für hochqualifizierte Zuwanderer.

Funktionsträger Handreichungen zur Organisation des neuen Willkommenskulturklimas benötigten, schufen das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern“, die im März 2010 in Kraft traten. Der im fachöffentlichen Diskurs mit der Bezeichnung „unzureichende Willkommenskultur“ deutlich gemachte Problemdruck bewirkte, dass nun auch die Ämter und Behörden mit diesem Schlagwort hantierten. So mühte sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Sommer 2011, das Begriffskonglomerat (Willkommens- und Anerkennungskultur plus Integration) im Sinne der auf Integration ausgerichteten „Richtlinien“ zu beschreiben. Im Mai 2011 lautete seine Definition so:

„Legt man einen modellhaften Zuwanderungsprozess aus den drei Phasen ‚Vorintegration‘, ‚Erstorientierung‘ und ‚Etablierung in Deutschland‘ zugrunde, so eignet sich die Verwendung des Begriffs Willkommenskultur insbesondere für die ersten beiden Phasen. Hier findet das eigentliche ‚Willkommen‘ statt und hier können/sollen Angebote der Vorintegration dafür sorgen, dass Zuwanderer zielgruppengerecht auf das Leben in Deutschland vorbereitet werden. [...]“

Zum Beispiel sind hochqualifizierte Neuzuwanderer insbesondere dann an einem langfristigen Aufenthalt in Deutschland interessiert, wenn sie in Deutschland auf eine ausgeprägte Anerkennungskultur und eine insgesamt offene Gesellschaft treffen.“ (BAMF 2011)⁵⁰

Diese Umschreibung traf die von der Wirtschaft gewollte Zwecksetzung: Die neue Willkommenskultur solle insbesondere „im Sinne der Attraktivität Deutschlands für hochqualifizierte Zuwanderer“ funktionieren (ebd.). Doch dann, im Laufe der folgenden zwei Jahre, wurde der Begründungszusammenhang verändert: Die utilitäre Zwecksetzung verschwand zugunsten einer auf das Gesellschaftsganze bezogenen normativen Rechtfertigung. In seinem *Projektbericht des Jahres 2012* schrieb das BAMF, es gehe jetzt um die „Förderung des *sozialen Zusammenhalts* durch Etablierung einer Willkommenskultur“ (S. 13). Diese Etablierung bedeutet, „die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund möglichst attraktiv zu gestalten, und beziehe sich auf die Phase der Erstinformation und Erstintegration“. Besonders wichtig war nun dem BAMF dies: „Das Willkommen heißen darf nicht nur durch offizielle Stellen erfolgen. Vielmehr erwächst das Gefühl, willkommen zu sein, aus persönlichen Begegnungen und wird durch das zivilgesellschaftliche Engagement unterstützt“ (S. 15).

Neue BAMF-Richtlinien 2011

„Persönliche Begegnungen“

⁵⁰ <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20110519-nuernberger-tage-integration-willkommenskultur.html> (abgerufen Januar 2017).

*Übernahme in
Parteiprogramme*

*„Wir brauchen
vor allem ...“*

Rückblickend kann man diesen Begründungswandel als einen Strategiewechsel deuten, nachdem das BAMF wie auch einschlägige Einrichtungen auf Länderebene erkannt hatten, dass bundesbehördliche Maßnahmen allein nicht greifen. Folgenreicher sei eine im Alltag spürbare, veränderte Einstellung in der Bevölkerung. In den Projekt- und Tagungsberichten des BAMF lässt sich dieser Wandel nachvollziehen. So wurden in den Jahren 2011 bis 2014 solche „Best-Practice“-Projekte gefördert, die sich am Ort des Geschehens etwa um die „Stärkung der interkulturellen Kompetenz“ zwischen Deutschen und Migranten, um „Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ und um die „Erziehungskompetenz“ etwa türkischer Eltern kümmerten.⁵¹

**Willkommenskultur in den
Parteiprogrammen 2010-2014**

Dieser Lernprozess auf der behördlichen Vollzugsebene lässt sich auf der Ebene der Parteipolitik nicht nachzeichnen. In den maßgebenden Parteiprogrammen und Entschlüssen wurde weiterhin getrennt zwischen den utilitären Zwecken, die sich mit dem ökonomisch gewollten „Einwanderungsland Deutschland“⁵² verbinden, und den humanitären Geboten, die sich aus dem Asylrecht ergeben. Dementsprechend blieb das Schlagwort Willkommenskultur in den Parteiprogrammen bis ins Jahr 2014 (da

gab es bereits mehr als 200.000 Asylanträge in Deutschland) für die Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik reserviert. Nachfolgend einschlägige Passagen aus den Parteibeschlüssen:

Beschluss des SPD-Parteitages im Dezember 2011: „Fachkräftemangel und Einwanderungspolitik: Unternehmen berichten, dass es oftmals nicht gelingt, die besten Köpfe für Existenzgründungen in Deutschland zu akquirieren. Wir brauchen erleichterte Visaregelungen und vor allem eine *Willkommenskultur* [Hervorhebungen M. H.] für Hochqualifizierte, wie sie z. B. in den USA oder in Canada, aber auch in Singapur Gang und Gebe sind.“ (Beschlussbuch S. 100)

Beschluss des SPD-Bundesparteitages vom 14. bis 16. November 2013: „Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir in Zukunft noch stärker darauf angewiesen sein, junge und talentierte Fachkräfte für ein Leben in Deutschland zu gewinnen. Das kann nur mit einer *echten Willkommenskultur* gelingen, für die wir uns offensiv einsetzen.“ (Beschlussbuch S. 133)

Beschluss des CDU-Parteitags im November 2011 (gemeinsam mit der CSU): „In den nächsten zehn Jahren soll der Anteil

⁵¹ Ein gutes Beispiel für andere: Unter dem Dach des Caritasverbandes betrieb der „Sozialdienst katholischer Frauen e.V.“ in Bamberg drei Jahre lang das Projekt „STOPP! gegen Rassismus – für Zivilcourage und interkulturelle Sensibilisierung für Oberfranken West“. Dabei wurden u. a. „aktuelle Recherchen zur regionalen Antirassismusbearbeitung“ durchgeführt und „Datenmaterial zu Rechtsextremismus beschafft, ausgewertet und Kooperationspartnern sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt“ (Projektbericht 2012: 97).

⁵² Den Begrifflichkeiten des Bundesinnenministeriums zufolge wird zwischen Zuwanderern (alle Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, nach Deutschland kommen und wohnhaft werden wollen) und Einwanderern (deren Einreise und Aufenthalt von „vornherein auf Dauer geplant und zugelassen werden“) differenziert.

ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen auf mindestens 20 Prozent steigen. Attraktive Rahmenbedingungen sind Teil einer *neuen Willkommenskultur*. Dazu gehören neben langfristigen Beschäftigungsperspektiven für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auch Bleibemöglichkeiten für Hochschulabsolventen ausländischer Herkunft. Insbesondere dort, wo Fachkräftebedarf besteht, wollen wir prüfen, ob eine Verbesserung möglich ist, zum Beispiel durch eine Senkung der für eine Aufenthaltsgenehmigung nötigen Einkommensgrenze.“ (Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“, S. 38)

Beschluss des CDU-Parteitags (gemeinsam mit der CSU) am 4. Dezember 2012: „Wir brauchen eine *gelebte Willkommenskultur* und eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten im Ausland. Eine Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend mit der Ankunft in Deutschland [...]“. (Beschluss „Starkes Deutschland“)

CDU-Wahlprogramm 2013: „*Willkommenskultur für kluge Köpfe*: [...] Wir brauchen eine Kultur, die eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglicht. Eine *solche Willkommenskultur* muss sichtbar und spürbar werden – beginnend bereits in den Herkunftsländern [...]. Wir wollen, dass Rathäuser zu ‚Willkommenszentren‘ werden, die neue Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen für den

erfolgreichen Einstieg in das Leben in Deutschland und den Start in den Berufsalltag unterstützen.“ (Kapitel: „Vielfalt bereichert – *Willkommenskultur schaffen*“)

Beschluss des CDU-Parteitags (gemeinsam mit der CSU) vom 5. April 2014: „*Willkommens- und Anerkennungskultur* für Fachkräfte[:], „Um den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand in Deutschland auf Dauer zu erhalten, müssen wir verstärkt qualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Sie sind bei uns willkommen. Bereits heute fehlen uns Fachkräfte in einigen Branchen. Dieser Mangel wird in den nächsten Jahren zunehmen. Daher haben wir die Weichen für die Zuwanderung von Fachkräften bereits richtig gestellt: Berufsabschlüsse aus dem Ausland werden leichter anerkannt. Und die sogenannte Blaue Karte gibt Hochqualifizierten ein Aufenthaltsrecht in Deutschland und der EU. Zudem setzen wir uns für eine *Willkommenskultur* ein, die dafür sorgt, dass Deutschland für qualifizierte Zuwanderer attraktiver wird.“

Diese Passagen zeigen, dass sich beide Volksparteien um den „Wohlstand in Deutschland“ sorgen. Ihnen ging es seit 2008 (sogenannte „Einbürgerungskampagne“ in Rheinland-Pfalz) und noch im Jahr 2014 allein darum, dass möglichst viele „Hochqualifizierte“, „kluge Köpfe“ usw. möglichst lange in Deutschland arbeiten. Da aber das ausländerunfreundliche Meinungsklima in Deutschland dem entgegen-

„*Start in den Berufsalltag*“

Für „*qualifizierte Zuwanderer*“

stehe, solle jetzt eine „echte“, „neue“, „gelebte“ Willkommenskultur „etabliert“ werden. Dieser Appell hat keinen realen Adressaten; wo einer genannt wird, dient er als Sinnbild (Rathäuser als „Willkommenszentren“ u.Ä.). Deutlich wird indessen: Den Parteien liegt daran, „dass Deutschland für qualifizierte Zuwanderer attraktiver wird“ (siehe oben). Überspitzt gesagt: Die Bürger und Einrichtungen sollen sich im Interesse der deutschen Industrien, des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftswachstums aktiv dafür einsetzen, dass Zuwanderer, sofern qualifiziert und arbeitsam, sich unter Deutschen so wohlfühlen, dass sie als Migranten möglichst lange dableiben.

„Sprachnachweis
einfordern“

Opportunistisches
Denken

Dieses opportunistische Denken wurde von der CSU, soweit sie für Bayern spricht, zunächst nicht geteilt. Sie reklamierte seit 2007 eine kulturkonservative, die Werteordnung schützende, weiche Integrationspolitik, die den „Grundwertekonsens“ nicht gefährden dürfe. Diese Position machte sie mit ihrem „Integrationsplan“ 2010 erneut augenfällig (siehe die folgenden Beschlusstexte). Drei Jahre später – zum Start der renovierten Großen Koalition – ändert die CSU ihr Argumentationsmuster und schwenkt auf den Opportunitätskurs der Koalitionspartner ein. 2014 sieht sie auch bei ihren Bayern gewisse Defizite im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen. Jedenfalls wünscht sie zum Thema Willkommenskultur eine PR-Kampagne, mit der die Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden den Einheimischen nahegebracht werden soll.

CSU will
PR-Kampagne

Beschluss des CSU-Parteitags 29. und 30. Oktober 2010: „Ungesteuerte Zuwanderung birgt das große Risiko neuer Integrationsprobleme. Ein prognostizierter Fachkräftemangel kann kein Freibrief für ungesteuerte Zuwanderung sein. Der Zuzug von Hochqualifizierten und von Fachkräften ist ausreichend geregelt“ (7-Punkte-Integrationsplan, S. 2); „Der Sprachnachweis muss mit aller Konsequenz eingefordert werden. Für den Nachzug von Kindern soll das Alter, ab dem die deutsche Sprache beherrscht werden muss, von 16 auf 12 Jahre herabgesetzt werden. Je jünger Kinder bei der Einreise sind, desto besser können sie sich integrieren und desto größer sind ihre Chancen auf Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitsmarkt“ (ebd., S. 3); „Jeder Integrationswillige hat Anspruch auf Förderung und Unterstützung. Wer nicht bereit ist, sich zu integrieren, muss konsequent sanktioniert werden. [...] Wer die Integration seiner Familienangehörigen behindert, wird wie bei eigener Integrationsverweigerung sanktioniert“ (ebd., S. 4); „Die Verhinderung von Parallelgesellschaften muss eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche werden: im Einwanderungsrecht, in der Bildungspolitik, in der gesamten Gesellschaftspolitik“ (ebd., S. 5); „Jede humane und solidarische Gesellschaft braucht einen Wertekonsens, der im Alltag freiwillig und aus Überzeugung gelebt wird. Deshalb: Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit

müssen als zusätzliche Voraussetzung für gelingende Integration eingefordert werden“ (ebd., S. 6); „Die Einbürgerung ist als Abschluss erfolgreicher Integration zu verstehen“ (ebd., S. 7).

Beschluss des CSU-Parteitags vom 22. und 23. November 2013: „Erforderlich sind außerdem die weitere Vereinfachung der Verfahren in den kommunalen Ausländerämtern und die Etablierung einer *eigenen Willkommenskultur*. Bayern wird sich auf Bundesebene für die notwendigen ausländerrechtlichen Maßnahmen einsetzen.“ (Beschlussbuch S. 84 f.)

Beschluss des CSU-Parteitags vom 12. und 13. Dezember 2014: „*Willkommenskultur – Öffentlichkeitsarbeit*[:] Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag soll bei der Bayrischen Staatsregierung darauf hinwirken, in verschiedenen Medien eine Informationskampagne in Bezug auf die ‚Willkommenskultur‘ zu starten, um das öffentliche Verständnis für die Nöte und Belange von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden zu steigern.“ (Beschlussbuch S. 197)

Die drei „Kulturen“:

Willkommen, Anerkennen, Bleiben

Zum Jahresende 2013 versucht der neue Koalitionsvertrag der Bundesregierung – abweichend von den deklamatorischen Parteibeschlüssen – eine Art Quadratur des Kreises: Zum einen dient die (jetzt so genannte) „Willkommens- und Bleibekultur“ weiterhin dem Zweck der Arbeitskräftegenerierung und wird

vor allem den Ausländerbehörden auferlegt, die sich nun als „Dienstleister“ für Migranten definieren (sollen). Zum andern wird der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ beschworen und zugleich für eine „interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft“ geworben, die insbesondere „Ehrenamtliche“ mit Leben zu füllen hätten – Formulierungen, deren Widersprüche und Mehrdeutigkeiten quasi zwangsläufig zu einem Auslegungsstreit führten.

Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien vom 16. Dezember 2013, im Kapitel

„Wachstum, Innovation und Wohlstand“: „Wir setzen uns für bedarfsgerechte qualifizierte Zuwanderung ein und wollen insbesondere eine größere Mobilität im europäischen Arbeitsmarkt erreichen. Flankierend wollen wir die *Willkommens- und Bleibekultur* für ausländische Fachkräfte in Deutschland verbessern“ (S. 28). Unter „Zusammenhalt der Gesellschaft“ heißt es:

„Wir werden die *Willkommens- und Anerkennungskultur* in unserem Land stärken. Dies fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigert zugleich die Attraktivität unseres Landes für ausländische Fachkräfte, die wir brauchen.

Für die Verbesserung der *Willkommenskultur* haben Ausländerbehörden eine Schlüsselfunktion inne. Viele Ausländerbehörden haben daher begonnen, den Dienstleistungscharakter für Migranten mehr in den Vordergrund zu stellen“ (ebd., S. 74).

„Dienstleister“
für Migranten

Und: „Zur *Willkommens- und Anerkennungskultur* gehört die interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft. Wir setzen uns dafür in allen Lebensbereichen ein, insbesondere im Bereich des ehrenamtlichen Engagements (z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste) und der Kultur, im Sport und im Gesundheits- und Pflegebereich“ (ebd., S. 75).

Die Oppositionsparteien und die „echte“ Willkommenskultur

Erwähnenswert ist auch die Programmatik der FDP (Koalitionspartner bis 2013) und die der Grünen, die im Bundestag seit 2013 neben der Partei der Linken in der Opposition sind. Deutlich wird, dass die FDP noch 2012 ihrem Koalitionspartner CDU bis in einzelne Formulierungen hinein folgt und „die Öffnung der Gesellschaft vorantreiben“ möchte, zugleich aber denselben kulturkonservativen Duktus (Integration als Anpassungsleistung) hochhält wie die CSU. Bemerkenswert ist der Präsidiumsbeschluss vom März 2012: Hier wird erstmals explizit auf die „Herausforderungen“ durch den „steigenden Flüchtlingsstrom“ hingewiesen, die von Politik und Behörden allein nicht bewältigt werden könnten.

Aus dem Grundsatzprogramm der FDP vom 22. April 2012: „Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels setzen wir auf gesteuerte Zuwanderung. Dafür wollen wir die Möglichkeiten einer aktiven und qualitativen Zuwanderungspolitik nutzen [...]. Wie von jedem anderen

Bürger erwarten wir auch von Zuwanderern die Anerkennung unserer Rechtsordnung, die Verantwortung für die eigene Bildung, für die eigene Emanzipation und für den eigenen Lebensunterhalt. Voraussetzung dafür ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Sie ist der Schlüssel zu einem gesellschaftlichen Miteinander. Wir bekennen uns aber auch klar dazu, dass wir die Voraussetzung dafür schaffen müssen, dass unser Land attraktiv für die klugen Köpfe ist. Zentral dafür ist, *eine Willkommenskultur* inhaltlich zu gestalten und die weitere Öffnung unserer Gesellschaft voranzutreiben.“

Das Präsidium der FDP, die damals noch Koalitionspartner war, fasste am **5. März 2012** unter der Überschrift „**Wir halten Deutschland auf Wachstumskurs**“ (Kapitel: „Bildungs-, Arbeits- und Aufstiegschancen“) einen Beschluss. Darin heißt es: „Bei der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte haben wir einen Paradigmenwechsel durchgesetzt, der jetzt rasch und umfassend umgesetzt werden muss. Aber wir dürfen die Tür nicht nur öffnen – wir brauchen in Deutschland auch eine *neue Willkommenskultur*.“ Und zum Thema Flüchtlingspolitik lautete der Beschluss: „Wir Freien Demokraten erkennen die gewaltigen Herausforderungen, die der steigende Flüchtlingsstrom nach Europa mit sich bringt. Es wird nicht ausreichen, wenn sich allein die Politik diesen Herausforderungen stellt. Integrationsbereitschaft und eine *Willkommenskultur*

FDP anfangs wie die CSU

müssen von der gesamten Gesellschaft gelebt werden.“

Im Unterschied zu den beiden Volksparteien forderten die Grünen im Jahr 2007 mit dem Schlagwort Willkommenskultur keine verbesserte Arbeitsmarktpolitik, sondern einen irgendwie toleranteren Umgang mit den in Deutschland lebenden Migranten. Erst sechs Jahre später findet sich im Wahlprogramm der Grünen die in etwa gleiche Argumentationslinie wie bei den Regierungsparteien, indem die „wirkliche“ oder „echte“ Willkommenskultur dafür sorgen soll, dass sich ausländische Arbeitnehmer in Deutschland wohlfühlen können: Willkommenskultur als Integrationshilfe nicht für Flüchtlinge und Asylsuchende, sondern für Zuwanderer und Ausländer aus der EU.

Bundesvorstandsbeschluss der Grünen vom März 2007: „Statt ein Klima der Ausgrenzung und Sanktionierung muss die Bundesregierung endlich eine Atmosphäre der Wertschätzung gegenüber Migrantinnen und Migranten und somit eine *längst fällige Willkommenskultur* fördern.“ (Beschlussbuch S. 6)

Im **Wahlprogramm der Grünen von 2013** steht im Kapitel „**Gute Arbeit für gute Fachkräfte**“: „[...] die bessere Förderung von inländischen Arbeitskräften wird nicht ausreichen, um den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Zuzug ausländischer Fachkräfte vereinfachen und transparenter gestalten.

Dazu gehören vor allem die Einführung eines liberalen und transparenten Punktesystems und das Etablieren einer *wirklichen Willkommenskultur*.“

Im Kapitel „**Einbürgerung erleichtern – Rechte von AsylbewerberInnen stärken**“ heißt es: „Wir treten deshalb für ein großzügiges Recht auf Familiennachzug ein sowie für einen sicheren Aufenthaltsstatus für Menschen, die lange in Deutschland leben. Wir wollen eine *Willkommenskultur etablieren* unter anderem durch eine interkulturelle Öffnung von Schulen, Krankenhäusern, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Grundrechte gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen.“

Beschlüsse des Parteirats der Grünen Berlin, 28. April 2014: „Wir Grüne machen uns stark für eine *echte Willkommenskultur*, die Vielfalt wertschätzt, gerechte Teilhabe möglich macht und Freizügigkeit als Chance erkennt [...]. Statt Abschottung brauchen wir in Deutschland einen Wandel hin zu einer *echten Willkommenskultur*. Wir wollen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die ihr Grundrecht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen, entsprechend der gemeinsamen europäischen Beschlüsse aktiv dabei unterstützen, hier eine Beschäftigung aufzunehmen.“

Von der Arbeitsmarkt- zur Flüchtlingspolitik

Dieser Blick auf die Argumentations- und Begründungsmuster in den Parteiprogrammen führt uns das Dilemma der Regierungsparteien

Grüne wollen mehr Toleranz

2014: neue Zwecksetzungen

vor Augen. Offenbar erkannten die Politiker im Laufe des Jahres 2014, dass die mit „Willkommenskultur“ etikettierten behördlichen Maßnahmen zumal bei den Ausländerbehörden nicht den erwünschten Erfolg brachten – was auch nicht verwundert, weil sich das Image der Vollzugsbehörden nur über längere Zeiträume hinweg verändern lässt. Zeitgleich stieg die Zahl der asylsuchenden Flüchtlinge vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sprunghaft an. So gesehen war es naheliegend, das Credo „Willkommenskultur“ auf das *Insgesamt* der in Deutschland eintreffenden Ausländer auszuweiten, soweit diese ihren Status legalisieren wollten. Die Umsetzung dieses neuen Programms wurde nach dem Top-down-Verordnungsmuster abwärts delegiert, mit Schmuckwörtern aus der zivilgesellschaftlichen Welt („ehrenamtliches Engagement“) schöngeredet und mit der Formel „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ verbrämt. Derselbe Befund mit den Worten der Wirtschaftsredaktion der *Welt*:

„Zusammenhalt stärken“

„Die Wirtschaft hat das Potenzial Asylsuchender für den Arbeitsmarkt erkannt. Und ihre Lobbyisten entsprechend in Stellung gebracht. Auch auf ihr Drängen hin ist gerade ein Gesetz verabschiedet worden, das die Barrieren für Asylbewerber zum Arbeitsmarkt abbaut. Die Bundesagentur für Arbeit sucht an mehreren Standorten gemeinsam mit Pro Asyl gut qualifizierte Asylbewerber in Flüchtlingsheimen, um sie für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Die ‚Willkommensbehörden‘

sollen in der Zukunft Arbeitgebern auch dabei helfen, Flüchtlinge und Asylbewerber überhaupt erreichen zu können.“ (*Die Welt* 26.11.2014)

Im Folgejahr 2015, als im August viele Hunderttausend Asylsuchende nach Deutschland kamen, brach dieses Programm in sich zusammen. Anstelle der integrativen kamen desintegrative Prozesse in Gang, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt mehr und mehr gefährdeten und neue entkoppelte, segmentierte Gruppenöffentlichkeiten erzeugten. Die damit verbundene Überforderung, auch Hilflosigkeit der politischen Akteure und zuständigen Behörden lassen sich aus dem Beschluss des CDU-Parteitags vom 14. Dezember 2015 herauslesen. Unter der Überschrift „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ heißt es: „Weiterhin wollen wir in Deutschland eine *Willkommenskultur* vorantreiben, indem wir die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, z. B. als ehrenamtlicher Integrationshelfer aktiv zu werden. Das gegenseitige Aufeinanderzugehen kann ein emotionales Gefühl der Zusammen- und Zugehörigkeit stärken“ (Beschlussbuch S. 25). Dieselbe Sicht der Dinge findet sich im Beschlusspunkt „Verantwortung in der Flüchtlingshilfe übernehmen: Wir schaffen Willkommenskultur“ des SPD-Parteitags vom 10. bis 12. Dezember 2015: „Die Kommunen bewältigen die Aufnahme mit hohem Engagement. Gerade ländliche Räume ermöglichen dabei mit ihren überschaubaren Strukturen persönliche und soziale Beziehungen und Kontakte, die die Integration begünstigen“.

tigen. Der große Einsatz ehrenamtlicher Helfer verdient hier große Anerkennung. Wir fordern und fördern weiterhin eine *Willkommenskultur* – in den ländlichen Räumen –, damit die Integration gelingt“ (Beschlussbuch S. 490).

Die Politik der Willkommenskultur – Fazit

Diese kursorische Rekonstruktion des politischen Diskurses rund um den Euphemismus Willkommenskultur führt uns – zugespitzt formuliert – Folgendes vor Augen: Die Berliner Regierungsparteien machten sich die Begehren der Industrie- und Arbeitgeberverbände zu eigen und suchten nach Wegen, wie Deutschland für hochqualifizierte Zuwanderer attraktiver gemacht werden könnte. Die in den Jahren 2011 bis 2013 beschlossenen aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Erleichterungen erzielten nicht die erhoffte Wirkung. Auch das von Zuwanderern in verschiedenen Regionen Deutschlands erlebte ausländerfeindliche Klima wirkte sich negativ aus. Um dies zu ändern, hätten praktisch verwertbare Erkenntnisse aus der einschlägigen Fremden- und Migrationsforschung herangezogen und lokale Programme in Gang gesetzt werden können. Doch solche Aktivitäten blieben die Ausnahme.⁵³ Stattdessen wurde der Slogan der Wirtschaftsvertreter „Etablierung einer neuen Willkommenskultur“ übernommen und als bundespolitisches Programm operationalisiert. Mit ihm wurden zunächst behördliche Top-down-Maßnahmen definiert, die helfen sollten, hochqualifizierte

Zuwanderer in Deutschland sesshaft zu machen – mit eher geringem Erfolg. Im Laufe des Jahres 2014 wurde das Willkommenskultur-Paradigma umformuliert und auf asylsuchende Flüchtlinge ausgedehnt, dann zum Anliegen der „Bürgergesellschaft“ erklärt und freie Träger, ehrenamtlich Tätige und zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen zur Mithilfe moralisch verpflichtet.

Die Auszüge aus Zeitungsberichten der Lokal- und Regionalzeitungen haben uns gezeigt, dass die Politikakteure im öffentlichen Diskurs sich meist rhetorisch aufgeladener Formeln und Phrasen („wir brauchen“) bedienen. Diese erwecken den Anschein, als könnte die malade Willkommenskultur sozusagen deklamatorisch saniert werden. Den Parteitagebeschlüssen zufolge realisierten sie erst im Laufe des „Flüchtlingsjahres“ 2015, dass in der föderalen Grundordnung Deutschlands der Kulturbereich der Hoheit der Bundesländer zusteht. Diese entscheiden, ob und wie sie bürgerschaftliches Engagement fördern. Haltungen, Einstellungen und Denkmuster, die mit dem Slogan Willkommenskultur beeinflusst werden sollten, lassen sich demzufolge nicht von oben nach unten (*top-down*) umkrempeln; sie wachsen, wenn schon, dann umgekehrt (*bottom-up*) in die „Repräsentationslücken“ hinein, vernetzen sich und können – wie mehrere Studien zeigen – zu Bewegungen werden, die opponieren, wenn sie sich „von denen da oben“ übergangen fühlen.⁵⁴

Von oben nach unten verordnet

⁵³ Diese Feststellung bezieht sich auf Bundesbehörden und die Bildungsministerien – unbesehen der Tatsache, dass sich auf lokal-regionaler Ebene vor allem freie Träger konstruktiv mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit befassten.

⁵⁴ Vgl. Jesse (2015: 26); Ziller (2016); Patzelt/Klose (2016).

WISO-Datenbank
„Presse Deutschland“

3. Willkommenskultur in der regionalen Tagespresse

Die Rekonstruktion der Themenkarriere des mehrdeutigen Narrativs⁵⁵ „Willkommenskultur“ (auch: „Kultur des Willkommens“) in der Politik führt uns jetzt weiter zur Frage, wie dieser Frame von den Lokal- und Regionalzeitungen ihren Leserschaften vermittelt wurde. Dies herauszufinden ist nicht ganz so einfach, weil geklärt werden muss, welche Zeitungen überhaupt herangezogen werden können. Derzeit erscheinen in Deutschland 329 lokale und regionale Abonnementszeitungen mit knapp 1.500 lokalen Ausgaben (BDZV 2015). Das in der Medienforschung übliche Vorgehen, eine kleine Titelauswahl zu treffen und aus den im Zeitraum X publizierten Ausgaben eine Stichprobe zu ziehen, würde unsere Frage nicht beantworten, weil offen ist, ob unser Thema „Willkommenskultur“ je nach politischer Ausrichtung und je nach Verbreitungsgebiet unterschiedlich behandelt wurde. Unsere Frage richtet sich ja an die *Gattung* Lokal-/Regionalzeitung und muss Antworten auf der Strukturebene suchen. Deshalb sollten möglichst viele Tageszeitungen in möglichst vielen Regionen erfasst und untersucht

Redaktionen
sind Entscheider

werden, was nur mittels geeigneter Datenbanken zu bewältigen ist.

Wir haben uns für die von Genios gewartete WISO-Datenbank „Presse Deutschland“ als Materialfundus entschieden.⁵⁶ Dort werden alle publizierten Artikel von derzeit 138 Tageszeitungen (Printausgaben) als Volltexte mitsamt Metadaten (Datum, Erscheinungsort u. a.) abgelegt. Doch diese Datenbank hortet nicht nur die Hauptausgaben (= publizistische Einheiten), sondern bei einigen Zeitungen auch Lokalausgaben der jeweiligen Hauptausgabe, die oftmals unter einem anderen Zeitungstitel firmieren. Dies bedeutet, dass dort, wo Lokalausgaben ihren überlokalen Teil als Mantel von der Hauptausgabe beziehen, die Artikel der Hauptausgabe zusätzlich gespeichert werden. Gleichwohl sind die Lokalausgaben unverzichtbar. Denn: Würde man vorsichtshalber nur die am Verlagsort erscheinende Hauptausgabe berücksichtigen, würden alle Beiträge wegfallen, die in den verschiedenen Lokalausgaben exklusiv veröffentlicht wurden. Das Gattungsmerkmal „Lokales“ würde zu großen Teilen eliminiert.

Nun soll diese Studie das *Entscheidungshandeln der Redaktionen* abbilden: Welche Beiträge hat die fragliche Redaktion bzw. der Lokalchef willentlich publiziert? Hier fällt die

⁵⁵ Der inzwischen inflationär gebrauchte Ausdruck „Narrativ“ steht für Auffassungen, die historisch entstanden, doch faktenarm und begrifflich vage sind. Sinn und Bedeutung solcher Auffassungen wurden deshalb über schon bekannte Erzählungen und Termini zum Ausdruck gebracht (wie Sinnbilder, Metaphern usw.).

⁵⁶ Auch diese Datenbank ist nicht mängelfrei (eine Regionalzeitung beispielsweise speicherte die Daten ein und derselben Ausgabe vielfach ab). Deshalb haben wir über Trefferlistenvergleiche Redundanzen ermittelt und diese aussortiert. Gleichwohl sind WISO und Genios für solche Big-Data-Strukturanalysen konkurrenzlos. Die bei manchen Forschern beliebte Datenbank Nexis enthielt (zur Zeit unserer Erhebung) nur 26 Tageszeitungen (Überhang an Straßenverkaufszeitungen und Blättern der Verlagsgruppe Rhein-Main). Die Datenbank DIGAS (AS Syndication) hostet vor allem Printprodukte von Springer und der Funke-Gruppe. Beide sind darum für gattungsbezogene Analysen ungeeignet. Die digitalen Zeitungsarchive wiederum bieten keine brauchbaren Retrieval-Instrumente, sie helfen aber bei Vollständigkeitsvergleichen.

Antwort je Zeitungshaus anders aus. Bei manchen Regionalzeitungen haben die Lokalchefs die Kompetenz, etwa auf die Frontseite, die Kommentar- oder Regionalseite zuzugreifen und Texte zu ändern oder Bilder auszutauschen. Auch wenn sie es de facto nur ausnahmsweise tun, so tragen sie damit für diese Seiten publizistische Mitverantwortung. Um nach Maßgabe dieser Kompetenzen die Quellenliste bereinigen zu können, haben wir den Grad der Eigenständigkeit der Lokalausgaben (soweit möglich) recherchiert.

Methodisches: Zum Aufbau der Datenbank „Lokal-/Regionalzeitungen“

Die auf diesem Wege bereinigte Quellenliste umfasst 85 Zeitungstitel, darunter auch „Sammeltitel“, indem unter einem Zeitungsnamen auch eigenständige Lokalzeitungen subsumiert sind (z. B. bei der *Südwest-Presse* und der *Frankfurter Neuen Presse*). Aber auch umgekehrt finden sich eigenständige Regionalzeitungen, die Korrespondentenpools haben (z. B. *Coburger Tagblatt*, *Fränkischer Tag*, *Main-Post*, *Saale-Zeitung*) oder de facto einen Verbund bilden (z. B. *Thüringer Zeitungsgruppe*).⁵⁷ Dies erschwert den Bau einer validen Datenbank.

Nach Maßgabe der von Genios definierten Regionen-Kategorien verteilen sich diese Zeitungen (inklusive ihrer Lokalausgaben) wie folgt: 18 Zeitungen erscheinen in „Ost“, 30 Zeitungen in „West“, 24 Zeitungen in „Süd“, 8 Zeitungen in „Nord“ und 5 blieben ohne Zuordnung. Diese regionale Verteilung ist nicht

deckungsgleich mit der tatsächlichen Verteilung sämtlicher Lokal-/Regionalzeitungen auf die Regionen (der Norden ist im Set von WISO/Genios unterrepräsentiert). Indessen bildet sie das publizistische Geschehen deutschlandweit hinreichend gut ab und repräsentiert die Tageszeitungswelt der neuen Bundesländer in einem realistischen Verhältnis zur süd- und westdeutschen Zeitungslandschaft.

Da die Inhaltsanalyse untersuchen soll, ob und wie sich die Vermittlung des Themas Willkommenskultur verändert hat, wurde die Datenbankrecherche als Längsschnitt angelegt. Damit war ein weiteres Handicap verbunden: Die Zahl der bei WISO/Genios archivierten Zeitungstitel nahm während des Untersuchungszeitraums zu. Um für die Dauer des Längsschnitts einen (in Bezug auf die Zeitungsredaktionen) konsistenten Korpus zu generieren, haben wir die Quellenliste aus dem Jahr 2010 herangezogen. Auf die in den folgenden Jahren bei WISO neu hinzugekommenen Titel wurde verzichtet.

Ein weiteres Handicap betrifft die externen Faktoren, die während des Längsschnitts eigentlich konstant bleiben sollten (*ceteris paribus*). Diese Bedingung mag im Labor erfüllbar sein, nicht aber in der Medienrealität. So wurden im Verlauf unserer Untersuchungsphase Lokalausgaben eingestellt, Zeitungshäuser verkauft, Titel fusioniert, Redaktionen umstrukturiert, neue Mantelredaktionen geschaffen und wieder aufgelöst. Viele dieser Veränderungen wirkten sich notabene auch

*Anpassung
an die Medienrealität*

57 Weitere Informationen zum methodischen Vorgehen sind online abrufbar; siehe Anhang „Zur Methodologie“, S. 147.

auf die Inhalte aus (z. B. die mehrstufige Reorganisation der Madsack-Zeitungsgruppe). Für das Jahr 2015 haben wir daher mit einer erweiterten Quellenliste eine Kontrollrecherche durchgeführt, der Datenabgleich zeigte geringfügige Abweichungen. Wir können also davon ausgehen, dass die genannten Störfaktoren, die Konsistenz des Korpus nur wenig beeinträchtigt haben.

Die Beiläufigkeit des Themas „Flüchtlinge“

Anhand unserer bereinigten Quellenliste „Lokal-/Regionalpresse“ haben wir zunächst die WISO-Datenbank nach strukturierenden Merkmalen abgesucht. Um ein paar Größenordnungen zu nennen: Zwischen dem 1. Januar 2005 und dem 31. März 2016 finden sich in der Datenbank rund 85 Millionen Texte, die die 85 Tageszeitungen dort abgespeichert haben (nur aus deren redaktionellen Teilen). In etwas mehr als einem Prozent davon, nämlich in 980.479 Texten, wird das Thema „Flücht*“ (das heißt Wörter mit diesem Stamm plus sämtlichen Worterweiterungen und -flexionen, ausgeschlossen „flüchtig*“) behandelt. Ein Prozent, rund 838.000 Texte, haben etwas mit „Ausländer*“ zu tun; eine halbe Million Texte greifen das Thema „Asyl*“ auf (180.000 Texte behandeln beides: Flücht* und Asyl*) und rund 200.000 Texte drehen sich um den Komplex Migranten/Migration (ungeachtet der Schnittmengen mit Flüchtling*/Asyl*). Insgesamt haben die 85 Zeitungsredaktionen über unser Thema (Flücht* OR Asyl* NOT flüchtig) vom 1. Januar 2005 bis 31. März 2016 genau 980.479 Texte publiziert bzw. archiviert. 56 Prozent davon sind in

der kurzen Zeitspanne vom 1. Januar 2015 bis 31. März 2016 erschienen.

Im Verlauf der elf Jahre wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zusammenhang „Flücht* OR Asyl*“ in 17.256 Texten genannt, also in etwa jedem zehnten Text. Weit abgeschlagen CSU-Chef Horst Seehofer in 3.827, gefolgt vom SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel in 2.424 und knapp dahinter Thomas de Maizière mit 2.365 Texten. Auf der anderen Seite kamen im Themenfeld „Flücht* OR Asyl*“ die Staatschefs Gaddafi, Assad und Erdogan in je rund 1.200 Texten „ausgewogen“ zur Sprache.

Sucht man beim Thema Flüchtlinge und/oder Asyl nach den hauptsächlichen Handlungsorten, dann steht das Bundesland Sachsen mit 56.716 Texten an der Spitze, gefolgt von Brandenburg mit 50.440. Deutlich seltener genannte Regionen waren Thüringen mit 26.857 und Sachsen-Anhalt mit 15.601 Texten. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern kam in nur 7.981 Texten zur Sprache (obwohl die *Schweriner Volkszeitung* und der *Nordkurier* dabei sind). Zum Vergleich: Hessen, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen (NRW) wurden in 22.000 bis 26.000 Texten genannt. Das vergleichsweise kleine Bundesland Hamburg (zwei Tageszeitungen) tauchte in diesem Themenzusammenhang in 33.566, Bremen (Bundesland und Stadtstaat) nur in 7.939 Texten auf. Ein Vergleich der Treffer bei den Zeitungen, die in Baden-Württemberg erscheinen und zu Vorgängen in den Bundesländern Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg berichteten, zeigt, dass die genannten Unterschiede fortbestehen und darum

*Brennpunkt
ist Sachsen*

nicht mit dem Nachrichtenfaktor Nähe erklärt werden können.

Wohl gemerkt: Diese Daten umfassen den gesamten Zeitraum von elf Jahren und drei Monaten. Und sie bilden nur das ab, was die ausgewählten 85 Lokal-/Regionalzeitungen in der WISO/Genios-Datenbank abgelegt haben. Wie oben angemerkt, kann dieser Datenkorpus die Ceteris-paribus-Bedingung nicht ganz erfüllen (manche der genannten Zeitungen werden erst seit 2008 oder 2009 oder 2010 gespeichert). Deshalb können nur Häufigkeitsvergleiche über den ganzen Zeitraum angestellt werden (hier heben sich die systematischen Fehler weitgehend auf); doch kleinteilige Vergleiche im Längsschnitt lassen sich damit nicht anstellen.

Textmining: Willkommenskultur unter der Lupe

Doch auf eine ebensolche Längsschnittanalyse kam es uns beim Narrativ „Willkommenskultur“ an. Deshalb sollen alle Berichte, die unser Thema zur Sprache bringen, textanalytisch durchleuchtet werden. Hier kamen uns das Leipziger Institut für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EJK) und das Informatik-Institut der Universität Leipzig zu Hilfe, die zeitgleich mit unserer Studie das durch die Medien erzeugte Meinungsklima am Beispiel Will-

kommenskultur untersuchten.⁵⁸ So konnten Textmining-Tools der „Automatischen Sprachverarbeitung“ (ASV) der Informatiker für unsere Untersuchungsfragen genutzt werden.⁵⁹

Die Textanalyse erfolgte in folgenden Schritten: Zunächst wurde die WISO-Datenbank mit unserer bereinigten Quellenliste „Lokal-/Regionalpresse“ im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. März 2016 nach Texten abgesucht, die das Wort „Willkommenskultur“ oder die Wortfolge „Kultur des Willkommens“ enthalten. Unsere Lektüre der weiter oben erwähnten Zufallsstichprobe (250 Texte von 50 verschiedenen Tageszeitungen) hatte ergeben, dass für die beiden Formulierungen „Willkommenskultur“ und „Kultur des Willkommens“ keine Synonyme in Gebrauch waren.⁶⁰ Deshalb wurden mit diesem Suchstring (in eine Suchmaske eingegebene Wortfolge oder -kombination) mit großer Wahrscheinlichkeit alle Texte erfasst, die diese Thematik behandeln. Um die Themenkarriere vollständig nachzeichnen zu können, wurde die Datenbank zusätzlich für den Zeitraum von 2005 bis 2009 abgesucht. Dabei wurden 105 Texte gefunden, die meisten aus den Jahren 2008 und 2009 (wie erwähnt, war vor 2010 die Zahl der von WISO gehosteten Quellen deutlich geringer). In den Tabellen und Abbildungen zeigen wir deshalb den vollständigen Längsschnitt (ab 2005 bis einschließlich 1. Quartal 2016).

*Aufbau
der Analyse-
Datenbank*

⁵⁸ Offenlegung: Der Verfasser ist wissenschaftlicher Leiter des EJK wie auch dieser Untersuchung.

⁵⁹ Aufbau und Arbeitsweise des Leipzig Corpus Miner (LCM) siehe: <http://www.epol-projekt.de/tools-nlp/r-for-textmining-in-social-sciences/> (abgerufen Januar 2017). Zum dort angewandten Textmining-Verfahren: Wiedemann/Niekler 2016: 65-88.

⁶⁰ Sinnähnliche Wörter wurden von den Medien für diesen Themenzusammenhang nicht gebraucht. Beispiel: Das Wort „Willkommen heißen“ (oder „hieße* willkommen“) wurde im Laufe der zehn Untersuchungsjahre in den rd. 50 Millionen gespeicherten Texten unserer bereinigten Quellenliste exakt 138 Mal verwendet, davon überwiegend für typische lokale Themen, etwa für Eröffnungen, Vereinsanlässe und dergleichen.

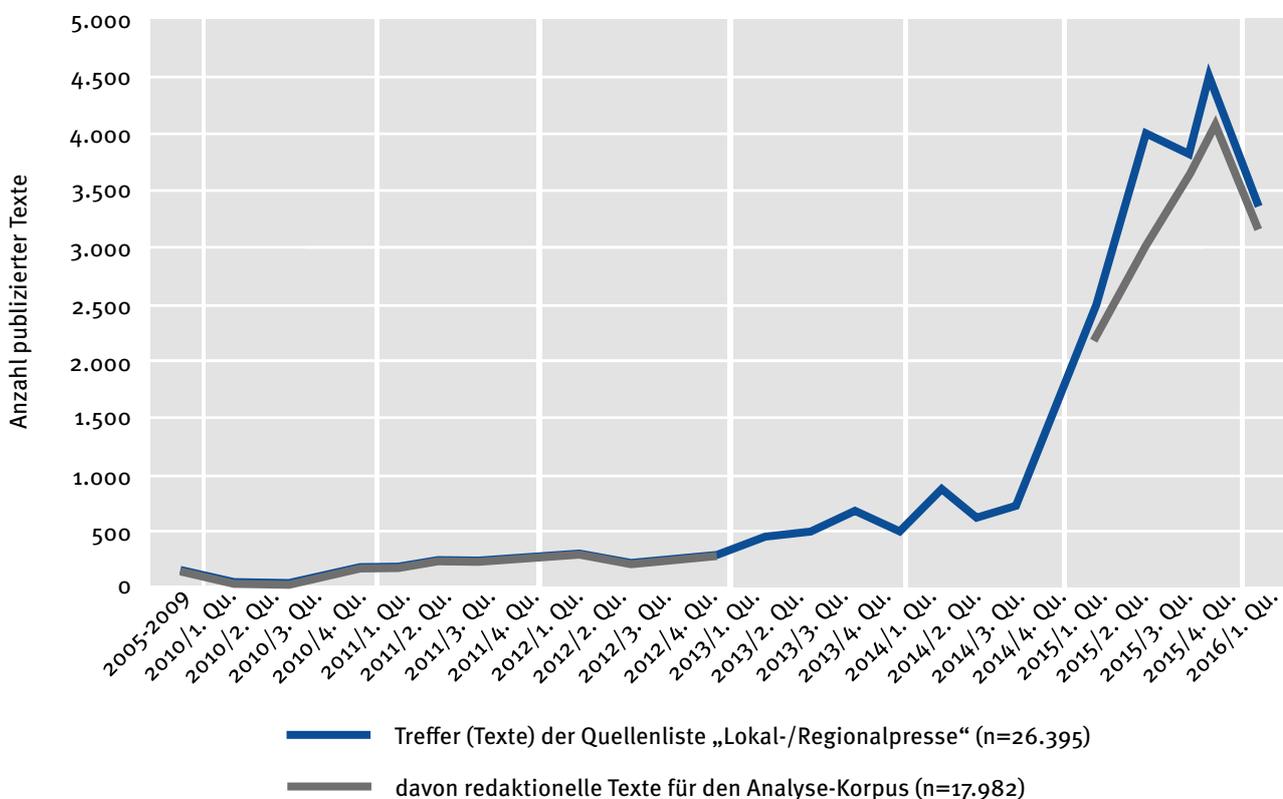
Über 26.000 Texte erfasst

Im folgenden Arbeitsschritt wurden die Texte sämtlicher Treffer ab 2005 bis Ende 2012 – quasi der Früh- und Startphase der Karriere – und erneut für die Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. März 2016 – der Kulminations- und Abklingphase der Karriere – identifiziert. Dies waren 26.395 Texte. Um nun Speicherfehler der Datenbank zu eliminieren, vor allem aber um das redaktionelle Entscheiden möglichst zutreffend abzubilden, wurden sämtliche Texte eliminiert, die (a) offensichtliche Doubletten

(identische Texte derselben Zeitungsausgabe am selben Erscheinungstag) waren, (b) nicht zum redaktionellen Teil der Zeitung gehörten (Verlagstexte, Zuschriften und Leserbriefe u. Ä.), (c) in Bezug auf den redaktionellen Inhalt redundant waren (etwa Inhaltsverzeichnisse). Deshalb musste in einem nächsten Schritt jeder der Texte der zwei Zeitphasen (2005 bis Ende 2012 und Januar 2015 bis 31. März 2016 = 20.499 Texte) „händisch“ geprüft werden. Übrig blieben 17.982 Texte (Schwund: 12,3 %). Sie

Abbildung 4:

Häufigkeiten der Berichte zum Thema Willkommenskultur in 85 Lokal- und Regionalzeitungen



Datenbasis: WISO/Genios-Datenbank.
Quelle: Eigene Darstellung

bilden unsere Offline-Datenbank und den Analyse-Korpus für das Textmining.⁶¹ Allerdings haben wir für die folgende morphologische Textanalyse auch noch die (in Bezug auf die Zugriffskompetenz von Lokalchefs) als „Zweifelsfälle“ markierten Texte herausgenommen, wodurch sich der Korpus für das Textmining um 1.110 Texte auf 16.972 Untersuchungseinheiten verdichtete. Für unsere Analysen im Zeitverlauf wurden sie ab 2010 in Quartale untergliedert.

Abbildung 4 zeigt die Dynamik der Themenkarriere (blaue Linie): Parallel zum politischen Diskurs sickert das Narrativ Willkommenskultur im Verlauf des Jahres 2010 in die Medienberichterstattung ein und verbreitet sich. Vom Winter 2012/13 an steigt die Verwendung stetig und explodiert im Verlauf des Herbsts 2014 geradezu auf das Achtfache. Dies ist die Phase des politischen Diskurses, in der die arbeitsmarktzentrierten Argumente auf die sozial-humanitären ausgeweitet wurden. Den Kulminationspunkt erreicht die Medienkarriere des Narrativs im Herbst 2015, also rund zwei Monate nach dem Höhepunkt der Flüchtlingsberichterstattung in den reichweitestarken Online- und TV-Newsmedien (siehe Abb. 1 in Teil 1). Das heißt: Zeitgleich mit den vielen Hunderttausend Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden und den ungeheuren Versorgungsproblemen dominiert der Willkommensdiskurs das Flüchtlingsthema – für kurze Zeit. Denn so blitzartig die Medienkarriere die-

ses Wortes nach oben schnellte, so rasch flachte sie gegen Ende 2015 auch wieder ab; die Geschehnisse rund um die Silvesternacht 2015/16 wirkten sich zusätzlich wie ein Dämpfer aus. Im Frühjahr 2016 war die mediale Vermittlung wieder auf dem Niveau von Herbst/Winter 2014, als es überwiegend um Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik ging. Überspitzt gesagt, war im medialen Diskurs von Frühjahr 2016 an das Narrativ Willkommenskultur quasi verbrannt.

Die Textmengen des Analysekorpus (hellblaue Linie = redaktionelle Beiträge) folgen dieser Karrierekurve. Bis Ende 2012 sind die Differenzen zwischen beiden Mengen marginal. In der Hochphase aber, vor allem im ersten Halbjahr 2015, zeigen sich Abweichungen. Unserer „händischen“ Überprüfung zufolge erklären sich diese durch ein Bündel von Umständen:

- Speicherfehler in der Datenbank infolge von inkomparablen Produktänderungen in einigen Zeitungshäusern;
- Zunahme von Redundanzen durch Titelsammenlegungen (z. B. erweiterte Mantelredaktionen), also externe Faktoren, die auf die Umbrüche in der Presselandschaft verweisen.

Den Schwund erklären aber auch die 2015 rasant angewachsene Zahl von (von uns aussortierten) redaktionsfremden Texten zum Thema (Zuschriften, Leserbriefe u. Ä.), die man als In-

Synchron mit dem politischen Diskurs

Störungen im Sommer 2015

⁶¹ „Text Mining beschreibt ein Verfahren zur Analyse von schwach- oder unstrukturierten Textdaten mit Hilfe verschiedenster Techniken und Algorithmen. Das Ziel des Text Mining ist es, mit linguistischen sowie statistischen Mitteln möglichst genau die Kerninformation eines Textes herauszufiltern. Text Mining gilt außerdem als einfacher Weg, um Muster in Texten zu erkennen, mit Hilfe einer morphologischen, syntaktischen und semantischen Analyse“ (Klein/Becirovic 2014). Mit anderen Worten: Textmining bewerkstelligt die algorithmische Aufschlüsselung „semantischer Relationen zwischen einzelnen Ausdrücken“ (Heyer u. a. 2006: 6).

dikator für die hohe öffentliche Erregung deuten kann. Dabei fällt auf, dass diese Einflüsse bald wieder abnehmen: Die Differenz zwischen beiden Mengen schrumpfte vom Herbst 2015 an wieder deutlich.

Die Texte: Inhalt und Struktur

Für die inhaltlichen Textanalysen wurde das Textmining-Programm „R“ eingesetzt.⁶² Dazu wurden in einem weiteren Schritt die (im informatischen Sinne) unstrukturierten Daten strukturiert und aufbereitet. Dieser und die folgenden Arbeitsschritte lagen in der Hand der Informatiker des Informatik-Instituts der Universität Leipzig. Unsererseits wurde nach dem Konzept des „Blended Reading“ (Verbindung aus Close und Distant Reading – vgl. Moretti 2000; Stulpe/Lemke 2015) über die oben erwähnten 250 Texte (Stichprobe) in den Passagen, die das Wort „Willkommenskultur“ enthielten, der jeweilige thematische Fokus erfasst und das zugehörige Schlagwort definiert (wie: „Sprache*“; „Recht*“; „Integration*“). Zudem wurden Kontextthemen über externe Quellen (wie: Synonymenwörterbücher) erarbeitet. Beides wurde zu Item-Listen (sogenannten Dictionaries) zusammengeführt. Beispielsweise umfasst beim Kontextthema „Wirtschaft“ die zugehörige Liste 403 Attribute (Items), von „arbeitsmärkte“ über „gewerkschaftsvorsitzender“ bis „hartz-IV-regelsätze“, mit denen

der Zusammenhang zwischen „Willkommenskultur“ und „Wirtschaft“ durchleuchtet wird. Insgesamt wurden 14 Kontextthemen mit zugehörigen Dictionaries erarbeitet und eingesetzt. Die umfangreichste Wortliste entstand für das erweiterte Kontextthema „Flücht* und/oder Asyl*“ mit 1.319, die geringste für „Zuwanderung*“ mit 7 Items.

Die eigentliche Analyse erfolgt auf zwei Ebenen. Zuerst werden mit einer Frequenzanalyse die Häufigkeiten ausgewählter Aussagen bzw. Bezeichnungen im Zeitverlauf ermittelt (zum Beispiel die Nennung von Parteienamen oder Namen von Personen). Auf der zweiten Ebene werden der Kontext, in dem das Suchwort auftritt, errechnet und überhäufig (= signifikant) auftretende Wörter ermittelt und dargestellt (= Kookkurrenzen).⁶³ Aufgrund der Frequenzanalyse können im Zeitverlauf kookkurrenente Signifikanzverschiebungen – quasi als Zeitscheiben oder Flashes – ermittelt, anschaulich gemacht (Wordclouds/Wörterwolken) und vermittels „Close Reading“ interpretiert werden (Stulpe/Lemke 2016: 54 ff.). Im Folgenden beschränke ich mich auf zwei für dieses Thema aufschlussreiche Häufigkeiten und Kontextthemen.

Willkommenskultur und Integrationswunsch

Wir greifen den oben beschriebenen, von Industrie und Politik erzeugten Frame einer „neuen“ Willkommenskultur (synonym mit

*Textmining-
Werkzeugkoffer*

*Willkommen
für die Integration*

62 Eine allgemeinverständliche Beschreibung des Mining-Programms „R“ findet sich unter: http://winfwiki.wi-fom.de/index.php/Analyse_Text_Mining_mit_R (abgerufen Januar 2017).

63 Kookkurrenz bezeichnet „das gemeinsame Auftreten zweier Wortformen in einem definierten Textabschnitt“ (Heyer u. a. 2006: 135). Dadurch lassen sich die statistische Signifikanz des gemeinsamen Vorkommens (z. B. mit Wordclouds) und die Veränderung dieser Signifikanz im Zeitverlauf als semantische Zusammenhänge ermitteln und deuten (vgl. Wiedemann/Niekler 2016: 76 f.).

„Kultur des Willkommens“) auf. Er sollte ja der Akquise und Verweildauer von hochqualifizierten Berufstätigen dienen und dem Bild von den fremdenfeindlichen Deutschen entgegenwirken. Unsere Frage lautet daher: In welchem Zusammenhang treten das Narrativ Willkommenskultur und das Wort Integration in den Zeitungstexten auf? Und wie hat sich dieser Kontext verändert? Dabei wurden die in der fraglichen Textpassage auftretenden Wörter erfasst und deren Signifikanz ermittelt.⁶⁴ Die auf den folgenden Seiten abgebildeten Wortwolken stellen die errechneten Wörter in zwei Dimensionen dar: Die Grauabstufung basiert auf denselben Signifikanzwerten (von 0 = nicht signifikant, bis 0,9 = sehr signifikant), die Wortgröße zeigt die relativen Signifikanzwerte, die sich auf die im Cluster gezeigten Wörter beziehen (je kleiner, desto weniger signifikant; die Anordnung – vertikal oder horizontal – vermittelt keinen Aussagewert).

Der Vergleich der Jahre 2010 mit 2012 zeigt, dass sich in den Zeitungsberichten der Themenzusammenhang Willkommenskultur/Integration 2010 fast nur um die von den Arbeitgeberverbänden vorgebrachten Anliegen dreht (Fachkräftemangel und Förderung der Zuwanderung) und auch die Umstände herausstellt, die als Zuwanderungshindernis gesehen werden (Übergriffe, Fremdenfeindlichkeit u. Ä.). Die in dieser verdoppelten Strategie (Arbeitsmarkt/Menschenrecht) angelegte Ambivalenz bricht zwei Jahre später offen aus

(was notabene auch den berichteten Ereignissen zuzuschreiben ist): der Vorwurf eines menschenverachtenden Rassismus und die Bemühungen der um das Wohl der Migranten besorgten Einrichtungen zwecks Verbesserung des Meinungsklimas. Es fällt auf, dass 2012 der Komplex Flüchtlinge/Asylsuchende in diesem Zusammenhang keine Bedeutung hat.

Drei Jahre später – im 1. und 2. Quartal 2015 – hat sich der Themenzusammenhang verändert. Jetzt stehen die mit den Flüchtlingen verbundenen akuten Aspekte im Vordergrund: Unterkünfte, Treffpunkte, Gesundheitspflege, Finanzierung. Die mit Angst und Fremdenfeindlichkeit verbundenen Attribute bleiben – trotz der Pariser Terroranschläge – im Hintergrund zugunsten der mit dem Asylrecht verknüpften akuten Probleme. Im 3. Quartal 2015 spiegelt sich in den Kookkurrenzen die Kontroverse, die mit der im August und September erlebten sogenannten Flüchtlingsflut aufbrach: die Wahrung der Menschenrechte, Fragen der Gleichberechtigung, die Bedrohungslage und die Aktivitäten der Willkommensfreundlichen, die Menschenketten bilden und sich (bezogen auf Pegida, Brandanschläge und dergleichen) „fremdschämen“. Gegen Ende des Jahres kommt in den Zeitungsberichten überraschend auch die Arbeitskräfteperspektive zurück auf die Agenda.

Im Januar 2016 zeigt sich die Stimmungslage erneut ganz anders, was auf die Ereignisse der Silvesternacht 2015/16 zurückgeht:

*Meinungsklima
aufhellen*

*Herbst 2015
Stimmungskrise*

⁶⁴ Die Signifikanz bewegen sich in den gezeigten Wordclouds nach dem Dice-Maß zwischen 0 und 1. Zur Signifikanzmessung bei Textmining-Analysen siehe die Einführung von G. Heyer u. a. unter: http://asv.informatik.uni-leipzig.de/uploads/document/file_link/401/TM10_Kookkurrenzbasierendes_Text_Mining.pdf (Folie 14 f.) (abgerufen Juni 2017).

Abbildung 5 (a)-(d):

„Willkommenskultur“ und „Integration“ im Berichterstattungskontext (Textmining-Analysen)

(a) 2010



(b) 2012



(c) 2015, 1. Quartal



(d) 2015, 2. Quartal



Datenbasis: „Willkommenskultur“-Analysekorpus (85 Lokal-/Regionalzeitungen), redaktionelle Beiträge vom 01.01.2005-30.03.2016, n=16.972.

Quelle: Eigene Darstellung (Wordclouds der Textmining-Software „R“)

Abbildung 5 (e)-(h):

„Willkommenskultur“ und „Integration“ im Berichterstattungskontext (Textmining-Analysen)

(e) 2015, 3. Quartal



(f) 2015, 4. Quartal



(g) 2016, Januar



(h) 2016, März



Datenbasis: „Willkommenskultur“-Analysekorpus (85 Lokal-/Regionalzeitungen), redaktionelle Beiträge vom 01.01.2005-30.03.2016, n=16.972.

Quelle: Eigene Darstellung (Wordclouds der Textmining-Software „R“)

*Starke
Ambivalenzen*

Jetzt sind – vorübergehend – die mit der Bestürzung und dem Gefühl der Bedrohung verbundenen Aussagen signifikant. Weitere zwei Monate später, im März 2016, scheint den Textanalysen zufolge die Stimmungskrise überwunden zu sein, das bürgergesellschaftliche Engagement steht wieder im Vordergrund.

Die hier nur in aller Kürze skizzierten Ausprägungen zeigen, dass die Lokal- und Regionalpresse den Themenzusammenhang zwischen Willkommenskultur und Integration „im Sinne der Erfinder“ vermittelt und ihre Berichterstattung bis zum Sommer 2015 überwiegend aus der Perspektive der Politik und der „Willkommenheißen“ stattfand. Ihre Sorgen bezogen sich auf die Feindseligen. Grundrechtsbezogene Ängste und Bedenken wurden erst im Januar 2016 während ein paar Wochen relevant, als sich mit der sogenannten „Kölner Silvesternacht“ eine andere, man möchte sagen: dunkle Seite zeigte, die mit dem Euphemismus der Willkommenskultur nicht zusammenpasste.

*Silvesternacht
brachte Umschlag*

**Befunde: Parteien und deren Politiker
als Sprecher**

Unsere zweite Frage lautete: Über welche Akteure (in den Texten auftretende Personen, Sprecher und Quellen) kam das Narrativ Willkommenskultur in den Berichten der Lokal-/Regionalzeitungen zur Sprache? Sie beantwortet sich so: Knapp die Hälfte (47,4 Prozent) sämtlicher Beiträge unseres Korpus (bereinigte Beiträge ab 2005 bis Ende 2012 und ab 2015 bis Ende März 2016) berichten über Aussagen von Parteivertretern. Die starke andere Hälfte

*Lokalzeitungen
folgen der Politik*

setzt sich aus verschiedenen Akteuren und Quellen zusammen. Mit 28,5 Prozent gehört die größte Gruppe zur Arbeitswelt (Vertreter aus Industrie und Wirtschaft, Verbänden, der Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitsagentur, anderer zuständiger Behörden und Ämter, Ökonomen u. a.), weit abgeschlagen die freien Träger (vor allem kirchliche Organisationen) mit 11 Prozent, marginal die Amts- bzw. Behördenvertreter vornehmlich der regionalen Ebene (rund 6 Prozent) und die Bürgergruppen, Helfer und Initianten mit rund 7 Prozent.

Die nach Quartalen untergliederten Häufigkeiten zeigen, dass der arbeits- und wirtschaftspolitische Diskurs die Berichterstattung der Lokal- und Regionalzeitungen bis zum Sommer 2015 dominiert: In zwei von drei Zeitungsberichten zum Thema Willkommenskultur hatten Politiker und/oder Wirtschaftssprecher das Wort. Die Lebenswelt, in der sich Willkommenskultur ereignet bzw. ereignen sollte, wurde zumeist nur indirekt – über das Reden der Politiker – thematisiert. Natürlich kam das Thema auch im Lokalen vor; aber auch dort mittels der Akteure aus der Parteipolitik (mit der Besonderheit, dass manche der Akteure in einer Doppelrolle auftraten, etwa als Parteipolitiker*in und als Migrations- oder Integrationsbeauftragte).

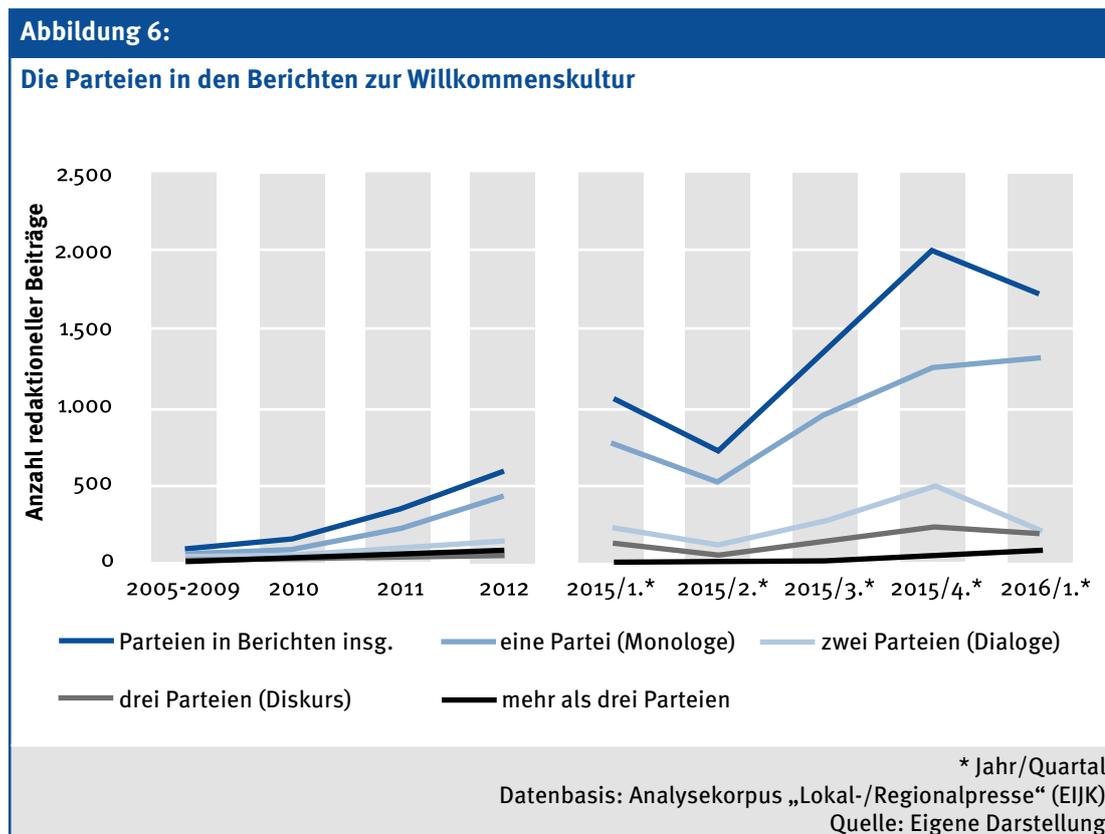
Nun war ja das Narrativ Willkommenskultur, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, von den Parteien übernommen und popularisiert worden. Von daher wundert es nicht, dass diese auch den medialen Diskurs zu beherrschen suchten. Unsere nächste Frage lautet daher: Konnten die Parteiakteure in der Lokal-/Regio-

nalpresse ihre Sicht der Dinge quasi ungestört vertreten – oder kamen in den Berichten auch andere, davon abweichende Auffassungen zu Wort?⁶⁵ Die Berichterstattung über eine Podiumsveranstaltung beispielsweise, auf der verschiedene politische Gruppen bzw. deren Sprecher auftraten, vermittelt bereits ein breiteres Meinungsspektrum. Will nur ein Politiker mit seiner Sicht in die Presse kommen, sollte ein Journalist zusätzlich auch die Sicht der anderen Seite (andere Partei, Betroffene, Gegner usw.) recherchieren und mitliefern:

Nicht Politik-PR zu verbreiten und auch nicht Lautsprecher nur einer Lösung zu sein, vielmehr für Meinungsvielfalt als Diskursbedingung zu sorgen – diese Arbeit gehört unstrittig zur „öffentlichen Aufgabe“ des Journalismus. Sind die Lokal-/Regionalredaktionen ihr auch nachgekommen?

Um diese Leistung zu erfassen, haben wir unterschieden zwischen Berichten, (a) in denen nur eine Partei bzw. deren Politiker vorkommen (Monologe), (b) in denen zwei verschiedene Parteien bzw. deren Politiker zu Wort kommen

*Monologe
oder Diskurse*



65 Es gehört zu den Standards journalistischer Berichterstattung, bei Politikern stets auch deren Parteizugehörigkeit anzugeben (Abweichendes findet man nur in Bezug auf Regierungsmitglieder). Deshalb gehen wir davon aus, dass mit der Codierung der Parteinamen bzw. -kürzel alle Texte erfasst wurden, die über Politik/Politiker berichteten.

*Bundespolitiker
dominieren*

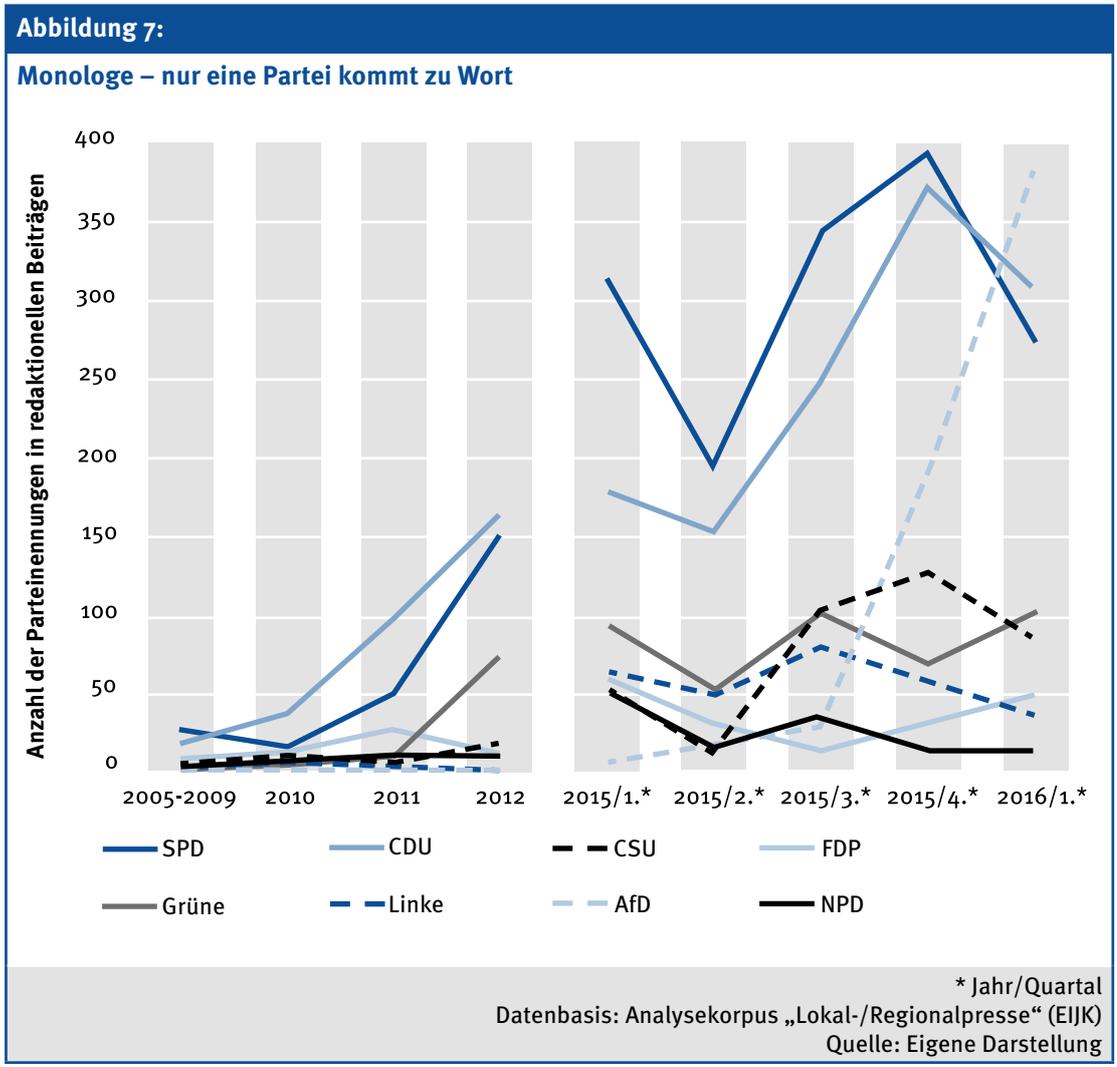
(Dialoge), (c) in denen drei verschiedene Parteien bzw. deren Politiker auftreten (meist argumentierend, darum: Diskurse), sowie (d) in denen vier und mehr Parteien bzw. Politiker genannt werden (meist per Zitate und insofern eine unstrukturierte Häufung).⁶⁶ Unter normativem Blick wären dialogische und diskursive Berichte wünschenswert, weil sie verschiedene Haltungen bzw. Argumente wiedergeben. Zu viele Positionen wiederum sind aus Sicht des Publikums unübersichtlich und wirken wie Gerede nach dem Motto: Jetzt haben alle etwas gesagt, egal was.

Abbildung 6 zeigt unsere Befunde (dabei ist zu beachten, dass wir aus Übersichtsgründen bis inklusive 2012 ganze Jahre skaliert, das heißt jeweils vier Quartale zusammengefasst haben): Im Verlauf des Jahres 2015 – insbesondere im turbulenten zweiten Halbjahr – zogen die Politiker das Willkommenskultur-Thema an sich. Und die Journalisten folgten ihnen. Beispiel Spätherbst 2015: Im 4. Quartal publizierten die Zeitungen 2.005 Willkommenskultur-Berichte, in denen Politiker das Sagen hatten. Zwei Drittel davon (1.254 Berichte bzw. 62,5 Prozent) berichten nur aus der Sicht einer Partei, sind also Parteimonologe. Ein Viertel (488 bzw. 24,3 Prozent) referiert Argumente aus Sicht zweier Parteien, wirkt also dialogisch. Nur jeder zehnte Bericht (232 bzw. 11,6 Prozent) vermittelt drei Sichtweisen und zeigt damit einen diskursiven Modus. Berichte mit vier und mehr Parteien kamen nur ausnahms-

weise vor – und sind meist durch den Anlass (Parlaments-, Ausschussberichte, Umfragen, Podiumsdiskussion u. Ä.) als Sammlung von Statements gerechtfertigt.

Schauen wir uns die *Parteimonologe* genauer an (siehe Abb. 7) und berücksichtigen auch hier den Bruch zwischen der ersten Phase (bis 2012) und der zweiten (ab 2015). Hier haben wir nicht die Beiträge, sondern die Parteienennungen in allen Zeitungsberichten gezählt. Man erkennt deutlich, dass die CDU – im Jahr 2011 noch unterstützt vom Junior-Koalitionspartner FDP – mit dem Narrativ Willkommenskultur in der Presseöffentlichkeit dominiert (beide sind in 125 Berichten präsent, die SPD in 50, die Grünen in 11). Dies ist die Phase, in der die Politiker die „neue“ Willkommenskultur als Slogan für die Einwanderungspolitik publik machten. Mit der neuen Regierung (Große Koalition) verschiebt sich die mediale Präsenz: In der Presse beherrscht jetzt die SPD das Thema, gefolgt von der CDU. Im 4. Quartal 2015, als die Unterbringung und Versorgung der vielen Hunderttausend Flüchtlinge höchst prekär wurde, dominieren die drei Regierungsparteien die Diskussion rund um die Willkommenskultur, sie werden fünfmal häufiger genannt als die Oppositionsparteien. Die Durchsicht der Berichte (Close Reading) verdeutlicht, dass sich der Kontext des Themas im Vergleich zu 2012 radikal verändert hat: Jetzt geht es nicht um ausländische Arbeitskräfte, sondern um die Mobilisierung des „bürgergesellschaftlichen“

⁶⁶ Die Bezeichnungen Monolog/Dialog/Diskurs/Häufung sind nicht theoriegestützt, sondern etikettieren die angetroffenen Tendenzen der Berichterstattungsmuster (eher monologisch, eher dialogisch, eher diskursiv, eher eine Häufung von Statements und insofern nicht diskursiv).



Engagements, weil die staatlichen Einrichtungen mit der Problemlösung überfordert sind. Recherchen über die Ursachen der Probleme haben wir in diesem Zusammenhang keine gefunden.

Im Laufe des 4. Quartals kommt nun aber auch eine völlig andere Tonlage, Stoßrichtung und Stimme im Parteienkonzert zu Gehör: Die Akteure der „Alternative für Deutschland“ greifen das Narrativ Willkommenskultur auf und

wenden es gegen seine Promotoren. Nachdem sie bis zum Sommer 2015 von der Presse im Kontext der Willkommenskultur kaum beachtet worden war, wird die AfD nun als Wortführer der Willkommenskultur-Kritiker quasi entdeckt und – vor allem im Anschluss an die Silvesternacht 2015/16 – in der Presse häufiger genannt als jede der Regierungsparteien. Grüne und Linke bewegen sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau.

AfD drängt nach vorn

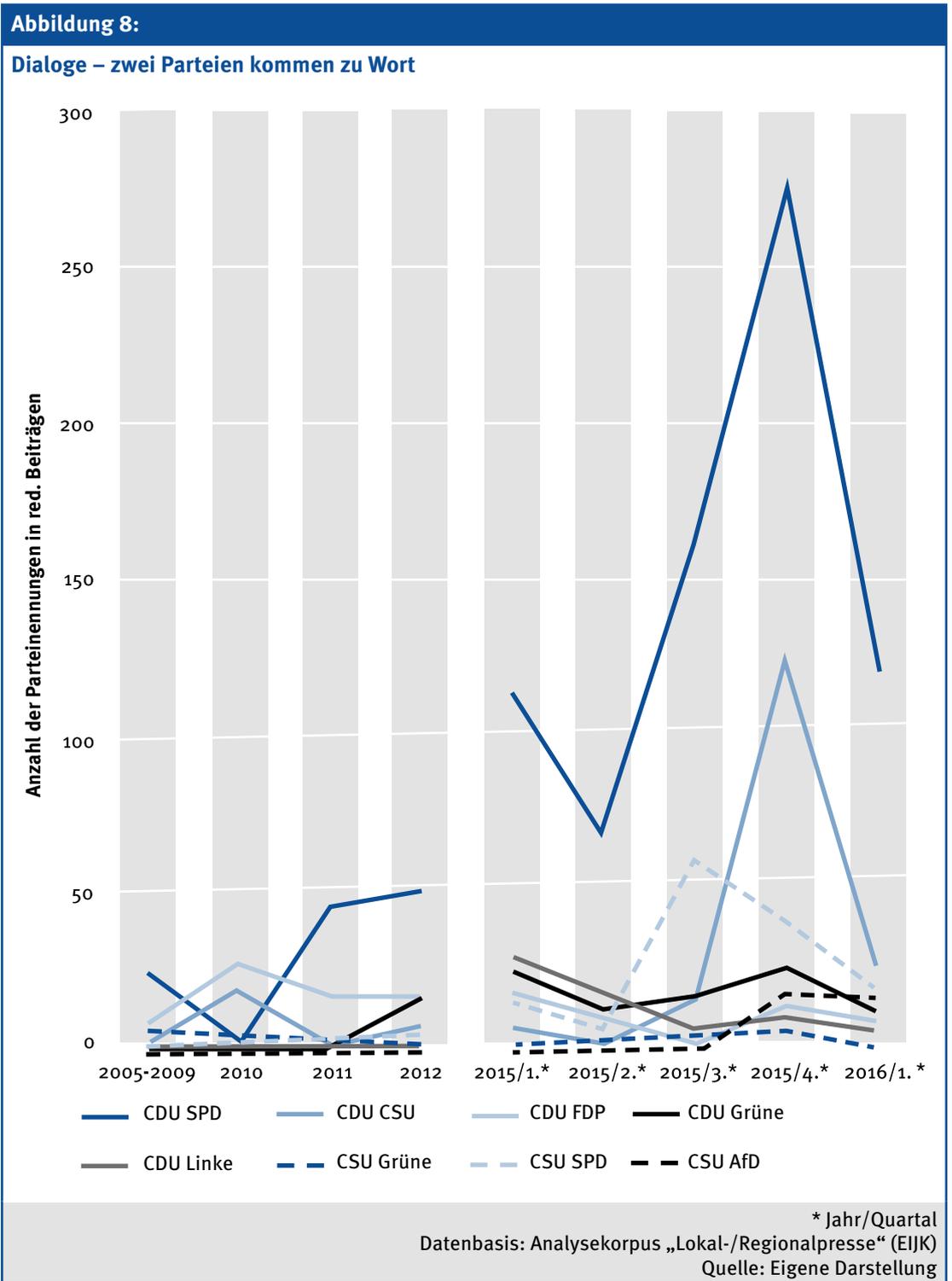
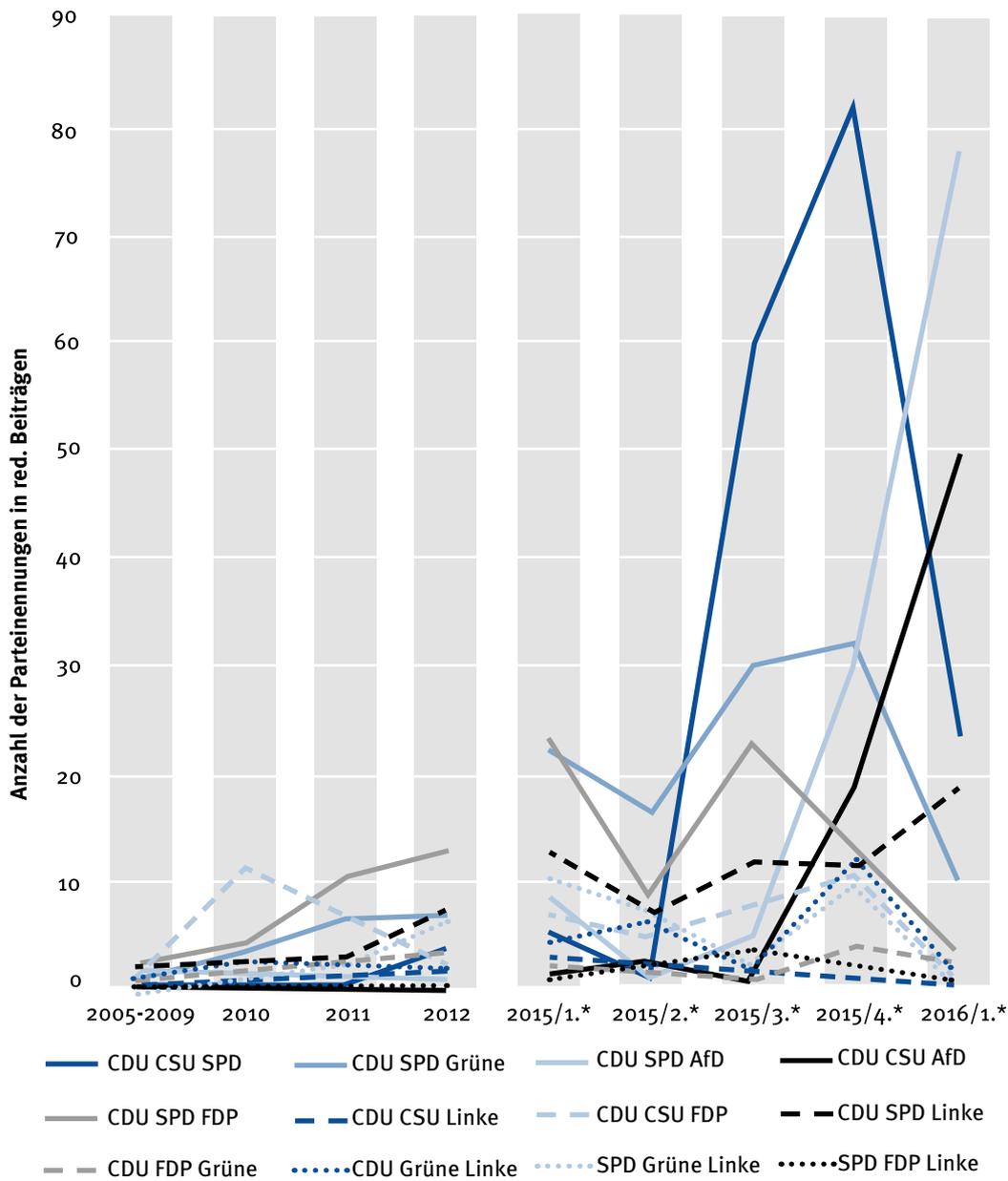


Abbildung 9:

Diskurs – drei Parteien kommen zu Wort



* Jahr/Quartal

Datenbasis: Analysekorpus „Lokal-/Regionalpresse“ (EIJK)

Quelle: Eigene Darstellung

Die Monologe herrschen vor

Die normativ erwünschten *Parteidialoge* fanden in der Lokal- und Regionalpresse rund um das Thema Willkommenskultur mit 1.470 Berichten relativ selten statt – und wenn, dann zwischen den zwei großen Regierungsparteien (siehe Abb. 8). Erst mit der sogenannten „Flüchtlingsflut“ (Bild-Zeitung 03.08.2015) häuften sich die Anlässe (und so auch die Zeitungsberichte), bei denen Vertreter beider Parteien miteinander argumentierten. Im Herbst gewann dann das Schlagwort „Obergrenze“ und die Kontroverse der CSU mit der CDU (abgeschwächt auch mit der SPD) große Aufmerksamkeit, die notabene auf das Narrativ Willkommenskultur abfärbte. Auffällig ist auch hier, dass die Oppositionsparteien, und dasselbe gilt für die AfD, an dem Dialog praktisch nicht beteiligt wurden.

Der für Meinungsbildungsprozesse bedeutsame Modus des *Diskurses* – die Darstellung dreier politischer Positionen – kam in den untersuchten zwei Zeitphasen mit 827 Treffern bzw. 4,8 Prozent selten vor (siehe Abb. 9). Allerdings häufen sich solche komplexen Darstellungen im zweiten Halbjahr 2015 und vermitteln die Kontroversen zwischen den Regierungsparteien in Bezug auf die Flüchtlingsregistrierung, anschließend zur Frage der EU-Grenzsicherung, des Dublin-Abkommens sowie den Disput über die Aufnahmebegrenzung. Man sieht daran, dass auch hier das Narrativ Willkommenskultur von den Parteien politisiert wurde und in deren Argumenterepertoire im öffentlichen Schlagabtausch eingegangen ist. Deutlich tritt auch zutage, dass die Positionen der AfD zumeist

nur im Lichte der Argumente der beiden Regierungsparteien referiert wurden. In diesem Zusammenhang spielen die beiden Oppositionsparteien im Bundestag praktisch keine Rolle; Diskurse mit ihrer Beteiligung haben Ausnahmecharakter.

Befunde: Sonstige Akteure und Sprecher

Fungierte die Berichterstattung der Lokal-/Regionalpresse rund um das Narrativ Willkommenskultur tatsächlich als Podium für die Politiker, die mit ihrer Sicht der Dinge die „herrschende Meinung“ prägten? Die referierten Häufigkeiten können dies natürlich nicht belegen; man kann sie aber als Indikatoren lesen, die diese These stützen. Die Frage lässt sich jedoch anhand eines weiteren Indikators überprüfen: Wer alles kam sonst noch in den rund 17.000 Presseberichten zum Thema Willkommenskultur zu Wort? Gab es andere Gruppen, Einrichtungen und Sprecher, die aus der engen politischen Bühne ein breites Forum machten?

Auf der Suche nach einer Antwort sind wir von der Annahme ausgegangen, dass die Häufigkeit, mit der eine Person oder Institution in den Texten namentlich genannt wird, ein Indikator für ihre Prominenz ist. Beispiel: Ein ausführlicher Bericht über den Einsatz von fünf namentlich genannten Helfern der Pfarrei St. Georg oder ehrenamtlicher Mitglieder der Initiative „Offenes Land“ hat ein größeres Gewicht als eine fünfzeilige Meldung, in der nur der Veranstalter genannt wird. Oder wenn die Lokalpresse den Migrationsbeauftragten im Laufe eines Monats dreimal so oft zur Sprache

bringt wie den für Soziales zuständigen Bürgermeister, dann gilt die öffentliche Aufmerksamkeit vermutlich eher dem Migrationsbeauftragten. Wie also sieht demzufolge das Ranking der im Zusammenhang mit Willkommenskultur am häufigsten genannten Personen bzw. Amtsträger und Einrichtungen aus? Antwort: In der Gesamtheit der von uns untersuchten zwei Zeitphasen dominiert Bundeskanzlerin Angela Merkel mit 11.599 Nennungen unangefochten auf dem ersten Rang. Der Zweitplatzierte ist Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit 1.117 Nennungen, also mit nur einem Zehntel der Nennungen der Erstplatzierten. An dritter Stelle finden sich die Integrationsminister und -beauftragten mit 936 Nennungen, gefolgt von den einschlägigen Bundesämtern. Die den Befund differenzierende Anschlussfrage lautet: Bestand diese herausragende Medienprominenz der Bundeskanzlerin schon von Anfang an – oder ist sie kennzeichnend für das Krisenmanagement im Spätsommer, Herbst und Winter 2015/16?

Um eine Antwort zu finden, haben wir das Ranking für das ganze Jahr 2012 mit dem des 3. Quartals 2015 (Höhepunkt der Flüchtlings-einreise) und dem 1. Quartal 2016 (nach der Silvesternacht) verglichen.

Zum Thema Willkommenskultur nannten die Zeitungen im Laufe des Jahres 2012 am häufigsten Bundeskanzlerin Merkel (287), gefolgt von den Amtsträger*innen bzw. Beauftragten für Integration (187), der Bundesagentur für Arbeit (129) und den Ausländerbeauftragten (109). Sämtliche Bundesminister*innen kamen auf 77 namentliche Nennungen. Die „bürger-

gesellschaftlichen“ Aktivitäten (Bürgerinitiativen und „Runder Tisch“) wurden 76 Mal genannt. Akteure des rechtsradikalen Spektrums traten – wenn auch in ganz anderen Zusammenhängen – etwa genauso oft in Erscheinung wie die Beauftragten für Integration (180). Unterscheidet man nach den politischen Handlungsebenen, dann agierten fast zwei Drittel der von uns identifizierten Akteure/Sprecher auf der Bundesebene, rund jeder Achte auf der regionalen Ebene (gilt insbesondere für die rechtsextremen Positionen) und nur jeder Zehnte auf der lokalen (das heißt im Einzugsgebiet der fraglichen Zeitung).

In der Flüchtlingshochphase, also dem 3. Quartal 2015, liegt die Bundeskanzlerin um ein Vielfaches vor allen andern (1.617); auf dem 2. Rang folgt Innenminister de Maizière gleichauf mit den für Flüchtlinge zuständigen Bundesämtern (262); weit zurück liegen jetzt die Beauftragten für Migration und Integration (165). Die „bürgergesellschaftlichen“ Aktivitäten werden jetzt 380 Mal genannt (überwiegend der „Runde Tisch“); lokale Personen, Gremien und Einrichtungen kommen gehäuft vor, doch bleiben sie im Vergleich zu den Akteuren auf der Bundesebene zahlenmäßig marginal. Einen ebenfalls rasanten Aufmerksamkeitszuwachs erzielen die rechtsradikalen Akteure (343) sowie die mit dem Namen Pegida (*gida) verbundenen Aktionen (476). Was die Handlungsebenen betrifft, so tritt nun die bundespolitische Ebene stärker hervor ebenso wie die regionale; die für die Versorgung der Flüchtlinge (im wörtlichen Sinne) naheliegende lokale Ebene wird überdeckt.

*Sachverständige
kommen nicht vor*

*Kanzlerin Merkel
ist top*

*Opposition
hat keine Stimme*

Ein Vierteljahr später, im 1. Quartal 2016, ist die Bundeskanzlerin in den Zeitungsberichten zum Thema Willkommenskultur erneut hochpräsent (3.655 Nennungen). Geradezu marginalisiert der Innenminister (247), dann die sachzuständigen Bundesämter (106); noch seltener kommen die für Migration und Integration Zuständigen vor (77). Unter „Ferner liefen“ werden die übrigen Bundesminister genannt (36). Die „bürgergesellschaftlichen“ Aktivitäten wie auch lokalen Gruppen haben an Aufmerksamkeit verloren (244), die rechtsradikalen Akteure hingegen legen zu (386), während Pegida auf 319 zurückgeht. Wohlgemerkt, wir sprechen hier nur über den Themenfokus des Narrativs Willkommenskultur.

Positiv – neutral – kritisch?

Wenn schon der bundespolitische Diskurs in den Leitmedien und weiter in der Lokal-/Regionalpresse in seiner Dominanz fortgeschrieben wurde: Geschah dies vielleicht so, dass die positive Besetzung des Wortes quasi neutralisiert und seine persuasive Wirkung gemildert wurde, indem auch kritische Stimmen zu Wort kamen? Hat die Regionalpresse in der Zeit vor August 2015, als die vielen Hunderttausend Flüchtlinge nach Deutschland kamen, das von der Wirtschaft erwünschte und von der Politik auf allen Ebenen propagierte „Willkommensklima“ differenziert und „he-

runtergebrochen“ in die lokale Alltagswelt der Leser und es damit quasi neutralisiert – oder wurde es weiter verstärkt?

Mit dieser dritten Frage soll analysiert werden, ob und in welchem Umfang bis zum Ende des 2. Quartals 2015 neben neutral-vermittelnden auch distanziert-kritische Darstellungen auffindbar sind. Auch dies kann im Umgang mit Big Data nicht mit der „händischen“ Inhaltsanalyse geschehen, sondern hier dient die algorithmische Berechnung von sprachlich-syntaktischen Zusammenhängen (Kookkurrenzen), die dann mit dem Zugriff auf identifizierte Texte – Close Reading – inhaltlich geprüft und belegt werden, als Indikator für eine Thesenüberprüfung.

Das Analysekorpus – nun verkürzt auf die Zeit bis Ende des 2. Quartals 2015 – umfasst 6.982 Texte. Nun trennen wir (soweit möglich) die redaktionellen Meinungsbeiträge von den Texten, die berichterstaten oder Sachverhalte schildern (Meldungen, Berichte, Reportagen, Dokumentationen u. Ä.).⁶⁷ Entsprechend schrumpft sein Umfang um 7,2 Prozent auf 6.479 Texte, die mit dem Thema Willkommenskultur berichtend verfahren.⁶⁸

Hier unsere Befunde: Von diesen 6.479 Berichten, die bis zum 30. Juni 2015 publiziert wurden,

■ konnten wir 385 Texte identifizieren, in denen Äußerungen enthalten sind, die zum Thema Willkommenskultur eine mehr oder

*Suche nach
kritischen Stimmen*

⁶⁷ Die meisten (aber leider nicht alle) Zeitungstexte der WISO-Datenbank geben in ihren Metadaten auch die Platzierung und bei Meinungsbeiträgen die Darstellungsform (meist: Kommentar) an.

⁶⁸ Aufgrund von Stichproben ist eine Unschärfe von rund 2,5 Prozent (bezogen auf den reduzierten Korpus) zu berücksichtigen.

weniger kritische Position beziehen.⁶⁹ Dies sind rund 6 Prozent aller untersuchten Berichterstattungen jenes Zeitraums.

- haben 728 Berichte (11,2 Prozent) Mel-
dungs- oder Mitteilungscharakter, in denen
das Wort Willkommenskultur ohne Bedeu-
tungskontext vorkommt und insofern auch
keine Wertung transportiert.
- zeigen die verbliebenen 5.366 Berichte im
Korpus eine durchwegs positive, manche
eine belobigende, viele eine einfordernde
Haltung zum Narrativ Willkommenskultur.
Dies sind knapp 83 Prozent aller Berichte
(die das Narrativ Willkommenskultur ent-
halten) in den untersuchten Lokal- und Re-
gionalzeitungen.
- vermitteln 43 Prozent der 6.479 Texte (nur)
die Sicht der Parteien, die als Promotoren
des Narrativs Willkommenskultur auftreten
(SPD, CDU, FDP, Grüne und – weniger eu-
phorisch – auch die CSU).

Nun gab es natürlich auch Berichte, in denen neben den Parteisprechern noch andere Akteure zu Wort kamen. Doch diese vermittelten gegenüber der Politik keine distanzierte Sicht. Sie verstärkten vielmehr das Willkommenskultur-Plädoyer, indem die Protagonisten die real existierende Willkommenskultur als unzureichend, verbesserungs- bzw. verstärkungsbedürftig bezeichnen. Dabei fällt auf, dass die von den Wirtschaftsvertretern bis 2012 eingebrachte Argumentation (Deutschland für hochqualifizierte Migranten

attraktiv machen) jetzt übertragen wurde auf die Lage der Flüchtlinge und Asylsuchenden, indem das Narrativ Willkommenskultur mit dem operativen Begriff Integration verknüpft wird (mehr dazu im folgenden Abschnitt). In zahlreichen Berichten finden sich Forderungen („wir brauchen ...“) oder Ankündigungen („wir wollen ...“). Sie gelten integrationsfördernden Maßnahmen (vor allem Förderschulen und Sprachunterricht, bessere Unterkünfte, administrative Erleichterungen u. Ä.) – ein Kanon, der den Forderungen der Industrie- und Arbeitgeberverbände aus der Zeit bis 2012 entspricht.

Ein mit Euphemismen eingekleidetes Stimmungsbild vermitteln Zeitungsberichte, die auf der regionalen und lokalen Ebene Akteure und Protagonisten zu Wort kommen lassen bzw. über deren Tätigkeit berichten (freie Träger, Vollzugsbehörden, Initiativ- und Bürgergruppen, Ovaler bzw. Runder Tisch u. Ä.). Im Frühjahr 2015 finden sich in vielen Lokalausgaben Schilderungen mit dem Tenor: „Eine Willkommenskultur gibt es schon“ (*Neue Osnabrücker Zeitung* 20.03.2015), oder die Nachricht, dass „unerwartet viele“ Bürgerinnen und Bürger zu Veranstaltungen gekommen oder mit dabei seien. Auch in dieser Gruppe finden sich kritische Äußerungen. Sie gelten freilich nicht dem Thema Willkommenskultur, sondern der Bürokratie, namentlich den Ausländerbehörden, die aus Sicht der Helfer nicht konstruktiv tätig seien – also Kritik im Sinn und Geist einer Stärkung der Willkommenskultur.

*Ein Hoch auf die
Willkommenskultur*

*Im Sinn des
Arbeitsmarktes*

⁶⁹ Die Item-Liste umfasst Lemmata, die Bestandteil von Wörtern sind, die Skepsis, Bedenken, Einwände, Vorbehalte, Zweifel, Kritik, Abwehr zum Ausdruck bringen. Zwischen den Objektgruppen Kritik/keine Kritik gibt es Unschärfen, die sich nicht berechnen lassen.

Ungetrübte Willkommenseuphorie

In den vier Wochen nach dem Terrorakt gegen die Redaktionsmitglieder von *Charlie Hebdo* im Januar 2015 in Paris publizierten die 85 Lokal-/Regionalzeitungen 3.112 Texte, in denen das Thema Willkommenskultur vorkam. Daraus konnten wir 48 Zeitungsberichte (1,5 Prozent) identifizieren, die Äußerungen zitierten, die Bedenken oder Skepsis zum Ausdruck bringen. Tenor: Die öffentlichen Willkommenskultur-Selbstbelobigungen könnten im Ausland einen unerwünschten Werbeeffect entfalten; einige Stimmen meinten, dass in Deutschland Schutz und Sicherheit vernachlässigt würden. Berichtsgegenstand waren meist Versammlungen oder Podiumsdiskussionen, bei denen auch Skeptiker oder Oppositionelle das Wort ergriffen. Keiner der Texte war Ergebnis journalistischer Recherchen.

Über politische Konflikte im Zusammenhang mit der Willkommenskultur berichteten vor allem Lokalausgaben aus den Städten und Dörfern der neuen Bundesländer, wo sich rechtsnationale und rechtsextreme Gruppen bemerkbar machten. Dort äußerten sich nicht nur AfD-Vertreter, sondern auch Politiker bürgerlicher Parteien mitunter skeptisch zur Willkommenskultur – etwa mit dem Verweis auf die hohen Kosten für Sicherheit oder auf die Risiken, die mit den angeblich nicht integrationswilligen Muslimen verbunden seien. Insgesamt

identifizierten wir 59 Berichte (1,9 Prozent), die Willkommenskultur-kritische Äußerungen von Vertretern des rechten Politspektrums referierten.

Kann man diese Befunde auf die gesamte Lokal- und Regionalpresse beziehen? Wie oben beschrieben, liegt unserem Analysekorpus die Quellenliste zugrunde, die wir wegen des Längsschnitts für das Jahr 2010 ermittelt hatten. Wir haben nun für das 1. Quartal 2016 mit einer aktualisierten, um 15 Zeitungen erweiterten Quellenliste in derselben Datenbank (WISO/Genios) die Häufigkeiten verglichen, die über Suchstrings (Willkommenskultur und Parteienennungen) erzielt wurden. Diese zeigen bei höheren Trefferzahlen dieselben Relationen wie die alte Quellenliste (Näheres hierzu siehe Anhang). Die Vermutung ist darum gut begründet, dass sich auch dann dieselben Relationen zeigen würden, wenn wir mit den heute verfügbaren Zeitungsinhalten erneut einen – nach Maßgabe der zu Beginn dieses Teils genannten Kriterien – bereinigten Analysekorpus gebaut und unsere Textmining-Analyse wiederholt hätten (was wegen des enormen Aufwands nicht möglich war). So gesehen haben die referierten Befunde unseres Erachtens Gültigkeit für die gesamte Lokal- und Regionalpresse in Deutschland, soweit sie über die WISO/Genios-Datenbank zugänglich ist.

Konflikt mit Ultrarechten

4. Mitmachen – Schweigen – Schimpfen

Die referierten Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Lokal- und Regionalzeitungen das Narrativ Willkommenskultur im Sinne der Positionen des Politikdiskurses verbreiteten und hierbei deren euphemistisch-persuasive Diktion übernahmen. Dabei dominierten analog zu den Leitmedien die bundespolitischen Akteure den medialen Diskurs. Zwar berichteten viele Lokalausgaben auch über die mit dem Schlagwort Willkommenskultur verbundenen realen Aktivitäten; ebenso wurden Kritiker und Skeptiker mit erwähnt, soweit sie öffentlich das Wort ergriffen. Doch praktisch alle Berichte vermittelten als Grundtenor, dass der Komplex Willkommenskultur/Integration nicht zu hinterfragen, vielmehr von einem gesellschaftlichen Basiskonsens getragen und zunehmend erfolgreich sei. Musterhaft ein Lokalbericht, dessen Aufmacher so lautete: „Flüchtlinge willkommen. Freundeskreis Asyl zieht positive Bilanz. Sprecherin zollt Menschen großen Respekt“ (Südkurier 03.02.2015).

Die einleitend referierten Erkenntnisse über die tatsächlichen Gründe, die einer entkrampften, im Grunde selbstverständlichen Hilfsbereitschaft entgegenstehen – etwa milieuspezifische Enttäuschungen, Frustrationen und Verlustängste –, kamen nur ausnahmsweise zur Sprache. Zu diesen Ausnahm Augenblicken zählten die ersten Tage nach dem Terroranschlag in Paris Anfang Januar 2015. Da führte etwa die *Thüringer Allgemeine* (TA) ein Interview mit dem Medien- und Islamwissenschaftler Kai Hafez (Universität Erfurt) „über

den neuen Rechtspopulismus, die Angst der Thüringer vor dem Islam und Pegida“. Auf die Frage: „Die Landesregierung rühmt sich seit ein paar Jahren ihrer Willkommenskultur für Ausländer. Nur Lippenbekenntnisse?“, antwortete der Fachmann: „Der Begriff klingt gut. Das muss aber mit Leben gefüllt werden. Die Bemühungen sind zwar da, aber für meinen Geschmack ist das zu elitär. Das findet noch zu sehr hinter verschlossenen Türen statt“ (TA, 09.01.2015). Diese allerdings durch keine Nachfragen vertiefte Äußerung ist auch deshalb eine Ausnahme, weil unter all denen, die in den Zeitungen zu Wort kamen, Experten und Fachleute (je nach Definition) nur 2,5 bis 3 Prozent ausmachten. Statistisch ausgedrückt: Auf 17 Politikerstatements kommt nur eines von einem Experten.

Das Gute fördern

Wie sich die Presseberichterstattung auf die Einstellung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgewirkt hat, wissen wir nicht. Meinungsumfragen wie auch Äußerungen vor allem in Leserzuschriften an die Zeitungen sprechen indessen dafür, dass sich der gutbürgerliche, tolerant eingestellte und liberal denkende Teil der Bevölkerung von der Willkommenskulturkampagne angesprochen fühlte und sie mit Leben füllte. Die vorbehaltlose Hilfsbereitschaft, die zahllose Bürger zumal in den grenznahen Städten Bayerns und in München im August und September 2015 an den Tag legten, war Ausdruck der Willkommenskultur, wie sie von den Politikern gefordert, von den lokalen Medien beschrieben und dann

Gesellschaftlicher Basiskonsens

Frage nach Medienwirkung

gefeiert wurde. Ähnliches lässt sich auch für viele andere Großstädte konstatieren. Die Willkommenskulturkampagne hat nicht nur Selbstgefälligkeit erzeugt, sondern auch viel zur Mobilisierung des Gemeinsinns und zur Förderung des Sozialverhaltens beigetragen. Mit den Worten eines neutralen Beobachters:

„Die Willkommenskultur blendet einiges aus, was sie als naiv erscheinen lässt. Sie fragt nicht danach, wo die Grenzen der Belastbarkeit liegen, stellt sich nicht den Problemen der Verteilungsgerechtigkeit (es werden die Sozialhilfeempfänger sein, welche die Etats der staatlichen Wohlfahrt mit Einwanderern teilen müssen); und sie überträgt das Ideal der Gastfreundschaft auf die dauerhafte Unterbringung von Fremden (Migranten sind aber keine Gäste auf Besuch). Doch die Moralität des Willkommens überzeugt. Es gibt zu viel Geiz, Besitzstandswahrung, Ignoranz, Wegsehen, Verhärtung in der

Welt. Dem Kleinmut durch aktive Mitmenschlichkeit ein Ende zu bereiten, ist aller Ehren wert“ (*Neue Zürcher Zeitung* 25.09.2015).

Dies ist die eine Seite des Frames, die wir nicht übersehen wollen. Die andere aber betrifft die Effekte, die wir einleitend erwähnt haben: die mentale Kanalisierung des meinungsoffenen, am gesellschaftlichen Zusammenhalt orientierten öffentlichen Diskurses. Meinungsumfragen und die hohen Stimmanteile der AfD bei den Landtagswahlen machen deutlich, dass Unbehagen und Skepsis, auch kritische Einstellungen zur Bedeutung der Willkommenskulturkampagne schon vor den dramatischen Ereignissen des Sommers 2015 weit verbreitet waren und von der Mehrheit so auch empfunden wurden.⁷⁰

Wie weit diese Diskrepanzen auf die Medienberichterstattung zurückgeführt werden können, werden wir in Teil 4 anhand des Schweigespiralen-Konzepts ausleuchten.

Moralität des Willkommens

⁷⁰ „Die Deutschen fühlen sich in Sachen Flüchtlingspolitik und Zuwanderung übergangen. In einer Umfrage von TNS Forschung für den SPIEGEL sagten 65 Prozent, die Regierungsparteien der Großen Koalition gingen nicht ausreichend auf ihre Sorgen zu diesem Thema ein“ (Spiegel Online 13.12.2014). Aus einer Repräsentativerhebung im Auftrag der Wochenzeitung *Die Zeit*: „Auf die Frage ‚Sind Sie der Meinung, dass Deutschland aktuell zu viele oder zu wenige Flüchtlinge aufnimmt‘, antworteten insgesamt 59 Prozent der Befragten, Deutschland nehme ‚deutlich zu viele‘ (30 Prozent) oder ‚eher zu viele‘ (29 Prozent) auf. Besonders problematisch bewertet wird die Zahl der Flüchtlinge von den Menschen in den Altersklassen zwischen 25 und 54“ (Die Zeit 15.12.2014).

Teil 3: Die Dynamik der Großereignisse

1. Wie die Leitmedien die Vorgänge vermittelt haben

Am 5. August 2015 sprach die Moderatorin der ARD-Sendung *Panorama*, Anja Reschke, in einem Kommentar der *Tagesthemen* deutliche Worte: Die rassistischen Hasstiraden im Internet würden immer zahlreicher, immer unverfrorener und kämen sogar oft mit Klarnamen. Offenbar schämten sich diese Hetzer nicht mehr, fand Reschke, weil sie glaubten, sie seien in der Mehrheit. „Scheißkanacken!“, „Wie viele wollen wir noch aufnehmen?“, „Soll man anzünden“, „Sollen abhauen“. Diese Flut menschenverachtender Hasstiraden würde zudem Gewaltbereite ermutigen und dazu beitragen, dass immer mehr Flüchtlingsheime und Asylunterkünfte in Brand gesteckt werden. „So kann es nicht weitergehen“, sagte Reschke, es sei an der Zeit, „den Mund aufzumachen“ und diesen Leuten klar und deutlich zu sagen, dass sie eine kleine Minderheit sind. Die Mehrheit, „das sind wir“, das seien die Bürger, die fremdenfreundlich und hilfsbereit sind. „Die Hassschreiber müssen kapieren, dass diese Gesellschaft das nicht toleriert.“

Reschke erhielt weit mehr als 20.000 zustimmende, aber erneut auch diffamierende Hass-Mails. Rund 10 Millionen Zuschauer haben sich während der folgenden 24 Stunden laut ARD die Publikumsansprache Reschkes angeschaut (sie ist seither auf *YouTube* gepos-

tet; bis Ende 2016 wurde das Video mehr als 580.000 Mal abgerufen).⁷¹

Zahlreiche Reaktionen der Medien schlugen in dieselbe Kerbe; das *Vice-Magazin* brachte ein Ranking der „dümmsten“ Sprüche von Fremdenhassern. Der Filmemacher Til Schweiger verkündete in einer TV-Show, die Hass-Blogger seien vom zu häufigen Reality-TV-Gucken „verdumft“. Drei Wochen vor Reschkes Ansprache titelte die deutsche *Huffington Post* mit dem Zitat: „Willkommen, liebe Flüchtlinge, gut, dass ihr hier seid“ (16.07.2015). Eine Woche nach dem Auftritt erschien die Wochenzeitung *Die Zeit* mit dem Titelthema „Willkommen! Was widerfährt einer Familie aus dem Irak, die in Deutschland Zuflucht sucht? Geschichten aus einem Land, das Fremden die Hand reicht“. Die Überschrift der Titelstory – sie handelt von der hindernisreichen Flucht einer irakischen Familie mit drei Kindern – lautete: „Im gelobten Land!“ (*Die Zeit* 32/2015).

Diese und zahlreiche weitere Aufmacher, Bilderstreifen und Kommentare in den sogenannten Mainstreammedien auf der einen und die von Hasstiraden überquellenden Blogs und Kommentarspalten auf der anderen Seite: Sie sind Ausdruck einer tiefen Spaltung, die seit Beginn der großen Flüchtlingswelle im Sommer 2015 das Meinungsklima prägt. Öffentlich ausgetragene Kontroversen sind nichts Neues. Das Neue an diesem Bruch scheint indessen die Unerbittlichkeit und die kategorische Weigerung zu sein, mit den

„So kann es nicht weitergehen“

Ausdruck tiefer Spaltung

⁷¹ Der Kommentar und ein am Folgetag mit Anja Reschke geführtes ARD-Interview sind auf YouTube zu sehen (<https://www.youtube.com/watch?v=i9kv-rmvGKg>; <https://www.youtube.com/watch?v=BY85V2ULoy8>; abgerufen Januar 2017).

*Die doppelten
Feinde*

Andersdenkenden im öffentlichen Gespräch zu bleiben.

Aus Sicht der Medienmacher – dafür steht die Episode mit Anja Reschke – war der Abbruch des gesellschaftlichen Diskurses denen anzulasten, die sich als die Missachteten und Übergangenen sehen und wütend sind. Unsere Befunde lassen aber genauso die These zu, dass der Abbruch von den meinungsführenden Medien befördert wurde – quasi stillschweigend, indem Menschen mit abweichenden Meinungen und Ängsten auch deshalb ausgegrenzt wurden, weil man sie zur dunklen Welt der Fremdenfeindlichen zählte, die auch Gewalt gegen Asylsuchende billigend in Kauf nahmen. Die von der Tagespresse vermittelte Willkommenskultur-Euphorie erzeugte das passende Meinungsklima und kann als wirksame Bekräftigung dieser ausgrenzenden Schuldzuweisung gedeutet werden.

*Leitmedien
unter der Lupe*

Unser Ansatz geht davon aus, dass diese Entweder-oder-Positionierung dem realen Geschehen nicht gerecht wird. Die mit der Herausbildung von Fremdenfeindlichkeit verbundenen psychologischen und sozialen Dispositionen wie auch die politischen und mentalen Einflussgrößen stehen kausalen Erklärungen im Wege. Wie in der Einleitung dargelegt, stützt sich unser Ansatz darauf, dass öffentliche Kommunikation zumal in Zeiten des Internets dynamisch und „transaktional“ geschieht,⁷² dass also die dem Denken innewohnende Trennung von Henne und Ei ins Nirgendwo führt. Die nachfolgend wiedergegebene Inhaltsanalyse

kann indessen nur Medienaussagen in den Blick nehmen. Ihre Befunde sind darum (nur) als eine Dimension in diesem mehrdimensionalen Kommunikationsmodell zu lesen und sollten nicht als ursächlich verstanden werden.

Wir suchen nun nach Antworten auf die folgenden Fragen:

- Haben die drei Leitmedien anlässlich der verschiedenen meinungsprägenden Großereignisse die Sorgen, Nöte und Ängste derjenigen thematisiert, die sich der Willkommenskultur-Euphorie nicht anschließen mochten?
- Haben sie die Probleme, Einwände und Vorbehalte aufgegriffen und hierzu die aktiv Beteiligten sowie Experten und Fachleute zu Wort kommen lassen?
- Kam es bei dem einen oder anderen der Großereignisse zu einer öffentlich ausgetragenen Debatte, an der sich die verschiedenen Lager und Gruppen beteiligt haben?

Angesichts der Ergebnisse, die im vorigen Teil in Bezug auf das Narrativ „Willkommenskultur“ in der Regionalpresse vorgestellt wurden, ist die Hypothese naheliegend, dass die Leitmedien diese Chancen eher nicht ergriffen haben.

Das Konzept der Analyse

Wir greifen die einstellungsprägenden Ereignisthemen wieder auf, die wir im ersten Teil erläutert haben (siehe Tab. 1 „Die für die Mei-

⁷² Dieser Ansatz folgt in theoretischer Hinsicht dem „dynamisch transaktionalen Modell“, das Wirkungsprozesse der Medien im Kontext ihrer individuellen Nutzung modelliert (vgl. Früh 1991).

nungsbildung als relevant identifizierten Großereignisse 2015“). Zu diesen Großereignissen untersuchten wir die Berichterstattung der drei Leitmedien *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt*.

Für die folgende Textanalyse wählten wir aussagestarke Kategorien des Codebuchs (hinter den Pfeilen genannt), die die folgenden Fragen beantworten:

- (a) Wie sind die Ereignisthemen aufbereitet?
→ Darstellungsformen
- (b) Wer kommt in den Texten vor? → Explizit genannte Akteure, Sprecher, Informanten und Betroffene, soweit sie für den Vorgang/das Thema relevant sind (Definition der Relevanz: Auftritt im vorderen Berichtsteil inkl. Titelkomplex und/oder wiederholte Nennung); im Folgenden „Akteure/Sprecher“ genannt
- (c) Für wen oder was sprechen diejenigen, die in den Texten vorkommen? → Zuordnung der als relevant identifizierten Akteure/Sprecher zu Funktionsbereichen nach Maßgabe einer Liste mit 42 Kategorien
- (d) Ist das Berichtsthema konflikthaltig?
→ Sprachliche Merkmale im Titelkomplex und dem Berichtstext
- (e) Gehen die berichtenden Texte mit ihrem Thema/Gegenstand neutral oder wertend um? → Tonalität nur der tatsachenbetonten

Formen, nicht der Meinungsbeiträge (mit diesen wird sich der nächste Abschnitt befassen)

- (f) Aus welcher Sicht und mit welchen Argumenten beurteilen die Kommentatoren die Vorgänge, Maßnahmen und Pläne? → Perspektive, Argumentationslogik und Begründungen in den Kommentaren

Damit ist auch schon gesagt, dass wir dem im Informationsjournalismus unstrittigen Grundsatz folgen: Die nachrichtlichen Texte sollten weitestgehend „meinungsfrei“ die Ereignisse beschreiben und in einen Sachzusammenhang bringen, damit die Leser sich möglichst vorurteilsfrei und umfassend ins Bild setzen können (zur Funktion der Meinungsbeiträge siehe den nächsten Abschnitt).

Zur Erinnerung (siehe Teil 1): Für die zehn Großereignisse – zusammengekommen zwanzig Wochen – wurden insgesamt 1.687 redaktionelle Texte erfasst und analysiert. In diesen wurden 9.216 Quellen/Informanten/Akteure/Sprecher ermittelt, von denen wiederum 3.651 als „relevant“ (im zuvor definierten Sinne) genauer untersucht wurden. Die nachfolgende Beschreibung bezieht sich auf die 1.391 *berichtenden* Texte, in denen 3.308 relevante Akteure/Sprecher identifiziert wurden.⁷³ Die Daten zu den folgenden Ergebnissen sind in den Tabellen 28-33 im Anhang dieser Studie zusammengestellt.

Qualität der Informationsleistung

⁷³ Weitere Informationen zum methodischen Vorgehen sowie das Codebuch können online eingesehen werden; siehe Anhang, „Zur Methodologie“, S. 147.

2. Was, wer, wann, wie? Die Einzelanalyse der zehn Großereignisse

E1: Drei Länderchefs schreiben an Angela Merkel

Was? Die drei Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), Malu Dreyer (SPD) und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) fordern in einem Brief an Angela Merkel ein Bleiberecht für junge Asylbewerber in Ausbildung (04.02.2015).

Wer? Kretschmann (Grüne), Dreyer (SPD), Bouffier (CDU), die Bundesregierung (Angela Merkel)

Wann? 06.02.2015 bis 14.02.2015

Primärquellen in den Medien: Brief von Winfried Kretschmann (Grüne), Malu Dreyer (SPD) und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) an Angela Merkel. (Der SZ lag der Brief offenbar zuerst vor, da diese in den anderen Zeitungen zum Teil als Quelle genannt wird.)

Das Großthema Flüchtlinge/Asylsuchende ist aus Sicht der drei Zeitungsredaktionen eher bedeutungslos. Neben der nachrichtlichen Vermittlung (23 Texte) finden sich 8 Kommentare und Fremd- bzw. Gastbeiträge. Demzufolge handelt es sich um ein Ereignis, das die Journalisten zum Raisonement und zur politischen Spekulation reizt, nicht aber zu einer Recherche über die Ursachen, Umstände und Zwecke, die zu dem Brief geführt haben. Insgesamt fanden wir in den Zeitungstexten 112 relevante Akteure/Sprecher. Davon gehören vier von fünf zu Politik: gut 40 Prozent zur Landes- und knapp 30 Prozent zur Bundesebene mit deutlichem

Überhang der CDU-Zugehörigen. Diejenigen, um deren Wohl es in jenem Brief eigentlich ging, scheinen bedeutungslos zu sein: Nur fünf der in allen Zeitungstexten als relevant auftretenden Akteure/Sprecher gehören zur Gruppe der Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden. Ebenso wenig Bedeutung erlangen jene, die sich im Alltag konkret um die Flüchtlinge kümmern: die kirchlichen Einrichtungen, die sozialen Träger sowie Gemeinschaften, Initiativen und freien Organisationen. Insgesamt wird das Ereignisthema sachlich vermittelt, das heißt, die meisten Berichte sind in neutralem Ton gehalten; nur in einem Bericht haben wir einen auktorialen Stil festgestellt.

Die journalistische Freude am Kommentieren erklärt sich wohl auch daraus, dass der Vorgang als kontrovers und konflikthaltig aufbereitet wurde: 11 der 18 Texte nennen einen Dissens bereits im Titelkomplex; nur drei Texte beschreiben die Lage, ohne eine Kontroverse herauszukehren.

Man könnte diesen Befund als themengerecht bezeichnen, schließlich handelt es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen politischen Akteuren. Diese Bewertung folgt indes dem überkommenen Rollenverständnis, dem zufolge die Journalisten die Politik in der politischen Arena belassen. Demgegenüber wäre vom Journalismus des Internetzeitalters zu erwarten, dass er die Ereignisthemen übersetzt und (auch) aus der Sicht der Alltagswelt Fragen stellt und recherchiert. Man kann sich daher fragen, weshalb die drei Qualitätsmedien den Brief der Landeschefs nicht zum Anlass nahmen, um an Ort und Stelle mittels Befra-

*Viel Lust am
Kommentieren*

gung der Beteiligten die Situation der Betroffenen auszuleuchten, die im Brief erhobenen Thesen zu prüfen und die Probleme anschaulich zu machen.

Diese Frage sollten wir sinngemäß auch bei den folgenden Fallbeschreibungen quasi im Hinterkopf behalten.

E2: Endlich Fakten:

Wo kommen sie her, wie viele sind es?

Was? Die Bundesregierung beantwortet eine Anfrage der Linksfraktion. Sie besagt: „Die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge hat sich im vergangenen Jahr auf etwa 629.000 erhöht. Das ist ein Zuwachs um rund 130.000 Menschen“ (zit. nach Spiegel Online 12.02.2015). Zudem erwarte das Bundesamt für Migration an die 300.000 Asylanträge, zugleich aber auch „mehr Abschiebungen“ (zit. nach Tagesschau). In diesem Rahmen stellen die Bundesbehörden neue statistische Kennzahlen zum Komplex Migration/Asylsuchende vor: Wie setzt sich der Wanderungssaldo (Ein- und Auswanderungen) zusammen? Wer kommt und vor allem aus welchen Ländern? Dunkelziffern? Straffälligkeiten? Die Mediendebatte fokussiert überwiegend den Zustrom von Asylbewerbern – obgleich die Mehrheit der Migranten aus EU-Ländern kommt. Auch auftretende Konflikte werden thematisiert.

Wer? Markus Ulbig (sächsischer Innenminister, CDU), Thomas de Maizière (Bundesinnenminister, CDU), Volker Jung (hessen-nassauischer Kirchenpräsident), Bundesregierung, Bundespolizei, Joachim Hermann (bayerischer Innenminister), Winfried Kretschmann (baden-würt-

tembergischer Ministerpräsident, Grüne) u. a.

Wann? 10.02.2015 bis 20.02.2015

Primärquellen in den Medien: Migrationsbericht der Bundesregierung (2013), Bundesagentur für Arbeit, Kriminalitätsstatistik des Bundeskriminalamtes, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bericht des BAMF, der Bundespolizei und der Länder zu dem Thema).

Diese Informationen erregen Aufmerksamkeit, weil nun erstmals belastbare Daten zur Verfügung stehen – ein für Journalisten geeigneter Anlass („Aufhänger“), um ihre Leser über die Situation der Migranten und Flüchtlinge, über aufenthaltsrechtliche Probleme wie auch über die Arbeit der betreuenden Gruppen und Einrichtungen ausgiebig zu informieren und die Situation anschaulich zu machen.

Die Analyse der Darstellungsformen der insgesamt nur 39 Texte zum Thema vermittelt ein ganz anderes Bild: Es finden sich fast nur Meldungen und Kurzberichte sowie erneut zahlreiche Kommentare (jeder vierte Text) und nur in zwei Zeitungen je ein Erlebnisbericht (Reportage). Was die relevanten Akteure/Sprecher betrifft, so gehören drei von vier Nennungen zur etablierten Politik; knapp 53 Prozent sind abstrakte Quellen (Institutionen). Mit knapp 7 Prozent unerwartet hoch ist der Anteil derer, die zur Judikative (Polizei, Strafverfolgung, Rechtsprechung) gehören. Nur jede zwanzigste Nennung galt einem Migranten oder Flüchtling.

Überraschend, dass auch bei diesem Thema mehr als die Hälfte der Berichte auf der politischen Ebene einen Konflikt thematisie-

*Mangelnde
Aufklärung*

*Tendenziöse
Berichte*

ren. Obwohl es mehr als beim vorigen Thema um Aufklärung anhand von Daten und Fakten geht, ist der Anteil der Berichte mit neutraler Tonalität geringer, derjenige mit tendenziöser Tonalität deutlich höher (5 von 20).

E3: Ein Ortsbürgermeister gibt sich geschlagen

Was? Gegen den Bau bzw. die Unterbringung von 50 Flüchtlingen in Tröglitz formiert sich Widerstand in der Bevölkerung. Im Verlauf mehrerer Monate radikalisiert sich dieser Protest. Mit der Organisation von „Spaziergängen“ demonstrieren Personen der rechten Protestszene gegen die geplante Unterbringung. Der ehrenamtliche Ortsbürgermeister wird verbal attackiert und bedroht. Daraufhin tritt er zurück und nennt Angst vor rechter Gewalt sowie mangelnde Unterstützung durch den Landrat als Gründe. Zahlreiche Politiker und Prominente fernab von Tröglitz solidarisieren sich mit dem Bürgermeister.

Wer? NPD-Sympathisanten, Steffen Thiel (NPD-Kreisrat), Markus Nierth (ehemaliger Ortsbürgermeister Tröglitz), Götz Ulrich (Landrat, CDU).

Wann? 10.03.2015 bis ca. 07.04.2015

Primärquellen in den Medien: Markus Nierth (ehemaliger Ortsbürgermeister Tröglitz), Götz Ulrich (Landrat, CDU), Reiner Haseloff (Ministerpräsident, CDU), Holger Stahlknecht (Landesinnenminister, CDU), Heiko Maas (Bundesjustizminister), Armin Laschet (CDU-Bundesvize)

Die drei Leitmedien schenken den Vorgängen in und um Tröglitz mit 52 Texten deutlich mehr

Beachtung als den vorausgegangenen Themen. Die Hälfte der Texte ist nachrichtlich, etwa jeder fünfte ein Kommentar. Diesmal finden sich auch Dialog- und Erzählformen sowie Gastbeiträge – ein Indiz, dass dieses „handfeste“ Ereignis aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen wurde. Ein Blick auf die in den Texten genannten relevanten Akteure/Sprecher bestätigt diese Mehrdimensionalität eher nicht: Vier von fünf gehören zur Welt der institutionellen Politik, seien es Stadtrat, Kreisrat und die Landesregierung mit ihren Behörden, sei es die Ebene der Bundesregierung und des Bundestags. Jeder dritte Akteur gehört zu einer der Parteien, die im Bundestag vertreten sind; jeder zweite genannte (52,9 Prozent) gehört keiner Partei an. Nur jede zehnte dieser Nennungen ist eine Person oder Bürgergruppe, die direkt mit den Vorgängen (Rechtsextremismus, Polarisierung und Tröglitz) zu tun hat.

Die drei Leitmedien thematisieren den Konflikt überwiegend schon im Titelkomplex. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an wertenden Formulierungen in den Berichten: Zwei von fünf Berichten sind nicht neutral abgefasst, rund ein Viertel zeigt eine auktoriale Tonalität. Offenbar wollen die Berichtersteller deutlich machen, was sie politisch von den Vorgängen halten.

**E4: Tod im Mittelmeer –
EU diskutiert einen 10-Punkte-Plan**

Was? Mehr als tausend Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer. Zeitgleich findet ein Treffen der EU-Außenminister statt. Die Minister, auch der deutsche, fordern eine europäische „Lösung“. Die EU-Minister diskutieren einen 10-Punkte-

Plan; in den folgenden Tagen machen mehrere Regierungschefs unterschiedliche Vorschläge. Ein EU-Sondergipfel bewilligt mehr Geld, beschließt aber kein Konzept.

Wer? Thomas de Maizière (Bundesinnenminister, CDU), Matteo Renzi (italienischer Premier), Papst Franziskus, Joseph Muscat (Ministerpräsident Malta), Federica Mogherini (EU-Außenbeauftragte), Donald Tusk (EU-Ratspräsident), Angela Merkel (Bundeskanzlerin), Frank-Walter Steinmeier (Außenminister, SPD), David Cameron (britischer Premierminister) u. a.

Wann? 19.04.2015 bis 04.05.2015

Primärquellen in den Medien: UNHCR, Bundesaußenministerium

Die drei Leitmedien schenken diesem Themenkomplex mit 85 Beiträgen große Beachtung. Etwa jeder zweite Text ist ein Bericht (kaum Meldungen), zudem werden relativ viele Gastbeiträge gebracht, Interviews geführt und ein paar augenscheinliche Erlebnisberichte publiziert. Die Kommentierlust ist mit 14 Texten größer als bei den Themen zuvor, doch anteilmäßig (16,5 Prozent) geringer. Diese Merkmale deuten auf eine vielschichtige, breit gefächerte Themenvermittlung hin, zumal es sich sowohl um „hautnah“ darzustellende Ereignisse im Mittelmeerraum als auch um Debatten und Kontroversen auf der abstrakten Politikbühne in Brüssel handelt. Diese Vielfalt an Themenzugängen und -umsetzungen deuten wir als hohe Kommunikationsleistung. Ob dies (auch) damit zu tun hat, dass die menschenunwürdigen Ereignisse weit weg von Deutschland stattfanden, bleibe dahingestellt.

Die Analyse der in den Texten als relevant behandelten bzw. auftretenden Akteure, Sprecher und Quellen ergibt hingegen folgendes Bild: Zwei Drittel von ihnen gehören der Politik-Ebene an (45,4 Prozent sind gar keine individuellen Personen, sondern institutionelle Sprecher); jede zehnte Nennung bezieht sich auf ein Amt oder eine Behörde (unpersönliche Quelle, Verwaltung, Judikative). Zusammengerechnet sprechen drei von vier Akteuren/Sprechern im Namen einer der institutionellen Ebenen. Mit jeder zehnten Nennung kommt ein „funktionsfreies“ Individuum zur Sprache: überwiegend Bürger, auch aktiv Tätige. Doch die Betroffenen – hier: Flüchtende und Asylsuchende – gehören praktisch nicht zu den für relevant Befundenen (1,2 Prozent).

Der Konfliktgehalt bzw. die Kontroverse des Themas wird aufgezeigt, aber nicht weiter skandalisiert (nur jeder fünfte Bericht verkündet schon im Titelkomplex einen Konflikt). Allerdings neigen die Berichterstatter auch in nachrichtlichen Texten zu einer eingefärbten, auktorialen Tonalität – eine Attitüde, die dann hervortritt, wenn die beschriebenen Akteure auf der internationalen Politikebene (Ausland, EU) agieren.

E5a: Plötzlich sind sie da:

Hunderttausende neue Flüchtlinge

Was? Über die österreichische Grenze kommen täglich viele Tausende Flüchtlinge. Ihre Einreise nach Deutschland bedeutet eine *De-facto*-Außerkraftsetzung der Dublin-III-Verordnung, der zufolge ein Flüchtling in dem EU-Mitgliedsstaat Asyl zu beantragen hat, dessen Territorium er

Betroffene sind nicht wichtig

Dramatische Bilder und Szenen

als Erstes betreten hat. Die Haupttransitländer der Flüchtlinge aus Nordafrika und Syrien sind Türkei und Griechenland, die nun die Flüchtlinge ins Innere des Schengenraumes weiterziehen lassen. Via Balkanroute erreichen sie ihr Wunschziel Deutschland. Es gibt dramatische Bilder von den Flüchtlingstrecks in Ungarn und Österreich. Das Bundeskanzleramt verkündet die Prognose, dass bis Ende des Jahres bis zu 800.000 Flüchtlinge Deutschland erreichen werden. Es kommt zu heftigen Protestreaktionen in zahlreichen Gemeinden insbesondere Ostdeutschlands; über die sozialen Medien breitet sich eine Hasskommentarwelle aus.

Wer? Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU), Thomas de Maizière (Bundesinnenminister, CDU), Europäische Union, Viktor Orbán (ungarischer Ministerpräsident), Werner Faymann (österreichischer Bundeskanzler), Jean-Claude Juncker (EU-Kommissionspräsident)

Wann? 10.08.2015 bis 23.08.2015

Primärquellen in den Medien: Pressemitteilungen des Bundesinnenministeriums, Statistisches Bundesamt (Destatis), und von Behörden der betroffenen Bundesländer Bayern und Sachsen

Die sich überstürzenden Ereignisse lassen eine intensive Berichterstattung mit einem hohen Anteil an nachrichtlichen Formen (Meldungen, Faktenberichte) und einer breiten Palette von Darstellungsformen erwarten. Die Analyse bestätigt diese Erwartung: Im Laufe der zwei Untersuchungswochen (12 Zeitungsausgaben) bringt jede der Zeitungen rund hundert redaktionelle Beiträge (im Mittel 8,3 pro Ausgabe).

Berichtsroutinen dominieren

Davon sind zwei Drittel nachrichtlich-berichtend und knapp 16 Prozent Meinungsbeiträge (das heißt, jede Zeitung brachte im Lauf ihrer 12 Ausgaben im Mittel 16 Kommentare zum Thema). Eine breite Vielfalt findet sich indes nicht: Es wurden zwar einige schildernde Erlebnisberichte (Reportagen) und Interviews gedruckt, doch zusammengenommen machen sie nur 11 Prozent aus. Mit anderen Worten: Nur etwa jeder zehnte redaktionelle Beitrag bricht aus den üblichen Berichterstattungs- und Kommentarroutinen aus.

Die in den redaktionellen Beiträgen genannten relevanten Akteure/Sprecher repräsentieren diesmal ein breites Akteursfeld. Zwar dominiert auch hier die institutionelle Politik (Parteien, Parlamente, Regierungen) und unter den Parteien CDU (8,9 Prozent) und SPD (7,7 Prozent), doch jetzt finden sich auch Quellen und Sprecher, die zu den sozialen Einrichtungen, Gruppen und Verbänden gehören. Allerdings betrifft nur jede zwanzigste Nennung eine Einzelperson oder den Sprecher einer Initiative, Bürgerbewegung, Gemeinschaft usw. Und auch diejenigen, um die es de facto geht, treten häufiger in Erscheinung, doch aufs Ganze gesehen noch immer selten: Die Flüchtlinge und Asylsuchenden machen 6,3 Prozent aller in den Texten als relevant behandelten Akteure/Sprecher aus. Genauso selten kommen übrigens diejenigen zur Sprache, die das Problem im Alltag zu lösen haben: die zuständigen kommunalen Einrichtungen und Träger. Die demgegenüber abgehobene Welt der Politik kommt zehnmal häufiger vor. Kritiker der Flüchtlingsaufnahme politik finden sich in den Berichten

praktisch nicht (eine Stimme auf 120). Wie zu Beginn dieses Teils diskutiert wurde, verschaffen sie sich vermutlich über andere Kanäle wutentbrannt Gehör.

E5b: Heidenau

Was? Am 21. August 2015 sollen Flüchtlinge in ein neu eröffnetes Notquartier im sächsischen Heidenau einziehen. Es kommt zu krawallartigen Ausschreitungen durch Flüchtlingsgegner. Zwei Nächte in Folge randalieren Rechtsextreme vor dem Heim und blockieren Zugänge. Großes Medienecho. Angela Merkel nennt die Vorfälle „beschämend“ und „abstoßend“. Innenminister de Maizière droht mit der „ganzen Härte des Rechtsstaates“. Vizekanzler Sigmar Gabriel gibt der Konfrontation eine neue Schärfe, indem er bei einem Besuch in Heidenau gewaltbereite Krawallmacher als „Pack“ bezeichnet. Als Gegenaktion feiern Fremdenfreundliche und Flüchtlinge kurz darauf ein Willkommensfest.

Wer? Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU), Thomas de Maizière (Bundesinnenminister, CDU), Sigmar Gabriel (Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister, SPD), Stanislaw Tillich (sächsischer Ministerpräsident, CDU), Markus Ulbig (sächsischer Innenminister, CDU), Jürgen Opitz (Bürgermeister Heidenaus, CDU), sächsische Polizei, NPD

Wann? 24.08.2015 bis 30.08.2015

Primärquellen in den Medien: Berichte der Lokalmedien, Berichte des MDR (Tagesschau)

Aus Sicht der Leitmedien bekommt das Geschehen in Heidenau durch die heftige Inter-

vention der Bundespolitiker einen besonderen Stellenwert. Zum Kontext gehört die seit Montagbeginn intensivierte „Flüchtlingsberichterstattung“ zumal aus den grenznahen Regionen Bayerns. Allein in dieser Untersuchungswoche publiziert jede Zeitung (6 Ausgaben) im Mittel 90 redaktionelle Beiträge rund um das Thema Flüchtlinge/Asylsuchende (im Mittel 15 Texte pro Ausgabe). Dabei bleibt der Anteil der nachrichtlich informierenden Textsorten mit knapp 60 Prozent im selben Rahmen wie zuvor (E5a). Indessen regt das Agieren der Berliner Politiker die Kommentatoren stärker an (Anteil der Meinungsbeiträge knapp 19 Prozent). Intensiver als bei den vorigen Ereignisthemen vermitteln die Leitmedien die Heidenauer Stimmungslage mit anschaulich schildernden Erlebnisberichten (33 Texte bzw. 12 Prozent). Rund jeder zehnte Text ist ein Gastbeitrag. Sehr rar sind die dialogischen Formen: Unter den 277 Texten haben wir nur zwei Interviews ermittelt.

Unter den relevanten Akteuren/Sprechern finden sich mit 11,5 Prozent erwartungsgemäß relativ viele, die im Namen der Judikative (Polizei, Strafverfolgung, Rechtsprechung) zu Wort kommen. Doch wiederum gehören knapp 60 Prozent zur institutionellen Politik, zwei Drittel davon sind Landes- oder Bundespolitiker. Es mag dem Auftritt des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel in Heidenau geschuldet sein, dass SPD-Vertreter am häufigsten genannt werden. Politiker der SPD und CDU werden siebenmal so oft genannt wie die der Grünen und der Linken. Die AfD kam unter den relevanten Quellen nicht vor.

*Die Helfer
haben
keine Stimme*

*Strafverfolger
haben
viele Stimmen*

Der Anteil derer, die aus Sicht der direkt Beteiligten – Helfer, Bürger, Flüchtlinge, Fremdenfeindliche – sprechen, bewegt sich mit 11,1 Prozent auf demselben Niveau wie zuvor. Die Mikroanalyse zeigt, dass (im Unterschied zum vorigen Ereignisthema) Augenzeugen und passiv Beteiligte – Passanten, Bürger, Anwohner – gelegentlich unter den Relevanten auftauchen (3,9 Prozent). Die Akteure, Täter wie Opfer, werden nur beiläufig erwähnt: Von 50 Nennungen gehört nur eine zu dieser Gruppe.

Was die Konfliktfreude der Zeitungen betrifft, so halten sich die Blattmacher unerwartet zurück: Jetzt ist es „nur“ jeder achte Bericht, der den Konflikt im Titelkomplex thematisiert (zu Beginn der sog. Flüchtlingswelle war es noch jeder dritte) – eine Zurückhaltung, die man auch als Zeichen der Unsicherheit deuten kann.

E5c: „Wir schaffen das!“

Was? Am 31. August 2015 sagt Bundeskanzlerin Merkel auf der Bundespressekonferenz den (freilich in einen Kontext eingebetteten) Satz: „Wir schaffen das.“ Es ist die härteste Phase in der Flüchtlingskrise. Täglich kommen Tausende geflüchteter Menschen ins Land. Gleichwohl lässt die Kanzlerin entgegen der Forderung der CSU die Grenzen offen. Sie bekräftigt: „Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft, wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“ Ein Folgebericht der *Süddeutschen* wählt einen Satz der Kanzlerin als Zitat-Überschrift: „Deutschland ist ein Land der Hoffnung“ (SZ 01.09.2015). Kanzlerin

Merkel selbst wiederholt diese Phrase in den kommenden Wochen. Der Satz polarisiert im öffentlichen Diskurs und wird für beide Seiten zum geflügelten Wort.

Wer? Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU)

Wann? 31.08.2015 bis 05.09.2015

Primärquelle der Medien: Bundespressekonferenz 31.08.2015

In der von uns über sechs Tage fokussierten Untersuchungsphase behandeln die drei Leitmedien diesen Komplex ähnlich intensiv wie in der zuvor beschriebenen Phase (15 Texte zum Thema pro Ausgabe). Die Darstellung der Ereignisse ist überwiegend nachrichtlich; das Bedürfnis, die Geschehnisse zu kommentieren, scheint weniger ausgeprägt zu sein als in den Wochen zuvor. Auch bringen die Zeitungen weniger Erlebnisberichte und porträtierende Schilderungen als während der „Heidenau“-Phase, doch immer noch mehr als in den Monaten davor.

Was die in den Berichten agierenden relevanten Akteure und Sprecher betrifft, so äußern sich jetzt deutlich mehr Wirtschaftsvertreter als in allen zuvor untersuchten Phasen. Das Gleiche gilt für Interessenverbände – und für Stimmen aus anderen Medien. Wie in den vorausgegangenen Wochen ist die Berichterstattung aus der Welt der Judikative intensiv; es treten Polizisten, Strafverfolger, Anwälte und Richter auf.

Naheliegender, dass in dieser Woche unter den Politikern die Sprecher der CDU mit Abstand am häufigsten genannt werden. Auffällig ist, dass niemand von den Linken und keiner von der AfD als hinreichend relevant erscheint.

*Wirtschafts-
sprecher reden viel*

„Land der Hoffnung“

Obwohl der Leitsatz der Bundeskanzlerin vom Podest der Regierungspolitik kommt, treten jetzt Akteure aller Ebenen in Erscheinung. Der relativ hohe Sprecheranteil an Politikern aus dem Ausland kündigt im Übrigen die sich zuspitzende Diskussion über die Grenzschießungen mit Nachbarstaaten bzw. Ungarn an.

Auch in dieser Woche kommen die direkt Beteiligten – die Bürger, Helfer, Gruppen, freien Träger usw. – in der „Relevanz“-Kategorie kaum vor. Und auch die Flüchtlinge selbst bleiben mit 5,8 Prozent weiterhin marginal.

Die Präsentation der Berichte wirkt auffällig neutral und zu rund 70 Prozent quasi konfliktfrei. In keiner der anderen Ereignisphasen ist der Anteil der „konfliktfrei“ präsentierten Berichte so groß wie in dieser Woche. Was die stimmungsmachende Tonalität betrifft, ist der Anteil der wertfrei-neutral berichtenden Texte deutlich höher als in den Wochen davor und auch danach. Dabei fällt bei einer der drei Zeitungen die Neigung zum – latent arrogant wirkenden – auktorialen Schreiben in den Blick: Rund ein Viertel der Berichte zeigten diesen Stil, die meisten davon zudem mit wertenden Attributen.

E6: Die Grenzöffnung mit und ohne Grenzkontrollen

Was? Am 4. September 2015 kommt es zu dramatischen Szenen in Ungarn, wo mehr als hunderttausend Flüchtlinge warten. Am folgenden Tag öffnen Österreich und Deutschland ihre Grenzen („Treck gen Westen: Österreich und Deutschland erlauben Flüchtlingen die Einreise“; Spiegel Online 04.09.2015). Tausende

Flüchtlinge aus Ungarn werden mit Applaus empfangen. Es kommt zu Diskussionen über die Verteilung der Flüchtlinge (Bundesländer und EU-Staaten). „Nahles will Flüchtlinge schnell integrieren“, meldet *tagesschau.de*. Am 9. September unterbricht Dänemark kurzzeitig den Zugverkehr mit Deutschland. Vier Tage später führt Deutschland Grenzkontrollen ein. Kanzlerin: Man warte auf Vorgaben bzw. einen Verteilschlüssel der EU. Unter den EU-Regierungen wird hart über Flüchtlingsquoten gestritten. „Merkel berät mit [Bundes-] Ländern über Unterbringung von Flüchtlingen“ (Tagesschau 15.09.2015). Am 17. September wechselt der Chef im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. „Flüchtlinge als Fachkräfte: ‚Ein Spaziergang wird’s nicht!‘“, so die *Tageschau* am 18.09.2015.

Wer? Deutschland: Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU), Horst Seehofer (Vorsitzender CSU), Dieter Reiter (Oberbürgermeister München, SPD), diverse Spitzen der Länder
Europa: Jean-Claude Juncker (Kommissionspräsident EU-Parlament), Viktor Orbán (ungarischer Ministerpräsident), François Hollande (französischer Staatspräsident)

Wann? 05.09.2015 bis 18.09.2015

Primärquelle der Medien: Bundespressekonferenz, Pressemitteilungen Bundesinnenministerium, Bayerische Staatskanzlei

Während dieser zweiwöchigen Fortsetzungsphase, die an Dramatik nichts eingebüßt hat, fahren die drei Leitmedien das Großthema Flüchtlinge deutlich zurück. Im Durchschnitt erscheinen jetzt 8,4 Berichte pro Ausgabe.

„Treck gen Westen“

*Konflikte
im Mittelpunkt*

Die nachrichtlichen Berichte machen rund die Hälfte aller Beiträge aus. Die Turbulenzen rund um die Grenzöffnungen und -schließungen liefern Stoff für im Verhältnis mehr Kommentierungen. Dialogische Formen (Interview) gibt es nur einmal, und auch schildernde Erlebnisberichte vom Ort des Geschehens sind wieder selten.

Unter den auftretenden relevanten Akteuren/Sprechern dominieren jetzt wieder unumstritten die Vertreter der institutionellen Politik (67,8 Prozent), vor allem von der Bundes- und abgeschwächt der Länderebene. Jetzt artikulieren sich Sprecher der CSU ähnlich häufig wie jene der CDU und SPD (was mit dem Konfliktthema Grenzschießung bzw. Obergrenze zu tun hat). Jeweils etwa ein Viertel aller relevanten Sprecher gehört zu einer dieser drei Parteien. Von den Linken kam nur einer, von der AfD keiner vor.

*Opposition
ist sprachlos*

Weiterhin genannt werden Vertreter der Wirtschaft sowie Sprecher der Judikative (im Umfang vergleichbar mit den vorangegangenen Wochen). Unter den Relevanten weiterhin kaum erwähnt werden die freien Träger, Initiativen und Gruppen, die sich um das Los der Flüchtlinge aktiv kümmern. Sprecher der kirchlichen Organisationen beispielsweise kommen bloß im Verhältnis 1:100 vor. Eine etwas größere Beachtung erhalten dagegen Betroffene (Flüchtlinge, Asylsuchende): Hier ist das Verhältnis 6:100.

Der blattmacherischen Neigung, Berichte in Richtung Konflikt zu trimmen, bietet sich in dieser Woche mit dem Thema Grenzkontrollen viele Gelegenheiten: Jetzt sind es nur knapp

57 Prozent sämtlicher Berichte, die „konfliktfrei“ informieren. Die Zahl der Berichte, die ohne wertende Attribute und insofern „neutral“ abgefasst sind (Tonalität), nimmt weiterhin ab – in dieser zweiwöchigen Phase sind es 59 Prozent. Ein Drittel aller Berichterstattungen sind (auch) im auktorialen Stil geschrieben, die Hälfte davon mit wertenden Attributen. Man kann dies als Indiz dafür nehmen, dass die Journalisten Mühe haben, mit ihrer Meinung, auch mit ihrem Politfrust hinter dem Berg zu halten.

E7: Obergrenzen oder Transitzonen?

Was? In der Öffentlichkeit wird über die aktuellen Flüchtlingszahlen in Deutschland spekuliert, die *Tageschau* (05.10.2015) nennt eine Million. Zeitgleich erhält die Pegida-Demo in Dresden vermehrt Zulauf. Angela Merkel verteidigt ihren flüchtlingspolitischen Kurs und erklärt die Flüchtlingspolitik zur „Chefsache“. Ab sofort soll diese im Kanzleramt koordiniert werden (von Peter Altmaier, CDU). Im Folgenden kommt es wegen der geforderten Obergrenze zum Streit zwischen CDU und CSU. Seehofer droht mit einer Verfassungsklage. „Söder (CSU) gegen Asyl: Nicht jeder ist zu retten“ (Spiegel Online 04.10.2015). Merkel nennt Transitzonen (z.B. die Balkanroute) als Lösung, die SPD ist dagegen. Es kommt zu zahlreichen Angriffen auf Flüchtlingsheime und zwei Brandstiftungen mit Verletzten. Nun ergreift die Gewalt auch die Flüchtlingsheime. Am 15. Oktober 2015 beschließt der Bundestag ein „umstrittenes Asylpaket“. Ungarn will seine Grenze nach Kroatien abriegeln. Polizisten

streiten über die Idee eines Grenzzauns. 215 Bürgermeister appellieren an Merkel zwecks Begrenzung des Zuzugs. Laut BKA nehmen Angriffe auf Flüchtlingsheime erneut stark zu. Kanzlerin Merkel sorgt sich nun um den Schutz der europäischen Außengrenzen.

Wer? Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU), Peter Altmaier (Kanzleramtschef, CDU), Horst Seehofer (bayerischer Ministerpräsident/Vorsitzender CSU), Thomas de Maizière (Innenminister, CDU), Länderpolizei und Innenministerien

Wann? 05.10.2015 bis ca. 28.10.2015

Primärquellen in den Medien: Bundeskanzleramt, Bayerische Staatskanzlei, Länderpolizei, Parteien

Während dieser drei Untersuchungswochen behandeln die Leitmedien das Thema auf weiterhin reduzierter Flamme. Statistisch ausgedrückt erscheinen in jeder Ausgabe der drei Zeitungen im Mittel 5,3 Beiträge zum Thema. Wiederum knapp 60 Prozent sind nachrichtliche Texte. Die heftigeren Auseinandersetzungen zwischen den Politikern der Regierungsparteien scheinen die Redakteure anzuregen, vermehrt Kommentare, Leitartikel und Essays zu publizieren: Jeder fünfte Text zählt zum Genre der sogenannten meinungsbetonten Texte. Die Kontroversen auf der politischen Bühne spiegeln sich auch im Zuwachs dialogischer Formen (Interviews).

Vor der Frage, aus welcher Perspektive die mit der Flüchtlingskrise verbundenen Anforderungen und Managementaufgaben, auch Überforderungen, thematisiert werden

sollen, entscheiden sich die drei Leitmedien fast ausschließlich für die institutionelle Politikebene: 83 Prozent der in den Berichten genannten relevanten Akteure/Sprecher sind ihr zuzuordnen (46 Prozent der Bundesebene, knapp 23 Prozent der Länderebene). Der Zank zwischen CDU und CSU spiegelt sich im Personal: 40 Prozent der in den Berichten auftretenden Parteipolitiker gehören zu den Schwesterparteien, 13,6 Prozent zur SPD. Direkt beteiligte bzw. betroffene Einzelpersonen und Gruppen tauchen nur ausnahmsweise auf (2,4 Prozent). Relevante Stimmen der Linken kommen hier im Verhältnis 1:100 vor, solche der AfD gar nicht.

Wenn man berücksichtigt, dass die soziale Wirklichkeit dieser Ereignisse ebenso schockierend, bedrohlich und überfordernd wirkte wie jene der vorausgegangenen Phase (E6), dann verwundert es, dass die Zeitungen jetzt den parteipolitischen Konflikt zum Kernthema machen: Ein Drittel nennt ihn im Titelkomplex, ein Drittel als Thema der Berichterstattung im Text. Im Umkehrschluss: Die Kontroversen, Konflikte und Gegensätze, die jetzt auf der Vollzugsebene aufbrechen, besitzen für die Redakteure nicht dieselben Nachrichtenwerte wie Kontroversen auf der symbolischen Handlungsebene der Politik auf Bundesebene.

Der Einwand gegen diese Einschätzung könnte lauten: Die Konfliktaustragung auf der Exekutivebene ist für die zu ergreifenden Maßnahmen im Wortsinne entscheidend, deshalb komme der politischen Arena mehr Bedeutung zu. Mein Argument gegen diesen Einwand: Das kontrovers erlebte Flüchtlingsthema be-

*Vollzugsebene
scheint irrelevant*

traf (und betrifft) in erster Linie das soziale Zusammenleben und so auch die damit verbundenen Anstrengungen und Spannungsfelder. Sofern der mediale Diskurs darauf aus ist, Orientierung zu geben und diskursiv zu wirken, sollten Konfliktfelder in erster Linie auf der Ebene bearbeitet werden, auf der sie zutage treten: in der Alltagswelt der Menschen (Vollzugsebene).

*Alltagswelt
wird ausgeblendet*

E8: Der Schock der Silvesternacht

Was? In der Silvesternacht 2015/16 kam es vor allem am Kölner Hauptbahnhof, aber auch in anderen Großstädten (etwa Hamburg) zu sexuellen Übergriffen und Belästigungen gegenüber Frauen. Tage später wurde bekannt, dass es sich bei den Tätern vorwiegend um junge Asylbewerber bzw. Menschen mit Migrationshintergrund aus dem „nordafrikanischen bzw. arabischen Raum“ gehandelt habe.

Neben starker Kritik an der Pressearbeit der Kölner Polizei (Falschinformationen direkt nach der Silvesternacht) und der Justiz wurde vor allem die Neubewertung der mit vielen jungen Flüchtlingen verbundenen Risiken zum Thema. Politiker verschiedener Parteien forderten die sofortige Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber. In den sozialen Medien kursierten zahllose empörte Reaktionen und Hasstexte; in den journalistischen Medien wurden viele Debatten und Kontroversen über das Thema Fremdkultur und Integration ausgetragen. Es kam zu zahlreichen Demos gegen Asylsuchende. Pegida-Versammlungen erhielten erneut mehr Zulauf. Öffentlich wurde

*Wechsel
zur Furchtkultur*

über den Stimmungsumschwung debattiert. Schlagworte: von der Willkommenskultur zur Ablehnungs- bzw. Furchtkultur.

Wer? Henriette Reker (Kölner Oberbürgermeisterin, parteilos), Wolfgang Albers (Kölner Polizeipräsident, sehr zahlreiche Stellungnahmen aus der Politik: z. B. Hannelore Kraft (Ministerpräsidentin NRW, SPD), Thomas de Maizière (Bundesinnenminister, CDU), Angela Merkel (Bundeskanzlerin, CDU)

Wann? 04.01.2016 bis 16.01.2016

Quellenlage: Erste Berichte über einzelne sexuelle Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof bringen bereits am 1. Januar 2016 die Onlineausgaben der *Kölnischen Rundschau*, des *Express*, des *Kölner Stadt-Anzeigers* und der Regionalteil von *Focus Online*. Am 2. Januar 2016 folgt eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa (mit der sehr niedrigen Prioritätsstufe vier). Diese wird u. a. von den Onlineausgaben der *Süddeutschen Zeitung* und von RTL aufgegriffen. Eine breite überregionale Berichterstattung setzt am Montag, den 4. Januar 2016 ein. Die anfängliche Falschinformation der Polizei („Alles lief friedlich“) wie auch die ungewöhnliche Verzögerung wird von Kritikern als beabsichtigt (gesteuert) unterstellt. Die ermittelnde Polizei verweist hier wie dort auf große Schwierigkeiten, die Täter zu ermitteln und zu überführen. Justizminister Maas glaubt an „eine neue Dimension der organisierten Kriminalität“ (Die Welt 06.01.2016). Am 8. Januar 2016 wird der zuständige Kölner Polizeipräsident in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Während dieser Untersuchungszeit produzieren die drei Zeitungen je 12 Ausgaben; jede davon bringt im statistischen Mittel 8 Beiträge zum Thema. Nur etwa die Hälfte sind nachrichtliche Berichte, der Anteil an Meldungen ist sehr gering. Offenbar geht es den Redaktionen weniger um Ereignisaktualität als um Aufarbeitung, Analyse und Beurteilung der bestürzenden Vorgänge. Dies zeigt sich an den zahlreich publizierten Interviews und der Zunahme von Gastbeiträgen wie auch am Kommentier-Eifer. Insgesamt haben wir während der zwei Wochen 44 Kommentartexte zum Thema identifiziert, im Mittel also knapp 1,5 pro Zeitungsausgabe.

Die Vermutung ist naheliegend, dass sich das relevante Personal, das in den Zeitungsberichten auftritt, jetzt deutlich anders zusammensetzt als in den von der institutionellen Politik beherrschten Berichtsphasen. Diese Annahme erfüllt sich nur zu Teilen. Tatsächlich dominieren mit 50,4 Prozent auch jetzt die Akteure und Sprecher des politischen Systems, obgleich weniger ausgeprägt als zur Zeit der Debatten um die sogenannte Obergrenze. Erstaunlich allerdings ist, dass unter den Relevanten die Akteure der Landes- und der Kommunalebene seltener zu Wort kommen als in der vorausgegangenen Phase (mit 2,5 Prozent nur halb so häufig wie in der Zeit des Streitthemas Obergrenze). Merkwürdig auch, dass die Sprecher der Judikative – Polizei, Strafverfolgung, Justizbehörden – mit 18,4 Prozent (= 609 Nennungen in den 36 un-

tersuchten Zeitungsausgaben) viel häufiger in Erscheinung treten als etwa in der Berichtsphase über die zahlreichen Gewalttätigkeiten im Kontext Heidenau (siehe E5b und E5c). Man kann dies auf die schockartige Bestürzung, vielleicht auch auf eine ans Hysterische grenzende Aufgeregtheit zurückführen, wenn solche hässlichen Vorfälle nicht im „fernen Sachsen“, sondern quasi vor der eigenen Haustür stattfinden.

Relevante Einzelpersonen werden mit 9,5 Prozent weniger häufig als im Sommer (E5a-c) zur Sprache gebracht. Von diesen gehört rund ein Drittel der Gruppe der Flüchtlinge/Asylbewerber an, die durch den vielerorts gehörten Generalverdacht jetzt die doppelt Betroffenen (Flüchtlinge und Verdächtige) sind. Etwa jeder Zehnte dieser Einzelpersonengruppe spricht als mutmaßliches Opfer oder als Opferbegleiter*in (in Zahlen: rund 50 Nennungen in den rund hundert erfassten Texten). Augenzeugen, Organisatoren, Teilnehmer, Beobachter – also Quellen, die in Vor-Ort-Recherchen und Reportagen zu Wort kommen (sollten) – finden sich nur sehr vereinzelt und erscheinen wie Ausnahmen.

Zwei Drittel der relevanten Akteure/Sprecher, die explizit einer Partei zugehören (34,5 Prozent aller Nennungen), sprechen im Namen der SPD oder CDU. Nur jeder 12. Parteivertreter gehört zu den Grünen, jeder 15. zur Partei der Linken. Stimmen aus dem Spektrum rechts von der CSU konnten wir unter den relevanten Akteuren nicht ausfindig machen.

Kaum authentische Quellen

SPD und CDU dominieren

Wie gingen die Blattmacher mit dem augenfälligen Konfliktstoff um? Unserer Analyse zufolge relativ zurückhaltend: 30 Prozent der Berichterstattungen vermitteln den Berichtsgegenstand quasi konfliktfrei; rund 27 Prozent reißen den Konfliktgehalt schon im Titelkomplex an. Im Vergleich mit früheren Großereignisphasen entspricht diese Aufmachung etwa jener Phase im August, als „plötzlich“ Hunderttausende via Ungarn über Österreich nach Deutschland kamen und in den Medien die sogenannte Flüchtlingsflut zur Schlagzeile wurde.

Es mag mit der emotional stark aufgeladenen Stimmung, auch mit der Verärgerung über die anfangs irreführenden Pressemitteilungen der Kölner Polizei zusammenhängen, dass es diesmal den drei Leitmedien besonders schwer fällt, aus der Sicht des neutralen Beobachters zu berichten und den emotional erregten Diskurs zu versachlichen. Nur jeder dritte nachrichtliche Bericht genügt diesen Anforderungen. Ebenfalls in jedem dritten Bericht finden sich auktoriale und zugleich wertende Sprach- und Stilformen; jeder vierte berichtet mit wertenden Attributen, verzichtet aber auf die insiderhaft wirkende auktoriale Attitüde.

Ein von Männern dominiertes Themenfeld

Sortiert man die in den Berichten ermittelten relevanten Akteure und Sprecher nach Gender-Kategorien (siehe Tab. 22), dann sind folgende Tendenzen augenfällig: zunächst die erwartete, doch in ihrer Stärke überraschende Dominanz männlicher Akteure vor allem bei

den genuin politischen Großereignissen (gäbe es einen Bundeskanzler und keine -kanzlerin, wäre diese Ausprägung notabene noch stärker). Dann der hohe Anteil an institutionellen Akteuren und Sprechern („die Politik will ...“, „aus dem Ministerium ist zu hören ...“, „die Fraktion hatte ...“ usw.), die keine Anschaulichkeit zulassen und die auch nicht auf unkenntlich gemachte Whistleblower verweisen. Beide Ausprägungen verschieben sich im Fortgang des Jahres: Als zu Beginn der sogenannten Flüchtlingswelle (E5a) die Vorgänge und Handlungen quasi handfest wurden, steigt der Anteil der weiblichen Akteure und der Anteil der institutionellen Quellen geht leicht zurück. Eine Ausnahme machen die von Gewalt geprägten Ereignisse (E3, E5b) wie auch die parteipolitischen Kontroversen (E6, E7): Beides sind vornehmlich männlich besetzte Themenfelder.

Dies trifft offenbar auch auf die Ereignisse der Silvesternacht zu: Obwohl es dabei um sexuelle Übergriffe von Männern ging, hier also junge Frauen sich in der Opfer-, jedenfalls in der Betroffenenrolle wiederfanden, bringen die drei Leitmedien weibliche Quellen, Akteure und Sprecher nicht häufiger zur Sprache als bei anderen, in Sachen Gender unspezifischen Vorgängen. Naheliegend ist die Deutung, dass die Journalisten lieber bei männlichen Quellen *über* die Frauen recherchieren und schreiben, als *mit* ihnen zu sprechen. Ausnahmen gab es natürlich. Aber sie bestätigen die statistisch ermittelte Regel.

*Stark wertende
Berichte*

Tabelle 22:

Gender der Quellen/Akteure/Sprecher (n=3.308) in den berichtenden Texten

	Männlich	Weiblich	Institutionen und Gruppen	Summe
E1: Brief der drei Länderchefs	48,8 %	9,8 %	41,5 %	100,0 %
E2: Neue Statistik	38,2 %	9,2 %	52,6 %	100,0 %
E3: Tröglitz	71,6 %	8,8 %	19,6 %	100,0 %
E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	46,7 %	7,9 %	45,4 %	100,0 %
E5a: Hunderttausende Flüchtlinge kommen nach Deutschland	42,7 %	16,0 %	41,2 %	100,0 %
E5b: Heidenau	51,1 %	15,6 %	33,3 %	100,0 %
E5c: Merkel: Wir schaffen das.	46,0 %	15,8 %	38,2 %	100,0 %
E6: Grenzöffnung kontra Grenzkontrollen	53,8 %	17,1 %	29,1 %	100,0 %
E7: Obergrenzen und Transitzone	53,7 %	19,0 %	27,3 %	100,0 %
E8: Silvesterereignisse	49,9 %	16,2 %	33,9 %	100,0 %
Anteile am Insgesamt	49,2 %	15,7 %	35,0 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ, Bild-Zeitung) zu zehn Großereignissen 2015/16.
Quelle: Eigene Darstellung

3. Die Meinungen über Gründe, Handhabung und Folgen der „Flüchtlingskrise“

Die Haltung der Kommentatoren

Die hier nachgewiesene, dem politischen System stets zugewandte und darin konsonante Berichterstattung der einflussstarken Leitmedien ist die eine Seite. Die andere betrifft deren Beitrag zur Meinungsbildung durch Kommentare, Leitartikel, Glossen und Essays – Darstellungsformen, die klassischerweise dem Genre der „meinungsbetonten Texte“ zugeordnet werden. Diese kategorische Trennung zwischen „tatsachenbezogen“ und „meinungsbetont“ (vom angloamerikanischen Journalismus nach 1945 übernommen) folgt dem Grundsatz, dass die nachrichtlichen Texte der sachlichen Richtigkeit verpflichtet und frei von Vorurteilen verfasst werden sollen. Demgegenüber dürfen, ja sollen die Meinungsbeiträge eine sinngebende Beurteilung, auch einordnende Bewertung der Sachverhalte bringen. Diese Trennungsregel zwischen der *Nachrichtenfunktion* und der *Meinungsbildungsfunktion* – dies wurde in der Einführung als Qualitätskriterium aufgezeigt – gehört zum Handwerk des Informationsjournalismus. Allerdings ist diese Trennung im praktischen Journalismus nicht immer kategorisch durchzuhalten (Schönbach 1977: 109 ff.). Vor allem bei der Nachrichtenauswahl und ihrer Aufbereitung fließen Bewertungen ein, die von vielen Bürgern als „verfälschend“ wahrgenommen und missverstanden werden (Donsbach 1991: 206 ff.). Unsere Inhaltsanalyse zeigte denn auch, dass ein beachtlicher Anteil der Berichterstattungstexte solche wertenden Einfärbungen aufweist.

Im Folgenden geht es um die Kommentarleistung selbst. Kommentare sollen den Lesern Anregungen geben, wie sie den Vorgang einschätzen und beurteilen können. Zudem kommt mit der Meinungsbildungsfunktion auch die Positionierung („Haltung“) des Kommentators oder der Redaktion zum Ausdruck. Deshalb bringt vor allem die Kommentarfunktion die demokratietheoretisch geforderte Meinungsvielfalt auch der aktuell berichtenden Informationsmedien zum Ausdruck. Es interessiert uns daher, wie diese normativen Erfordernisse von den drei Leitmedien eingelöst werden. Wir operationalisieren diese Frage in drei Unterpunkten, die sich uns aufgrund der vorigen Analyse der Berichterstattung („tatsachenbetonte Texte“) stellen.

- Erstens die Perspektive: Folgt auch die Art der Kommentierung der Fixierung („Indexing“) auf die politische Elite in Berlin? Zeigen sich zwischen den drei Zeitungen, eventuell zwischen den Kommentatoren Unterschiede in der Bewertung?
- Zweitens der Diskurs: Wenn es solche Unterschiede gibt, dann ist zu fragen, ob diese in der politischen Arena verharren oder ob sie (auch) breiter und insofern diskursiv argumentieren, indem beispielsweise marktwirtschaftliche, sozialpsychologische, migrations- oder religionswissenschaftliche Kenntnisse herangezogen werden.
- Drittens die Dynamik: Für die Untersuchung der Kommentare wählten wir die Hochphase des Flüchtlingszuzugs, also die Großer-

Tabelle 23:

Übersicht über die markanten Vorgänge während der Hochphase des Flüchtlingsthemas 2015

27.07.-02.08.	Streit um Status der Balkan-Flüchtlinge
	Prämie soll Flüchtlinge zur Rückkehr bewegen
03.08.-09.08.	Hunderte Flüchtlinge aus Libyen ertrinken
	Lage auf Kos verschärft sich rapide
10.08.-16.08.	Balkanstaaten gelten jetzt als sichere Herkunftsländer
	Asylklagen belasten Verwaltungsgerichte
17.08.-23.08.	Prognose: 800.000 Flüchtlinge; Sachleistungen statt Taschengeld?
	Krawalle in Heidenau; Politiker reagieren; Hasskommentar-Welle auf Facebook; Italien: 4.400 Flüchtlinge aus Seenot gerettet
24.08.-30.08.	Brandanschläge Nauen, Weissach, Salzhemmendorf; Regierung plant leichtere Abschiebung; Ärzte fordern bessere Versorgung der Flüchtlinge; Maas fordert Löschung fremdenfeindlicher Facebook-Posts
31.08.-06.09.	Merkel: „Wir schaffen das!"; Wirtschaft verlangt effiziente Sprachkurse für qualifizierte Flüchtlinge; Merkel und Hollande fordern einheitliche Quoten
	Neue Flüchtlinge: Sonderzüge aus Ungarn; Tausende erreichen München
07.09.-13.09.	Große Koalition beschließt Maßnahmenpaket für Flüchtlinge; Dänemark stoppt vorübergehend Zugverbindung nach Deutschland
	München warnt vor Kollaps; Einführung Grenzkontrollen
14.09.-20.09.	13.000 Flüchtlinge in München; Brandanschlag in Wertheim; Begriffswechsel der Medien zu „Flüchtlingskrise“; EU verschiebt Beschluss über Aufteilung der Flüchtlinge
21.09.-27.09.	CSU empfängt Viktor Orbán; Diskussion: Darf der Staat private Immobilien beschlagnahmen?; Zuckerberg verspricht „Maßnahmen“ gegen Hassparolen auf Facebook
28.09.-04.10.	Bundeswehreinsatz-Erweiterung Mittelmeerraum; Gewalt in Asylunterkünften als Folge von Überbelegungen; Bundestag verschärft Asylrecht (Flüchtlinge – Migranten); de Maizière fordert jetzt „Ankommenskultur“ seitens der Flüchtlinge

Quelle: Eigene Darstellung

Semantische
Textanalyse

eignisse E5a-c (Ende Juli bis Anfang Oktober) aus, weil – wie schon beschrieben – im Verlauf dieser Phase die Überforderung der Berliner Politik (und der nachgeordneten Behörden) sowie der Meinungsumschwung in Teilen der Bevölkerung öffentlich erkennbar wurden. Unsere dritte Untersuchungsfrage lautet deshalb: Haben die drei Zeitungen diesen Prozess reflektiert, ihn vielleicht mit vollzogen?

Um Antworten zu finden, haben wir zunächst alle Kommentare der drei meinungsführenden Zeitungen zwischen Ende Juli und Anfang Oktober 2015 *qualitativ* untersucht: Die Details dieser Phase sind stichwortartig in Tabelle 23 skizziert. Zu den bereits untersuchten drei Qualitätszeitungen haben wir nun die *Bild-Zeitung* als reichweitenstärkste Zeitung

hinzugenommen, auch weil sie als Boulevardzeitung ein anderes Publikum (Zielgruppe) erreicht.

In den vier Zeitungen haben wir 136 meinungsbetonte Texte identifiziert (neben Kommentaren und Leitartikeln auch Glossen und Essays). Die intensivste Kommentiertätigkeit zeigt sich bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die geringste bei der *Welt* bzw. der *Bild-Zeitung*. Die folgende Analyse beschränkt sich auf die in den Zeitungen explizit als redaktioneller Kommentar, Leitartikel, Meinung usw. deklarierten Texte (ohne Fremdbeiträge) – dies sind 99 Analyseeinheiten (Tabelle 24).

Um die Argumentationsweisen nachvollziehen und vergleichen zu können, erfolgt unsere semantisch angelegte Inhaltsanalyse (nach Löbner 2010: 850 ff.) über mehrere Analyse-schritte (Meyring 2008: 84 f.):

Tabelle 24: Kommentare in vier meinungsführenden Zeitungen während der Hochphase des Flüchtlingsthemas (27. Juli bis 4. Oktober 2015)	
Zeitung	Anzahl erfasster und analysierter Meinungstexte
Frankfurter Allgemeine Zeitung	44
Süddeutsche Zeitung	28
Die Welt	16
Bild-Zeitung	11
Summe	99

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ, Bild-Zeitung) zu zehn Großereignissen 2015/16. Auszug Meinungsbeiträge, n=136. Quelle: Eigene Darstellung

- (a) der Bezug des Kommentarthemas auf das aktuelle Ereignis, über das in dieser Ausgabe berichtet wurde oder das die Medien zeitgleich behandelten (Referenz),
- (b) Argumente und Argumentationsschritte des Kommentars (explizite Argumentation),
- (c) Schlüsselzitate aus dem Kommentar (Belege),
- (d) Filterung der mit den Argumenten mitgegebenen Begründungen (implizite Argumentation im Sinne von Normen, Werten und Moralität).⁷⁴

Die Kommentatoren im Konsens mit der Bundesregierung

Unsere qualitative Textanalyse führte zu folgenden Befunden (eine breitere Auswahl der analysierten Kommentare findet sich im Anhang):

- (1) Die Kommentatoren der vier Zeitungen vertreten unisono inhaltlich die von der Bundeskanzlerin eingeschlagene flüchtlingspolitische Linie (Primat des Menschenrechts gegenüber Asylgesetzbestimmungen, keine „Obergrenze“). Sie bestätigen auch deren politisches Handeln, beginnend mit der unkontrollierten Öffnung der Grenzen bis zur Sicherung der EU-Außengrenzen und dem Deal mit der Türkei. Eine als diskursiver Umgang mit dem Thema zu deutende Differenzierung findet sich in mehreren Kommentaren nur der FAZ, indem skeptische und einwendende Bedenken aufgegriffen und erörtert werden.

- (2) Die Wirtschaftsredakteure der drei Zeitungen verfechten bis gegen Ende 2015 die opportunistische Doktrin, dass Deutschland aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen möglichst viele Flüchtlinge willkommen heißen, integrieren und ausbilden solle bzw. müsse. Als im Oktober 2015 zahllose Kommunen und deren freiwillige Helfer sich mit der Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge überfordert sahen und das als chaotisch erlebte Behördenmanagement auf breite Kritik stieß, wurde eine damit einhergehende Abwehrhaltung harsch kritisiert. Die Kommentatoren belehrten die frustrierten bzw. zweifelnden Bürger (Leser*innen), dass Deutschland Hunderttausende junger Flüchtlinge unter anderem als Maßnahme gegen die Überalterung der einheimischen Bevölkerung dringend brauche.

Exkurs: Sinnfällig der in unserem Zeitungstexte-Korpus nicht enthaltene Videoblog-Kommentar des Wirtschaftschefs der Süddeutschen Zeitung am 2. Oktober 2015 (Auszüge): „Vor zwei Wochen hatte ich noch den Eindruck, als würde in diesem Land emotional und rational eine Willkommenskultur herrschen, als würde doch die Mehrheit der Menschen erkennen, wie gut, aber auch wie wichtig für Deutschland es ist, Flüchtlinge auch in großer Zahl aufzunehmen. Und mittlerweile ist es so, dass die Stimmung sich täglich verschlechtert,

Belehrung der Andersdenkenden

⁷⁴ Implizite Begründungen beziehen sich, soweit erkennbar, sowohl auf die ethische Werteordnung (wie: deontologische oder utilitaristische Begründungen) als auch auf die zur Begründung herangezogenen Normen bzw. Werte (wie: Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsrecht, Marktwirtschaft, Menschenrechtscharta).

die Bundeskanzlerin wird in den Umfragerwerten abgestraft für ihre Offenheit, rechte Parteien legen zu und immer mehr normale, sympathische Menschen – wie vielleicht auch Sie – sagen, wir müssen doch wieder Zäune ziehen, wir müssen doch die Grenzen zumachen. Ich habe dafür kein Verständnis [...]. Was Ausländer kosten? ZEW hat ausgerechnet, was denn die Ausländer in Deutschland wirklich bringen und kosten [...]. Im Jahr 2012 brachten die Ausländer auf ihre Lebenszeit gerechnet 150 Milliarden mehr, als sie kosteten [...]. Wir sind eine schrumpfende Gesellschaft nach jetzigem Stand. Wir werden immer weniger Menschen haben, die arbeiten, und immer mehr Menschen, die von denen, die sowieso schon da sind, versorgt werden müssen. Die einzige Chance, aus diesem Kreislauf rauszukommen, ist, mehr junge arbeitsfähige Menschen zu nehmen. Und das sind genau die, die jetzt kommen.“

- (3) Die politischen Kommentatoren der drei Qualitätszeitungen kritisieren auf der operativen Ebene des Vollzugs mit vorwiegend taktischen Argumenten offenbare Schwächen (Missmanagement, Uneinigkeit, Unentschlossenheit u. Ä.) des Regierungshandelns. So werden in rund zwei Dritteln sämtlicher Meinungstexte die mit dem Flüchtlingsstrom verbundenen Probleme als lösbar dargestellt und hierzu immer neue Handlungsempfehlungen postuliert bzw. aktives Entscheiden angemahnt.
- (4) Adressat der meisten Kommentare sind die Berliner Politiker: Das Publikum soll

lesend erfahren, was – aus Sicht der Journalisten – die Regierungsmitglieder tun sollten, um die Probleme mit Flüchtlingen im Einklang mit dem Grundgesetz und nach Maßgabe des (anzupassenden) Asylrechts zu lösen. Diskurstheoretisch gedacht, ist das Publikum der Zuschauer des medial inszenierten Disputs zwischen Politikern und Journalisten in der politischen Arena. Dabei fällt allerdings auf, dass die Kommentatoren solche Vorschläge diskutieren, die bereits im Umfeld der Bundesregierung von Politikern, von einzelnen Ministerien oder politischen Chefbeamten geäußert wurden (Beispiele: Definition sicherer Herkunftsländer; Asylrechtsverschärfung; Bedingungen der Grenzöffnung und Grenzschließung; Reorganisation des Aufnahme- und Registrierungsverfahrens). Manche Kommentatoren kritisierten Vorschläge, die zum Zeitpunkt der Kritik schon vom Tisch waren, oder verfochten Maßnahmen, die wenige Tage später in der Beschlussvorlage des Kabinetts standen.

- (5) Von dieser Hauptlinie weichen 7 der 11 Meinungstexte der *Bild-Zeitung* insofern ab, als sie andere EU-Staaten oder „die EU“ in Brüssel (oder auch vage „den Westen“) als Hauptschuldige ausmachen und indirekt die Bundesregierung in Schutz nehmen. Es sind rhetorische Figuren ohne realen Adressaten, wie man sie aus Predigten kennt. Unterhalb dieser Übereinstimmungen zeigen sich ein paar zeitungsspezifische Ausprägungen, die auf das verweisen, was man „Haltung“ nennen könnte:

Nur operative Kritik

Schuld hat „die EU“

(a) Die *Welt*-Kommentatoren argumentieren am häufigsten arbeitsmarktpolitisch und neoliberal im Interesse bzw. aus der Perspektive der Wirtschaft. Motto: Der enorme Aufwand lohnt sich, weil wir einen Großteil der Flüchtlinge beruflich qualifizieren und als Arbeitskräfte zur Verfügung haben werden. In dieser Hinsicht argumentieren die FAZ-Kommentatoren bei aller Wirtschaftsfreundlichkeit zurückhaltender.

(b) Die Kommentare des Politikressorts der *Süddeutschen Zeitung* argumentieren häufiger und deutlicher universalistisch, indem die Menschenrechte als nicht hintergehbare Maxime bei der Aufnahme von Flüchtlingen hochgehalten werden. Auch wird die Berliner Politik, wenn sie aus Sicht der Journalisten allzu opportunistisch agiert, an diese Maxime erinnert. Im Zweifelsfalle (etwa: gewalttätige Ausschreitungen) wird die westdeutsche Auslegung der Grundrechtsordnung als Leitbild beschworen, an dem sich die in Richtung ultrarechts driftenden Ostdeutschen orientieren sollten.

(c) Verschiedene Autoren der FAZ vertreten eine (im philosophischen Sinne) utilitaristische Linie. Sie gehen von dem Befund aus, dass der soziale Zusammenhalt durch die heftige Abwehr eines Teils der Gesellschaft gefährdet und so auch das gelebte Grundrecht bedroht sei. Sie begründen diese Einschätzung mit dem aufbrechenden Fremdenhass, dem Erfolg rechtsnationaler Populisten und der zunehmenden Straßengewalt. Im Unterschied zu den drei anderen

Leitmedien deuten sie diese Tendenzen als Anzeichen dafür, dass die Zahl der Flüchtlinge an die Grenzen der Sozialverträglichkeit gelangt sei. Die Kommentatoren argumentieren in der Art der Güterabwägung, dass die Sicherung des sozialen Zusammenhalts ein höheres Gut sei als die Aufnahme immer neuer Flüchtlinge.

Innerhalb dieser Bandbreite zeugt die je individuelle Sicht des Kommentators für eine Vielfalt nicht nur an Themen und Argumenten, sondern auch an hier normativ, dort opportunistisch gerechtfertigten Begründungen. Durchgängig ist der Konsens mit der politischen Elite, insbesondere mit der Bundeskanzlerin und ihrer Flüchtlingspolitik. Dies erklärt, warum abweichende, aus Sicht vieler Leser vermutlich aufschlussreiche Aspekte in den 99 analysierten Kommentaren *nicht* thematisiert wurden:

Zum Beispiel

- die Hilflosigkeit der Zuständigen in der Beurteilung des Fluchtmotivs von Asylsuchenden aus kriegsverschonten Regionen;
- mehr Verständnis für die Ängste vieler Einheimischer, zumal vieler Frauen;
- der bohrende Zeigefinger wegen behördlichen Missmanagements auf der regionalen Vollzugsebene;
- die Kritik an der Ahnungslosigkeit vieler Organisatoren in Bezug auf das Familien- und Eherecht (wie viele Ehefrauen darf ein Muslim zu sich nachholen? Auch solche im Kindesalter?)

Leitbilder sind verschieden

Konsens mit politischer Elite

Tabelle 25:		
Meinungsbeiträge zum Thema vor (blau unterlegt) und nach (grau unterlegt) der Hochphase des Flüchtlingsthemas		
	Häufigkeit	Anteil
E1: Drei Länderchefs fordern besseres Bleiberecht (06.02.2015-14.02.2015)	5	3,7%
E2: Bundesstatistik: 630.000 Flüchtlinge leben in Deutschland/alle Statistiken und Flüchtlingszahlen (10.02.2015-20.02.2015)	8	5,9%
E3: Rücktritt des Bürgermeisters von Tröglitz und Brand im dortigen Flüchtlingsheim (10.03.2015-15.04.2015)	9	6,6%
E4: Deutschland fordert gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik – 10-Punkte-Plan (19.04.2015-04.05.2015)	14	10,3%
(Hochphase E5a-c: 10.08.2015-18.09.2015)	(141)	
E7: Innenpolitische Auseinandersetzung um „Obergrenzen“/„Transitzonen“ für Flüchtlinge in Deutschland und Europa (05.10.2015-28.10.2015)	56	41,2%
E8: Silvesterereignisse (Köln und andere Großstädte) sowie die Folgen (05.01.2016-16.01.2016)	44	32,4%
Gesamt (ohne Hochphase)	136	100,0%
Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ, Bild-Zeitung) zu zehn Großereignissen 2015/16. Auszug Meinungsbeiträge, n=136. Quelle: Eigene Darstellung		

- die Konflikte mit den rituellen Bräuchen zwischen den schiitischen und sunnitischen Muslimen – und anderes mehr.

Als Antwort auf die Fragen nach der Breite des Diskurses (1 und 2) ist zu konstatieren, dass die Kommentatoren der vier Leitmedien in ihren Meinungsbeiträgen größtenteils auf die politische Elite fixiert blieben. Das Wissen ausgewiesener Fachleute und Experten, die zu Regierungslinie und Behördenmaßnahmen eine deviante Einschätzung vertraten, wurde nicht aufgegriffen. Und auch die Sicht des Teils der Bevölkerung, der zur Flüchtlingspolitik eine abweichende Auffassung vertrat, wurde in den Meinungsdiskurs praktisch nicht einbezogen, stattdessen mitunter mit Häme bedacht oder mit spitzem Zeigefinger belehrt. So gesehen passen die Berichterstattung und die Kommentierung im Sinne wechselseitiger

Bestätigung und Verstärkung gut zusammen: Der mediale Diskurs blieb auf die verbale Interaktion mit den (Regierungs-)Politikern bzw. Politikakteuren und deren Sicht fokussiert.

*Abgehobener
Politiker-Diskurs*

Vorher/Nachher: die maßgeblichen Akteure in den Kommentaren

Um die dritte Frage, diejenige nach der Dynamik, zu beantworten, vergleichen wir einige Merkmale der Kommentare (a) aus der Zeit vor der sogenannten Flüchtlingswelle (E1-E4), also Februar bis Mai 2015 mit (b) der Zeit *nach* dieser Hochphase, also Kommentare vom Oktober und Januar 2016 (E7, E8) (siehe Tab. 25). Da uns der Trend in der Meinungsbildung interessiert und deshalb alle Kommentare der beiden Phasen analysiert werden sollten, haben wir uns für die quantitative Inhaltsanalyse entschieden.

Im Laufe dieser zwei Zeitabschnitte hat die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 60 Kommenta-

Tabelle 26:

Kommentare – Anzahl Akteure/Sprecher vor und nach der Hochphase des Flüchtlingsthemas

	Anzahl Akteure (n=)	Anteile der Akteure	Anzahl Akteure pro Beitrag*	Beiträge ohne Akteure (n=)	Anteil Beiträge ohne Akteure
(a) vor der Hochphase	100	19,6 %	4,00	11	30,6 %
(b) nach der Hochphase	412	80,4 %	4,53	9	9,0 %
Gesamt/Anteile	512	100 %	4,41	20	14,7 %

* nur Beiträge, die Akteure nennen.
Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ, Bild-Zeitung) zu zehn Großereignissen 2015/16. Auszug Meinungsbeiträge, Akteure/Sprecher ges., n=512.
Quelle: Eigene Darstellung

re, Glossen, Analysen usw. zum Thema Flüchtlinge/Asyl publiziert, die *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* je 38. Der Untersuchungskorpus umfasst damit 136 Objekte.

Die Verteilung zeigt die sehr unterschiedliche Wahrnehmung des Problemgehalts der Ereignisse: Die Untersuchungsphasen E1 bis E4 umfassen 20 Wochen, in denen die drei Zeitungen die Thematik 36 Mal kommentiert haben. Während der fünfwöchigen Hochphase wurden 141 und während der ebenfalls fünfwöchigen Nachphase (E7 und E8) wurden 100 meinungsbetonte Texte publiziert. Nach Maßgabe der referierten Großereignisse ist die Deutung naheliegend, dass die Kommentarlust abhängt vom Konfliktstoff auf der Bühne der Berliner Regierungspolitik: je mehr Probleme, desto mehr Kommentare.

Wie bei den berichtenden Texten haben wir auch bei den Kommentaren untersucht, wer als relevanter Akteur oder Sprecher genannt wird. Dabei sollte mit bedacht werden, dass die Personen, die in einem Kommentar auftreten, eine andere Rolle (aus Sicht des Kommentators: eine andere Funktion) einnehmen als in nachrichtlichen Texten. In Letzteren handelt es sich dabei meist um Informanten, Urheber und Beteiligte eines Geschehens; es sind diejenigen, die quasi die News erzeugen oder in dieser Funktion vom Berichterstatter inszeniert werden. In einem Kommentar hingegen handelt es sich meist um die Position eines Gegenübers oder eines Gewährsmanns (bzw. einer Gewährsfrau). Hier ähnelt die Anordnung viel mehr der einer Arena, in der – sinnbildlich – die eigene und die gegnerische Mann-

schaft aufgestellt werden. So gesehen stehen die in den Meinungsbeiträgen auftretenden Protagonisten (die Gewährsleute, die Gegner mit ihren Argumenten, die Wortführer usw.) im Fokus und verkörpern die vom Kommentator inszenierte Diskussion.

Zunächst zeigt die Übersichtsauszahlung, dass in der Zeit vor der Hochphase erheblich abstrakter, quasi abgehobener kommentiert wurde, ablesbar an dem deutlich höheren Anteil solcher Kommentare, in denen gar keine Akteure/Sprecher genannt wurden (siehe Tab. 26). Wenn sich der Kommentator aber in die Arena der konkreten Problemthemen begab, dann setzte er sich mit 4 bis 4,5 Beteiligten auseinander.

Um die Frage zu beantworten, ob sich das Problemverständnis der Kommentare nach der Flüchtlingshochphase verändert hat, wählten wir wieder das Kriterium der Relevanz der Akteure/Sprecher im Text (Erstnennung, wiederholte Nennung im Text). Diesem zufolge erwähnten die Kommentare vor der Hochphase 57 und nach der Hochphase 237 Akteure/Sprecher (siehe Tab. 27). Dabei sollte bedacht werden, dass dieses Kriterium aufgrund der größeren Stilsfreiheit beim Kommentieren weniger valide ist als bei nachrichtlichen Texten, deren Aufbau (das Wichtigste und auch die wichtigsten Akteure zuerst usw.) deutlich stärker formalisiert ist.

Auch unter Berücksichtigung dieser Einschränkung sind die Befunde anders als erwartet: Die ab Mitte September 2015 von den Medien so genannte Flüchtlingskrise – damit sind die sozialen Konflikte und politischen Kontro-

Die „Flüchtlingskrise“ ist da

Tabelle 27:

Die Akteurs- bzw. Sprecherbereiche vor (blau, n=57) und nach (schwarz, n=257) der Hochphase des Flüchtlingsthemas

Rollen-/Funktionsbereiche	Frankfurter Allgemeine Zeitung		Süddeutsche Zeitung		Die Welt	
Politik-Ebene allgemein, institutionell, personenbezogen	63,0 %	80,2 %	72,7 %	80,9 %	94,7 %	70,6 %
Verwaltung auf Bundes- und Landesebene	—	1,0 %	—	—	—	—
Wirtschaft	—	—	—	—	—	—
Kirche , Religion	3,7 %	3,0 %	5,0 %	1,5 %	—	1,5 %
Einrichtungen aus dem Bereich Kultur und Bildung	—	—	—	—	—	—
Soziale Einrichtungen, Medizin, Gesundheit, Rettungsdienste	—	—	—	—	—	—
Medien	—	2,0 %	—	4,4 %	5,3 %	4,4 %
Judikative	3,7 %	5,0 %	—	4,4 %	—	13,2 %
Militär	—	—	—	—	—	—
Interessenverbände	11,1 %	2,0 %	9,1 %	—	—	1,5 %
Internat. Nichtregierungsorganisationen (NGOs)	—	—	—	—	—	—
Fachleute, Experten, Gutachter	—	2,0 %	—	2,9 %	—	—
Privatpersonen	11,1 %	2,0 %	2,0 %	1,5 %	—	4,4 %
Unpersönliche Quellen	7,4 %	3,0 %	9,1 %	4,4 %	—	4,4 %
Sonstiges	—	5,0 %	3,0 %	—	—	—
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ, Bild-Zeitung) zu zehn Großereignissen 2015/16. Auszug Meinungsbeiträge, Akteure/Sprecher ges., n=512.
Quelle: Eigene Darstellung

*Abkehr von
der Alltagswelt*

versen wie auch Schwierigkeiten und Nöte auf der Vollzugsebene gemeint – kommt in den Kommentaren nur auf der abstrakt-abgehobenen Politikebene zur Sprache. Bürgerinitiativen, Beauftragte und freie Träger, von denen sich viele in aufopfernder Weise um die Lösung der Probleme kümmern, werden in den Kommentaren kaum gewürdigt (sie bleiben, wenn sie genannt werden, entweder nachgeordnet oder werden als abstraktes, nur rhetorisches Moment erwähnt).

Kein Interesse an den beteiligten Bürgern

Noch erstaunlicher: Die nach der Hochphase sich steigernden Auseinandersetzungen zwischen den willkommenheißen und helfend engagierten Akteuren der Bürgergesellschaft und den unterschiedlich schattierten Skeptikern und Kritikern werden einer kommentierenden Analyse kaum für wert befunden. Ohne Bedeutung bleiben auch Wortführer der Unternehmen und der Wirtschaft (von nur einer prominenten Erwähnung in der *Süddeutschen Zeitung* abgesehen). Selbst im Januar 2016 im Anschluss an das Silvesternachtdrama finden (unter den als relevant definierten Akteuren/Sprechern) diejenigen keine Würdigung, die sich um die Betroffenen kümmern oder kümmern sollten: Vertreter kirchlicher Organisationen, Akteure der sozialen Einrichtungen wie auch Experten und Fachleute. Umso häufiger aber treten die Wort- und Meinungsführer der politischen Elite als Kombattanten der Autoren in Erscheinung. In diesem Zusammenhang überrascht auch, dass im Herbst und Winter 2015/16 in den Kommentaren der *Süddeut-*

schen Zeitung und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Präsenz der politischen Elite (Bundesregierung, Minister, Parlamentarier, führende Parteipolitiker) nicht abnahm, vielmehr auf rund 80 Prozent anstieg. Es zeigt sich hier auf der strukturellen Ebene die Paradoxie, dass die Kommentatoren umso intensiver mit den bundespolitischen Wortführern interagierten, je handgreiflicher die Konflikte auf den Straßen deutscher Städte und Gemeinden tobten.

Eine abweichende Tendenz fanden wir in den Kommentaren der Zeitung *Die Welt*: Hier ging im Herbst 2015, zwei Monate nach der dramatischen Hochphase, der anfangs sehr hohe Anteil der Akteure der institutionellen Politik deutlich zurück. Der Anteil jener, die „weiche“ Funktionen und Rollen innehaben und sich nicht in eine Kategorie zwingen lassen (insofern also für Vielfalt stehen), stieg indessen an: Auch darin unterscheidet sich der in den Kommentaren zum Ausdruck gebrachte Themen- und Problemfokus der *Welt*-Autoren von jenen in den beiden anderen Zeitungen.

Keine erkennbare Diskursfunktion

Die Antwort auf die dritte Frage lautet demnach, dass sich die meinungsführenden Leitmedien – nach Maßgabe der in den Kommentaren auftretenden Akteure, Sprecher und Institutionen – im Fortgang der Ereignisse um die Flüchtlinge von der Erfahrungsebene der Bürgergesellschaft und so auch von derjenigen ihrer Leser immer weiter entfernten. Insbesondere die Ansichten desjenigen Teils der Bevölkerung, der aus vielerlei Gründen die Vollzugspolitik skeptisch bis

kritisch verfolgte, wurden nicht ernsthaft in die Debatte einbezogen.

Die zuletzt referierten Befunde sind Aussagen über das Insgesamt der untersuchten Kommentare. Sie zeigen anhand ausgewählter Kriterien die argumentative Meinungsmache allein jener Autoren, die während unserer Untersuchungsphasen publizistisch tätig waren. Die zahlreichen Gastbeiträge redaktionsfremder Autoren wurden nicht berücksichtigt. Möglicherweise wurden dort Problemfragen beleuchtet, die wir in unserer Analyse als Defizit erwähnt haben. Doch Gastbeiträge sind Äußerungen eines Gastes, die von halbwegs

erfahrenen Zeitungslesern auch als das wahrgenommen und nicht mit der redaktionellen Linie oder „Haltung“ des Blattes verwechselt werden.

Mit anderen Worten: Längsschnittuntersuchungen über redaktionelle Inhalte gehen von der begründeten Annahme aus, dass sich das zerklüftete Meinungsklima nicht über singuläre Beiträge und externe Meinungen, so klug sie auch sein mögen, sondern im Fortgang lang anhaltender Thematisierungen ausprägt bzw. verändert⁷⁵ – und dies umso deutlicher, je einheitlicher die Bewertungen und Urteile der Medien und ihrer Journalisten ausfallen.

⁷⁵ Vgl. McQuail 1997; 2000 (ungeachtet der in Teil 4 diskutierten Frage, wie der Wirkungszusammenhang zwischen Änderungen in der redaktionellen Einstellung und im Meinungsklima zu modellieren ist – vgl. Scherer 1990: 265 f.).

Teil 4: Fazit – Diskussion – Deutungen

Die unserer Studie zugrunde liegende Ausgangsfrage lautete: Wie haben die Informationsmedien das konflikthaltige, viele Gemüter erregende Groß- und Dauerthema „Flüchtlingsflut“ im Lauf des Jahres 2015 vermittelt? Das in dieser Frage steckende Aufklärungsinteresse gilt, wie in der Einführung dargelegt, dem öffentlichen Diskurs, dem, was gesellschaftliche Verständigung ermöglicht. Haben sich die Journalisten also erkennbar bemüht, die kritischen Fragen und die verschiedenen, auch kontroversen Positionen in der Bevölkerung aufzugreifen, zu informieren, zu durchleuchten und zu vermitteln? Haben sie den medialen Diskurs so gestaltet, dass er – zu Ende gedacht – integrativ und insofern gemeinwohlorientiert wirken konnte?

Um Antworten zu finden, haben wir – alles in allem – rund 35.000 Texten erfasst und drei verschiedene Inhaltsanalysen durchgeführt. In der ersten untersuchten wir die Art und Weise, wie die digitalen Newsmedien die zahllosen Ereignisse der zwölf Monate vom Frühjahr 2015 bis Frühjahr 2016 nachrichtlich aufbereitet haben. Dies geschah mit Hilfe einer Datenbankrecherche. In der zweiten untersuchten wir die Berichterstattung und Kommentierung dieses Megathemas in drei Leitmedien mit Hilfe einer codebuchgestützten „händischen“ Analyse der Zeitungsinhalte. Die dritte Untersuchung galt der Lokal- und Regionalpresse. Sie analysierte mit Instrumenten des auf Big Data zugeschnittenen Textminings die Art und Weise, wie 85 deutsche Regionalzeitungen das Narrativ „Willkommenskultur“ thematisierten und popularisierten.

1. Zusammenfassung der Studienergebnisse

Im Folgenden fasse ich die wichtigsten Befunde der drei Studienteile in zwanzig Punkten zusammen (die genannten Zahlen finden sich in Tab. 5-20 und 28-33 sowie Abb. 4-9):

1. Bereits im ersten Halbjahr 2015 überschwemmt die reichweitestarken, als glaubwürdig geltenden Newsmedien *tageschau.de*, *spiegel.de*, *welt.de* und *focus.de* ihre User/Leser mit unüberschaubar vielen Meldungen und Berichten rund um das Dauerthema Flüchtlinge/Asylanten. Im Sommer schwoll die Nachrichtenwelle nochmals dramatisch an. Während dieser Hochphase publizierten diese Newssites im Laufe von 24 Stunden bis zu 17 Nachrichten allein zum Ereignisthema Flüchtlinge/Asylanten. Sie berichteten und meldeten von unüberschaubar vielen Handlungsorten über Beteiligte auf unterschiedlichsten Ebenen. Dies deutet auf eine (mutmaßlich dem Konkurrenzdruck geschuldete) sehr schwache Selektionsleistung der Newsredaktionen hin. Nach Maßgabe des Theorems der „Themenverdrossenheit“ lässt sich annehmen, dass sich Teile des Publikums überfordert fühlten und reagierten, indem sie den eigenen Vorurteilen folgten (stark selektive Wahrnehmung). Im analytischen Rückblick lautete die Kernbotschaft der Newsberichte in jenen Monaten: Einerseits ertrinken viele Tausend verzweifelter Flüchtlinge im Mittelmeer oder erreichen mit letzter Kraft die Grenzen Euro-

- pas. Andererseits sind die EU-Staaten und ist die Regierungspolitik hilflos zerstritten, während in den östlichen Bundesländern eine gewalttätige Szene agiert. Diese wird pauschal als Dunkeldeutschland etikettiert und damit ausgegrenzt.
2. Unsere Rekonstruktion der komplexen Ereignisabläufe in den zwölf Monaten Untersuchungszeit führte zur Identifikation von zehn Großereignissen. Wir gehen davon aus, dass jedes dieser Ereignisse wegen seines Neuigkeitswertes und seiner disruptiven Bedeutung das Potenzial besaß, meinungsbildende Prozesse in Gang zu setzen oder in Gang zu halten. Für die Medienanalyse orientierten wir uns am Theorem der „gestuften Medienwirkung“, dem zufolge die Leitmedien in der Rolle der Meinungsführer die Agenda setzen.
 3. Die Inhaltsanalyse der drei als Leitmedien geltenden Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt* zeigte erstens, dass der Inhalt überwiegend aus nachrichtlichen Berichten und meinungsbetonten Beiträgen besteht. Nur rund 4 Prozent der Texte gehören zu den Formen, die dialogisch funktionieren (wie Interviews), nur rund 6 Prozent sind authentisch recherchierte Berichte und/oder erzählende Formen (wie Reportagen). Fast jeder fünfte Text gehört zu den kommentierenden Formen – ein ungewöhnlich hoher Anteil, der für die ausgeprägte Meinungsfreude der drei Redaktionen steht.
 4. Die Untersuchung zur Frage, wer alles in den berichtenden Texten zur Sprache kommt, ergab, dass in der Kategorie der relevanten Akteure und Sprecher zwei von drei Nennungen zur institutionellen Politik zählen. Mit knapp 9 Prozent weit abgeschlagen, gleichwohl zweitgrößte Gruppe, sind Vertreter der Judikative (Polizei, Strafverfolger, Gerichte, Anwälte), also jene, die sich von Berufs wegen mit Rechtsverstößen befassen. Die eigentlichen Hauptakteure – die Helfergruppen, Einrichtungen, freien Träger und Initianten, die sich, viele freiwillig, in erster Linie um Flüchtlinge kümmern – stellen nur rund 3,5 Prozent aller relevanten Personen, die in den redaktionellen Beiträgen genannt werden. Fachleute und Experten, die über akute Problemfelder (wie den Umgang mit Fremdenhass, ethnische Besonderheiten, Ehe- und Familienrecht in islamischen Gesellschaften, Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten u. a. m.) Auskunft geben könnten, kommen praktisch nicht vor (1:100). Die Hauptbetroffenen (Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten) bewegen sich bei 4 Prozent (das heißt eine Nennung auf 25 andere). Auf's Ganze des Jahres 2015 gesehen, haben die Leitmedien dieses sozial- und gesellschaftspolitische Problemthema in ein abstraktes Aushandlungsobjekt der institutionellen Politik überführt und nach den für den Politikjournalismus üblichen Routinen⁷⁶ abgearbeitet.

⁷⁶ Vgl. „Agenda und Akteure des Politikjournalismus“, in: Fengler/Vestring (2009): 76 ff.

5. Die Zweidrittelmehrheit der Akteure in den Berichten, die der institutionellen Politik zuzurechnen ist, setzt sich so zusammen: Knapp 43 Prozent sprechen für die Bundesebene (Regierung, Ministerien, Parteien, Parlament); jeder Fünfte vertritt eine ausländische politische Institution (inkl. EU-Gremien in Brüssel) und jeder Vierte zählt zur Bundesländerebene. Von den Akteuren, die einer Partei zugeordnet werden konnten (ein Drittel aller relevanten Personen), vertreten mehr als vier Fünftel eine der drei Regierungsparteien. Sprecher der im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien kommen nur jedes zehnte Mal zu Wort (die Grünen mehr als doppelt so häufig wie die Linke). Die in zahlreichen Bundesländer- und Kreisparlamenten vertretene AfD kommt in dieser Kategorie praktisch nicht vor (0,1 Prozent) im Unterschied zur NPD (0,9 Prozent).
6. Erwartungsgemäß berichteten die meisten Nachrichten (auch) über Konflikte und Kontroversen (rund 5 Prozent aller Berichte). Identifiziert man hier die relevanten Akteure/Sprecher, wiederholt sich die Zusammensetzung: Der überwiegende Teil (rund 70 Prozent) der Konfliktpartner gehört zur institutionellen Politik, davon sprechen vier Fünftel (81,3 Prozent) im Namen einer der Regierungsparteien. Nur jeder 14. Akteur/Sprecher ist kein Funktionsträger, sondern ein in das Thema eingebundenes Individuum. Derselbe Befund umgekehrt: Den Konflikten auf der konkreten Vollzugsebene der Bundesländer maßen die Leitmedien während des Untersuchungszeitraums in ihren Berichten keine Relevanz zu. Thematisiert wurden Probleme auf der Vollzugsebene fast nur dann, wenn es um Gewaltakte rechtsradikaler Gruppen ging.
7. Diese Zusammensetzung des in den nachrichtlichen Berichten auftretenden Personals unterstreicht die ausgeprägte Dominanz der politischen Elite. Vermittels der Medien verhandelt sie die Themeninhalte und setzt die Agenda – und beherrscht auch die Konflikte. Umgekehrt gesagt: Die Berichterstattung in den drei Leitmedien ist zu großen Teilen auf die (partei)politische Arena der Koalitionspartner fixiert. Diejenigen, die sich in den Behörden und Einrichtungen um die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben und Probleme des Vollzugsalltags kümmerten, erscheinen aus der medial vermittelten Sicht der politischen Elite als nicht relevant.
8. Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch „von oben herab“. Zudem schreiben die Korrespondenten nicht selten in einer Diktion, die persönliche Nähe, auch Vertrautheit zur politischen Elite suggeriert (auktorialer Duktus). Diese Attitüde kann beim Leser den Eindruck erzeugen, die berichtenden Journalisten seien weniger am Thema selbst als an den über das Thema transportierten

- Querelen interessiert. Politik wird in den Medien überwiegend nicht als Prozess der Entscheidungsfindung, sondern als Schlagabtausch unter Mandatsträgern inszeniert.
9. Dass die Leitmedien – hier vor allem die überregionalen Tageszeitungen – in ihrer Berichterstattung auf die politische Elite fixiert zu sein scheinen, ist nicht neu, sondern wurde wiederholt untersucht und bestätigt. Die US-amerikanische Medienforschung hat hierfür den Begriff „Indexing“ eingeführt.⁷⁷ Unsere Befunde sind gleichwohl überraschend, erstens, weil das hier untersuchte Megathema, aus dem die sogenannte Flüchtlingskrise hervorging, die Einstellung der Bürger zu den Grundwerten betrifft und moralisch stark überformt ist. Zweitens, weil in vielen Regionen auch „bürgerliche“ Teile der Bevölkerung von einer tief sitzenden Fremdenangst besetzt sind, die publizistisch in den Blick zu nehmen wäre. Drittens, weil die mit der Flüchtlingskrise einhergehende Problemwahrnehmung auf der kommunalen und regionalen Ebene spielt. Viertens schließlich, weil die mit der Idee der Integration verbundenen Tätigkeiten nicht von Parteien und Ministerien in Berlin, sondern von den direkt beteiligten Personen und Organisationen vor Ort zu erbringen sind.
10. Alle drei Zeitungsredaktionen kommentierten das Megathema „Flüchtlinge/Asylbewerber“ sehr intensiv. Die Analyse dieser meinungsbetonten Beiträge (Leitartikel, Kommentare u.Ä.) bestätigt den zuvor referierten Befund: Sieben von zehn relevanten Akteuren/Sprechern gehören auch hier zur politischen Elite. Im Sinne der Indexing-These ist der virtuelle Adressat der Kommentare nicht der Leser, sondern die Politik. Die Argumente erörtern meist die von Politikern aufgeworfenen Vorschläge in operativer Hinsicht. Bis zum Spätherbst 2015 greift kaum ein Kommentar die Sorgen, Ängste und auch Widerstände eines wachsenden Teils der Bevölkerung auf. Wenn doch, dann in belehrendem oder (gegenüber ostdeutschen Regionen) auch verächtlichem Ton. Kaum ein Kommentar während der sogenannten Hochphase (August und September) versuchte eine Differenzierung zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten und besorgten, sich ausgegrenzt fühlenden Bürgern. So dienten die Kommentare *grosso modo* nicht dem Ziel, verschiedene Grundhaltungen zu erörtern, sondern dem, der eigenen Überzeugung bzw. der regierungspolitischen Sicht Nachdruck zu verleihen.
11. Unser Zwischenfazit lautete, dass die nachrichtliche Informationsüberfülle (siehe Punkt 1 zu den Online-Newssites) von den tonangebenden Print-Leitmedien markant verdichtet wurde. Dabei haben sie die Er-

⁷⁷ Die Indexing-Hypothese geht auf Lance Bennett und seine Beobachtung zurück, dass Journalisten der Leitmedien der politischen Elite folgen, wenn unter den politischen Meinungsführern in Bezug auf die Bewertung des Hauptthemas Konsens besteht. „Mass media news professionals, from the boardroom to the beat, tend to ‚index‘ the range of voices and viewpoints in both news and editorials according to the range of views expressed in mainstream government debate about a given topic“ (Bennett 1990: 106).

eignisthemen auf der abstrakten Ebene der institutionellen Politik bearbeitet (siehe Punkt 4, Akteure) und ihres Ereigniszusammenhangs entkleidet. Die Alltagswelt mit ihren Akteuren kam praktisch nicht zur Sprache, ausgenommen im Zusammenhang mit rechtsradikalen Gewaltakten. Doch auch dann wurde die Sicht der etablierten Politik und ihrer Mandanten eingenommen und durchgehalten. Der demokratiethoretisch geforderte verständigungsorientierte Diskurs war im redaktionellen Teil der drei Leitmedien im Verlauf des Jahres 2015 für uns nicht auffindbar. So blieben die Redaktionen bei ihrer Themenvermittlung bis zu den mit „Silvesternacht 2015/16“ etikettierten Vorgängen auf die politische Elite und deren symbolisches Handeln in Form rhetorischer Sprechakte (Motto: „Wir brauchen ...“) fixiert.

12. Unterhalb dieser Generallinie entdeckten wir bei den drei meinungsführenden Zeitungen mehrere spezifische Eigenheiten: *Die Welt* berichtete am umfassendsten und bot die relativ breiteste Palette an Akteurs- und Sprecherrollen; sie beachtete das Erfordernis des Perspektivenwechsels etwas häufiger als die anderen beiden Zeitungen. Sie hielt sich (relativ zur FAZ) mit redaktionellen Meinungsäußerungen stark zurück. In ihren Kommentaren verfocht sie indes am deutlichsten eine opportunistische, mitunter auch neoliberale Position und klammerte die Menschenrechtsdebatte aus (in der Art: Flüchtlinge sind für unsere Wirtschaft nützlich und darum nehmen wir sie).

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schenkte den in Bezug auf die Flüchtlingspolitik skeptischen oder kritischen Positionen eine relativ größere Beachtung. Auch brachte sie relativ mehr Berichte über grundwertige Kontroversen. Dabei hatten ihre Berichte im Vergleich zu den beiden anderen Blättern eine sachlich-neutrale Aufmachung. Viele ihrer zahlreichen Kommentare folgten mit ihren Begründungen einer güterabwägenden (utilitaristischen) Argumentation (in der Art: Die Achtung unserer Grundwerte setzt voraus, dass die sozialen Spannungen nicht zu groß werden. Deshalb sollte man nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen). Die *Süddeutsche Zeitung* brachte im Zusammenhang mit Gewaltaktionen ultrarechter Gruppen relativ am häufigsten authentische Vor-Ort-Berichte und Reportagen. Ihre Berichte über die politische Elite sind mit 29 Prozent relativ häufig im Duktus der „eingefühlten Nähe“ verfasst (auktoriales Schreiben). Wohl aus Standortgründen gibt sie dem Dissens zwischen CSU und CDU den relativ größten Raum. Ihre in den Berichten und Kommentaren zum Ausdruck kommende Haltung differenziert am deutlichsten zwischen der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin (durchwegs positiv) und den Positionen von Akteuren in den Regierungsparteien (überwiegend kritisch). Die Begründungen in den Kommentaren folgen häufiger einer universalistischen Ethik (in der Art: Die Menschenrechte gelten universell und stehen über den nationalen Opportunitäten oder lokalen Interessen und Bedürfnissen;

- deshalb muss bedingungslos geholfen werden).
13. Die im Sommer 2015 vor allem in westdeutschen Gemeinden und Städten von vielen Tausenden von Bürgern gezeigte Aufnahmebereitschaft wurde von der Politik wie von den Medien überwiegend mit dem „deutschen Wunder Willkommenskultur“ (Die Zeit, 12.09.2015) erklärt. Dieser sich selbst begründende Euphemismus wurde in den Tageszeitungsberichten zu einer Art Zauberwort verklärt, mit dem freiwillig von den Bürgern zu erbringende Samariterdienste moralisch eingefordert werden konnten.
 14. Die Analyse des öffentlichen Gebrauchs des Narrativs „Willkommenskultur“ zeigt dessen Themenkarriere. In der Zeit nach 2005 hatten die Industrie- und Arbeitgeberverbände von der Politik eine solche Haltung gefordert, um für als Arbeitskräfte dringend benötigte qualifizierte Migranten Aufnahmeerleichterungen zu bekommen und ein weniger fremdenfeindliches Klima zu schaffen. Die im Bundestag vertretenen Parteien übernahmen diese Forderung – in je unterschiedlichen Konnotationen – in ihre Parteiprogramme. Nach 2010 wurde dieses Narrativ auf der regionalen und lokalen Ebene umgedeutet zu einer „Haltung“, mit der Wohlmeinende auf die von der Wirtschaft benötigten Migranten zugehen sollten. Im Laufe der Jahre 2013/14, als bereits zahlreiche Flüchtlinge aus Nahost nach Deutschland kamen, sahen sich die für die Betreuung und Versorgung zuständigen Behörden überlastet, manche auch überfordert. In jener Zeit wurde die anfangs opportunistisch verstandene Formel zur moralisch aufgeladenen Maxime einer „neuen Willkommengesellschaft“ ausgedehnt. Wer Skepsis anmeldete, rückte in den Verdacht der Fremdenfeindlichkeit. Hier ist zu fragen, wie es dazu kam, dass das Narrativ im Kontext des Flüchtlingsthemas eine solche auf Konformität gerichtete Meinungsmacht entfalten konnte.
 15. Um eine Antwort zu finden, haben wir den öffentlichen Gebrauch des Wortes Willkommenskultur anhand der Lokal- und Regionalpresse Deutschlands rekonstruiert und hierfür sämtliche redaktionellen Beiträge von 85 Regionalzeitungen seit 2005 erfasst, in denen das Narrativ vorkam. Dies waren rund 26.000 Texte. Von diesen wurden rund 17.000 einer morphologischen Analyse mit dem Verfahren des Textminings unterzogen. Die auf diesem Wege ermittelte Genese zeigt, dass die Lokal- und Regionalpresse erstens einer Sinn- und Zwecksetzung folgte, die zuerst von der Wirtschaft, dann von der Politik propagiert worden war. Sie ergab zweitens, dass die lokale Tagespresse die Nähe der Leitmedien zur politischen Elite mitmachte und bis zum Sommer 2015 das Narrativ überwiegend als persuasive Lösung transportierte.
 16. Sortiert man die in den Berichten der Regionalpresse zum Thema Willkommenskultur auftretenden Akteure/Sprecher nach ihrer Parteizugehörigkeit, dann fällt der hohe Anteil an monologischen Darstellungen

gen (nur eine Partei kommt zu Wort) auf. Im Laufe des Jahres 2015 erschienen rund doppelt so viele monologisch berichtende Texte wie dialogische oder diskursive (mit zwei oder mehreren Parteien). Auch dies ist ein Indiz für die monodirektionale Transferleistung („Einbahnstraße“) des Lokal- und Regionaljournalismus. Von diskursiver Themenbearbeitung kann für das Jahr 2015 nicht die Rede sein.

17. In der Tagespresse wurde unseren Befunden zufolge das Narrativ Willkommenskultur als moralisch intonierte Verpflichtungsnorm „top-down“ vermittelt. Wenn in der Presse Kritisches zu Wort kam, dann im Sinne einer weiter zu stärkenden und zu verbessernden, kurz: „neuen“ Willkommenskultur. Annähernd 83 Prozent aller Zeitungsberichte vermittelten das Leitbild Willkommenskultur in einem positiven oder mehr positiven Sinne. Über Bedenkenräger oder Skeptiker wurde eher selten berichtet. Wenn vereinzelt kritische Gegenstimmen wiedergegeben wurden, dann waren es Statements wiederum aus der Politik, diesmal von Rechtskonservativen oder Ultrarechten.
18. Die Besonderheit der Regionalpresse, dass sie in ihren Lokalteilen die Nah- und Alltagswelt der Menschen durchleuchtet und Vorgänge wie auch Probleme quasi hautnah recherchieren kann, wurde im Jahr 2015 für die Flüchtlingsthematik nicht genutzt. Die vergleichsweise wenigen Texte, die Probleme oder Konflikte thematisierten, sind fast ausnahmslos Veranstaltungsberichte und insofern keine journalistischen Eigenleis-

tungen. Nur in seltenen Ausnahmefällen wurden abweichende Positionen wie auch behördliche Fehlleistungen untersucht oder Fachwissen eingeholt und ausgewertet oder dialogisch aufbereitet. Bis Ende des Jahres 2015 wurden die Leistungen, die wir einleitend mit „diskursivem Journalismus“ umrissen haben, nicht erbracht.

19. Die in der Einführung gestellte Frage, ob es bei der Vermittlung des Flüchtlingsthemas zwischen Bundespolitikern, den Leitmedien und den Folgemedien (lokale Presse) in Bezug auf die politische Linie der Bundeskanzlerin eine Konsonanz gab, haben unsere Analysen bejaht. Um dies zu erklären, bietet sich zur schon besprochenen Indexing-Hypothese das Konzept des „politischen Framings“ (Reese 2007: 150 f.; Wehling 2016: 45 ff.) an. Es geht davon aus, dass vermittelt durch die Medien ein thematischer Kontext erzeugt wird, der eine bestimmte politische Zielstellung oder Einstellung verbindlich macht und zum Common Sense erhebt. Die Textanalysen belegen – was die Sinnfüllung des Narrativs „Willkommenskultur“ betrifft – einen hohen Gleichklang zwischen den Politiker- und den Medienaussagen. Von daher ist die Deutung gut gestützt, dass mit dem „Framing“ des Komplexes Flüchtlingspolitik/Willkommenskultur eine spezifische Diktion verbreitet wurde, die im Frühsommer 2015 die öffentliche Meinung so stark prägte, dass abweichende Positionen nicht mehr gehört wurden. Wie dies im Hinblick auf die Einstellungen in der Bevölkerung zu deuten ist, kann diese

Untersuchung nicht beantworten. Hierfür sind Theoreme erforderlich, auf die ich im folgenden zweiten Abschnitt eingehe.

20. Auf die mit dem Stichwort Silvesternacht 2015/16 etikettierten Ereignisse folgte ein veränderter – man könnte sagen: differenzierterer – Umgang mit dem Megathema „Flüchtlinge in Deutschland“. Im ersten Quartal 2016 wird die Tonalität der Zeitungsberichte zurückhaltender, in Bezug auf die Praxis der Flüchtlingspolitik auch skeptischer. Die Sorgen und Ängste vieler Menschen zumal in den Großstädten werden vorübergehend thematisiert. Im Januar 2016 finden sich auch viele Zeitungsberichte, die, entgegen journalistischen Sorgfaltspflichten, in ihren Berichten über Normverstöße junge Migranten und Asylsuchende unter Täterverdacht stellen. Es entsteht der Eindruck, als wollten viele Journalisten jetzt überflüssig nachholen, was sie zuvor versäumt hatten.

Diskussion der Befunde

Diese Zusammenfassung könnte manchen Leser zu der Fehldeutung verleiten, es ginge um eine Kritik am Journalismus, die der Vorurteilsbestätigung diene, Motto: Wir haben's doch immer schon gesagt, hier ist der Beweis!⁷⁸ Demgegenüber ist Folgendes festzuhalten: Unsere Studie beschäftigte sich nicht mit der Frage, welche Einstellung zur Flüchtlingsthematik

die moralisch bessere oder schlechtere sei. Wir haben uns auch nicht für die politische Haltung von Journalisten oder Redaktionen interessiert. Auch wurden keine Überprüfungsrecherchen vorgenommen, um den Wahrheitsgehalt von Berichten zu untersuchen. Leider konnten wir auch keine semantische Analyse ausgewählter Texte durchführen, wiewohl dies aufschlussreich gewesen wäre und vermutlich manchen differenziert abgefassten, stilistisch ausgezeichneten Beitrag ans Licht gefördert hätte.

Die Studie ging vielmehr, wie in der Einführung dargelegt, von demokratietheoretisch begründeten, mithin normativen Anforderungen an den Informationsjournalismus aus. Dieser Ansatz ist als Bezugsrahmen mitzudenken, wenn es um die Bewertung der Befunde geht. Läge der Analyse ein Verständnis zugrunde, dem zufolge der Informationsjournalismus vor allem dazu da sei, Intentionen und Strategien der politischen Akteure dem Publikum zu vermitteln, könnte man unsere Ergebnisse als Beleg dafür nehmen, dass er diese Aufgabe aufs Beste erfüllt hat. Aus Sicht unseres Ansatzes jedoch ist dies eine Leistung, die von der Politik-PR zu erbringen wäre (und erbracht wird). Sie kollidiert nicht nur mit dem normativen Anspruch des diskursiven Journalismus, sondern auch mit unstrittigen Professionsregeln des Qualitätsjournalismus. Wie dargelegt, verlangt dieser

⁷⁸ An der Jahreskonferenz des Netzwerks Recherche im Juli 2016 stellte der Verfasser erste Befunde der Studie vor, die wenig später zum „Beweis“ für Journalistenbashing umgedeutet und von Medienkritikern vor allem der politisch rechten Szene kolportiert wurden (z. B. <https://www.frau-ke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/196-afd-sachsen-studie-zur-fluechtlingsberichterstattung-ist-armutszeugnis-fuer-qualitaetsmedien>; abgerufen Januar 2017).

Anspruch, dass das politische Handeln aus unabhängiger Sicht kritisch beobachtet und bei gesellschaftlich folgenreichen Großthemen die verschiedenen am Thema beteiligten Gruppen in die Berichterstattung einbezogen werden.

Doch auch innerhalb dieses Rahmens lassen sich Einwände gegen die Aussagekraft unserer Befunde vorbringen. Sie beziehen sich auf die methodologische Ebene. Ein Vorbehalt könnte lauten, dass unsere Kategorie der relevanten Akteure und Sprecher (Erstgenannte und/oder wiederholt Genannte) nicht valide sei, weil es dem Berichtersteller freigestellt ist, wann und wie oft er im Laufe eines Berichts seine Protagonisten zur Sprache bringt. Unsere Vorabstudien zum Aufbau nachrichtlicher Texte ergaben indessen, dass mehr als vier von fünf Texten dem klassischen Nachrichtenaufbau insofern folgen, als die im Thema agierenden Hauptpersonen tatsächlich zuerst und/oder wiederholt genannt werden. Abweichungen konnten wir nur bei wenigen erzählenden Texten beobachten (dieses Genre machte insgesamt nur 6 Prozent aus), und auch nur dort, wo sie darauf verzichteten, ihre Hauptakteure im Titelkomplex (Überschrift, Vorspann usw.) zu nennen. Unserer Durchsicht nach betrifft dies weniger als 3 Prozent der Texte. Dass diese Kategorie („relevante Akteure und Sprecher“) bei den offeneren Kommentarformen eine größere Unschärfe zeigt, habe ich in Teil 3 der Studie bereits erörtert.

Ein weiterer Einwand könnte lauten, dass diese Kategorie überhaupt ein Artefakt sei.

Denn die Gesamtheit aller in den Zeitungstexten Genannten ist unserer Auswertung zufolge rund dreimal so groß. Es könne darum sehr wohl sein, so der Einwand, dass eigentlich wichtige, unter der Relevanz-Definition nicht anzutreffende Personengruppen an anderen Stellen im Bericht doch Erwähnung finden. Dieser Einwand ist in der Sache zutreffend. Allerdings war es uns nicht möglich, alle annähernd 10.000 in den Zeitungstexten erwähnten Akteure und Sprecher detailliert zu analysieren. Mit der Relevanz-Kategorie wurde die Gesamtheit der in den Texten erwähnten Akteure/Sprecher auf jene verdichtet, die vom Berichtersteller oder Kommentator bzw. der Redaktion als wichtig/bedeutsam/aussagestark eingeschätzt wurden. Diese Gewichtung zeigt sich ja auch durch die Aufbereitung und Präsentation der Texte (siehe oben). Daher ist die Annahme begründet, dass auch die Zeitungsleser dieser Gewichtung folgen und die erst- und/oder wiederholt genannten Akteure als Protagonisten des Themas wahrnehmen. Diese Kategorie erfasst damit zwei für unsere Forschungsfrage bedeutsame Merkmale: erstens das Relevanzverständnis des Journalisten (nicht grundlos hat er diesen und nicht jenen Akteuren oder Sprechern so viel Bedeutung gegeben); zweitens die Relevanz-Adaption durch die Rezipienten (sie nehmen zur Kenntnis, dass offenbar diese und nicht jene Akteure oder Sprecher bedeutsam sind). Wir meinen deshalb, dass diese Kategorie deutlich zeigt, ob und wie (Fokus) der Informationsjournalismus auf der Akteurebene Komplexität reduziert.

2. Thesen zur Wirkung der Flüchtlingsberichterstattung

Unser normativer Forschungsansatz galt der strukturellen Ebene des Mediensystems. Auf dieser Ebene verweisen die Ergebnisse auf gravierende Dysfunktionen des Informationsjournalismus als Teil der sogenannten Mainstreammedien.⁷⁹ Diese Störungen haben sich so tief eingefressen, dass sie von Journalisten oder einzelnen Redaktionen vermutlich für normal gehalten, das heißt nicht als solche wahrgenommen oder gar problematisiert werden. Dies könnte erklären, warum die meisten tagesaktuellen Medien bis zur Silvesternacht 2015/16 nicht erkannt hatten, dass sich durch die Gesellschaft ein mentaler Graben zieht, der den weltoffen-liberal denkenden Teil der Bevölkerung – Leser der Leitmedien – vom konservativ-liberal bis nationalistisch eingestellten Teil trennt. Unsere These lautet, dass die in den zwanzig Punkten zusammengefassten Dysfunktionen diesen polarisierenden und insofern desintegrativen Prozess massiv gefördert haben.

Mit dieser These betreten wir das spekulative Feld der Medienwirkung. Einerseits verfügen wir über valide Befunde aus den Inhaltsanalysen. Doch sie allein erlauben keine Aussagen über das, was in den Köpfen des Publikums vorging. Um hier Deutungssicherheit zu gewinnen, müssen wir andererseits den demoskopisch ermittelten Einstellungswandel

in den Blick nehmen. Und um beides – Medienaussagen und Einstellungswandel – in einen erklärenden Zusammenhang zu bringen, benötigen wir gleichsam als Brückenschlag ein plausibles Wirkungsmodell. Im Folgenden möchte ich deshalb zunächst einige demoskopische Befunde referieren und dann den Zusammenhang anhand erprobter Wirkungshypothesen herstellen und begründen.

Wie sich die Meinungen ändern

Ein fremdenfreundliches Deutschland? Zu Beginn des zweiten Teils haben wir den erstaunlich radikalen Einstellungswandel in der Erwachsenenbevölkerung Deutschlands geschildert. Noch vor sechs, sieben Jahren hatte das Meinungsklima ja noch deutlich anders ausgesehen. Laut den zitierten Erhebungsdaten der Migrationsforschung zeigte damals mehr als die Hälfte der Bevölkerung deutliche „Überfremdungsängste“, und mehr als ein Drittel hielt die „kulturellen Unterschiede“ vor allem der muslimischen Migranten gar für gefährlich (Zick/Küpper 2012: 171 f.). Dieser Stimmungslage stellten wir die von TSN Emnid drei Jahre später, Anfang 2015, durchgeführte Erhebung gegenüber, der zufolge die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen zuwandernde Fremde willkommen heiße und vom friedlichen Zusammenleben mit den Flüchtlingen überzeugt sei (vgl. S. 54). Ein knappes Jahr später, im Winter 2015/16, zeichneten neue Erhebungen eine in Bezug

⁷⁹ Zum Begriff vgl. Krüger (2016: 39 ff.). Auf dieselben Dysfunktionen verweist die Beispielsammlung aus der Berichterstattung über internationale Politik der Mainstreammedien bei Teusch (2016).

auf Migranten/Flüchtlinge wiederum markant veränderte Einstellung. Jetzt fühlten sich zwei Drittel der Befragten eher bedroht (ZDF-Politbarometer Januar 2016), und 52 Prozent fanden die „Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge“ eher beängstigend (Forsa-Umfrage Februar 2016⁸⁰). Eine andere Erhebung ergab (TNS im Auftrag des *Spiegels*), dass „82 Prozent Merkels Flüchtlingspolitik ablehnen“ („Große Mehrheit fordert Korrektur der Flüchtlingspolitik“, Spiegel Online 09.09.2016).

Solche Daten sind volatil und ähneln Momentaufnahmen, in denen sich aktuelle Erlebnisse und Nachrichten spiegeln. Sie referieren darum auf die Medienberichterstattung. Denn knapp drei Viertel der Erwachsenenbevölkerung informierten sich über Vorgänge zum Komplex Flüchtlinge/Willkommenskultur mittels der klassischen Medien (Kröcher 2015). Und hier öffnet sich derselbe Graben, von dem oben in Bezug auf das Flüchtlingsthema die Rede war. Im Oktober 2015 untersuchte das Demoskopische Institut Allensbach die Einstellung der Bevölkerung zu den Informationsmedien. Auf die Frage, ob „die Medien ein zutreffendes Bild der Flüchtlinge“ zeichnen, antworteten 53 Prozent mit Nein, 22 Prozent blieben unentschieden. Demnach war nur eine Minderheit von 25 Prozent überzeugt, dass die Medien zutreffend berichtet hätten. Fast jeder Zweite nannte die Berichterstattung einseitig. Zugleich fanden mit 95 Prozent praktisch alle

Befragten, dass „Macht und Einfluss der Medien in Deutschland“ groß oder sehr groß seien (Kröcher 2015).

Tiefe Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien

Auch wenn oft abstrakt und insofern diffus gefragt wird und die hier zitierten Erhebungen wegen unterschiedlicher Fragestellungen und Befragungsmethoden entsprechend unterschiedliches abbilden,⁸¹ so wird doch deutlich, dass im Herbst/Winter 2015/16 sehr viele Menschen auf das von den Medien gezeichnete Bild „Flüchtlinge/Willkommenskultur“ wie desillusioniert reagierten und generell über die Informationsmedien deutlich enttäuscht, auch misstrauisch urteilten.

Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung glaubt seither, der Journalismus werde offenbar gezwungen, systemkonform und insofern manipulierend zu berichten: Ende 2016 äußerten sich viele überzeugt, die Regierung würde festlegen, worüber die sogenannten Mainstreammedien berichten und worüber nicht. In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zum Thema: „Vertrauen Sie den Medien?“ der Universität Mainz hielten 55 Prozent der Befragten es für möglich, dass „die Bevölkerung in Deutschland von den Medien systematisch belogen“ werde (19 Prozent „eher/voll oder ganz“, 36 Prozent „teils, teils“). Dass in den Medien „neutrale

80 Unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/fluechtlinge--das-denken-die-deutschen-wirklich-6737204.htm> (abgerufen Januar 2017).

81 Dass Meinungsbefragungen kommerzieller Institute oftmals keine validen Ergebnisse produzieren, erläutert: <https://sciencefiles.org/2015/10/31/der-meinungsforschungskrieg-um-die-luegenpresse/> (abgerufen Januar 2017).

Berichterstattung und wertende Kommentare oft vermischt werden“, trifft für 38 Prozent „eher/voll oder ganz“ zu, weitere 33 Prozent finden dies „teils, teils“. Und auch dies ist aufschlussreich: 37 Prozent stimmen „eher/voll oder ganz“ (und 38 Prozent „teils, teils“) der Ansicht zu, dass die Medien „grundsätzlich nicht über berechnete Meinungen berichten, wenn sie diese für unerwünscht halten“. Und schließlich stimmen 26 Prozent „eher/voll oder ganz“ und weitere 31 Prozent „teils, teils“ der Ansicht zu, „Medien und die Politik arbeiten Hand in Hand, um die Bevölkerungsmeynung zu manipulieren“.⁸²

Schweigespirale und Reaktanz

Um die mit dieser tiefgreifenden Enttäuschung verbundenen Effekte zu verstehen, bietet sich das Modell der Schweigespirale an. Es wurde von der Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann Ende der 1970er Jahre ausgearbeitet – ein Makro-Konzept, das eine spezifische Dynamik in der öffentlichen Meinungsbildung erklärt. Ihm zugrunde liegt die sozialanthropologisch gestützte Auffassung, dass jedes Individuum Anerkennung in seiner sozialen Umgebung, also auch Anschluss und Respekt finden möchte: „Die Furcht vor Isolation erscheint als die treibende Kraft, die den Prozess der Schweigespirale in Gang setzt“ (Noelle-Neumann 1980: 20).

Wer eine gegenüber der tonangebenden Meynung abweichende Auffassung hat, der schweige lieber, aus Angst gemieden und isoliert zu werden. Dies geschieht natürlich kaum bei abstrakten oder belanglosen Themen, vielmehr dann, wenn – wie hier bei der Fremden- und Flüchtlingsfrage – der Meinungskampf ‚moralisch aufgeladen‘ ist und der Einzelne fürchtet, als moralisch *schlecht* zu erscheinen. Befunde stützen die These, dass dieses Verhalten bei unsicheren und sozial schwächeren Menschen verbreiteter ist als etwa unter selbstbewussten Entscheidern.⁸³

Die Dynamik („Spirale“) kommt in Gang, wenn die vermeintlich vorherrschenden Auffassungen nach und nach als feste Mehrheitsmeynung dargestellt und zugleich davon abweichende oder konträre Positionen im Mediendiskurs immer schwächer werden. Dabei bleibt in der Öffentlichkeit verborgen, welche Position die tatsächliche Mehrheitsmeynung abbildet (Noelle-Neumann bezog ihre Thesen auf das bei Befragungen geäußerte Wählerverhalten im Vergleich zur Entscheidung in der Wahlkabine – Diskrepanzen, die wohl auch im Zusammenhang mit der US-Präsidentenwahl 2016 offenbar wurden). Jedenfalls sind diejenigen, die sich ins Schweigen zurückziehen, die Frustrierten.

Gegen das Modell der Schweigespirale wurden gewichtige Einwände erhoben und differenzierende Studien durchgeführt.⁸⁴ Für

⁸² Jakob u. a. 2017.

⁸³ Vgl. die Forschungen des Teams von George Gerbner zur sogenannten Kultivierungsanalyse (Gerbner u. a. 1982) sowie die Studien zum sogenannten Third-Person-Effect (Davison 1983; Perloff 1993), dem zufolge Menschen „die anderen“ für stärker beeinflusst halten als sich selbst und sich darauf einstellen.

⁸⁴ Ein durch Studien erhärteter Einwand lautet: Schweigespiralen-Effekte sind eher an Milieus gebunden und hängen, wenn überhaupt, weniger von einem Medium als von Eigenheiten des jeweiligen soziokulturellen Milieus ab. Eine Übersicht über die Diskussion dieser Theorie findet sich bei Bonfadelli (1999: 149 ff.) und Schenk (2007: 526-577).

unsere Thematik sind jene Befunde brauchbar, die einen Schweigespiralen-Effekt dort aufgespürt haben, wo es (a) um moralisch besetzte Einstellungen sowie (b) um räumliche und/oder soziale Nähe geht.⁸⁵ Dies trifft auf den Nachbar-, Vereins- und Kollegenkreis zu, mithin auf die lokale Lebenswelt, in der in erster Linie die Lokal- und Regionalzeitungen Orientierung bieten und das Meinungsklima prägen.⁸⁶ Unter diesem Blickwinkel ist unser Befund bedeutsam, dass in der Flüchtlingsthematik – festgemacht am Narrativ Willkommenskultur – die Lokal-/Regionalpresse dem auf die Parteien und die Wirtschaftspolitik zentrierten „Frame“ der Leitmedien folgte und so als deren Verstärker funktionierte.

Von der Frustration zur Wut und zu „alternativen Ventilen“?

Eine mögliche Erklärung des Zusammenhangs zwischen Medienaussagen, Medienenttäuschung und Einstellungswandel ist, dass die Politiker in den Jahren nach 2012 – dies zeigten die Textanalysen im zweiten Teil – dem Narrativ Willkommenskultur zu einer persuasiven Macht verhalfen, die im medialen Diskurs zur

Kampagne gesteigert wurde und Einwände als moralisch „unanständig“ erscheinen ließ.⁸⁷ Indem die mit dem „Frame“ Flüchtlinge/Willkommenskultur transportierte Bedeutung als quasi herrschende Meinung (man ist geneigt zu sagen: alternativlos) auftrat, sahen sich diejenigen, die anderer Auffassung waren, moralisch ins Unrecht gesetzt.⁸⁸ Viele zogen sich frustriert zurück. Aber schwiegen sie?

Nun stammt das Schweigespiralen-Modell aus der Zeit der analogen Medien, als das Publikum als passiver Empfänger der Nachrichten gesehen wurde. Dies hat sich mit den sozialen Medien des Internets dramatisch verändert. Viele der Betroffenen wollen nicht verstummen, sondern suchen nach anderen Kanälen und Foren, um ihrer Frustration umso heftiger Luft zu machen. In den Medienwissenschaften verwendet man hierfür den aus der Verhaltenspsychologie entlehnten Begriff der *Reaktanz* (Brehm 1966; Brehm/Brehm 1981). Dieses Theorem geht davon aus, dass in der heutigen Gesellschaft die Individuen „eigentlich“ frei denken und handeln möchten (ungeachtet der Definition von Freiheit). Wenn sie sich moralisch unter Druck gesetzt fühlen, wirkt

85 Zur Renaissance des Modells für die Erklärung entsprechender Schweige-Effekte in den Social Media siehe die Studie des Pew Research Center, online unter: <http://www.pewinternet.org/2014/08/26/social-media-and-the-spiral-of-silence/> (abgerufen Januar 2017).

86 Vgl. Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 7040 und 11024.

87 Eine (polemisch zugespitzte) Kritik an der von ihm als Marketing erlebten Kampagne der Parteien formulierte der Kabarettist Wilhelm Hindemith am 3. September 2015 in der *Badischen Zeitung* (Erster Satz: „Schon wie Politiker das Wort ‚Willkommenskultur‘, meist mit aggressivem Unterton, verbreiten, macht deutlich, dass es sich um ein unechtes Gefühlswort handelt, um nichts als Kitsch“).

88 Im Sommer 2015 haben wir aus Radio- und TV-Diskussionen folgende Common-Sense-Ansichten gesammelt: (a) Notleidenden und so auch Geflüchteten hat man zu helfen, nicht weil man ein „Willkommenheißender“ sein möchte, vielmehr weil Notleidenden zu helfen per se ein humanitäres Gebot bedeutet. (b) Das Willkommenheißer wirkt selbstgefällig bzw. selbstgerecht. (c) Diese Kampagne wird von Flüchtlingen als unbeschränkte Einladung missverstanden. (d) Eine gesellschaftsweit proklamierte „Kultur“ ergibt keinen Sinn. (e) Es handelt sich um eine kampagnenartige Stimmungsmache bzw. ein Ablenkungsmanöver der Regierung.

dies wie eine Art Freiheitsentzug, gegen den sie sich zur Wehr setzen. In der interaktiven Onlinewelt eignen sich hierfür vor allem Blogs und Postings auf den Web-Plattformen der Social Media (Facebook), die den Wütenden das Gefühl vermitteln, unter Gleichgesinnten zu sein (sogenannter Echokammer-Effekt) – was dazu führt, „dass beleidigende und strafrechtlich relevante Äußerungen hemmungsloser getätigt werden“ (Neumann/Arendt 2016: 252). Vielerorts eskalierte die zunehmend aggressiv ausgelebte Wut im Herbst 2015 zu Hasskommentaren, von denen manche zu Straftaten aufriefen. Die *Bild-Zeitung* reagierte Ende Oktober 2015 mit der Rubrik „Pranger der Schande“, indem sie Profilenames und -bilder der Verfasser solcher Äußerungen publizierte.⁸⁹ Auch dies bewirkte kein Verstummen, sondern führte dazu, „dass sich Personen des harten Kerns ein anderes, alternatives ‚Ventil‘ gesucht haben“ (ebd.: 262).

Dieser polarisierende Graben spiegelt, wie oben als These vertreten, die konträren Meinungen über die Glaubwürdigkeit der Medien. Die erwähnte Repräsentativbefragung der Universität Mainz hatte einige Fragen bereits 2008 und 2015 gestellt. Deshalb konnten zwei gegenläufige Trends nachgewiesen werden: Einerseits stieg der Anteil der Bevölkerung, der der Aussage „Man kann den Medien eher/voll und ganz vertrauen“ zustimmte, von 29 Pro-

zent (2008) auf 40 Prozent (Ende 2016). Andererseits stieg auch der Anteil jener, die der Aussage zustimmten: „Man kann den Medien eher nicht/überhaupt nicht vertrauen“ von 9 Prozent (2008) auf 24 Prozent.⁹⁰ Das Auseinanderdriften und die Ausweitung der zwei gegensätzlichen Auffassungen lassen sich als Indikator für die fortschreitende Segmentierung der Gesellschaft, in unserem Zusammenhang: für den Bruch im gesellschaftlichen Diskurs, lesen. Sie sind ein Indikator für den Trend, der die (in der Einführung genannten) isolierten Kommunikationsinseln gebiert, weil er das vielleicht Wichtigste verhindert: diskursiv funktionierende Verständigungsprozesse, wie sie der Informationsjournalismus erbringen soll.⁹¹

„Ein guter Journalist redet mit jedem“

Im weiteren Verlauf des Jahres 2016 – dies soll nicht unterschlagen werden – haben sich verschiedene – darunter auch kleine – Zeitungsredaktionen mit Eigenleistungen nachzuholen bemüht, was sie während der langen Willkommenskultur-Euphorie-Ära unterlassen hatten: den Reden der Politiker mit Skepsis begegnen, bei den Wortführern kritisch nachfragen, den Darstellungen der Behörden genauer auf den Grund gehen, abweichende Positionen thematisieren, Betroffenen-Erzählungen hinterfragen, die Rechthaberei been-

89 „Längst ist die Grenze überschritten von freier Meinungsäußerung oder Satire zum Aufruf zu schwersten Straftaten bis zum Mord. BILD reicht es jetzt: Wir stellen die Hetzer an den Pranger!“ (Bild-Zeitung 20.10.2015).

90 Jakob u. a. 2017 (<http://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/17587#!prettyPhoto>). Allerdings war die Stichprobengröße von 2015 (n=525) für eine differenzierte Auswertung m. E. problematisch.

91 Unsere Kritik an der Funktionalität bezieht sich in dieser Studie auf den tagesaktuellen Informationsjournalismus und nicht auf „entschleunigte“ Medien (wie Wochenzeitungen und -magazine).

den, eigene Fehldeutungen eingestehen.⁹² Ob infolgedessen nun im misstrauisch gewordenen Teil der Bevölkerung ein Einstellungsumschwung in Gang kommt, wird sich wohl erst in den nächsten Jahren zeigen.

Als Zeichen, dass einige der in dieser Studie aufgezeigten Fehlentwicklungen inzwischen auch von publizistischen Meinungsführern erkannt worden sind, zitiere ich zum Abschluss aus einem Interview, das der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Mathias Döpfner, im Februar 2017 der Deutschen Presseagentur gab.⁹³ „Wir sehen einen wachsenden Graben zwischen politischen Eliten und den Medien auf der einen Seite und der sogenannten normalen Bevölkerung auf

der anderen. Das muss man ernst nehmen. Ein guter Journalist redet mit jedem, auch mit halbseidenen Figuren, zur Not auch mit Verbrechern und Diktatoren, aber hält bei allen, selbst bei Idealisten und Weltverbesserern, den nötigen Abstand. Und dieser Abstand ist in einigen Fällen immer geringer geworden. Manche Journalisten verstehen sich inzwischen als Politikberater und betreiben einen Journalismus, der sich an ein paar Eingeweihte richtet, denen sie Codewörter zurufen. Der eigentliche Empfänger ist nicht mehr der normale, intelligente, aufgeschlossene, aber nur bedingt informierte Leser, sondern die Kollegen, Politiker, Künstler oder Wirtschaftsführer.“

⁹² Unserer Beobachtung zufolge haben sowohl *Der Spiegel* wie auch *Die Zeit* bereits im Herbst 2015 manche Defizite erkannt und in der Folge – dies gilt für *Die Zeit* – eigene Fehlhaltungen reflektiert und publizistisch artikuliert.

⁹³ Online: www.welt.de/wirtschaft/article161717645/Was-Wahrheit-ist-definiert-keine-Regierung.html (abgerufen März 2017).

Anhang

Daten der Analyse der redaktionellen Texte über die zehn Großereignisse	148
Analyse von 30 ausgewählten Kommentaren aus den untersuchten Leitmedien	155
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	166
Literatur.....	168
Hinweise zum Autor	176

Zur Methodologie

Die Definition der Untersuchungsgegenstände, die Beschreibung der benutzten Verfahren und Methoden sowie der Instrumente der Inhaltsanalysen inklusive des Codebuchs, weiter der Codiererbericht und die Verfahren zur Generierung des Datenbank-Korpus für die Textanalysen (Textmining): Die Dokumentation all dessen ist für diese Printpublikation deutlich zu umfangreich. Für Interessierte steht der komplette Methodenteil zum Herunterladen bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de.

Tabelle 28:

Die Darstellungsformen in den redaktionellen Texten über die Großereignisse des Flüchtlingsthemas (n=1.687 Texte)

	Bericht	Kommentar/ Glosse	Meldung	Reportage, Porträt	Interview	Bildnachricht	Schlagzeile, Anreißer	Serie	Sonstiges	Fremdbeitrag	Summe
E1: Brief dreier Länderchefs betr. besseres Bleiberecht	12	5	1	1	1	0	0	0	0	3	23
	52,2 %	21,7 %	4,3 %	4,3 %	4,3 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	13,0 %	100,0 %
E2: Statistik Flüchtlinge in Deutschland	20	8	7	2	0	0	1	0	0	1	39
	51,3 %	20,5 %	17,9 %	5,1 %	0,0 %	0,0 %	2,6 %	0,0 %	0,0 %	2,6 %	100,0 %
E3: Tröglitz	22	9	5	5	1	0	1	3	0	6	52
	42,3 %	17,3 %	9,6 %	9,6 %	1,9 %	0,0 %	1,9 %	5,8 %	0,0 %	11,5 %	100,0 %
E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	41	14	3	4	6	0	0	0	3	14	85
	48,2 %	16,5 %	3,5 %	4,7 %	7,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	3,5 %	16,5 %	100,0 %
E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	154	48	23	23	12	2	7	7	8	21	305
	50,5 %	15,7 %	7,5 %	7,5 %	3,9 %	0,7 %	2,3 %	2,3 %	2,6 %	6,9 %	100,0 %
E5b: Heidenau	109	52	29	33	6	2	5	2	10	29	277
	39,4 %	18,8 %	10,5 %	11,9 %	2,2 %	0,7 %	1,8 %	0,7 %	3,6 %	10,5 %	100,0 %
E5c: Merkel: Wir schaffen das	127	41	28	17	12	1	4	1	9	31	271
	46,9 %	15,1 %	10,3 %	6,3 %	4,4 %	0,4 %	1,5 %	0,4 %	3,3 %	11,4 %	100,0 %
E6: Grenzöffnung/Grenzkontrollen	54	19	1	6	1	0	5	1	2	13	102
	52,9 %	18,6 %	1,0 %	5,9 %	1,0 %	0,0 %	4,9 %	1,0 %	2,0 %	12,7 %	100,0 %
E7: Obergrenzen und Transit-zonen	154	56	14	10	19	0	3	8	8	13	285
	54,0 %	19,6 %	4,9 %	3,5 %	6,7 %	0,0 %	1,1 %	2,8 %	2,8 %	4,6 %	100,0 %
E8: Silvesterereignisse	127	44	6	7	16	2	6	4	8	28	248
	51,2 %	17,7 %	2,4 %	2,8 %	6,5 %	0,8 %	2,4 %	1,6 %	3,2 %	11,3 %	100,0 %
Gesamt	820	296	117	108	74	7	32	26	48	159	1.687
	48,6 %	17,5 %	6,9 %	6,4 %	4,4 %	0,4 %	1,9 %	1,5 %	2,8 %	9,4 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 29:

Die Zuständigkeitsbereiche der Akteure/Sprecher in den berichtenden Texten im Überblick (n=3.308 Akteure)

	E1: Drei Länderchefs: besseres Bleiberecht	E2: Statistik Flüchtlinge in Deutschland	E3: Tröglitz	E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	E5b: Heidenau	E5c: Merkel: Wir schaffen das	E6: Grenzöffnung/Grenzkontrollen	E7: Obergrenzen und Transitzonen	E8: Silvesterereignisse	Gesamt
Politik-Ebene (institutionell)	80,5 %	72,0 %	75,5 %	65,8 %	57,3 %	58,4 %	52,2 %	67,8 %	83,0 %	50,4 %	62,5 %
Kommunale und stadtnahe Einrichtungen	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,5 %	0,8 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,6 %	0,3 %
Verwaltung auf Bundes- und Landesebene	2,4 %	1,3 %	3,9 %	3,3 %	5,4 %	2,1 %	2,7 %	1,5 %	0,2 %	1,3 %	2,4 %
Wirtschaft	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	1,2 %	1,0 %	4,1 %	4,5 %	0,7 %	0,6 %	1,5 %
Kirche, Religion	2,4 %	0,0 %	1,0 %	2,0 %	1,1 %	1,4 %	1,6 %	1,0 %	1,9 %	0,8 %	1,3 %
Einrichtungen Kultur & Bildung	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	1,9 %	1,4 %	1,2 %	0,0 %	0,3 %	0,8 %	0,9 %
Soziale Einrichtungen, Medizin, Gesundheit usw.	2,4 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	2,9 %	2,3 %	1,2 %	0,5 %	0,7 %	0,4 %	1,4 %
Rettungshilfsdienste	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	0,5 %	0,2 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %
Medien	0,0 %	0,0 %	2,9 %	0,7 %	3,2 %	3,7 %	4,7 %	6,0 %	2,0 %	8,5 %	4,0 %
Sport	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,4 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,1 %
Judikative	0,0 %	6,7 %	3,9 %	2,6 %	5,9 %	11,5 %	11,1 %	9,0 %	3,0 %	18,4 %	8,8 %
Militär	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,9 %	0,8 %	0,2 %	0,5 %	0,2 %	0,0 %	0,4 %
Interessenverbände	2,4 %	4,0 %	3,9 %	2,0 %	3,4 %	2,5 %	4,7 %	1,0 %	1,5 %	4,0 %	3,0 %
Internationale NGOs	0,0 %	1,3 %	0,0 %	2,0 %	1,1 %	0,8 %	0,2 %	0,0 %	0,2 %	0,0 %	0,5 %
Fachmann, Experte, Gutachter	0,0 %	0,0 %	0,0 %	3,9 %	0,3 %	0,6 %	0,0 %	0,0 %	1,0 %	0,6 %	0,6 %
Personen	4,9 %	10,7 %	6,9 %	10,5 %	11,7 %	11,1 %	11,3 %	7,5 %	2,4 %	9,5 %	9,0 %
Unpersönliche Quellen	4,9 %	4,0 %	2,0 %	5,3 %	2,8 %	1,4 %	4,3 %	0,5 %	3,0 %	3,8 %	3,0 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 30:

Die in den berichtenden Texten genannten Quellen/Akteure/Sprecher (n=3.308 Akteure/Sprecher)

	E1: Drei Länderchefs	E2: Statistik	E3: Tröglitz	E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	E5b: Heidenau	E5c: Merkel: Wir schaffen das	E6: Grenzöffnung/Grenzkontrollen	E7: Obergrenzen und Transitionen	E8: Silvesterereignisse	Anteil*	
Politik (Ebene allgemein/institutionell/personenbezogen)												
EU-Ebene	2,4 %	4,0 %	1,0 %	16,4 %	3,7 %	2,3 %	3,5 %	2,0 %	3,7 %	0,2 %	3,4 %	
Internationale Staatenbünde und Organisationen – UNO etc.	2,4 %	2,7 %	–	3,3 %	1,1 %	0,8 %	1,6 %	0,5 %	0,3 %	0,2 %	0,9 %	
Ausland – nichtdeutsche Regierung, Parlament, Ministerien etc.	4,9 %	8,0 %	–	28,3 %	13,0 %	10,9 %	16,8 %	12,6 %	5,1 %	3,6 %	10,6 %	
Bundesebene – Regierung, Parlament, Ministerien, Bundesrat	29,3 %	34,7 %	21,6 %	16,4 %	18,2 %	25,2 %	16,0 %	30,7 %	46,0 %	28,2 %	26,6 %	
Landesebene – Regierung, Parlament Ausschüsse, Kommissionen	41,5 %	20,0 %	16,7 %	0,7 %	16,0 %	14,3 %	10,3 %	11,6 %	22,7 %	15,7 %	15,5 %	
Regionale und kommunale Ebene – Land-/Kreistag, Landrat, Stadtrat	–	2,7 %	36,3 %	0,7 %	5,2 %	4,9 %	4,1 %	10,6 %	5,2 %	2,5 %	5,6 %	
Kommunale und stadtnahe Einrichtungen	–	–	–	–	0,5 %	0,8 %	–	–	–	0,6 %	0,3 %	
Verwaltung auf Bundes- und Landesebene												
EU-Ebene	–	–	–	0,7 %	0,2 %	–	–	–	–	–	0,1 %	
Bundesebene, z. B. Bundeskartellamt, Finanzamt, Bundeskriminalamt	2,4 %	1,3 %	–	0,7 %	2,5 %	2,1 %	2,7 %	1,0 %	0,2 %	0,8 %	1,5 %	
Landesebene, z. B. Statistisches Landesamt	–	–	3,9 %	–	2,3 %	–	–	–	–	0,2 %	0,6 %	
Regionale und kommunale Ebene, z. B. Regierungspräsidium, Landratsamt, Rathaus, Ordnungsamt	–	–	–	–	0,5 %	–	–	0,5 %	–	0,2 %	0,2 %	
Ausland	–	–	–	2,0 %	–	–	–	–	–	–	0,1 %	
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	
Wirtschaft	–	–	–	0,7 %	1,2 %	1,0 %	4,1 %	4,5 %	0,7 %	0,6 %	1,5 %	
Kirche, Religion	2,4 %	–	1,0 %	2,0 %	1,1 %	1,4 %	1,6 %	1,0 %	1,9 %	0,8 %	1,3 %	
Einrichtungen aus dem Bereich Kultur und Bildung	–	–	–	–	1,9 %	1,4 %	1,2 %	–	0,3 %	0,8 %	0,9 %	
Soziale Einrichtungen, Medizin, Gesundheit, Rettungsdienste	2,4 %	–	–	0,7 %	2,9 %	2,3 %	1,2 %	0,5 %	0,7 %	0,4 %	1,4 %	
Rettungshilfsdienste (nicht rein medizinisch)	–	–	–	0,7 %	0,5 %	0,2 %	0,2 %	–	–	–	0,2 %	

Medien											
Rundfunk – Fernsehen und Radio	–	–	–	–	0,5 %	–	–	–	0,5 %	0,6 %	0,3 %
Zeitung, Zeitschrift (online wie offline), Agentur, Bildagentur	–	–	–	–	0,8 %	1,2 %	1,6 %	2,0 %	0,5 %	3,6 %	1,3 %
Internet: Newsfeed, Blogs, Social Media u. Ä.	–	–	–	–	0,8 %	1,0 %	0,4 %	1,0 %	0,5 %	1,3 %	0,7 %
Journalist allg., Autor allg., sonstige Medienakteure	–	–	2,0 %	–	1,1 %	1,2 %	1,6 %	3,0 %	0,5 %	3,0 %	1,4 %
Sonstige	–	–	1,0 %	0,7 %	0,2 %	0,4 %	1,2 %	–	–	–	0,3 %
Sport	–	–	–	–	–	–	0,4 %	–	–	–	0,1 %
Judikative/Polizei	–	6,7 %	3,9 %	2,6 %	5,9 %	11,5 %	11,1 %	9,0 %	3,0 %	18,4 %	8,8 %
Militär	–	–	–	–	0,9 %	0,8 %	0,2 %	0,5 %	0,2 %	–	0,4 %
Interessenverbände											
Bürgerinitiative, Bürgerbewegung, Bürgerallianz	–	2,7 %	2,9 %	–	0,6 %	1,0 %	0,4 %	–	0,2 %	1,5 %	0,7 %
Gewerkschaft, Betriebsrat	–	–	–	–	0,5 %	0,4 %	1,4 %	0,5 %	0,5 %	1,5 %	0,7 %
Stiftung	–	–	–	0,7 %	0,2 %	0,6 %	0,2 %	–	0,2 %	–	0,2 %
Wirtschafts- und Bauernverbände	–	–	–	–	0,3 %	0,2 %	0,8 %	–	0,2 %	–	0,2 %
Sonstiger Interessenverband; Interessengemeinschaft	2,4 %	1,3 %	1,0 %	1,3 %	1,9 %	0,4 %	1,9 %	0,5 %	0,5 %	1,1 %	1,1 %
Internationale Nichtregierungs-Organisationen – NGOs	–	1,3 %	–	2,0 %	1,1 %	0,8 %	0,8 %	–	0,2 %	–	0,5 %
Fachmann, Experte, Gutachter	–	–	–	3,9 %	0,3 %	0,6 %	–	–	1,0 %	0,6 %	0,6 %
Privatpersonen											
Privatperson, Bürger, Anwohner allgemein	–	4,0 %	3,9 %	3,9 %	2,5 %	3,9 %	2,1 %	1,0 %	0,5 %	1,3 %	2,1 %
Verursacher, Täter, Kämpfer	–	–	2,9 %	2,6 %	0,3 %	1,8 %	1,8 %	–	0,3 %	2,1 %	1,2 %
Augenzeuge – nicht judikativ	–	–	–	0,7 %	0,3 %	–	0,2 %	–	–	0,6 %	0,2 %
Betroffener, Opfer	–	–	–	–	0,5 %	–	–	–	–	1,7 %	0,3 %
Ehrenamtlich Tätige, z. B. Organisator, Kandidat für Wahlen – parteilos	–	–	–	0,7 %	0,5 %	0,2 %	0,6 %	0,5 %	0,2 %	–	0,3 %
Teilnehmer – Veranstaltung, Kursus, Versammlung, Wettbewerb, Verkehrsteilnehmer	–	–	–	–	0,6 %	0,2 %	0,2 %	–	–	0,4 %	0,2 %
Prominente – Sportler, Schauspieler etc. nur, wenn sie als Privatperson auftreten	–	–	–	–	0,6 %	1,0 %	0,4 %	–	0,2 %	0,6 %	0,5 %
Spender, Sponsor (nur Einzelperson – wenn Unternehmen, dann dort codieren)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Flüchtling, Asylbewerber	4,9 %	5,3 %	–	1,3 %	6,3 %	4,1 %	5,8 %	6,0 %	0,8 %	1,5 %	3,7 %
Sonstige	–	1,3 %	–	1,3 %	0,2 %	–	0,2 %	0,0 %	0,3 %	1,3 %	0,4 %
Unpersönliche Quellen	4,9 %	4,0 %	2,0 %	5,3 %	2,8 %	1,4 %	4,3 %	0,5 %	3,0 %	3,8 %	3,0 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

* Anteil jeder Kategorie am Insgesamt (n)
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 31:

Parteizugehörigkeit der Quellen/Akteure/Sprecher in den berichtenden Texten (n=3.308)

	E1: Drei Länderchefs	E2: Statistik Flüchtlinge in Deutschland	E3: Tröglitz	E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	E5b: Heidenau	E5c: Merkel: Wir schaffen das	E6: Grenzöffnung/Grenzkontrollen	E7: Obergrenzen und Transitzone	E8: Silvesterereignisse	Anteil*
SPD	7,3 %	9,1 %	10,8 %	2,6 %	7,7 %	11,1 %	5,5 %	8,0 %	13,6 %	14,3 %	9,8 %
CDU	22,0 %	10,4 %	17,6 %	6,6 %	8,9 %	9,2 %	9,2 %	7,0 %	21,5 %	12,0 %	11,9 %
CSU	4,9 %	5,2 %	1,0 %	0,0 %	2,9 %	2,3 %	1,8 %	8,5 %	18,5 %	2,3 %	5,6 %
Die Grünen	7,3 %	3,9 %	2,9 %	0,0 %	4,9 %	1,6 %	2,1 %	2,0 %	3,4 %	2,3 %	2,9 %
FDP	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,5 %	0,4 %	0,2 %	0,0 %	0,7 %	0,8 %	0,4 %
Die Linke	0,0 %	0,0 %	2,9 %	0,0 %	1,4 %	1,2 %	0,0 %	0,5 %	1,2 %	1,7 %	1,0 %
AfD	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
NPD	0,0 %	0,0 %	2,9 %	0,0 %	0,5 %	0,2 %	0,6 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %
Andere Partei	0,0 %	0,0 %	8,8 %	0,7 %	0,5 %	0,2 %	0,2 %	1,0 %	1,0 %	1,1 %	0,8 %
Keine Partei	58,5 %	71,4 %	52,9 %	90,1 %	72,6 %	73,9 %	80,5 %	72,9 %	40,1 %	65,5 %	67,2 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

* Anteil jeder Kategorie am Insgesamt (n)
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 32:

Thematisierung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten in den berichtenden Texten (n=1.386 Texte)

		... wird bereits im Titelkomplex thematisiert	... wird im Fließ- text beschrieben	... wird nicht thematisiert	Summe
E1: Drei Länderchefs	Anzahl	11	4	3	18
	prozentual	61,1%	22,2%	16,7%	100,0%
E2: Statistik Flüchtlinge in Deutschland	Anzahl	10	7	13	30
	prozentual	33,3%	23,3%	43,3%	100,0%
E3: Tröglitz	Anzahl	20	11	12	43
	prozentual	46,5%	25,6%	27,9%	100,0%
E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	Anzahl	15	25	30	70
	prozentual	21,4%	35,7%	42,9%	100,0%
E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	Anzahl	81	81	94	256
	prozentual	31,6%	31,6%	36,7%	100,0%
E5b: Heidenau	Anzahl	28	58	139	225
	prozentual	12,4%	25,8%	61,8%	100,0%
E5c: Merkel: Wir schaffen das	Anzahl	23	45	161	229
	prozentual	10,0%	19,7%	70,3%	100,0%
E6: Grenzöffnung/ Grenzkontrollen	Anzahl	10	26	47	83
	prozentual	12,0%	31,3%	56,6%	100,0%
E7: Obergrenzen und Transitzonen	Anzahl	80	61	88	229
	prozentual	34,9%	26,6%	38,4%	100,0%
E8: Silvesterereignisse	Anzahl	55	87	61	203
	prozentual	27,1%	42,9%	30,0%	100,0%
Anteile am Insgesamt	Anzahl	333	405	648	1.386
	prozentual	24,0%	29,2%	46,8%	100,0%

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 33:

Die Tonalität der Berichterstattung über die Großereignisse (nur berichtende redaktionelle Texte; n=820)

		Beobachtend – neutral	Beobachtend – nicht neutral	Auktorial – neutral	Auktorial – nicht neutral	Summe
E1: Drei Länderchefs	Anzahl	9	2	1	0	12
	prozentual	75,0 %	16,7 %	8,3 %	0,0 %	100,0 %
E2: Statistik	Anzahl	13	2	3	2	20
	prozentual	65,0 %	10,0 %	15,0 %	10,0 %	100,0 %
E3: Tröglitz	Anzahl	8	9	1	4	22
	prozentual	36,4 %	40,9 %	4,5 %	18,2 %	100,0 %
E4: Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik	Anzahl	22	7	2	10	41
	prozentual	53,7 %	17,1 %	4,9 %	24,4 %	100,0 %
E5a: Beginn der „Flüchtlingswelle“	Anzahl	71	44	14	25	154
	prozentual	46,1 %	28,6 %	9,1 %	16,2 %	100,0 %
E5b: Heidenau	Anzahl	58	17	9	25	109
	prozentual	53,2 %	15,6 %	8,3 %	22,9 %	100,0 %
E5c: Merkel: Wir schaffen das	Anzahl	80	14	4	29	127
	prozentual	63,0 %	11,0 %	3,1 %	22,8 %	100,0 %
E6: Grenzöffnung/ Grenzkontrollen	Anzahl	32	3	10	9	54
	prozentual	59,3 %	5,6 %	18,5 %	16,7 %	100,0 %
E7: Obergrenzen und Transitzonen	Anzahl	68	17	20	49	154
	prozentual	44,2 %	11,0 %	13,0 %	31,8 %	100,0 %
E8: Silvesterereignisse	Anzahl	42	32	11	42	127
	prozentual	33,1 %	25,2 %	8,7 %	33,1 %	100,0 %
Anteile am Insgesamt	Anzahl	403	147	75	195	820
	prozentual	49,1 %	17,9 %	9,1 %	23,8 %	100,0 %

Datenbasis: Datenbank (FAZ, Welt, SZ) zu zehn Großereignissen 2015/16
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 34:

Analyse von 30 ausgewählten* Kommentaren aus den untersuchten Leitmedien

* Auswahlkriterien: Haltung der Zeitungen und Bandbreite der individuellen Auffassungen, Argumentationsweisen und Begründungen. Quelle: Eigene Darstellung					
Datum, Zeitung, Seite, Überschrift	Autor	Ereignis (Bericht), auf den sich dieser Meinungsbeitrag bezieht	Explizite Argumentation	Schlüsselsätze aus dem Meinungsbeitrag	Implizite Begründungen (Ethik)
10.08.2015 FAZ Seite 8 Scheindebatte	Jib.	S. 1: Im Juli 7.000 Asylanträge von Albanern Einstufung sicherer Herkunftsländer	<ul style="list-style-type: none"> ■ Weiterhin steigende Asylanträge aus Balkanländern. ■ Wichtiger wäre schnellere Bearbeitung der Anträge vor Verteilung der Antragsteller auf die Kommunen. ■ Trotz Einstufung von Albanien, Montenegro und Kosovo als sichere Herkunftsländer kommen von dort viele Menschen. ■ Nötig wäre intensivere Aufklärung in den Herkunftsländern über die (i. d. R. fehlende) Bleibeperspektive in D. 	<p>[...] Scheindebatte. Denn viel wäre von so einer Entscheidung nicht zu erwarten. Auch aus den jetzt schon sicheren Herkunftsländern Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina steigt die Zahl der Asylanträge weiter.</p> <p>[...]</p> <p>Und immer noch stellen Menschen aus der Region [Albanien, Montenegro, Kosovo] rund vierzig Prozent aller Anträge.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Operative Kritik (gilt der Vollzugsebene) ■ Utilitaristische Argumentation zugunsten der Asylberechtigten und zulasten der Zuwanderer Modus: appellativ
17.08.2015 Die Welt Seite 1 Zeitalter der Migration	Michael Stürmer	S. 1: „Eine Zumutung für den Steuerzahler“ S. 4: „Echte Flüchtlinge wollen nur in Sicherheit leben“ S. 4: Wenn die Turnhalle zum Asylheim wird S. 5: Belgrad ist das Wartezimmer nach Europa S. 26: Und jetzt alle mitpacken 15.08.15, S. 30: Suche nach Standorten bringt Stadt an die Belastungsgrenze	<ul style="list-style-type: none"> ■ Die aktuelle Völkerwanderung hat historisches Ausmaß (weitere Beispiele aus der Geschichte werden angeführt). ■ Es ist nicht zu sagen und zu rechtfertigen, wann es zu viel und genug ist. ■ Es existiert allerdings eine Grenze, ein Kipp-Punkt, der nicht überschritten werden sollte (sonst ist es zu spät). ■ Es muss nach Ausgangsländern der Flüchtlinge unterschieden werden: Kriegsgebiete im Nahen Osten, (West-)balkan, Mittelafrika. 	<p>Wer die Energie wahrnimmt, welche die Menschen treibt, gewinnt eine Vorstellung der historischen Wucht, die da entfesselt ist. Was wir erleben, ist humanitär und politischer Ernstfall. Wann ist genug genug? [...] Ein finaler Status quo ist Wunschenken. [...]</p> <p>Was ist zu tun? Zuerst und vor allem gilt es zu begreifen, dass die neuen Völkerwanderungen weitergehen, unumkehrbar. Dann ist zu trennen nach Ausgangsländern [...]. Der Westbalkan ist arm, aber nicht die Hölle. Anders steht es am Ostrand des Mittelmeers und in Teilen Mittelafrikas. Beseitigung der Ursachen ist ein frommer Wunsch.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Universalistisch (Humanität, Menschenrechte); ■ Widerspruch zur Pragmatik im Sinne innerdeutscher Zumutbarkeiten Modus: Rationement

<p>17.08.2015 FAZ Seite 1 Zielland</p>	<p>Klaus-Dieter Frankenberger</p>	<p>S.1. Merkel: Flüchtlinge werden uns mehr beschäftigen als Griechenland (Vortrag: Diskussion in den Zielländern über falsche Anreize für Westbalkan-Flüchtlinge)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Baldige Bekanntgabe neuer Prognosen; bisherige Zahl von 450.000 Anträgen dürfte weit übertroffen werden. ■ Deutschland beliebtes Zielland für viele aus versch. Regionen. ■ Verringerung des Zustroms durch versch. Maßnahmen denkbar: Einstufung sicherer Herkunftsländer, Bekämpfung von Fluchtsachen – wird nur langfristig Erfolg bringen. ■ Wird viel Zeit und viel Geld kosten. 	<p>Eine Umwandlung von Taschengeld in Sachleistungen mag nur wenig abschreckend wirken, aber schon die Diskussion darüber verrät, wie groß das Problem ist und wie groß es aus Sicht der Behörden noch werden wird.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kassandra (= Warnung vor Trends) ■ Opportunistische Argumente für Reduktion asylsuchender Flüchtlinge ■ Modus: an Politik adressierte Kritik
<p>17.08.2015 Süddeutsche Seite 4 Flüchtlinge: Das Jahrhundert-Problem</p>	<p>Heribert Prantl</p>	<p>S.5: Von Fähren und Schleusern (Vortrag: Über Asylunterkünfte, Registrierung, Herkunftsländer)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorschläge der Politik greifen nur auf bereits getestete, nicht zielführende Mittel wie z.B. Taschengeldkürzungen. ■ Hohe Flüchtlingszahlen auch Folge des „Raubtierkapitalismus“ und der geostrategischen Gewaltbereitschaft bei Interessenkonflikten. ■ Deklaration „sicherer“ Herkunftsländer ändert nicht die Fluchtsachen. ■ Sinti und Roma haben auch auf dem Balkan keine Heimat, werden in ganz Europa nicht gern gesehen – auch für diese Gruppe gelten die Menschenrechte. 	<p>Es geht hier nicht um das Schicksal von Banken, nicht um das Überleben des Euro; es geht um das Überleben von Millionen Menschen. Man wird das 21. Jahrhundert einmal daran messen, wie es mit den Flüchtlingen umgegangen ist [...] Das ist eine gigantische Aufgabe, die von Politik und Wirtschaft ein radikales Umdenken verlangt. [...] Flucht hat Ursachen – aber die Bekämpfung der Fluchtsachen ist zu einer Floskel geworden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Normativ-universalistisch (Menschenrechte) ■ Systemkritik am Kapitalismus ■ Modus: Moralisch-appellatives Statement
<p>18.08.2015 Die Welt Seite 1 Migration in Verantwortung</p>	<p>Ulrich Clauss</p>	<p>S. 1: UN: Deutschland nimmt zu viele Flüchtlinge auf S. 4: „Wir haben es mit einem Notstand zu tun“ S. 4: Taschengeld für Flüchtlinge sorgt weiter für Streit S. 5: Panik treibt die Menschen ins Wasser S. 5: „Hygienepakete“ für Gestrandete in Griechenland</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Auch SPD-Politiker sehen allmählich die Realitäten und schrecken vor härteren Maßnahmen nicht mehr zurück. ■ Befürwortung der Idee, Zahl der „sichereren Herkunftsländer“ auszuweiten. ■ Die freiwilligen Helfer würden sich freuen, wenn weniger Menschen in die Unterkünfte kämen. ■ Die, die da sind, müssen in den Kommunen alle gleich behandelt werden. ■ Die Kritik an falschen Fluchtanreizen von Deutschland ist berechtigt. ■ Deutschland muss seine Asylpolitik neu justieren. 	<p>Es ist eine Migration in praktische Verantwortung für praktikable Lösungen. So schließen sich ganz im Sinne tätiger Hilfe für tatsächlich von Krieg und Verfolgung bedrohte Menschen jetzt sogar Spitzenpolitiker der SPD der Forderung an, die Definition des „sicheren Herkunftsstaats“ auf alle EU-Beitrittskandidaten anzuwenden. Diskussion darf übrigens nicht beim Balkan enden. Ist Afghanistan beispielsweise wirklich ein „unsicheres“ Herkunftsland, nachdem eine vom Westen militärisch gestützte Regierung dort installiert wurde? [...]</p> <p>Auch die wachsende Kritik an „Fluchtanreizen“ für Wirtschaftsflüchtlinge gehört zur Transformation von gesinnungs- zu verantwortungsethischem Denken. Vor allem die immer zahlreicheren freiwilligen Helfer werden für diese Besinnung auf Notwendiges und Angemessenes dankbar sein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Güterabwägung nach Zumutbarkeitskriterien ■ Utilitaristische Argumente sind jetzt besser als Menschenrechts-Prinzipien ■ Legalismus als Durchsetzungsstrategie ■ Modus: Kritik und Belehrung ohne Adressat

<p>19.08.2015 FAZ Seite 8 Wo ist die Grenze?</p>	<p>Kum.</p>	<p>S. 1: 2015 „bis zu 700.000“ Asylsuchende in Deutschland (Vortrag: Rasche Zunahme Asylantträge; Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten (Albanien, Montenegro, Kosovo))</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Flüchtlingsstrom außergewöhnlich, wird sich nicht von selbst lösen. ■ Diese Tatsache zu ignorieren ist ebenso fahrlässig wie Flüchtlingshass. ■ Deutsche Bevölkerung wird nicht ewig so hilfsbereit bleiben. ■ Regierung muss handeln und u. a. der Aufnahmebereitschaft Grenzen setzen. 	<p>Wer [...] noch immer der Meinung ist, alles werde sich schon irgendwie einpendeln und die deutsche Bevölkerung solle sich mal nicht so anstellen, handelt fahrlässig. Er „zündelt“ mindestens ebenso wie diejenigen, die vor lauter Notstand ihren Anstand verloren haben und Flüchtlingshass kultivieren. [...] kommen die Regierungen [...] nicht umhin, Grenzen der Aufnahmebereitschaft zu setzen – oder ganz neue Wege zu gehen. Einzelne Länder zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären, ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Grundsatzkritik ■ Wertekonflikt: Asylrecht versus Sozialverträglichkeit versus Wirtschaftsstandort Modus: aufklärend, kassandrisch, an Politik adressiert
<p>19.08.2015 Die Welt Seite 3 Sanierungsbedarf</p>	<p>Andrea Seibel</p>	<p>S. 5: Mehr rechte Gewalt im Osten Deutschlands</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Die Ursache für rechte Gesinnung liegt in den „einfältigen und düsteren Zeiten der DDR“ und ihrer Lebensfremde. ■ Ostdeutschland ist nach der Wende nur baulich, aber nicht mental saniert worden. ■ Die Rückständigkeit der Ossi darf nicht zum Problem der Flüchtlinge werden. 	<p>Die Hälfte aller rassistisch motivierenden Gewalttaten wurden im vergangenen Jahr in Ostdeutschland registriert, obwohl die dortige Bevölkerung nur 17 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmacht [...]. Das entspricht einem Anstieg von 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. [...]</p> <p>Dass sich Teile der im wahren Sinne des Wortes zurückgebliebenen Ostdeutschen in ländlichen Regionen so schwer mit dem modernen Leben tun, hat etwas mit den einfältigen und düsteren Zeiten der DDR zu tun, deren Lebensfremde schließlich zu ihrem Untergang führte. [...]</p> <p>Dass in manchen Gegenden [...] zwar viele Häuser, aber weniger die Köpfe saniert wurden, sollte nicht das Problem der Flüchtlinge sein.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kulturelle Hegemonie: Überlegenheit der West-Gesellschaft ■ Abwertung der anderen als moralisch rückständige ■ Rhetorisches Statement Modus: Deklamation
<p>22.08.2015 Bild-Zeitung Seite 7 800.000 können wir schaffen!</p>	<p>Dirk Aschoff</p>	<p>Bezugnahme: Ankündigung des Innenministeriums, dass in diesem Jahr mit 800.000 Asylantträgen in Deutschland gerechnet wird</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ 800.000 Menschen sind 1 % der deutschen Bevölkerung, d. h. 1 Flüchtling in jedem 100-Einwohner-Dorf. ■ Es gibt viele private Initiativen für Flüchtlingsaufnahme. ■ Eine möglichst gleichmäßige Verteilung ist wichtig. ■ Es gibt auch tolle Beispiele, doch diese Orte möchten aus Angst nicht genannt werden. 	<p>„Bitte schreiben Sie den Namen unseres Dorfes nicht.“ Er hat Angst vor fremdenfeindlichen Übergriffen. Es macht mich traurig, dass man in Deutschland so denken muss! Denn sein Dorf beweist: Es geht!</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rationalistische Begründung für ein humanitäres Gebot Modus: Optimistische Sicht (wir können das)

<p>25.08.2015 Süddeutsche Seite 4 Ein Sicherheits- und Schutzabstand</p>	<p>Heribert Prantl</p>	<p>S. 3: Im Quartier (Vortrag: Fremdenfeindlichkeit und Übergriffe)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Auch fremdenfeindliche Demonstrationen haben ein Recht darauf, ihre Meinung kundzutun, solange gewaltfrei. ■ Selbstbewusste Demokraten können auch Dumpfbacken aushalten. ■ Traumatisierten Flüchtlingen sollte man Hass-Demos nicht zumuten. ■ Anti-Flüchtlings-Demos vor Flüchtlingsheimen sollten nicht bewilligt werden. 	<p>Demonstrationsfreiheit ist grundsätzlich auch die Freiheit der Dumpfbacken; auch die dürfen ihre Pa- rolen hochhalten. [...] Pöbeleien gegen und Angriffe auf Flüchtlinge sind nicht nur unglaublich ungezogen, sondern bösartig und kriminell. [...] Demokratie kann aggressive Demos zur Not aushalten: Flüchtlinge, gerade aus Not und Hölle entkommen, können es nicht. Daher: keine Anti-Flüchtlings-Demos vor Flüchtlingsheimen. Die Behörden dürfen sie nicht genehmigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Grundrechtliche Argumentation der praktischen Vernunft ■ Primat der Mitmenschlichkeit ■ Modus: analytisch, an Behörden adressiert
<p>25.08.2015 Die Welt Seite 1 Wider den Hass</p>	<p>Ulf Poschardt</p>	<p>Gabriels Besuch in Heidenau S. 1: Sigmar Gabriel: Rechts- extremes „Pack“ hart bestrafen S. 5: Unterwegs in der Kampfzone</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gabriels Auftritt in Heidenau war nötig, aber in seiner Art eines Vizekanzlers nicht würdig. ■ Der norwegische Sozialdemokrat Stoltenberg hat es nach den Ereignissen auf Utøya vorgemacht – ein ergreifendes Lied auf den Stolz einer freien, demokratischen Gesellschaft zu singen. ■ Bevölkerung muss in Zusammenarbeit mit der Politik Konflikte in Sachsen lösen. ■ Deutschland ist ein gastfreundliches Land – die Täter von Heidenau müssen bestraft werden. 	<p>Merkel überlässt ihrem Vizekanzler das Feld, der dementsprechend verbal aufrüstet und dann nicht sonderlich souverän vor allem von „Mob“ und „Pack“ spricht. [...] In der verbalen Entwürdigung der abstoßenden Nazi-Spießer rutscht die Exekutive den braunen Ängstlichen zivilisatorisch entgegen [...]. Fatal ist im Nachgang zu den beschämenden Aus- schreitungen das Fehlen einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Facebook-Aktivismus hilft wenig, wenn Flüchtlingskinder aus Angst vor entfesselnden Kleinbürgern schreiben. [...] Dass Millionen Menschen Deutschland als Idealziel ihrer Flucht verstehen, ist ein Kompliment. Die Mehrheit der Deutschen ist gastfreundlich und hilfsbereit.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zivilcourage & bürgerschaftliche (Eigen-) Verantwortung: nicht alles an Politik delegieren ■ Die politische Elite hat (hätte) Vorbildfunktion ■ Glaube an die gute und richtige Sache ■ Modus: moralischer Appell ohne Adressat
<p>27.08., 2015 Süddeutsche Seite 4 Dunkeldeutschland</p>	<p>UZ</p>	<p>S. 1: „Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist“ S. 3: Örtlich betäubt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ „Dunkeldeutschland“ wird seit den 1990er Jahren von Westdeutschen abwertend verwendet. ■ Angesichts Gaucks eigener Historie ist das Wort wohl nicht zufällig gewählt: Gauck war lange Pastor im Rostocker Stadtteil Evershagen, als 1992 im Nachbarstaatteil Lichtenhagen ein Wohnheim für ehemalige Vertragsarbeiter aus Vietnam angezündet wurde. ■ Gauck versteht den Begriff als Fehlen von Empathie in der Flüchtlingskrise. 	<p>Von „Dunkeldeutschland“ sprach der Bundespräsident, ein Wort, das er sich nicht ausgedacht hat. Bürger der alten Bundesrepublik führten den Begriff im Munde, und zwar immer dann, wenn sie das Bedürfnis verspürten, Kritik an den neuen Ländern zu üben [...] Gauck meint damit das Fehlen von Empathie.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verständnis bzw. Verteilung eines Schlagwortes aus Sicht des „hellen“ Deutschlands ■ Modus: Parateierrufe ■ Argumentation im Sinn der westlichen Werte

<p>27.08.2015 Bild-Zeitung Seite 2 Klare Worte, Jetzt Taten!</p>	<p>Béla Ander</p>	<p>S. 2 „Merkel trotz den Hass-Parolen“ Anlass: Heidenau und Fremdenfeindlichkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kanzlerin hat in Heidenau Gesicht gegen Fremdenfeindlichkeit gezeigt – symbolische Bedeutung. ■ Striktes Vorgehen des Rechtsstaates gegen „Brandstifter“ muss folgen. ■ Flüchtlinge suchen zu Recht Schutz in unserem Land. Den müssen wir geben. 	<p>Und sie hat klare, erstaunliche Worte gefunden. Die Kanzlerinnen-Aufforderung zum Handeln, „wo rechtlich und menschlich Hilfe geboten ist“, ist ein starker Appell an alle Deutsche, sich für Flüchtlinge zu engagieren. [...] Jetzt müssen den eindeutigen Bekenntnissen der Bundeskanzlerin Taten folgen. Zum Wohle der Menschen in unserem Land. Und derer, die hier zu Recht Schutz und Zuflucht suchen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Moralischer Legalismus: Die Regierung macht es richtig Modus: Support der Regierungslinie und Mahnung (Taten)
<p>27.08.2015 FAZ Seite 1 Früher Ge- sicht zeigen</p>	<p>Reinhard Müller</p>	<p>S. 1: Gauck: Es gibt ein helles Deutschland und Dunkeldeutschland S. 3: Pack ehrt sich, Pack verklärt sich (Vortrag: Heidenau und Gewalt gegen Flüchtlinge)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gewalt und Fremdenhass sind kategorisch abzulehnen und auch ohne öffentliches Drängen durch den Rechtsstaat zu sanktionieren. ■ Politiker sollten mehr Mut zeigen; sie sollten ihren Bürgern vorher erklären, was auf sie zukommt. ■ Große Hilfsbereitschaft der Bürger sollte nicht verspielt werden. ■ Medien inszenieren das Thema als Show – ist kontraproduktiv. 	<p>Kam die Kanzlerin zu spät? Gewiss, symbolische Auftritte sind wichtig. [...] Die Politiker jedoch, die nun im Tagestakt Heidenau besuchen, sind dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet. Dieses Volk zeigt sich hunderttausendfach hilfsbereit, während im Lichtkegel der Talkshows nur ein Volksschauspieler steht. Das Volk darf erwarten, dass ihm seine Vertreter nach bestem Wissen und Gewissen erklären, was es zu erwarten hat und warum. [...] Statt Nachsorge zu betreiben, sollten die Politiker beim nächsten Mal besser noch vor den Asylbewerbern da sein – oder wenigstens vorn in den Flüchtlingsbussen sitzen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Prinzip der politischen Verantwortung (auch am Aufkommen von Fremdenhass) ■ Medienkritik: Dysfunktion des Fernsehens Modus: an Politik adressiert, appellativ
<p>27.08.2015 Die Welt Seite 1 Hell und dunkel</p>	<p>Stephan Aust</p>	<p>Ereignisse von Heidenau S. 1: Merkel und Gauck setzen ein Zeichen S. 4: „Wir werden denen sagen: Ihr repräsentiert uns nicht“ S. 4: Merkels Politikstil stößt an Grenzen S. 5: Breite Front gegen Flüchtlinge S. 12: Aufstand der Anständigen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Asylparagraf des GG funktioniert für die Zuwanderung in Deutschland nicht ■ Derzeit sind die zuständigen Institutionen überfordert. ■ Der Asylparagraf ist „heilig“, jedoch nur für Kriegsflüchtlinge, nicht für Arbeitsflüchtlinge. ■ Die Politik müsste die Probleme regeln und angestrebte Lösungen (wie mit 800.000 Flüchtlingen umgehen?) erklären, statt zu jammern. 	<p>In Wirklichkeit rollt eine Völkerwanderung an, die mit dem Asylparagrafen nicht geregelt werden kann. Denn kurz nach der schönen Theorie kommt die bittere Praxis. Und die besteht aus überforderten Asylverfahren, Legionen von Anwälten [...], Platzmangel in Städten und Gemeinden. [...] Der [...] Asylparagraf ist als Regelung für Einwanderung offenkundig ungeeignet. [...] Es gehört zu den wichtigsten humanitären Grundsätzen, politisch Verfolgten Schutz und Asyl zu gewähren. Auch Kriegsflüchtlingen etwa aus Syrien muss schnell und umfassend geholfen werden. Aber eine globale Völkerwanderung aus den ärmeren in die reicheren Regionen der Welt kann damit nicht geregelt werden. [...] Man kann ein Grundrecht auch dadurch zerstören, dass man es überdehnt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Pragmatische Vorschläge zur Problemlösung Kritik an universalistischen und naturrechtlichen Begründungen Modus: Kritik und Belehrung

<p>28.08.2015 Süddeutsche Seite 4 Ein zu lukratives Geschäft</p>	<p>Florian Hassel</p>	<p>S. 1: Flüchtlinge sterben im Lastwagen S. 2: Auf der Autobahn des Todes S. 2: Kurze Hosen und lange Gesichter</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Politiker wissen sich nicht zu helfen, um den Schlepperbanden das Handwerk zu legen. ■ Helfen würde nur eine im Namen der Humanität angezeigte Grenzöffnung Europas – aber leider ein unrealistische Idee. 	<p>Schockierte Politiker kündigten nach der Entdeckung der Toten ein schärferes Vorgehen gegen Schlepper an – ein nicht nur in Österreich übliches und ebenso verständliches wie unrealistisches Versprechen. [...] Wer Schleppern wirklich das Handwerk legen wollte, müsste ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen, also die Grenzen Europas für Flüchtlinge öffnen. Dazu sind europäische Politiker aus naheliegenden Gründen nicht bereit.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ideologiekritik gegenüber Politik (die Politiker tun nicht, was sie sagen) Modus: Spekulativ argumentierendes Statement
<p>28.08.2015 Bild-Zeitung Seite 2 Der Tod der Flüchtlinge mahnt uns alle</p>	<p>Alexander von Schönburg</p>	<p>S. 2: „Europa kann nicht länger wegsehen“ Bezugnahme: Sitzungen der EU-Länder bzgl. der Asylpolitik und Fund der toten Flüchtlinge in Lkw</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unfassbar: tote Flüchtlinge in Schlepper-Lkw. ■ Tragödie wegen örtlicher Nähe nicht zu ignorieren. ■ Jetzt müssen Politiker handeln. Bisher zu zaghaft und: Sie debattieren zu viel. 	<p>Will uns das Schicksal damit etwas sagen? Vielleicht: Hört auf, in Kommissionen zu debattieren und zu taktieren. Einigt Euch! Jetzt! Handelt! [...] Täglich sterben Flüchtlinge im Mittelmeer. Und jetzt auch bei uns.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Voluntaristische Argumente gegen handlungsschwache Regierungen ■ Kritik an EU Modus: Appellativ, rhetorischer Adressat: EU-Regierungen
<p>29.08.2015 FAZ Seite 1 Tragödien</p>	<p>Klaus-Dieter Frankenberger</p>	<p>S. 1 27.08.15: „Entsetzliche Nachricht“ vom Tod vieler Flüchtlinge überschattet Wiener Gipfel S. 1: Mutmaßliche Schlepper in Ungarn festgenommen S. 3: Das schnelle Geld auf der Balkanroute S. 19: Die gefährlichste Reiseroute der Welt</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Schleuser sind skrupellos, ihnen muss „das Handwerk gelegt werden“. ■ Es gibt keine Zauberformel, um die Krise zu lösen. ■ Es muss ein Kompromiss zwischen mehreren Problemen gefunden werden: Schleuser bekämpfen, Flüchtlinge menschlich behandeln und gleichzeitig gegen Armutsmigration vorgehen. ■ Bürger und Politiker sollten besonnen bleiben. 	<p>Es ist entsetzlich: 71 Menschen, mutmaßlich Syrer, sind in einem Kühlwagen erstickt; sie hatten sich Schleusern anvertraut, die sie nach Österreich oder nach Deutschland bringen sollten. Vor der libyschen Küste sind wieder Schiffe gekentert; sie waren vollbesetzt mit Menschen, die (zunächst) nach Italien wollten. Von 200 Ertrunkenen ist die Rede. [...] Wir sind entsetzt, und wir sind empört über die Skrupellosigkeit von Leuten, die die Not von Menschen ausnutzen. [...] Bürger und Politiker müssen Anstand bewahren, sie dürfen sich nicht überwältigen lassen. Doch machen wir uns nichts vor: Die Vorstellung, der halbe Nahe Osten und Teile Afrikas siedeln um nach Westeuropa, lässt schon ein Gefühl der Bedrückung zurück.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Opportunitätsargumente ■ Ohnmacht als Thema Modus: Emotionalisierend & appellativ ohne Adressat

<p>01.09.2015 Süddeutsche Seite 4 Merkels Chefsache</p>	<p>Stefan Braun</p>	<p>S. 1: „Deutschland ist ein Land der Hoffnung“ S. 3: In einem anderen Land S. 6: Budapest, Wien und endlich München (Kontext: Begegnung von Merkel mit palästinensischen Flüchtlingsmädchen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Flüchtlingskrise ist jetzt Chefsache der Kanzlerin. ■ Man muss Zeichen setzen gegen Hass, Gewalttätigkeit, Ausländerfeindlichkeit. ■ Bekenntnis der Kanzlerin gegen Fremdenfeindlichkeit. 	<p>Bitter nötig, weil am Ende eben doch entscheidend ist, welche Botschaft eine Kanzlerin angesichts von Hass, Gewalt, Ausländerfeindlichkeit aussendet.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Politik als symbolisches Handeln wird i. S. Merkels bekräftigt Modus: Affirmatives Statement
<p>01.09.2015 FAZ Seite 1 Wir schaffen das</p>	<p>Jasper von Altenbockum</p>	<p>S. 1: Merkel: Verantwortung für Flüchtlinge teilen („Wir schaffen das“) S. 6: Große Herausforderung – kleine Lösungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Merkel spricht Helfern Mut zu und gleichzeitig gegen Fremdenfeindlichkeit. ■ Koalition muss beim Thema Asylpolitik zusammenfinden, Probleme lösen und Antworten Richtung Europa geben. ■ Bund und Länder müssen insb. das Aufnahmeverfahren in den Griff bekommen und die Kommunen entlasten. ■ Andere EU-Länder müssen andere Wege gehen als Merkel, aus innenpolitischen Gründen. ■ Deutschland löst die Erwartungen nicht ein, die Nachbarstaaten an D. hatten – D. erfüllt Vorbildrolle nicht. 	<p>Den vielen Beamten, Sozialarbeitern und Ehrenamtlichen, die seit Monaten [...] Einwanderer versorgen, wird es eine Genugtuung gewesen sein, dass ihnen die Kanzlerin am Montag Mut zusprach und beteuerte: „Wir schaffen das.“ [...] Wir schaffen das, werden sich [...] die Städte sagen. Aber ob es auch die Koalition schafft? [...] Sie sollten sich lieber den satzsaam bekannten Schwachstellen der Asylpolitik widmen. Auch von Merkel gab es dazu allerdings nichts Neues. Die größte dieser Schwachstellen ist nach wie vor die Erstaufnahme. [...] Der Zaun, den Ungarn zu Serbien errichtet hat, ist [...] zum Symbol geworden [...] für die Frage an Deutschland: Wenn nicht einmal die Deutschen zu-rechtkommen, warum sollten dann wir? Solange die Deutschen darauf keine Antwort haben, wird es aus der EU heißen: Ihr schafft das, wir nicht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kritisch-rational ■ Bewertung des Merkel-Satzes als im Prinzip richtig ■ Einordnung des Satzes i. S. einer Regierungskritik Modus: Ideologiekritik
<p>01.09.2015 Süddeutsche Seite 4 Auf Kosten der Nachbarn</p>	<p>Cathrin Kalweit</p>	<p>S. 7: Europa der kleinen Schritte S.6: Budapest, Wien und endlich München</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jeder Staat handelt derzeit nur nach seinen eigenen Regeln. ■ Überlastung der Polizei in Budapest und Einführung von Grenzkontrollen durch die Regierung in Wien. 	<p>Die EU ist derzeit ein politischer Verschiebebahnhof, auf dem jeder Staat seine eigenen Regeln macht. [...] Die Lage ist so absurd, wie die europäische Asylpolitik absurd ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Keine normativen Bezüge Modus: Klage-lied
<p>04.09.2015 Bild-Zeitung Seite 2 Die syrische Katastrophe</p>	<p>Julian Reichelt</p>	<p>S. 2: „Weltweite Trauer um toten Aylan“ (Vortrag: Debatte über Rolle des Westens im Syrien-Konflikt)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Veröffentlichung des Fotos vom ertrunkenen Flüchtlingsjungen Aylan erschüttert den Westen. ■ Bombardement, Folter und Vergasen von Kindern durch Diktator Assad seit vier Jahren. ■ Westliche Kampfjets im Kampf gegen ISIS, gegen Assad wird aber nichts unternommen. 	<p>Das eigentliche Totalversagen des Westens liegt aber darin, dass wir das unermessliche Leid syrischer Kinder erst wahrnehmen [...], seit ihre Körper im wahrsten und bittersten Sinne des Wortes an unsere Stände gespült werden. [...] Seine Eltern sind mit ihm nur in dieses Boot gestiegen, weil wir nie den Mut gefunden haben, ihn und unsere Werte zu verteidigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Fundamentalkritik an westl. Politik ■ Appell für Schutz westl. Werte Modus: Predigt

<p>04.09.2015 FAZ Seite 8 Flexibel in der Krise</p>	<p>Mü.</p>	<p>S. 1: Merkel und Hollande fordern verbindliche Flüchtlingsquoten S. 1: Höchste Einwanderung in Deutschland seit 1992 S. 2: Arbeitskräfte rufen, Flüchtlinge willkommen heißen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Deutschlands Verfassung ist stark. ■ Wenn es sein muss (bzw. von höchster Stelle so gewollt ist), kann Politik flexibel sein – siehe Atomausstieg. ■ Flüchtlingslage als Anlass zur Reduzierung von Bürokratie vernünftig. 	<p>Die Flüchtlingskrise soll jetzt Anlass für Reformen sein, um das Land flexibler zu machen. Tatsächlich kann es nie schaden, Auswüchse von Bürokratismus einzudämmen – die übrigen nicht selten via Brüssel das deutsche Recht beglücken. Doch zeigt etwa der Atomausstieg, per Merkel-Befehl nahezu über Nacht vollzogen, dass Deutschland bei Bedarf sehr beweglich sein kann. [...] Doch bestimmte Standards sind nicht verhandelbar: Hier darf niemand menschenunwürdig behandelt werden. Das geht aber nur, wenn das Land nicht wegen Überlastung zusammenbricht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Normativ: Grundrechte und Menschenrechte sind verbindlich ■ Politik soll die Grundwerte sichern ■ Konsequenzualismus: Im Zweifel Zustrom begrenzen
<p>04.09.2015 Die Welt Seite 1 Mut und Selbstvertrauen</p>	<p>Ulf Poschardt</p>	<p>S. 1: Kriegsflüchtlinge willkommen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Deutschland ist durch die letzten Jahre und die richtigen politischen Reformen selbstbewusst geworden und gerüstet für die Zukunft. ■ Voraussetzung für Integration ist eine starke Wirtschaft. Die Große Koalition muss ihre wirtschaftsfeindlichen Reformen zurücknehmen. ■ Bürokratie muss abgebaut und europäische Solidarität eingefordert werden. 	<p>Die Flüchtlinge, die diese Woche europaweit „Deutschland, Deutschland“ rufen, verwechseln uns mit ihrer Zukunft – und das ist ein Kompliment, ein Geschenk und eine Verpflichtung. [...] Dazu gehören aktuell ein leistungsfähiges Einwanderungsgesetz, weniger Bürokratie und zügige Abschiebung gleichermaßen. Zudem muss mehr europäische Solidarität bei den Migrationslasten durchgesetzt werden. Integrations- und willkommensfähig bleibt das Land nur, wenn die Konjunktur brummt, die Bildungs- und Sozialisationsinstanzen gestärkt und die wirtschaftsfeindlichen Anti-Reformen der GroKo zurückgedreht werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Neoliberale Position, d. h. Primat der mögl. ungebremsten Wirtschaft ■ Modus: Weltanschauliche Belehrung

<p>14.09.2015 FAZ Seite 1 Heimatnah helfen</p>	<p>Reinhard Müller</p>	<p>S. 1: Berlin führt Grenzkontrollen ein</p>	<p>■ Flüchtlingsursachen sollten in Zukunft in der Heimat der F. bekämpft werden, notfalls auch durch milit. Intervention in Syrien, weil IS-Terroristen mit Gewalt gegen Menschen vorgehen. ■ Inland: Bundeswehreinätze sind zwar nur ausnahmsweise bei schweren Unglücksfällen und Naturkatastrophen vorgesehen. Die Flüchtlingslage erfordert Überprüfung dieses Prinzips. ■ Finanzpolitiker dürfen die Flüchtlingskrise nicht dafür nutzen, die Schuldenbremse einseitig zu verengen.</p>	<p>Geht es um die Bekämpfung der Fluchtursachen, heißt es aber sofort, die Lage sei zu komplex. Was ja auch stimmt. [...] Nur das Argument, eine Intervention mache alles nur noch schlimmer, zieht irgendwann nicht mehr. [...] Heimatnah muss Schutz gewährt und Hilfe geleistet werden – und notfalls robust durchgesetzt werden. Wer Menschen mit Gewalt vertreibt und verschleppt, gegen den darf auch Gewalt eingesetzt werden – nicht aber gegen seine schutzsuchenden Opfer. [...] [M]uss die Bundeswehr bald zum Schutz von Unterkünften eingesetzt werden? [...] Eigentlich dürfen Streitkräfte im Inneren zur Amtshilfe nur unter strengen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Hilfe in einem schweren Unglücksfall oder bei einer Naturkatastrophe eingesetzt werden. Oder ist jetzt alles egal? Not kennt schließlich kein Gebot. [...] Aber das Flüchtlingsdrama ist keine Naturkatastrophe.</p>	<p>Utilitaristische Argumentation ■ zur Begründung eines militärischen Einsatzes in Syrien ■ zur Überprüfung des Einsatzverbots der Streitkräfte im Inland (hier: Schutz von Unterkünften) Modus: Rationement ohne Adressat</p>
<p>14.09.2015 Süddeutsche Seite 4 Wir schaffen es doch nicht</p>	<p>Stephan Kornelius</p>	<p>S. 1: Deutschland führt Grenzkontrollen ein S. 3: Sorgendämmerung</p>	<p>■ Uneingeschränkte Humanität ist im Alleingang nicht möglich. ■ Die in den EU-Ländern erkannte Doppelmoral – Menschenrechte einfordern, aber selbstständig Flüchtlinge aussperren – trifft jetzt auch auf Deutschland zu. ■ Die propagierte Willkommenskultur erweist sich als Trugbild. ■ Bundesregierung ist an ihrer Selbstüberschätzung gescheitert.</p>	<p>Deutschland hat verstanden, es wird nicht im Alleingang die Flüchtlingspolitik der EU revolutionieren können. [...] Der Zumutungs-Darwinismus hat inzwischen auch Deutschland erfasst. Die für Europa längst diagnostizierte Doppelmoral hatte das Land ergriffen, das mit seiner Willkommenskultur ein Trugbild in den vielen Flüchtlingslagern [...] schuf. [...] So spektakulär musste Merkel ihre Politik noch nie korrigieren. Die deutsche Politik ist gescheitert an dem eklatanten Widerspruch zwischen der moralischen (und rechtlichen) Verpflichtung, die jedem Kriegsflüchtling Asyl zusteht, und der schieren Größe des Problems. Sie ist gescheitert an der eigenen Selbstüberschätzung und der europäischen Unbeweglichkeit. [...] Das ist die harte Lektion der Flüchtlingstragödie: Herz und Verstand lassen sich nicht mehr in Einklang bringen.</p>	<p>■ Kritik der Politik nach Maßgabe menschenrechtlicher Prinzipien ■ Idealist. Idee der Einheit von „Herz und Verstand“ Modus: Klage lied</p>

<p>15.09.2015 Die Welt Seite 1 Alles wird anders</p>	<p>Thomas Schmidt</p>	<p>S. 3: Die Grenzen sind zurück (Leitartikel) S. 4: „Wie soll die Polizei das alles schaffen?“ Impressionen von der Grenze zu Österreich S. 4: Atempause für die Politik S. 5: Protokoll aus dem Chaos S. 5: CDU bereit für ein neues Einwanderungsgesetz S. 7: Tausende wollen noch schnell in die EU S. 7: Auf in das Land von Franz Beckenbauer</p>	<p>■ Deutschland wollte Gutes tun und ist derzeit überfordert. ■ Insgeheime Schadenfreude der Regierungen einiger EU-Länder. ■ Deutschland bereitet sich auf Aufnahme von 800.000 bis 1 Mio. Menschen vor. Demgegenüber versucht EU-Kommissionschef Juncker, 120.000 Flüchtlinge in der gesamten EU unterzubringen. ■ Flüchtlingsdruck auf Europa großes Kompliment – und großes Problem. Könnte Europa tiefgreifend verändern: ■ Kultur, Zusammensetzung und das, was EU außen- und entwicklungspolitisch leisten muss. ■ Diese Aufgabe sollte offen und ohne Angst vor den Nationalromantikern diskutiert und gestaltet werden.</p>	<p>■ Vernunftsglaube: Problemeinsicht und -lösungskraft sind in D. stark genug ■ Die EU kann von Deutschland lernen Modus: Optimistisches Statement</p>
<p>16.09.2015 FAZ Seite 8 Ein Fall für die Armee?</p>	<p>K.F.</p>	<p>■ Die Bundeswehr könnte bei der Organisation der Asylanträge behilflich sein, denn sie verfügt über entsprechende Kenntnisse. ■ Flüchtlinge sollten schon bei ihrer Registrierung einen Asylantrag stellen können, nicht erst später in den Kommunen. ■ Nur wer ein dauerhaftes Bleiberecht bekommt, sollte zu den Kommunen gelangen. ■ Vorwurf an Länder, die Bundeswehr-Hilfe ablehnen, aber Zuständigkeiten an Bund und Kommunen delegieren.</p>	<p>Yes we can, sagte die Bundeskanzlerin: Hunderttausende von Flüchtlingen – kein Problem für dieses wohl bestellte Land. Nein, ganz so einfach ist es nicht, ergänzte der eben noch recht schweigsame Innenminister de Maizière und führte Grenzkontrollen wieder ein. [...] Was die Bundeskanzlerin in ungewohnter Unbekümmertheit gesagt hat, wurde von Hunderttausenden Flüchtlingen als kollektive Einladung verstanden. Nun schiebt die deutsche Politik eine kleine Korrektur nach – nicht alle sind eingeladen, und nicht alle nach Deutschland.</p>	<p>■ Operative Kritik verbunden mit Belehrungen, wie man es besser machen soll Modus: Belehrungen im Konjunktiv. An Politik adressiert</p>

Die Erstaufnahme der Flüchtlinge ist nicht in den Griff zu bekommen. Durch eine Vereinfachung wäre viel gewonnen. So käme nur in die Kommunen, wer tatsächlich ein dauerhaftes Bleiberecht hätte. Aber wie? Es wäre viel erreicht, wenn Asylbewerber schon bei ihrer Registrierung ihren Asylantrag stellen könnten. [...] Grund dafür sind „Kleinigkeiten“ wie die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland oder eine angemessene Gesundheitsuntersuchung. In beiden Fällen könnte die Bundeswehr eine große Hilfe sein. Sie hat die Kapazität für eine Logistik, die humanitäre Einsätze im Ausland verlangen [...].

<p>Die Welt 17.09.2015 Seite 1 Optimismus-Ökonomie</p>	<p>Martin Greive</p>	<p>S. 4: Flüchtlingsstrom schiebt deutsche Wirtschaft an</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ökonomen haben in der Bundesregierung kein hohes Ansehen. In der Flüchtlingskrise ist dies anders: Statt verheerende Zustände zu kritisieren, sehen Ökonomen die Chancen für Deutschland: Bekämpfung des Fachkräftemangels, Wirtschaftswachstum. ■ Der unaufgeregte ökonomische Blick kann Debatte versachlichen: Flüchtlinge nehmen keine Arbeitsplätze weg, sondern finanzieren deutsche Renten. ■ Politik muss nun v. a. über notwendige Qualifikationen der Flüchtlinge reden. ■ Politik und Gesellschaft sollten auf die Ökonomen hören. 	<p>Für die Wirtschaftswissenschaft ist klar: Steuert die Politik die Einwanderung klug, sind die Flüchtlinge ein Segen für die alternde deutsche Gesellschaft. Nun muss diese Botschaft in die Gesellschaft durchsickern. Die Flüchtlingsdebatte ist emotional aufgeladen wie kein anderes Thema.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ökonomie als Helfer und Dienstleister der Politik ■ Opportunistisch: Politik soll Flüchtlinge unter arbeitsmarktpolitischer Perspektive als Gewinn erkennen ■ Instrumentelle Argumente ersetzen menschenrechtliche Modus: Thetisch und reklamierend
<p>17.09.2015 FAZ Seite 1 Bösewichte im Septembermärchen</p>	<p>Stefan Locke</p>	<p>Keine tagesaktuelle Nachricht (Vortrag: Umgang mit Rechtsextremismus und Unterschiede zwischen West und Ost)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Es ist billig, über Unterschiede bzgl. Rechtsextremismus zwischen West- und Ostdeutschland zu diskutieren. ■ Der Osten mag ein größeres Problem damit haben, was jedoch nicht bedeutet, dass der Westen keins hat. ■ Viele der Rechtsextremen im Osten sind in der Zeit der BRD geboren. ■ Fremdenangst v. a. im Osten, weil dort viele Menschen Angst haben, noch tiefer zu sinken – wer in den letzten 25 Jahren konnte, hat den Osten verlassen. ■ Die westdeutschen Ministerpräsidenten lenken von eigenen Problemen ab, wenn sie die ostdeutschen Bundesländer kritisieren. 	<p>Abgesehen, davon, dass Gastarbeiter recht lange warten mussten, bis sie zu diesem westdeutschen „Wir“ gehören durften, müssen sich auch die Ostdeutschen durch solche Äußerungen wie Fremde im eigenen Land behandelt fühlen. Ihnen wird eine quasi genetische Anfälligkeit für Rechtsextremismus unterstellt. [...] Die Desoxyribonukleinsäure der Täter, die Anschläge auf Asylbewerber im Westen verübten, scheint dagegen kein deutsches Wässerchen zu trüben. [...]</p> <p>Die Schläger von Heidenau waren zum Großteil junge Männer, die nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik Deutschland geboren und aufgewachsen sind. [...] Asylbewerber sind in dieser Welt die Eindringlinge, denen mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit geschenkt wird als den Ostdeutschen, die Angst vor weiterem Abstieg und Wut auf Politiker wecken. Das greift die NPD gerne auf.</p> <p>[...] Erfolg haben die Rechtsextremen auch, nicht obwohl, sondern gerade weil es im Osten kaum Ausländer gibt. Nur so lassen sich Ängste schüren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ideologiekritik an der westdeutschen Haltung ■ Psychosoziale Deutung des Fremdenhasses Modus: Verstehende Analyse, diskursiv

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Summen bei Prozentangaben, die von 100 % abweichen, sind, falls nicht anders angegeben, auf Rundungsfehler zurückzuführen.

Abbildung 1:	Gesamtjahresübersicht 2015 aller Beiträge auf Tagesschau.de und Spiegel Online.....	18
Abbildung 2:	Berichterstattung über Vorgänge zum Thema Flüchtlinge/Asylsuchende: Tonalität der Berichte	46
Abbildung 3:	„Willkommenskultur“ in Deutschland.....	54
Abbildung 4:	Häufigkeiten der Berichte zum Thema Willkommenskultur in 85 Lokal- und Regionalzeitungen.....	84
Abbildung 5:	(a)-(h): „Willkommenskultur“ und „Integration“ im Berichterstattungskontext (Textmining-Analysen).....	88
Abbildung 6:	Die Parteien in den Berichten zur Willkommenskultur.....	91
Abbildung 7:	Monologe – nur eine Partei kommt zu Wort.....	93
Abbildung 8:	Dialoge – zwei Parteien kommen zu Wort.....	94
Abbildung 9:	Diskurs – drei Parteien kommen zu Wort	95
Tabelle 1:	Die für die Meinungsbildung als relevant identifizierten Großereignisse 2015 und ihre Codierung.....	21
Tabelle 2:	Anzahl der Beiträge je Zeitung zu den Ereignisthemen betreffend Flüchtlinge 2015/16	26
Tabelle 3:	Umfang der Beiträge je Zeitung (Anzahl Zeichen) zu den Ereignisthemen	27
Tabelle 4:	Anzahl der Beiträge je Ereignisphase in den drei Zeitungen zu den Ereignisthemen....	28
Tabelle 5:	Die Darstellungsformen aller redaktionellen Beiträge zu den Ereignisthemen	29
Tabelle 6:	Akteure/Sprecher (A/S) in den Texten nach Darstellungsformen zu den Ereignisthemen: Häufigkeiten und Anteile	30
Tabelle 7:	Anzahl der Akteure/Sprecher (n=9.216) in den Berichten zu den Ereignisthemen je Zeitung	31
Tabelle 8:	Gender der Akteure/Sprecher (n=3.308) in den Berichten zu den Ereignisthemen je Zeitung	32
Tabelle 9:	Zuständigkeit der Akteure/Sprecher (n=3.308) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung	33
Tabelle 10:	Akteure/Sprecher des Bereichs „Medien“ (n=132) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung.....	34
Tabelle 11:	„Einzelpersonen“ (n=298) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung.....	36
Tabelle 12:	Akteure/Sprecher des Zuständigkeitsbereichs „Politik“ (n=2.068) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung	38
Tabelle 13:	Akteure/Sprecher von Interessenverbänden (n=100) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung	39

Tabelle 14:	Parteizugehörigkeit der Akteure/Sprecher (n=3.308) in den Berichten über die Ereignisthemen je Zeitung	40
Tabelle 15:	Anzahl Beiträge, die über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten (MV) zu den Ereignisthemen berichten (n=1.386).....	42
Tabelle 16:	Akteure/Sprecher in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten zu den Ereignisthemen (n=1.932 Akteure).....	43
Tabelle 17:	Akteure/Sprecher des Bereichs „Politik“ in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten (MV) (n=1.340 Akteure)	44
Tabelle 18:	Akteure/Sprecher des Bereichs „Politik“ in Berichten über Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten nach Parteizugehörigkeit (n=795 Akteure).....	45
Tabelle 19:	Attribuierung bzw. Tonalität der Berichte je Zeitung (n=820)	47
Tabelle 20:	Attribuierung bzw. Tonalität in Berichten nach politischen Parteien (Akteure/Sprecher, n=880). Jede Kategorie 100 %.....	48
Tabelle 21:	Attribuierung bzw. Tonalität in Berichten nach politischen Parteien (Akteure/Sprecher, n=880). Jede Partei 100 %	49
Tabelle 22:	Gender der Quellen/Akteure/Sprecher (n=3.308) in den berichtenden Texten.....	119
Tabelle 23:	Übersicht über die markanten Vorgänge während der Hochphase des Flüchtlingsthemas 2015	121
Tabelle 24:	Kommentare in vier meinungsführenden Zeitungen während der Hochphase des Flüchtlingsthemas (27. Juli bis 4. Oktober 2015)	122
Tabelle 25:	Meinungsbeiträge zum Thema vor (blau unterlegt) und nach (grau unterlegt) der Hochphase des Flüchtlingsthemas	126
Tabelle 26:	Kommentare – Anzahl Akteure/Sprecher vor und nach der Hochphase des Flüchtlingsthemas	127
Tabelle 27:	Die Akteurs- bzw. Sprecherbereiche vor (blau, n=57) und nach (schwarz, n=257) der Hochphase des Flüchtlingsthemas.....	129
Tabelle 28:	Die Darstellungsformen in den redaktionellen Texten über die Großereignisse des Flüchtlingsthemas (n=1.687 Texte)	148
Tabelle 29:	Die Zuständigkeitsbereiche der Akteure/Sprecher in den berichtenden Texten im Überblick (n=3.308 Akteure).....	149
Tabelle 30:	Die in den berichtenden Texten genannten Quellen/Akteure/Sprecher (n=3.308 Akteure/Sprecher).....	150
Tabelle 31:	Parteizugehörigkeit der Quellen/Akteure/Sprecher in den berichtenden Texten (n=3.308)	152
Tabelle 32:	Thematisierung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten in den berichtenden Texten (n=1.386 Texte).....	153
Tabelle 33:	Die Tonalität der Berichterstattung über die Großereignisse (nur berichtende redaktionelle Texte; n=820)	154
Tabelle 34:	Analyse von 30 ausgewählten Kommentaren aus den untersuchten Leitmedien	155

Literatur

- Ackermann, Ulrike (Hg.) (2016): *Freiheitsindex Deutschland 2016. Schwerpunkt Westlicher Lebensstil*. John Stuart Mill Institut. Frankfurt/Main.
- Ahlheim, Klaus/Bardo Heger (2000): *Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde*. Schwalbach/Taunus.
- Arlt, Dorothee/Jens Wolling (2016): *The Refugees: Threatening or Beneficial? Exploring the Effects of Positive and Negative Attitudes and Communication on Hostile Media Perceptions*. *Global Media Journal*, 6(1): 1-21.
- Bade, Klaus J. (2016): *Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldebatte zwischen „Gastarbeiterfrage“ und „Flüchtlingskrise“*. *IMIS-Beiträge* 48: 35-70.
- Bähr, Julia (2015): *Wer stellt die Mehrheit?*, FAZ.net (abgerufen 12.07.2015).
- Bauman, Zygmunt (2016): *Die Angst vor dem andern. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin.
- Bennett, W. Lance (1990): *Toward a Theory of Press-State Relations in the United States*. *Journal of Communication* 2: 103-125.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt/Main.
- Berger, Ulrich/Christoph Stein (2005): *Der unaufhaltsame Niedergang des Westens. Von den Folgen oder Ursachen des asiatischen Wirtschaftswunders* (publ. 12. August 2005). Online unter: <https://www.heise.de/tp/features/Der-unaufhaltsame-Niedergang-des-Westens-3402046.html> (abgerufen Januar 2017).
- Berkel, Barbara (2006): *Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit: Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich*. Wiesbaden.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2015): *TNS Emnid – Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland im Auftrag der Bertelsmann Stiftung*. Gütersloh.
- Bessette, Joseph M. (1980): *Deliberative Democracy: The Majority Principle in Republican Government*, in: R. Goldwin/W. Shambaugh (Hg.): *How Democratic is the Constitution?* Washington, D.C.: 102-116.
- Bonfadelli, Heinz (1999): *Medienwirkungsforschung I. Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz (2000): *Medienwirkungsforschung II. Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur*. Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz/Mirko Marr (2008): *Kognitive Medienwirkungen*, in: Bernad Batinić/Markus Appel (Hg.): *Medienpsychologie*. Heidelberg: 127-147.
- Brehm, Jack Williams (1966): *Theory of Psychological Reactance*. New York.
- Brehm, Sharon S./Jack Williams Brehm (1981): *Psychological Reactance. A Theory of Freedom and Control*. New York.
- Brosda, Carsten (2008): *Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang*. Wiesbaden.

- Brosius, Hans-Bernd/Frank Esser (1995): Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen.
- Bruns, Tissy (2007): Republik der Wichtigtuer. Ein Bericht aus Berlin. Freiburg, Basel, Wien.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2011): Online unter <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20110519-nuernberger-tage-integration-willkommenskultur.html> (abgerufen Januar 2017).
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) (2016): Jahrbuch 2015. Berlin.
- Buscher, Herbert/S. R. Ohliger/Andreas Siegert (2013): Transaktionskosten und Fachkräftewerbung: Ein Erklärungsansatz auf Grundlage der Institutionenökonomik. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Halle.
- Davis, Earl E. (1964): Zum gegenwärtigen Stand der Vorurteilsforschung, in: W. Baeyer-Katte u. a. (Hg.): Politische Psychologie, Bd. 3: Vorurteile. Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung. Frankfurt/Main: 51-72.
- Davison, W. Phillips (1983): The Third-Person Effect in Communication. *Public Opinion Quarterly* 47: 1-15.
- Delhy, Jan/Monika Verbalyte (2016): Soziales Vertrauen. Wissenswertes zu einer zentralen zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Ressource, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Der Kitt der Gesellschaft. Gütersloh: 71-104.
- Donges, Patrick (2016): Mediendemokratie, in: Oliver Lembcke/Claudia Ritzzi/Gary S. Schaal (Hg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Bd. 2: Empirische Demokratietheorien. Wiesbaden: 103-124.
- Donsbach, Wolfgang (1991): Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten. Köln.
- Eder, Klaus (1996): Politische Öffentlichkeit oder öffentliche Meinung? Eine Theorie des öffentlichen Diskurses, in: Wolfgang Wunden (Hg.): Wahrheit als Medienqualität. Frankfurt/Main: 143-154.
- Eilders, Christiane/Friedhelm Neidhardt/Barbara Pfetsch (2004): Die Stimme der Medien: Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Wiesbaden.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication* 43(4): 51-58.
- Entman, Robert M. (2002): Framing: Towards Clarification of a Fractured Paradigm, in: Denis McQuail (Hg.): *McQuail's Reader in Mass Communication Theory*. Thousand Oaks, London, Neu-Delhi: 390-397.
- Fengler, Susanne/Bettina Vestring (2009): Politikjournalismus. Wiesbaden.
- Festinger, Leon (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford/CA.
- Frindte, Wolfgang/ Daniel Geschke/Nicole Haußecker/ Franziska Schmidtke (Hg.) (2016): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ – Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden.
- Früh, Werner (1991): Medienwirkungen: Das dynamisch-transaktionale Modell. Theorie und empirische Forschung. Opladen.
- Fuchs, Dieter/Jürgen Gerhard/Friedhelm Neidhardt (1992): Öffentliche Kommunikationsbereitschaft – Ein Test zentraler Bestandteile der Theorie der Schweigespirale. Discussion Paper FS III 91-105. Wissenschaftszentrum, Berlin.

- Gerbner, George/Larry Gross/Michael Morgan/Nancy Signorielli (1982): Charting the Mainstream-Television's Contribution to Political Orientations. *Journal of Communication* 32: 100-137.
- Gerhards, Jürgen (1992): Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. *Journal für Sozialforschung* 32 (3-4): 306-318.
- Gerhards, Jürgen/Friedhelm Neidhardt (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Goedeke Tort, Maheba Nuria/Lars Günther/Georg Ruhrmann (2016): Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 64: 497-517.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (2007): Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik, in: Peter Niesen/Benjamin Herboth (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik. Frankfurt/Main: 431.
- Haller, Michael (1996): Das allmähliche Verschwinden des journalistischen Subjekts. Die Bedeutung der redaktionellen Organisation für die Informationsproduktion, in: Wolfgang Wunden (Hg.): Wahrheit als Medienqualität. Frankfurt/Main: 37-46.
- Haller, Michael (2003): Von der Pressefreiheit zur Kommunikationsfreiheit. Über die normativen Bedingungen einer informationsoffenen Zivilgesellschaft in Europa, in: Langenbucher, Wolfgang (Hg.): Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratischen Funktionen eines Grundrechts. Wiesbaden: 96-111.
- Haller, Michael (2014): Brauchen wir Zeitungen? Zehn Gründe, warum die Zeitungen untergehen. Und zehn Vorschläge, wie dies verhindert werden kann. Köln.
- Haller, Michael (2016): Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge? Gütersloh: 171-192.
- Hamann, Götz (2015): Wer vertraut uns noch? Ein Essay über Fehler von Journalisten, Leser in Lynchstimmung und die Verantwortung des Publikums. *Die Zeit* Nr. 26.
- Heckmann, Friedrich (2012): Was bedeutet „Willkommenskultur“? Eröffnungsvortrag zur Auftaktveranstaltung des Programms „Vielfalt gefällt“ der Baden-Württemberg Stiftung und des Ministeriums für Integration. Stuttgart (PDF).
- Heitmeyer, Wilhelm (2005) (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt/Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012) (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin.
- Heyer, Gerhard/Uwe Quasthoff/Thomas Wittig (2006): Text Mining: Wissensrohstoff Text. Konzepte, Algorithmen, Ergebnisse. Witten/Herdecke, Bochum.

Imbusch, Peter/Wilhelm Heitmeyer (2012): Dynamiken gesellschaftlicher Integration und Desintegration, in: dies. (Hg.): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: 9-17.

Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses/Deutscher Presserat (2005) (Hg.): Ethik im Redaktionsalltag. Konstanz.

Jackob, Nikolaus/Oliver Quiring/Christian Schemer/Tanjev Schultz/Marc Ziegele (2017): Vertrauenskrise in den Medien untersucht. European Journalism Observatory. Online unter: <http://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/17587> (abgerufen Januar 2017).

Jarren, Otfried/Patrick Donges (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Bd. 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen. Wiesbaden.

Jarren, Otfried/Patrick Donges (2011): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden.

Jesse, Eckhard (2015): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremisten, Gefahren durch Demokraten für den demokratischen Verfassungsstaat, in: ders. (Hg.): Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus (= Zeitschrift für Politikwissenschaft. Sonderheft 2015/I). Baden-Baden: 7-34.

Katzenberger, Paul (2016): Kampfbegriff gegen die Demokratie. Süddeutsche Zeitung 13.01.2015.

Klein, Kevin/Timo Becirovic (2014): Analyse Text Mining mit R. Hochschule für Oekonomie & Management, Düsseldorf. Online unter: http://winfwiki.wi-fom.de/index.php/Analyse_Text_Mining_mit_R (abgerufen Januar 2017).

Köcher, Renate (2015): Mehrheit fühlt sich über Flüchtlinge einseitig informiert. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.12.2015.

Krotz, Friedrich (2007): Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden.

Krüger, Uwe (2007): Alpha-Journalisten embedded? Message, Internationale Zeitschrift für Journalismus 3: 54-60.

Krüger, Uwe (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss der Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln.

Krüger, Uwe (2016): Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München.

Kuhlmann, Christoph/Christina Schumann/Jens Wolling (2014): „Ich will davon nichts mehr sehen und hören!“ Exploration des Phänomens Themenverdrossenheit. Medien & Kommunikationswissenschaft 62: 5-24.

Leif, Thomas (2016). Zwischen Debatten-Allergie und Argumentations-Phobie. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 28(4): 27-37. Online unter <https://doi.org/10.1515/fjsb-2015-0405> (abgerufen Januar 2017).

Lemke, Matthias/Gregor Wiedemann (2016) (Hg.): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Wiesbaden.

Lilienthal, Volker/Stephan Weichert/Dennis Reineck/Annika Sehl/Silvia Worm (2014): Digitaler Journalismus. Dynamik – Teilhabe – Technik. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Leipzig.

- Löbner, Sebastian (2010): Semantik. 9.2 Prototypentheorie, in: Ludger Hoffmann (Hg.) (2010): Sprachwissenschaft (3.Aufl.). Berlin: 850-870.
- Marcinkowski, Frank/Barbara Pfetsch (Hg.) (2009): Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42/2009. Wiesbaden.
- Mathes, Rainer/Andreas Czaplicki (1993): Meinungsführer im Mediensystem: ‚Top-down‘- und ‚Bottom-up‘-Prozesse. Publizistik 38(2): 153-166.
- Matthes, Jörg/Matthias Kohring (2003): Operationalisierung von Vertrauen in Journalismus. Medien & Kommunikationswissenschaft 51: 5-23.
- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald L. (1972): The Agenda-setting Function of Mass-media. Public Opinion Quarterly 36: 176-187. Online unter: https://www.unc.edu/~fbaum/teaching/PLSC541_Fallo6/McCombs%20and%20Shaw%20POQ%201972.pdf (abgerufen Januar 2017).
- McQuail, Denis (1997): Audience Analysis. Thousand Oaks, London, Neu-Delhi.
- McQuail, Denis (2000): McQuail's Mass Communication Theory. London: 359-411.
- Media Perspektiven (2016): Daten zur Mediensituation in Deutschland 2016. Frankfurt/Main.
- Metag, Julia/Dorothee Arlt (2016): Das Konstrukt Themenverdrossenheit und seine Messung. Theoretische Konzeptualisierung und Skalenentwicklung. Medien & Kommunikationswissenschaft 64: 542-563.
- Meyer, Thomas (2015): Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren. Berlin.
- Meyring, Philipp (2008a): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (10. Aufl.). Weinheim.
- Meyring, Philipp (2008b): Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der qualitativen Inhaltsanalyse, in: Philipp Mayring/Michaela Gläser-Zikuda (Hg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim: 7-19.
- Moretti Franco (2000): Conjectures on World Literature. New Left Review 1: 54-68.
- Moretti, Franco (2016): Distant Reading. Aus dem Englischen von Christine Pries. Konstanz.
- Neuberger, Christoph (2012): Journalismus im Internet aus Nutzersicht. Ergebnisse einer Onlinebefragung. Media Perspektiven 1/2012: 40-55.
- Neumann Katharina/Florian Arendt (2016): „Der Pranger der Schande“. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Wirkung des Bild-Prangers auf das Postingverhalten von Facebook-Nutzern zur Flüchtlingsdebatte. Publizistik 3: 247-266.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München.
- Patzelt, Werner J. (2016): „Rassisten, Extremisten, Vulgärdemokraten!“ Hat sich PEGIDA radikalisiert? Januar 2015-Januar 2016: Ein Jahr PEGIDA im Vergleich – Vortragsskript Dresden, 25. Februar 2016.
- Patzelt, Werner J./Joachim Klose (2016): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden (= Social Coherence Studies, Bd. 3). Dresden.
- Perloff, Richard M. (1993): Third-Person Effect Research 1983-1992: A Review and Synthesis. International Journal of Public Opinion Research 5: 167-184.

- Peters, Bernhard (1994/2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit* (hg. von Hartmut Weßler). Frankfurt/Main.
- Peters, Bernhard (2001): *Deliberative Öffentlichkeit*, in: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.): *Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit ‚Erkenntnis und Interesse‘*. Frankfurt/Main: 655-677.
- Peters, Bernhard (2002): *Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten – einige theoretische Kontroversen*, in: Kurt Imhof/Ottfried Jarren/Roger Blum (Hg.): *Integration und Medien*. Wiesbaden: 23-35. Nachdruck in: Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: 187-202.
- Peters, Bernhard/Tanjev Schultz/Andreas Wimmel (2004): *Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit*. Nachgedruckt in: Bernhard Peters (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: 203-247.
- Peters, Birgitt (1994): *„Öffentlichkeitselite“ – Bedingungen und Bedeutung von Prominenz*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34: 191-213.
- Pohr, Adrian (2005): *Indexing im Einsatz. Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001*. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 2-3: 261-276.
- Pruitt, Dean G./Jeffrey Z. Rubin (1986): *Social Conflict: Escalation, Stalemate and Settlement*. New York.
- Puchinger, Carmen (2016): *Die Anwendung von Text Mining in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick zum aktuellen Stand der Methode*, in: Matthias Lemke/Gregor Wiedemann (Hg.) (2016): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*. Wiesbaden: 117-138.
- Reckwitz, Andreas (2016): *Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie*. Bielefeld.
- Reese, Stephen D. (2001): *Prologue – Framing Public Life: A Bridging Model for Media Research*, in: ders./J. Oscar/H. Gandy/A. E. Grant (Hg.): *Framing Public Life*. Mahwah/NJ, London: 7-32.
- Reese, Stephen D. (2007): *The Framing Project: A Bridging Model for Media Research Revisited*. *Invited Forum Commentary for Special Issue of Journal of Communication on Framing, Agenda Setting, and Priming*, 57/1: 148-154.
- Ruß-Mohl, Stephan (2010): *Journalismus. Das Lehr- und Handbuch*. Frankfurt/Main.
- Schellenberg, Britta (2016): *„Lügenpresse“?, „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ in den Medien*, in: Wolfgang Frindke/Daniel Geschke/Nicole Hausecvker/Franziska Schmidtke (Hg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. *Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanz*. Wiesbaden: 309-340.
- Schenk, Michael (2007): *Medienwirkungsforschung*. Tübingen.
- Scherer, Helmut (1990): *Massenmedien, Meinungsklima und Einstellung. Eine Untersuchung zur Theorie der Schweigespirale (Studien zur Sozialwissenschaft)*. Opladen.
- Scherer, Helmut/Annekaryn Tiele/Teresa Naab (2006): *Die Theorie der Schweigespirale: Methodische Herausforderungen und empirische Forschungspraxis*, in: Werner Wirth/Andreas Fahr/Edmund Lauf (Hg.): *Anwendungsfelder in der Kommunikationswissenschaft*. Köln: 107-138.
- Schimmeck, Tom (2009): *Am besten nichts Neues. Medien, Macht und Meinungsmache*. Frankfurt/Main.

- Schmidt, Jochen (2002): Politische Brandstiftung. Berlin.
- Schönbach, Klaus (1977): Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums. Freiburg, München.
- Searle, John R. (2012a): Wie wir die soziale Welt machen. Die Struktur der menschlichen Zivilisation. Berlin.
- Searle, John R. (2012b): Der Drachentöter. Interview mit John R. Searle. Hohe Luft – Philosophie-Zeitschrift 3/2012.
- Siegert, Andreas/Herbert Buscher (2013): Über Willkommenskultur und Einwanderungspolitik. IWH, Wirtschaft im Wandel 19 (4): 69-72.
- Stehr, Christopher/Benjamin E. Jakob (2015): Ursprung der Willkommenskultur. Online unter https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/haushalt-finanzen/willkommenskultur-in-der-oeffentlichen-verwaltung/messbarkeit-und-auditierung-von-willkommenskultur_146_304060.html (abgerufen Januar 2017).
- Stulpe, Alexander/Matthias Lemke (2016): Blended Reading. Theoretische und praktische Dimensionen der Analyse von Text und sozialer Wirklichkeit im Zeitalter der Digitalisierung, in: Matthias Lemke/Gregor Wiedemann (Hg.): Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. Wiesbaden: 17-62.
- Teusch, Ulrich (2016): Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten. Frankfurt/Main.
- Ulfkotte, Udo K. (2001): So lügen Journalisten. Der Kampf um Quoten und Auflagen. München.
- Ulfkotte, Udo K. (2014): Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken. Rottenburg.
- Van Lange, Paul A. M./Ouwerkerk, J./Tazelaar, M. (2002): How to Overcome the Detrimental Effects of Noise in Social Interaction: The Benefits of Generosity. *Journal of Personality and Social Psychology* 82: 768-780.
- Weaver, David H. (1977): Political Issues and Voter Need for Orientation, in: D. Shaw/M. McCombs (Hg.): *The Emergence of American Political Issues*. Saint Paul: 107-119.
- Weaver, David H. (1980): Audience Need for Orientation and Media Effects. *Communication Research* 7: 361-376.
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln.
- Weischenberg, Siegfried (1995): *Journalistik*, Bd. 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen.
- Weischenberg, Siegfried (2001): *Nachrichten-Journalismus. Anleitungen und Qualitätsstandards für die Medienpraxis*. Wiesbaden.
- Weischenberg, Siegfried/Maja Malik/Armin Scholl (2006): *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland*. Konstanz.
- Wiedemann, Gregor/Andreas Niekler (2016): Analyse qualitativer Daten mit dem „Leipzig Corpus Miner“, in: Matthias Lemke/Gregor Wiedemann (Hg.): *Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*. Wiesbaden: 63-88.

Wiegand, Erich (1992): Einstellungen zu Ausländern, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Wilke, Jürgen (2009): Historische und internationale Entwicklung von Leitmedien. Journalistische Leitmedien in Konkurrenz zu anderen, in: Daniel Müller/Annemone Ligensa/Peter Gendolla (Hg.): Leitmedien. Konzepte – Relevanz – Geschichte. Bielefeld: 29-52.

Wimmer, Jeffrey (2007): (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft: Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses. Wiesbaden.

Zambonini, Gualtiero (2007): Der Westdeutsche Rundfunk – Integration als business case. Online unter: <https://heimatkunde.boell.de/2007/08/01/der-westdeutsche-rundfunk-integration-als-business-case> (abgerufen Januar 2017).

Zick, Andreas/Beate Küpper (2012): Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: 152-176.

Ziller, Conrad (2016): „Schwächt Zuwanderung den sozialen Zusammenhalt?“ (Deutscher Studienpreis). Hamburg: Körber-Stiftung.

Hinweise zum Autor

Michael Haller, Prof. Dr. phil., leitete bis Ende 2016 die Journalismusforschung an der Hamburg Media School (HMS). Seither ist er wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJK). Bis zu seiner Emeritierung im Herbst 2010 hatte er den Journalistik-Lehrstuhl an der Universität Leipzig inne, wo er den 1992 reformierten Diplomstudiengang Journalistik aufgebaut hat. Seine Forschungsgebiete: Redaktions- und Qualitätsforschung (Print und Online) sowie Berufs- und Medienethik. Vor seinem Ruf an die Universität Leipzig war Haller 25 Jahre lang als Reporter und Redakteur in verschiedenen Pressemedien des deutschen Sprachraums tätig, darunter 13 Jahre beim „Spiegel“, dann als Ressortleiter bei der „Zeit“. Als Beirat verschiedener Einrichtungen des deutschen Sprachraums ist er in der Journalistenweiterbildung tätig.

Michael Haller veröffentlichte zahlreiche Fachpublikationen, insbesondere zum Funktionswandel und zu Problemen des Journalismus in Zeiten des Medienwandels sowie der Digitalisierung der Kommunikation. Hallers Grundlagenbücher zur journalistischen Profession (Recherche, Reportage, Interview, Zeitungsjournalismus) haben in der Branche Standards gesetzt.

Ausschreibung

Otto Brenner Preis

„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“
(Otto Brenner 1968)

Es werden Beiträge prämiert, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von 47.000 Euro dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

- 1. Preis 10.000 Euro**
- 2. Preis 5.000 Euro**
- 3. Preis 3.000 Euro**

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)
den Otto Brenner Preis „Spezial“ 10.000 Euro

für Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten
den „Newcomerpreis“ 2.000 Euro

für Medienprojekte
den „Medienprojektpreis“ 2.000 Euro

und drei **Recherche-Stipendien** von je **5.000 Euro**

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main
E-Mail: info@otto-brenner-preis.de
Tel.: 069 / 6693 - 2576
Fax: 069 / 6693 - 2786



OBS-Arbeitsheft 91



Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.

Die AfD vor der Bundestagswahl 2017

Vom Protest zur parlamentarischen Opposition

Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2017

OBS-Arbeitsheft 92



Bernd Gäbler

AfD und Medien

Analyse und Handreichungen

Ein Diskussionsbeitrag der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2017

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #Mythos Twitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste (Ulrich Brinkmann u. a.)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum/Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 92**
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91**
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90**
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**
Silke Röbenack, Ingrid Artus
Betriebsräte im Aufbruch?
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 93

Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien

www.otto-brenner-stiftung.de